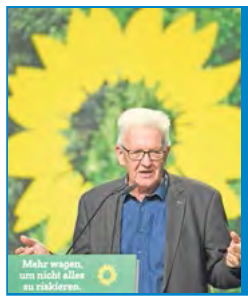
ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 8 (72) August 2020 / Aw– Elul 5780 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,70 €



Stuttgart ist ein Ergebnis grünen Politikversagens

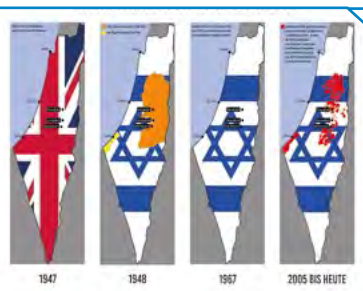
Die Grünen ernten mit dem Stuttgarter Gewaltchaos, was sie selbst verursacht haben.

SEITE 18-19

Eretz Israel von 1947 bis heute

Mit richtigen Landkarten gegen die falschen

SEITE 24-25



Das Land von Milch, Honig und Cannabis

In seinem Umgang mit Cannabis gilt Israel als liberal, und in der Forschung des medizinischen Cannabis ist das kleine Land führend.

SEITE 48

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

der Sommer 2020 schreitet voran und vor Ihnen liegt bereits die August-Ausgabe unserer JÜDISCHEN RUNDSCHAU. Sieht man von den ersten anderthalb bis zwei Monaten dieses Jahres ab, dann ist an unserem Leben nichts mehr so wie wir es bisher kannten und mochten. Corona hat uns und den Rest der Welt – allen fragilen und widerruflichen Lockerungen zum Trotz – fest im Griff, und hat so ziemlich alles an uns und um uns verändert, was uns lieb und teuer war. Nahezu alles was wir bisher in unserem Arbeits-Alltag, in unserer freien Zeit und in unserem privaten Tun für selbstverständlich, konstant und unkaputtbar gehalten haben, hat sich in den wenigen Monaten seitdem das Virus – warum und wie auch immer – urplötzlich die Welt angehalten hat, als brüchig, verwundbar und unsicher erwiesen.

Sicher dürfte nur eins sein: So schrecklich unberechenbar und bedrohlich es auch für die Gesundheit und das Leben eines kleineren, wenn auch nicht wirklich vorausbestimmbaren Teils der jeweils Infizierten sein mag, so hat CoVid-19 nicht das Zeug – wie etwa die Pest oder die Cholera vergangener Zeiten – ganze Landstriche zu entvölkern oder gar die Menschheit auszurotten. Solange es aber nicht wirklich wirksam bekämpft werden kann, hat es das Potential, wegen der vermutlich wohl sogar weitgehend erforderlichen Schutzmaßnahmen, massivsten Eingriffen und Einschränkungen nahezu aller unserer in der modernen globalen Welt kompliziert miteinander verwobenen und interdependenten Lebensbereiche, sich zu einer echten Bedrohung unserer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Existenz mit all ihren schrecklichen Folgen wie etwa inneren Unruhen, Umstürzen und Systemchange auszuwachsen.

Dies gilt besonders für unsere hiesige überaus verwundbare, und bereits vor Corona sichtbar und spürbar verwundete, noch bis in die erste Dekade dieses Jahrtausends wundervoll gedeihende, beispielgebend freiheitliche Nachkriegsdemokratie der Bundesrepublik Deutschland und das von der EU besonders jetzt auch unter deutscher Doppelleitung schmerzlich und suizidal fehlgeführte West-Europa.

(Um jedem Missverständnis zuvorzukommen: Hier schreibt kein Corona-Leugner. Ja, man muss sich sehr wohl Sorgen machen um die Heimtücke und die Gefährlichkeit der Corona-Erkrankung.

Fortsetzung Seite 2 ▶▶

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN

08

4 198807 003709

„Black Lives Matter“ und die Juden

Kena Betancur, AFP

Von Schoschana Brodskaja

Auf den ersten Blick – nein. Die „Protestler“ in Amerika wüteten im jüdischen Viertel von Los Angeles, bekritzelten die Statue von Raoul Wallenberg mit antisemitischen Graffitis, zerstörten mehrere jüdische Gemeindezentren und Bildungseinrichtungen und zeichneten Hammer und Sichel (was hat George Floyd damit zu tun?..) auf mehreren Synagogen. Aber mit dem gleichen „Elan“ wurden dabei auch katholische Kirchen und Statuen der Gründerväter und Geschäfte von Indianern und sogar Schwarzen bekritzelt, ausgeraubt und zerstört. Der übliche Vandalismus und die Unruhen eben, begleitet von Pogromen, bei denen niemand einen Juden von einem Nichtjuden unterscheidet. Und wer Raoul Wallenberg war, darüber machte man sich wahrscheinlich gar keine Gedanken. Und doch lassen einige Details dessen, was passiert ist, aufhorchen.

Bei der Beerdigung von George Floyd hielt der berüchtigte Baptistenpriester Al Sharpton, der Anführer „schwarzer Proteste“ mit mehr als 30 Jahren Erfahrung, eine flammende Rede. Sharpton ist ein „anständiger“ Politiker, er wird es sich nicht erlauben, öffentlich antisemitische Parolen auszusprechen. Interessant ist jedoch Folgendes: Der gleiche Sharpton sprach ebenfalls 1991 bei der Beerdigung eines guyanischen Jungen, Gavin Kato, der bei einem Autounfall unter Beteiligung eines jüdischen Fahrers ums Leben kam (einer Version zufolge verstieß der Fahrer gegen die Verkehrsregeln). Die Folge dieses zufälligen tragischen Todes eines Kindes, das von einem die Kontrolle über sein Auto verlierenden Fahrer überfahren wurde, waren die viertägigen Pogrome im jüdisch besiedelten New Yorker Viertel Crown Heights, bei denen ein chassidischer Teenager, Yankel Rosenbaum, erstochen wurde; er hatte nun wirklich nichts mit dem Tod des schwarzen Jungen zu tun: Er war nur aus Australien zu Besuch.

Derselbe Al Sharpton führte bereits 1984 Proteste gegen den Freispruch von Bernard Goetz (ein halachischer Jude, d. h. der Sohn einer jüdischen Mutter) an, der aber nicht religiös war, an; Goetz schoss mit seiner persönlichen Waffe auf vier dunkelhäutige Räuber, die ihn angriffen, und verletzte dabei alle vier. Die vom Gericht als legitime Selbstverteidigung anerkannten Handlungen des Angegriffenen wurden von Sharpton und seinen Mitstreitern als „rassistisch“ eingestuft. Diese Geschichte endete nicht mit Pogromen, denn Goetzs Unschuld war so offensichtlich, dass ihn sogar mehrere afroamerikanische soziale Organisationen verteidigten.

Jüdischer Ladenbesitzer Fred Harari

1995 fand in Harlem, New York, einem überwiegend schwarzen Stadtteil, ein völlig routinemäßiges Geschäft statt: Der Besitzer eines Modegeschäfts, ein Jude namens Fred Harari, teilte dem Mieter eines Teils seiner Räumlichkeiten, einem afroamerikanischen Kleinunternehmer, mit, dass er expandieren will, und bat diesen daher, sein Geschäft zu räumen. Der schwarze Kleinunternehmer erzählte anderen Schwarzen von diesem Vorfall. Pastor Sharpton und ein anderer Aktivist, Maurice Powell, organisierten daraufhin Protestskundgebungen, bei denen Slogans wie „Wir werden den Juden nicht erlauben, unser Viertel zu übernehmen!“, „Wir werden diesen Einbrecher (Harari) leiden lassen!“ (Daily News) gerufen wurden. Am 8. Dezember 1995, nach mehreren Monaten der Proteste und des Boykotts von Harari, stürmte einer der Randalierer in den Laden, erschoß mehrere Kunden, setzte die Räumlichkeiten in Brand und erschoss sich selbst. Sieben Geschäftsangestellte (darunter ein Afroamerikaner) kamen bei dem Brand ums Leben. Später stellte die Untersuchung fest, dass die Brandschutzanlage des Geschäfts zuvor ausgeschaltet wurde. Die Organisatoren der Aktion wurden nicht gefunden, zum einzigen Schuldigen wurde der Randalierer, der sich selbst erschossen hat, erklärt.

2012 Sanford, Florida: Der Angehörige einer freiwilligen Bürgerwehr, George Zimmerman, der in einem Problemviertel patrouillierte, bemerkte eine Person, die ihm verdächtig erschien. Nachdem er die Behörden informiert hatte, überwachte er weiterhin den Unbekannten und näherte sich ihm, offenbar mit dem Ziel, seine Identität herauszufinden. Der Unbekannte griff Zimmermann unvermittelt an, brach ihm die Nase und warf ihn auf den Asphaltboden (den Ermittlern wurde nach der medizinischenein Untersuchung ein Foto von Zimmermans gebrochenem Hinterkopf vorgelegt).

Fortsetzung auf Seite 5 ▶▶

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Niemand kann vorhersagen, ob und wie schwer er im Infektionsfall daran erkranken wird. Und wenn man sogar selbst bereit ist, das Risiko einer Infektion auf sich zu nehmen, so sind Leichtfertigkeit, Geringschätzung und Fahrlässigkeit – um es hart zu sagen – ein Zeichen von Rücksichtslosigkeit, sozialer Unreife und ethischer Verwahrlosung. Vorsorge und Rücksicht auf die anderen, gegebenenfalls mehr gefährdete Mitmenschen sind ein unverzichtbares solidarisches Gebot. Man kann das Virus nicht dadurch bekämpfen, dass man es leugnet.)

Die im letzten Jahrtausend schwer und opferreich erkämpfte Aufklärungs- und Revolutions-geläuterte, säkulare, Religions-getrennte und Religions-tolerante, freiheitlich-westliche Lebensweise – vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – hat schon vor Corona erheblichen Schaden genommen durch die von nahezu jedem gesunden Menschenverstand, nahezu jeder geschichtlichen Verantwortung, nahezu jedem politischen Anstand und jeder Aufrichtigkeit verlassene, unduldsame, trotz seines grandiosen Scheiterns im letzten Jahrhundert in Richtung Sozialismus ideologisierte Politik des herrschenden, weit nach links und Klima-hysterisch wirtschaftsfeindlichem, grün gedrifteten Regierungsbündnisses und seiner noch systemfeindlicheren linksaußen positionierten Unterstützungs-Entourage mit nicht selten bis heute nicht abgelegter Stasi-Erfahrung und immer wieder Schuld-relativierter kommunistischer Schießbefehl-Nostalgie.

Es ist bereits gut zu erkennen und wohl mehr als nur eine Befürchtung, dass das Volk eindeutig der Verlierer der Pandemie ist, und mit Corona der Schaden zunehmen wird, den unser bislang weltweit beneidetes und erfolgreiches, über Jahrzehnte unseren Wohlstand tragendes und kontinuierlich mehrendes westliches Wirtschaftsmodell ebenso wie unsere freiheitliche Lebensweise durch die systemfeindliche, zunehmend nach sozialistischem Muster dirigistische und den bisherigen offenen Meinungspluralismus zusehends einengende Politik dieser Regierung und ihrer Unterstützer erlitten haben.

Corona hilft Merkels CDU

Aber Corona kennt auch Gewinner. Nicht nur der Online-Handel hat profitiert. Auch für die bei den letzten Wahlen vor allem für ihren politischen Vollausfall in Sachen innere Sicherheit und für ihre suizidale über die Belastungsgrenze unseres Staates hinausgehende Einlasspolitik für Integrations-unwillige, vornehmlich islamische Demokratie- und Rechtsverachtung mit einem verdienten historischen Stimmenverfall abgestraften Parteien des Wahlverlierer-Bündnisses ist das kleine Virus aus China ein ebenso unerwarteter wie unverdienter Lottogewinn und eine Rettung in letzter Not.

Ihre Freude über das unverhoffte Corona-Glück lässt sich trotz Geschehens-betroffener Miene kaum übersehen. Jedenfalls haben sie ganz offensichtlich hinter der plakativ Sorgen-umwölkten Stirn längst Gefallen gefunden an dem neuen Machtzuwachs, den ihnen Covid-19 geschenkt hat.

Wie fast jeder unverdient vom Glück Geküsste sind sie dabei auch schon längst dem Trugbild erlegen, dass sie dieses Glück etwa ihren eigenen Fähigkeiten verdanken oder es gar tatsächlich verdient hätten.

Nur folgerichtig, dass sie den Corona-Machtzuwachs als Freibrief benutzen, um alles auszublenden, was sie verdeckt durch Corona nicht nur nicht zu lösen beabsichtigen, sondern durch ihre wie eh und je verfehlte Politik häufig sogar verschärfen.

Und es ist nicht wenig, was sie uns bei ihrem auf Systemchange in fast allen uns liebgewordenen und bewährten Bereichen gerichteten Kurs zumuten.

Die Pandemie bewies die Wichtigkeit des eigenen Autos

Fernreisen und Kreuzfahrten müssen sie uns nicht mehr verbieten. Das hat Corona für sie erledigt. Dafür führen sie mit aller Vehemenz auch weiterhin Krieg gegen die für die Prosperität unseres Landes besonders wichtige Autoindustrie, obwohl gerade der eigene PKW sich in diesen Zeiten als sicherstes Transportmittel bewährt hat.

Und der Sommer hat in diesem Jahr auch nicht bei dem apokalyptischen Horrorszenario der Zeugen der erstaunlich leise gewordenen Greta mitgespielt. Wir sind weder verdurstet noch verglüht, was aber Habeck, Neubauer und Co. nicht daran hindert uns alle, wenn es sein muss mit Verboten der Öko-Bevormundungs-Partei auch gegen unseren Willen für ihren Klima-Irrglauben zu missionieren.

In Berlin wird jeden Tag der für eine Hauptstadt dieser Größe erforderliche Kraftverkehr durch Straßenrückbau und das Anlegen dreispuriger Radwege ein Stück mehr verunmöglicht, vermutlich mit dem hehren Ziel uns vor dem Erstickungstod durch Abgase zu retten.

Der Schutz unseres Lebens vor körperlichen Übergriffen linksextremer Antifa-Schläger scheint da schon weniger im Fokus des völlig links jeder Vernunft Gesetzes-widrige Willkür ausübenden rot-rot-grünen Senats zu liegen, dem es zwar schon jetzt gelungen ist, Berlin in einen „failed state" zu verwandeln, der aber bewusst auf die Verfolgung einer vor den Augen seiner Polizei durch Hausbesetzer begangenen gefährlichen Körperverletzung verzichtet.

Stuttgart und Frankreichs brennende Kirchen

Aus der behaglichen schwäbischen Daimler-Metropole Stuttgart hat unsere Politik eine Allahu-Akbar-Hochburg gemacht, in der noch vor Frankfurt und anderen deutschen Städten Polizisten von zumeist islamischen Straftätern geschlagen und getreten werden. Die nachgeschalteten öffentlich-rechtlichen Erziehungsmedien tun das ihre: Sie bagatellisieren ganz nach Vorgabe der Politik das schwerst-kriminelle islam-migrationskorrelierte Geschehen als etwas wild gewordenes Abfeiern einer jungen Party-Szene, und das natürlich wie auch sonst in solchen Fällen üblich ohne jeden Hinweis auf den kulturellen Background der Täter. Nicht anders verhält es bei der Brandstiftung der Kathedrale von Nantes, von deren migrantischem Tathintergrund wir aus unseren Medien bis zur Enttarnung aus dem Ausland ebenso wenig erfahren wie über die in der Regel muslimischen Straftäter besonders entwürdigender und demütigender rassistischer Gruppenvergewaltigungen gezielt ausgesuchter hellhäutiger Frauen, wie sie zuletzt wieder häufiger vorkommen.

Statt entschlossen mit einem Zero-Toleranz-Gebot gegen die hauptsächlich von Männern mit muslimischem Migrations-Background ausgehende Gewalt vorzugehen, dämonisieren sie schuldzuweisend unsere ohnehin schon nahezu bis zur Zahnlosigkeit von links ausgebremste Polizei und haben sich jetzt auch noch von der gewalttätigen, rassistischen BLM-Bewegung, die den islamischen und schwarzen Sklavenhandel vollkommen ausblendet, einen Rassismus-Vorwurf gegen unsere Polizisten abgeguckt, den Parteigrößen der in jeder Hinsicht obsoleten Regierungspartei SPD auch noch bekräftigen.

Dabei ist BLM – und das ist nicht erst seit Portland erkennbar – Rassismus mit umgekehrten Vorzeichen sowie einer großen Prise Antisemitismus und Geschichts- und Gegenwarts-verdrehendem System-umstürzlerischem linken Heiligenschein.

Arabischer Kaufmann (rechts) mit seinem Sklaven aus dem Kaukasus. 1888 wurde dieses Foto vom niederländischen Arabisten Christiaan Snouck Hurgronje (1857-1936) gemacht. Erst 1962 wurde die Sklaverei in Saudi-Arabien, dem Ursprungsland des Islam, offiziell abgeschafft, besteht aber in der Praxis nicht selten fort.

Die Ausrottung der seit Jahrtausenden kulturübergreifend existierenden Sklaverei geschah auf Initiative „alter weißer Männer"

Als Frankreich und Großbritannien die Sklaverei im frühen 19. Jahrhundert ächteten, schickten afrikanische Häuptlinge, die reich und mächtig am Sklavenhandel geworden waren, Protestdelegationen nach Paris und London.

Großbritannien schaffte den Sklavenhandel und die Sklaverei gegen den erbitterten Widerstand westafrikanischer und arabischer Händler ab. BLM scheint das ebenso unerwähnt lassen zu wollen wie die bis heute noch nachweislich anhaltende islamische Haltung von zum Teil unter zehnjährigen Kindsfrauen als Sexsklavinnen für erwachsene Männer.

> „Wir müssen den Anbruch einer linksverorteten McCarthy-Ära gar nicht mehr fürchten – wir befinden uns bereits mittendrin."

Bei Corona scheint eher die politische Gesinnung der Regelbrecher die Sorge unserer Politik um den erforderlichen Abstand zu beflügeln als die Gefährdung selbst. Während die Regelverstöße der eher von konservativer und rechter Seite initiierten, in den Augen des Verfassers höchst-kritikwürdigen Corona-Leugner-Demos sogar zu politischen Forderungen nach Demonstrationsverboten führen, geben die Zusammenrottungen und Gewaltattacken islamischer und linker Straftäter und Demonstranten ohne Maske offensichtlich keinen nennenswerten Anlass zur Besorgnis.

Auch in der Außenpolitik bleibt unser fatales Linksbündnis sich treu.

Hagia Sophia und Jerusalem

Es versteht sich von selbst, dass Netanjahu, Israel, und Trump jeden, aber auch wirklich jeden Tag dauer-gebasht und diffamiert werden. Es gibt offensichtlich einfach nichts Positives über sie zu berichten. Ihr Beliebtheitsgrad in diesem Land liegt weiter unter der vom Kim Jong Un, der von arabischen Diktatoren oder gar dem des Panislamisten Erdogan, der die kürzliche Usurpation der Hagia Sophia mit dem Gelübde verknüpft hat, Jerusalem einzunehmen, Krieg in Libyen und Syrien führt und aggressiv Griechenland und die Ägäis bedroht, ganz zu schweigen. Er bleibt der Günstling der Kanzlerin.

Während ich diese Zeilen schreibe, schießt die Hamas aus dem den Gazanern von Israel geschenkten Gaza Mord-Raketen auf israelische Zivilisten. Kritik seitens unseres nach eigener Aussage wegen Auschwitz in die Politik gegangenen Außenministers? Fehlanzeige! Er hat sich wohl offenbar schon damit verausgabt, Israel seine tiefe Besorgnis darüber mitzuteilen, dass historisch legitimiertes jüdisches Land in jüdischen Besitz gelangen könnte.

Gleichzeitig beklagt unsere Israel-averse linke Politik wachsenden Antisemitismus in Deutschland, erwähnt aber mit keiner Silbe, dass dafür in der Menge der Vorfälle überwiegend gewalttätiger islamischer Judenhass der hier gewissenlos eingelassenen muslimischen Migration verantwortlich zeichnet. Und der bereits bestens von der Kanzlerin und Co. domestizierte Zentralrat versucht nicht einmal den Islam als heute und hier Hauptverantwortlichen für die Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens in unserem Lande zu erwähnen, obwohl es keine wirksame Bekämpfung dieses schrecklichen Phänomens geben wird, wenn der Kreis der Haupttäter vorsätzlich ausgeblendet wird.

Bei all dem sind unsere Leitmedien in der Regel nicht etwa Hilfe bei der Fakten-gerechten Berichterstattung zum Problem, sondern eher Teil des Problems. Viele Leitmedien sind mit fortschreitendem Andauern der Merkel-Regierung längst zu unkritischen Hofberichterstattern und einer links-dogmatischen Gesinnungs-Journaille heruntergekommen. Von ihnen ist außer ihrer eigenen linken Umerziehungs-Agenda so gut wie keinerlei ungefilterte Information mehr zu erwarten.

GEZ-Erhöhung mitten in der Krise

Die Ministerpräsidenten von CDU, SPD, Grüne und SED/Die Linke haben trotz Corona-Stress, Kostendruck, allgemeiner wirtschaftlicher Not und ganz anderer, erheblich vordringlicherer Erfordernisse ihrer Länder und der dortigen Bevölkerungen noch kurz vor Mitte März wohl zum Dank für Lakaientreue und Wohlverhalten in der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien die ohnehin schon üppig-überdimensionierten GEZ-Zwangsgebühren der Staatssender erhöht. Genehme private Zeitungen werden als Gegenleistung oft großzügig mit staatlichen Anzeigenaufträgen bedacht.

Dafür ist es zur Norm geworden fast jede gegenteilige, gegenüber unserer Politik kritische Meinung als „rechtspopulistisch" oder eher noch als „rechtsradikal" oder gar „Nazi" zu diffamieren, was selbst vor Juden und direkten Nachkommen von Holocaust-Opfern nicht Halt macht. Vielfach muss man die apostrophierte Meinung gar nicht selbst geäußert haben, es reicht mit jemandem gesehen zu werden, der die kritische Meinung äußert, um den Hass der linken Meinungsmonopol-Halter auf sich zu ziehen, gemobbt, ausgegrenzt, denunziert oder sogar entlassen zu werden. Es scheint ganz so als müssten wir den Anbruch einer linksverorteten McCarthy-Ära gar nicht mehr fürchten, wir befinden uns bereits mittendrin. Na wie auch immer – es ist mittlerweile zur Mutprobe geworden seine nonkonforme Meinung zu äußern. Genau das darf es in einer Demokratie, wie wir sie vor gar nicht allzu langer Zeit hier noch leben durften, nicht sein.

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU bleibt auch im Interesse der jüdischen Menschen kritisch unabhängig und gehört in unserer linksdogmatisierten angepassten Medienlandschaft zu den wenigen Ausnahmen, die unbestechlich und unbeirrt auch weiterhin unbequeme Fragen stellen werden.

Für diese besondere Zeit alles erdenklich Gute!

Stay all safe and healthy!

Dr. Rafael Korenzecher
i.A. S. Akstinat

England: Sozialdemokratische Politikerin als „Rassistin“ beschimpft, weil sie rassistische Vergewaltigungen weißer Minderjähriger durch pakistanische Männer thematisierte

Sarah Champion, eine britische Labour-Politikerin und Abgeordnete für Rotherham (dem Epizentrum der Sex Grooming-Gangs), wurde beschuldigt, sich wie eine islamophobe Faschistin zu verhalten, weil sie es gewagt hatte offenzulegen, dass Großbritannien ganz offensichtlich ein Problem mit britisch-pakistanischen Männern hat, die überwiegend weiße Mädchen vergewaltigen und als Sexsklavinnen missbrauchen.

Von Raymond Ibrahim (Gatestone Institute)

Eine immer populärere Idee ist, dass immer dann, wenn Rassen aufeinandertreffen, nur Minderheiten Opfer sein können. Dieser Gedanke ist kaum auf die jüngsten Unruhen in Amerika beschränkt. Elemente eines solchen Denkens tauchen oft in anderen Zusammenhängen auf.

Britische Frauen zum Beispiel, darunter Vergewaltigungsopfer, die die Aufmerksamkeit auf „asiatische“ (pakistanische und südasiatische) Sex-Grooming-Gangs lenkten, werden auch vom „woke“ Establishment attackiert.

Anfang dieses Monats wurde in Großbritannien Sarah Champion, eine Labour-Politikerin und Abgeordnete von Rotherham (dem Epizentrum des Sex Grooming), beschuldigt, „die Flammen des Rassenhasses geschürt” und „sich wie eine neofaschistische Mörderin” verhalten zu haben. Ihr Verbrechen? Sie hatte es gewagt, zu sagen, dass „Großbritannien ein Problem mit britisch-pakistanischen Männern hat, die weiße Mädchen vergewaltigen und ausbeuten”.

Dieselben Elemente, die Champion beschuldigen, eine „Mörderin” zu sein, charakterisierten auch das britische Anti-Extremismus-Programm „Prevent” als „auf einem Fundament von Islamophobie und Rassismus aufgebaut”.

Sarah Champion ist das Opfer einer Rufmord-Kampagne geworden, weil sie Tatsachen aussprach.

„Weiße Hure“

Einige Wochen zuvor erschien ein Artikel mit der Überschrift „Ich wurde von der Rotherham Grooming-Gang vergewaltigt – jetzt bin ich online immer noch mit rassistischen Beschimpfungen konfrontiert”. Darin enthüllte eine Britin (alias „Ella”), dass ihre muslimischen Vergewaltiger sie während der mehr als 100 Vergewaltigungen in ihrer Jugend durch die pakistanische Grooming-Gang „eine weiße Hure, eine weiße B***h” nannten.

„Wir müssen rassistisch und religiös motivierte Straftaten verstehen, wenn wir sie verhindern und die Menschen davor schützen wollen und wenn wir sie korrekt verfolgen wollen”, sagte sie kürzlich in einem Interview.

„Prävention, Schutz und Strafverfolgung – sie alle werden behindert, weil wir es versäumen, an die religiösen und rassistischen Aspekte von Bandenkriminalität richtig heranzugehen… Das sagt ihnen, dass es Ok ist, Weiße zu hassen.”

Ellas Versuche, auf die „religiösen und rassistischen Aspekte” ihrer und ähnlicher Misshandlungen von vielen anderen Mädchen hinzuweisen, führten nur zu „vielen Beschimpfungen durch Extremisten der extremen Linken und radikale feministische Akademiker”, sagte sie. Solche Gruppen „gehen online und versuchen, jeden zu bekämpfen, den sie für einen Nazi, Rassisten, Faschisten oder weißen Rassisten halten”.

„Sie interessieren sich nicht für anti-weißen Rassismus, weil sie anscheinend glauben, dass es ihn nicht gibt. Sie haben versucht, mich zu Boden zu werfen und mich ständig zu kritisieren, und das geht schon seit ein paar Monaten so. Sie haben versucht, mich zum Schweigen zu bringen … Ich habe noch nie in meinem Leben online einen solchen Hass erlebt. Sie beschuldigen mich, ‚für weiße Pädophile einzutreten‘ und ein ‚finsteres dämonisches Wesen‘ zu sein.”

Die Schuld – oder zumindest die Verantwortung – dem Opfer zuzuschieben, ist nicht auf Großbritannien beschränkt. Laut einem Bericht vom 9. August 2019 wurden „in der schwedischen Stadt Uppsala … in ebenso vielen Tagen vier Frauen vergewaltigt”. Obwohl die Polizei es versäumte, Beschreibungen der Vergewaltiger herauszugeben – normalerweise ein sicheres Zeichen ihrer Herkunft – warnte sie die Frauen doch davor, „darüber nachzudenken, wie sie sich verhalten”, „vorauszudenken” und nicht „allein auszugehen”.

Ratschläge gegen Alkohol, Drogen und rücksichtsloses Verhalten wären überzeugender, wenn sie nicht mit der Drohung eines sexuellen Übergriffs als Folge der Nichteinhaltung einhergingen.

Kölner Silvesternacht 2015

Nachdem in der Kölner Silvesternacht 2015 bis zu tausend Frauen von muslimischen Migranten sexuell misshandelt worden waren, forderte die Oberbürgermeisterin der Stadt, Henriette Reker, die Frauen auf, „sich besser vorzubereiten, vor allem im Hinblick auf den Kölner Karneval. Wir werden dazu einen Online-Leitfaden veröffentlichen, den diese jungen Frauen durchlesen können, um sich vorzubereiten”, so die Oberbürgermeisterin.

Nachdem in Österreich eine 20-jährige Frau, die an einer Bushaltestelle in Wien wartete, von vier muslimischen Männern überfallen, geschlagen und ausgeraubt wurde – darunter ein Mann, der „anfing, mir mit den Händen durch die Haare zu fahren und deutlich machte, dass es in seinem kulturellen Hintergrund kaum blonde Frauen gibt” – reagierte die Polizei, indem sie dem Opfer sagte, es solle sich die Haare färben.

„Zuerst hatte ich Angst, aber jetzt bin ich wütender als sonstwas. Nach dem Angriff sagte man mir, dass Frauen nach 20 Uhr nicht mehr alleine auf der Straße sein sollten. Und sie gaben mir auch noch andere Ratschläge und sagten mir, ich solle mir die Haare dunkel färben und mich auch nicht so aufreizend kleiden. Indirekt bedeutet das, dass ich mitschuldig war an dem, was mir passiert ist. Das ist eine massive Beleidigung.”

„Dem Opfer die Schuld geben“ kehrt verstärkt zurück und gewinnt im ganzen Westen an Boden.

Raymond Ibrahim, Autor des kürzlich erschienen Buches “Sword and Scimitar, Fourteen Centuries of War between Islam and the West” (“Schwert und Krummsäbel, Vierzehn Jahrhunderte Krieg zwischen dem Islam und dem Westen”), ist ein Distinguished Senior Fellow an Gatestone Institute, ein Shillman Fellow an David Horowitz Freedom Center, und ein Judith Rosen Friedman Fellow am Middle East Forum.

Übersetzung aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Einige Mitglieder der Sexverbrecher-Bande, die im englischen Rotherham jahrelang über eintausend Mädchen missbrauchte.

Dudas Wahlsieg und die häufig deutsch kontrollierten Leitmedien Polens

Dass der Mehrzahl der linksdurchseelten deutschen Medien die Wiederwahl des konservativen Andrzej Duda nicht gefällt, ist kein Geheimnis. Dass aber der alte und neue Präsident Polens auch mit polnischen Medien konfrontiert ist, die sich im Besitz deutscher Medienhäuser mit linker politischer Schlagseite befinden, wird hierzulande gerne unter den Teppich gekehrt.

Von Filip Gaspar

Wahlsieger Andrzej Duda ist verheiratet mit Agata Kornhauser-Duda, deren Großvater als einer der wenigen Juden von Krakau die Schoah überlebte.

Die journalistische Devise „Schreiben, was ist“ gilt beim Hamburger „Spiegel“ nicht erst seit Relotius nicht mehr. Und bei vielen anderen deutschen Leitmedien sieht es nicht viel besser aus. Eigentlich müsste das „Schreiben, was ist“ durch ein „Schreiben, wie es sein soll“ ersetzt werden. Dieses Narrativ zieht sich durch alle wichtigen Themen. Angefangen bei der Klimadebatte, (illegaler) Migration und dem Nahostkonflikt. Schuld an allem sind natürlich alte weiße Männer, allen voran Donald Trump.

Im Vorfeld der Wahlen in Polen und die damit einhergehende deutsche mediale Berichterstattung zeigten deutlich auf, dass viele Journalisten ihren Beruf nicht mehr als Handwerk, sondern als Propagandainstrument, sehen. Wen die Polen in den Augen deutscher Journalisten zu wählen hatten, das stand schon vorher fest.

Zur Auswahl standen auf der einen Seite der Amtsinhaber Andrzej Duda von der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), die je nach Medium entweder konservativ, nationalkonservativ, rechts-nationalistisch oder bloß nationalistisch ist. Andrzej Duda, verheiratet mit Agata Kornhauser-Duda, deren Großvater Jakub Kornhäuser als einer der wenigen Juden von Krakau die Schoah überlebte. Zusammen haben sie zwei Töchter, und die Familie steht zum Katholizismus und der Bedeutung der katholischen Kirche für Polen. Diese spielt nicht eine weitaus größere Rolle als in Deutschland, wo beide Amtskirchen auf dem Rückzug sind. Duda wehrt sich erfolgreich gegen ein Brüsseler Diktat des Multikulturalismus, versucht die polnische Identität und Kultur zu bewahren und einen Schlüssel zur Umverteilung der sogenannten Flüchtlinge auf andere EU-Staaten stimmt er sowieso nicht zu. Vielleicht rührt daher auch sein abfälliger Spitzname „Kaczyńskis Kugelschreiber“, der ausdrücken soll, dass Duda keinen eigenen Kopf hat und von einer finsteren Macht aus dem Hintergrund gesteuert wird. Es darf ebenfalls angenommen werden, dass es Begriffe wie Gruppenvergewaltigung oder Ehrenmord nicht ins alltägliche Polnisch geschafft haben oder es sie gar gibt. Da ich aber bloß vier Semester polnisch vorzuweisen habe, und dieses noch deutlich ausbaufähig ist, lasse ich mich gern eines Besseren belehren.

Soros-Stipendiat Trzaskowski

Doch werfen wir einen Blick auf den Gegenkandidaten und Liebling der deutschsprachigen europäischen Medienvertreter: Rafal Trzaskowski, den Bürgermeister Warschaus von der Bürgerplattform (PO). Trzaskowski spricht nicht nur mehrere Sprachen – okay, Duda auch, aber wen juckt das? –, sondern studierte darüber hinaus mithilfe eines Stipendiums der Soros-Stiftung in Oxford und saß sogar im Europäischen Parlament. Sozusagen der perfekte Schwiegersohn-Kandidat. Zwar lehnt er die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe nicht so strikt wie Duda ab, und hat immerhin an den städtischen Schulen im Sexualkundeunterricht auch die Behandlung von LGBT-Themen eingeführt, aber ganz so offen ist er dann doch (noch) nicht.

Man darf nicht die Wirkung unterschätzen, die ein Hauch von Kosmopolität gerade in ehemals kommunistischen Ländern hat. Ein weltgewandter Politiker mit Manieren kommt in den polnischen Großstädten gut an. Der Soros-Stipendiat Trzaskowski lag in allen elf polnischen Großstädten mit mehr als 250.000 Einwohnern deutlich vorn und darf statt mit der polnischen Anrede Pan auch mit Monsieur angesprochen werden, und isst statt deftigen polnischen Pierogi lieber Brüsseler Mitraillette. Kurzum, ein polnischer Präsident Trzaskowski wäre der Traum westlicher Relotiusse und der Albtraum konservativer Polen gewesen.

Dudas Gegenkandidat Rafal Trzaskowski

Natürlich hat die PiS-Regierung nicht alles richtig gemacht. Die Erhöhung des Kindergeldes, von dem Familien auf dem Land mehr profitieren als Großstädter, könnte man auch als Wahlgeschenk geißeln. Doch war es eben die PiS, die endlich lang erforderliche Marktreformen in Gang brachte, die die polnische Wirtschaftsleistung kontinuierlich wachsen lassen. Außenpolitisch verlässt man sich auf die USA und hier auf die Regierung Trump, was zu Unstimmigkeiten führen könnte, sollte Joe Biden gewählt werden. Das sogenannte „Holocaust-Gesetz“, das die Andeutung einer Mittäterschaft Polens an der Schoa im besetzten Polen unter Strafe stellte und erst nach internationalen Protesten seitens Israel und anderer Länder entschärft wurde, könnte gelinde gesagt als „nicht fertig durchdacht“ bezeichnet werden. Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind laut deutscher Presse in Polen entweder in Gefahr oder schon ganz abgeschafft worden. Außerdem sollten die Polen endlich mal Dankbarkeit für die ganzen EU-Hilfsgelder zeigen und sich nicht permanent dem Brüsseler Diktat widersetzen und einen polnischen Abgang machen, wenn es um die Umverteilung von Flüchtlingen geht.

Ansonsten könnten beim nächsten EU-Gipfel Hilfsgelder an rechtsstaatliche Forderungen geknüpft werden und dann ist Schluss mit lustig. Vollends meschugge wird es, wenn der „Spiegel“ schreibt, dass internationale Beobachter von einer einseitigen Berichterstattung in den polnischen öffentlich-rechtlichen Medien sprechen, die angeblich von einer intoleranten Rhetorik begleitet gewesen sei. Dies wirkt umso absurder, wenn man bedenkt, wie viele der polnischen Medienhäuser sich mittlerweile in deutscher Hand befinden. Die Axel Springer AG gehört mit seiner Tochtergesellschaft Ringier Axel Springer Polska zu den größten Herausgebern von Zeitschriften und Zeitungen in Polen. Andrzej Duda warf der zu dieser Tochtergesellschaft gehörenden Zeitung „Fakt“ eine aktive Einmischung in den Wahlkampf vorwarf.

Andrzej Duda gewann die Stichwahl mit 51 Prozent der Stimmen und ist somit eine weitere Amtszeit lang Präsident Polens. Man darf ihm Glück im Amt und der deutschen Presse wünschen, fairer und objektiver mit ihm und seiner Arbeit umzugehen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

„Black Lives Matter“ und die Juden

Nicht wenige linke US-Juden weigern sich zu erkennen, dass sich die Wut der BLM-Bewegung, die sie sogar häufig mit Spenden unterstützen, gegen sie selbst wenden könnte, obwohl es bereits in der Vergangenheit zu antijüdischen Morden und Pogromen durch Schwarze gekommen ist.

Der Bürgerwehr-Mann rettete schließlich sein Leben, indem er den Angreifer mit seiner Waffe erschoss. Es stellte sich heraus, dass es sich um den 17-jährigen Schwarzen Martin Trayvon handelte. Pastor Sharpton forderte die sofortige Verhaftung des verwundeten Zimmerman. Als dieser aufgrund offensichtlicher Anzeichen von Selbstverteidigung freigesprochen wird, nannte Sharpton das Urteil „ein Verbrechen“ und „Schlag ins Gesicht“, und Tausende von Menschen demonstrierten wegen dieses Falles (damals wurde die Öffentlichkeit auf die „Black Lives Matter“-Bewegung aufmerksam).

Natürlich umfasst die „Erfolgsbilanz“ von Herrn Sharpton Angriffe nicht nur auf Juden. Und Sharpton ist weit davon entfernt, ausschließlich eine Menge schwarzer Gangster und Vandalen anzuregen. Aber es bleibt eine Tatsache, dass keine einzige Geschichte des „schwarzen Protests“ eine Episode eines absichtlichen Pogroms beispielsweise in einem japanischen oder italienischen Viertel enthält. Entweder zerschlagen sie alles, was ihnen in die Quere kommt, oder aber das jüdische Viertel und rufen dabei ganz bestimmte antisemitische Parolen (wie jetzt in Los Angeles: „Tod den Juden!“, „Verschwindet von hier!“, „Free Palestine!“ etc.).

Nicht wenige schwarze Amerikaner hassen Juden

Die Tatsache, dass schwarze Amerikaner Juden hassen, macht die jüdische Linke Amerikas fassungslos. „Wir sind vom selben Blut!“, beschwichtigen sie. „Wir sind wie sie ein unterdrücktes Volk, das jahrhundertelanger Diskriminierung ausgesetzt ist. Wir spenden Geld an ihre Organisationen, an ihre Proteste. Der Kampf gegen Rassismus muss der Kampf gegen Antisemitismus sein. Warum ist das nicht so?!“

Ja, dem ist nicht so – und diese „Nichtähnlichkeit“ trägt Zeichen der Transzendenz. Während der gesamten jüdischen Geschichte wurden genau jene Völker, mit denen Juden beharrlich versuchten, „Freundschaft zu schließen“ – sie bewiesen ihre Loyalität, opferten ihr Geld und sogar ihr Leben für die Ziele dieser Völker – ihre schlimmsten Feinde.

Die Torah erzählt, dass die Ägypter zunächst nicht daran gedacht hatten, die Juden zu versklaven, sondern beschlossen hatten, sie zu „überlisten“. Der Midrasch (Auslegung religiöser Texte im Judentum, - Anm. d. Übers.) erklärt, dass sie so etwas wie eine „Kehrwoche“ organisiert haben: Sie begannen mit dem Bau strategischer Objekte – der Städte Pithom und Ramses-Stadt, und alle, einschließlich der indigenen Ägypter, nahmen an diesen Arbeiten teil. Die Juden waren ebenfalls eifrig dabei. Am nächsten Tag wurden sie gebeten, wieder zu kommen. Und sie arbeiteten wieder sehr gewissenhaft. Dies dauerte viele Tage hintereinander, und die Juden bemerkten nicht einmal, wie die Ägypter aufhörten zu arbeiten und sich in Aufseher verwandelten. Nur die Leviten (einer der Zwölf Stämme Israels, genannt nach dem Stammvater Levi, - Anm. d. Übers.) wurden nicht versklavt, denn sie sind zu diesen Arbeiten gar nicht erst erschienen.

Anbiedern bringt nichts

Aus den Midraschim wissen wir auch, dass König Schlomo (Salomon) tausend Jahre bevor der Zweite Tempel von den Römern zerstört wurde (70 n. Chr.) eine ägyptische Prinzessin heiratete, um die „internationalen Beziehungen“ zu stärken. Unsere Weisen wollten mit diesen Midraschim vermitteln: Juden, verlasst euch nicht auf [andere] Menschen und versucht nicht, jemandem zu beweisen, dass ihr gut seid. Erfolg, Respekt und Anerkennung werden nur dann zu euch kommen, wenn ihr durch innere Einheit und nicht durch außenpolitische Allianzen stark seid und wenn nicht irgendein Patron aus Übersee oder ein anderer „Verhandlungspartner“, sondern allein der Allmächtige mit euren Angelegenheiten zufrieden ist.

Es ist symbolisch, dass die schrecklichste Sünde im Judentum – Götzendienst – in der heiligen Sprache „avoda sarà“ (wörtlich „Werk eines anderen“, „anderen dienen“) genannt wird. Erinnern wir uns, wie viele Juden während der stalinistischen Repressionen getötet wurden, nachdem sie mit Schweiß und Blut den Sozialismus aufgebaut hatten…

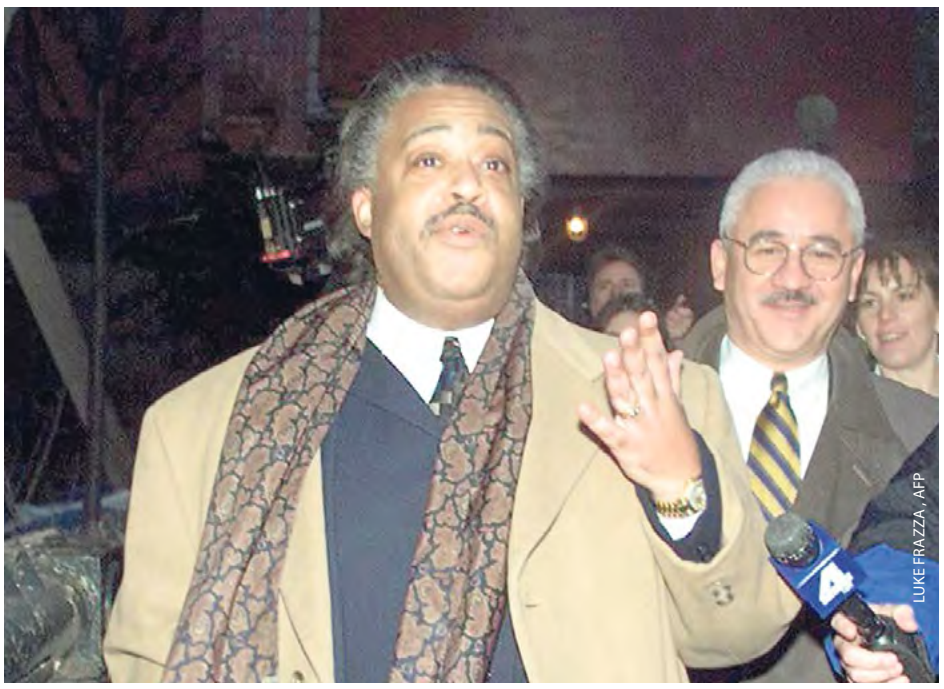
Und jetzt, wenn Zehntausende von Juden aus verschiedenen Ländern und mit unterschiedlichem Einkommen riesige Summen für die Proteste der „Black Lives Matter“-Bewegung spenden, oder sogar persönlich an ihren Märschen teilnehmen, möchte ich ihnen persönlich zerstörte Synagogen, zerbrochene Schaufenster und mit antisemitischen Parolen bemalte Denkmäler zeigen. Nicht dein Job! Avoda sarà! Trete beiseite, bevor es zu spät ist!

In Anbetracht des oben Gesagten ist die derzeit stetig wachsende mentale (ganz zu schweigen von der materiellen) Abhängigkeit Israels von den Vereinigten Staaten, ihren Trends und ihrer Führung sehr alarmierend. Alles, was aus Amerika kommt, stößt auf Begeisterung. Die Wahl von Präsident Trump, der Israel gegenüber loyal ist, hat diesen Prozess um ein Vielfaches beschleunigt. Oh, welch ein Glück, wir wurden anerkannt! Jetzt haben wir ein Existenzrecht! Dabei verhält sich Trump recht vernünftig. Er ist im Allgemeinen ein Mann der Logik, nicht der Emotion. Er erkannte Jerusalem und den Golan de facto an und hat nie einen Hehl daraus gemacht. Wenn (Gott bewahre) der Golan irgendwann an unsere Feinde geht, wird er auch das aufgrund der bestehenden Tatsachen anerkennen. Immerhin hat er trotz der von Amerika unterzeichneten internationalen Abkommen keine Probleme mit der Krim.

> „Während der gesamten jüdischen Geschichte wurden genau jene Völker, mit denen Juden beharrlich versuchten, Freundschaft zu schließen, ihre schlimmsten Feinde.“

Abhängigkeit von Amerika

Amerika reduziert seine militärische Präsenz an den Krisenherden des Planeten, einschließlich des Nahen Ostens, mit Bedacht. Amerika hat seine eigenen Interessen niemals für die Unseren geopfert und wird das auch zukünftig nicht tun. Das ist richtig und normal. Nur unsere Haltung gegenüber diesem Land ist ungewöhnlich. Ja, es gibt in Amerika eine riesige jüdische Diaspora (leider größtenteils assimiliert) und eine pro-israelische Lobby. Und bis jetzt war alles wunderbar.



LUKE FRAZZA / AFP

Pastor Al Sharpton heizte Konflikte zwischen Schwarzen und Juden an.

Aber wir beschäftigen uns in der Tat zu gerne mit dieser „Arbeit eines anderen“, was allein die Vielzahl von Amerikanismen im israelischen Slang bezeugt. Dieser Trend ist nicht neu: Selbst König Ahas, einer der alten Herrscher von Judäa, der von Assyrien militärische Unterstützung erhalten hatte, eilte als getreuer Untertan zum assyrischen König und kopierte gleichzeitig die Skizze des assyrischen Altars, um im Jerusalemer Tempel einen gleichen errichten zu lassen. Es endete schlecht: Wie die Propheten für Ahas vorausgesagt hatten, wurde Assyrien in der nächsten Generation der schlimmste Feind Judäas.

Zurück zu den „schwarzen Protesten“: Es ist anzumerken, dass fast alle Publizisten, davon überzeugt sind, dass dies Teil des demokratischen Wahlkampfs ist und dass die Demokraten nach diesen Protesten damit rechnen, Trump endlich zu stürzen und an die Macht zu kommen. Die sofortige Folge dieser Machtübernahme würde eine harte Politik dem jüdischen Staat gegenüber sein. Rechte Publizisten hingegen sind optimistisch: Sie glauben, dass die mit einem gesunden Verstand gesegneten Bürger beider Lager rechtzeitig erkennen werden, was zu erwarten ist, wenn die Linken an die Macht kommen. Sie werden die Situation in den Städten miteinander vergleichen, die von den Demokraten regiert (Abschaffung der Polizei usw.) werden, und jenen, die von den Republikanern kontrolliert werden, und das wird helfen, eine Entscheidung zugunsten der letzteren zu treffen. Aber Publizisten sind nicht immer Propheten. Das linke und das rechte Lager in den Vereinigten Staaten ist ungefähr gleich stark, und das „Stockholm-Syndrom“ (die Entwicklung von Sympathie für den Angreifer) hat niemand abgeschafft. Auf jeden Fall ist das von einem russischen Journalisten vorhergesagte Szenario möglich: Eine der Seiten, die unterliegt, wird diese Niederlage nicht akzeptieren und beschließen, die „Erfahrung“ der sommerlichen Proteste anzuwenden und versuchen, die Wahlergebnisse auf den Straßen umzukehren, womöglich mit Waffen in der Hand. Dann werden amerikanische Juden möglicherweise ins Kreuzfeuer geraten.

Erhöhte Nachfrage nach israelischen Immobilien

So übertrieben diese düsteren Vorhersagen uns heute auch vorkommen mögen, so scheinen sie doch viele Menschen zu beschäftigen. Das zeigt sich in dem starken Anstieg der Immobilienverkäufe und Wohnungspreise, der in den letzten Monaten von den statistischen Ämtern Israels verzeichnet wurde. Es ist kaum anzunehmen, dass die israelischen Einwohner inmitten von Coronavirus-Einschränkungen plötzlich zum Kauf von Wohnungen eilten. Der Grund ist höchstwahrscheinlich ein starker Anstieg der Nachfrage nach israelischem Wohnraum unter Vertretern der Diaspora. Massen-Aliya aus den USA? Ja, sie könnte in naher Zukunft Realität werden.

In der Zwischenzeit planen wir eine neue Siedlung auf den Golanhöhen und nennen sie „Ramat Trump“. Ein Glück, dass wir Jerusalem nicht in Trump-City umbenennen! Man hat bereits vergessen, dass ein anderer US-Präsident, Harry Truman, der als erster den Staat Israel anerkannte und dem zu Ehren eine Siedlung Kfar-Truman benannt wurde, genau ein Jahr nach seiner „Leistung“ ein internationales Embargo für die Lieferung von Waffen an den neugeborenen jüdischen Staat unterstützte, was Israel unter dem Ansturm der arabischen Angreifer beinah seine Existenz kostete.

Dankbarkeit ist eine gute und korrekte Sache, aber wenn sie zu einer Lobhudelei verkommt, ist es hilfreich, sich daran zu erinnern: Jeder Sponsor verfolgt zuallererst seine eigenen Interessen, und der Starke hat lieber einen Gleichgestellten zum Freund als den Schutzbefohlenen.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Die ungenannten jüdischen Opfer: Jedes der Opfer, das nur deshalb ermordet wurde, weil es jüdisch ist, hat auch einen Namen.

In Deutschland bleiben die Morde an Juden durch Politik und die Medien häufig deshalb entthematisiert, weil die überwiegend islamischen Täter nicht in das heile Multikulti-Bild unserer Politik passen. Aber ohne Namensnennung und Veröffentlichung der Bilder werden jedoch selbst jene jüdischen Menschen, die erst in den letzten Jahren ermordet wurden, schnell von der Öffentlichkeit vergessen.

Von Dr. Nikoline Hansen

JACK GUEZ, AFP

Die Familie von Rina Shnerb betrauert den Verlust der 17-jährigen Jüdin, die am 23. August 2019 von Arabern, die der PFLP angehören, ermordet wurde.

Die Geschichte der Juden ist von Anbeginn geprägt von Hass und Mord – nicht nur die Bibel zeugt davon, auch die spätere Geschichte bietet immer wieder beredtes Zeugnis. Die historische Ausgrabungsstätte Masada zeugt vom jüdischen Behauptungswillen, zugleich ist sie für das heutige Israel zum Symbol für den Widerstand gegen übermächtige Besatzer geworden – auch wenn nach heutigem Kenntnisstand wohl nur zwei Frauen und fünf Kinder den kollektiven Mord und Selbstmord überlebten, der in auswegloser Lage verhindern sollte, in die Hände des Feindes zu fallen.

Seitdem hat es immer wieder Morde – und Massenmorde – an Juden gegeben. Pogrome und der Holocaust in deutschen Konzentrationslagern waren traumatische Erfahrungen und bleiben es bis in die heutigen Tage, nicht nur in den arabischen Staaten, in denen die Vertreibung fortgesetzt andauert, sondern auch im Rest der Welt. Sogar in Israel – und besonders im jüdischen Kernland Samaria und Judäa, einem Landstrich, der in weiten Teilen der Welt gerne als „Westjordanland“ bezeichnet wird. 1947 war der Landstrich einem neuzugründenden arabischen Staat zugesprochen worden, 1948 wurde er von Jordanien besetzt und 1950 schließlich annektiert. Im Sechstagekrieg 1967 wurde das Land von Israel erobert und steht seither unter israelischer Militärverwaltung. Ein Status quo, der gerade im Hinblick auf die Sicherheit des restlichen Landes für Israel unabdingbar ist. Nicht zuletzt aus militärisch-strategischer Sicht wurden so auch die Siedlungen wichtiger Bestandteil israelischer Defensivpolitik, darüber hinaus sind die Gebiete für religiöse Juden auch ein Teil des Landes, in dem einst ihre Vorfahren lebten.

Tote in Judäa und Samaria

Auch wenn die jüdischen Siedlungen gut geschützt, die Bewohner bewaffnet und militärisch durch Armeeangehörige abgesichert sind, kommt es selbst in diesen Gebieten immer wieder zu Mordanschlägen auf Juden – von der deutschen Öffentlichkeit nur wahrgenommen, wenn über „Vergeltung“ berichtet werden kann – wobei die deutschen Medien vor kruden Formulierungen wie „Rachemord schaukelt Gewalt in Jerusalem hoch“ nicht zurückschrecken. Mit dieser Überschrift präsentierte t-online am 2. Juli 2014 die Folgen der Ermordung dreier junger Israelis, jüdischer Religionsschüler, die über zwei Wochen nach ihrer Entführung am 12. Juni 2014 tot aufgefunden worden waren. Die Jugendlichen waren so unvorsichtig gewesen zu trampen und hatten offensichtlich nicht darauf geachtet, wer für sie angehalten hatte. Sie wurden südlich von Jerusalem entführt, ihre Leichen wurden später auf einem Feld in der Nähe von Hebron gefunden. Dass dies den Zorn der jüdischen Bevölkerung zur Folge hatte, ist nicht verwunderlich. Dass die Gewalt angesichts existentieller Bedrohungen besonders hoch kocht, sicher auch nicht.

Auch wenn die Ermordung eines „palästinensischen“ Jugendlichen durch nichts gerechtfertigt ist, muss man feststellen, dass eine Berichterstattung in den deutschen Medien erst dann erfolgt, wenn das Geschehen ins Bild passt. Jüdische Opfer interessieren in Deutschland wenig. Auch die Überschriften der Deutschen Welle, die das Geschehen ebenfalls nach dem Ausbruch weiterer Gewalttätigkeiten aufgriffen hat, lassen ein sehr eindeutiges Bild über den „Nahostkonflikt“ erkennen: am 9. Juli hieß es „Eskalation in Nahost – eine Chronologie“. Am 12. Juli 2014 „Rechte in Israel – In der Mitte der Gesellschaft angekommen“, wobei der einleitende Satz deutlich macht, dass es nicht um verbriefte Rechte, sondern eine nicht weiter ausgeführte politische Einstellung geht: „Nicht erst seit den jüngsten Mordfällen gibt es in Israel eine extreme Rechte, die gegen die Palästinenser hetzt.“

Namenlose jüdische Mordopfer

Ermordet worden waren, wenn man den deutschen Medien folgt, drei israelische Jugendliche und der junge „Palästinenser“ Mohammed Abu Khudair, 16. Während es ein Leichtes ist beim Recherchieren auf den Namen des „palästinensischen“ Jugendlichen und ein sympathisch wirkendes Foto von ihm zu stoßen, sucht man die Namen der jüdischen Jugendlichen, die von den meisten Medien nur als „jüdische Religionsschüler“ bezeichnet werden, vergeblich. Die „Zeit“ titelt am 30. Juni 2014 „Entführte israelische Jugendliche tot aufgefunden“ und würdigt sie immerhin mit einem Foto, das von einer Frau gehalten wird; das Foto wirkt fremd, da die Frau nach orthodoxer jüdischer Sitte ein Kopftuch trägt, die Jugendlichen wirken starr. Wahrscheinlich ist es eine Fotomontage, die die Botschaft „Bring back our boys“ – bringt unsere Jungs zurück – vermitteln soll. Die Opfer bleiben in dem Artikel konsequent namenlos und offensichtlich geht es den Autoren darum, dass nun die übliche „Gewaltspirale“ in Gang kommen wird, wie der Teaser zeigt: „Die Leichen der drei im Westjordanland verschollenen Siedlerkinder sind gefunden worden. Israels Ministerpräsident Netanjahu droht der Hamas mit Vergeltung.“ Es sind also „Siedlerkinder“ – mit anderen Worten, selbst schuld. Die ermordeten Jugendlichen, deren Namen den deutschen Medien keine Erwähnung wert ist, sind Naftali Fraenkel, 16 Jahre alt und aus Nof Ayalon, Gilad Shaer, 16, aus Talmon und Eyal Yifrah, 19, aus El'ad. Zwei Mitglieder der Hamas aus Hebron, die verdächtigt wurden die Tat begangen zu haben, wurden in einer Bodenoffensive getötet, ein dritter Tatverdächtiger wurde zu lebenslanger Haft und Zahlung einer Geldsumme an die Familien verurteilt.

Auch andere israelische Opfer werden in Deutschland nicht gern erinnert. Da ist der Mord in Itamar am 20. Juni 2002. Eine Gruppe militanter „Palästinenser“, die sich als „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ bezeichnete, drang gegen 21 Uhr in Itamar, einer kleinen Ansiedlung zwischen Ariel und Nablus, ein und schoss um sich. Schließlich brachen sie in ein Haus ein und erschossen eine Mutter mit ihren drei Kindern: Rachel Shabo, 40 Jahre, sowie ihre Kinder Neria (15), Zvika (12) und Avishai (5). Darüber hinaus wurde der Leiter des israelischen Sicherheitstrupps Yoseph Twito, 31 Jahre alt und Vater von fünf Kindern, bei dem Versuch, die Mörder zu stellen, erschossen. Insgesamt wurden acht Israelis, darunter zwei weitere Kinder der Familie, verletzt, ehe es israelischen Soldaten gelang, das Haus zu stürmen und die Angreifer zu töten. Der Vater der getöteten Kinder sowie zwei der Kinder blieben unverletzt. Das Haus der Familie ging in Flammen auf. In den deutschen Medien findet sich darüber nichts. Erst am 3. November 2019 berichtet die „Bild“-Zeitung von einem Überlebenden des Massakers, Asael Shabo, dass er im Alter von neun Jahren „durch die Hölle ging“ als seine Mutter Rachel und drei Geschwister grausam ermordet wurden. Spurlos ging der Anschlag an ihm selbst nicht vorüber: Sein rechtes Knie wurde zertrümmert, er verlor ein Bein. Seinen Lebensmut hat er nicht verloren, er wurde zu einem der besten Schwimmer des Landes. Das war immerhin eine Meldung wert – und ist wirklich eine außerordentliche Leistung.

Itamar war 2002 und 2011 Schauplatz von Familien-Massakern

Itamar war auch Schauplatz des Mordes an der Familie Fogel, der als Massaker in die Annalen der Gewalt gegen Juden einging und in den deutschen Medien ebenfalls so gut wie keine Aufmerksamkeit erhielt. Nur Jörg Lau von der „Zeit“ schreibt am 14. März 2011, drei Tage nach dem Anschlag: „Wegen anderer Nachrichten wird eine Tat nicht genügend wahrgenommen, die womöglich gravierende Folgen haben wird: Das abscheuliche Massaker an einer Familie israelischer Siedler im Westjordanland. Das Ehepaar Fogel und drei ihrer Kinder wurden vor wenigen Tagen in der Siedlung Itamar auf grausame Weise ermordet. Einem drei Monate alten Baby wurde die Kehle durchgeschnitten.“ Auch hier: Abgesehen vom Nachnamen bleiben die Opfer namenlos, und auch hier geht es um die „womöglich gravierenden Folgen“ – die natürlich nicht näher ausgeführt werden. Sonst wäre auch hier die Nachricht trotz der besonderen Umstände wohl keine Meldung gewesen. Das wird weiter im Text noch einmal ausführlich begründet: „Aber jenseits jeder Debatte über die israelische Politik muss man sich diese Tat vor Augen halten: Sie ist in ihrer Bestialität in der Tat so erschreckend, dass sich ein Abgrund öffnet. Eine Familie, im Schlaf abgeschlachtet. Das hat etwas von Ritualmord. Die Kombination der Bilder von den in ihrem Blut liegenden Fogels mit denen von den Süßigkeitenverteilern in Rafah wird nicht ohne Wirkung auf die israelische Psyche bleiben.“ Also wieder die Anspielung darauf, dass der Mord Rachegedanken nach sich ziehen wird.

In der Tat war dieser Mord besonders grausam und blutig und wieder traf es eine Familie, die sich zufällig im falschen Augenblick am falschen Ort aufhielt. Sie

wurde im Schlaf überrascht: Am 11. März 2011 drangen zwei junge Araber aus dem Dorf Awarta in das Haus ein und ermordeten die Familie in ihren Betten: den Vater Ehud Fogel, die Mutter Ruth und drei ihrer sechs Kinder: Yoav (11), Elad (4) sowie den drei Monate alten Säugling Hadas, der enthauptet wurde. Die Bilder des Tatortes, die in der israelischen Presse gezeigt wurden, sind entsprechend blutig. Die Attentäter, die sich stolz zu ihrer Tat bekannten, wurden verurteilt, ohne dass sie Anzeichen von Reue zeigten. Auch wenn die Vereinten Nationen die Tat verurteilten, blieb der öffentliche Aufschrei moderat und laut einer Umfrage befürworteten die „Palästinenser“ mehrheitlich die Ermordung. Die Mörder wurden als Helden gefeiert – auch dies ein Fakt, den die deutsche Öffentlichkeit nicht bereit ist wahrzunehmen.

Antijüdische Gewalt weltweit: Argentinien, München

Sicher ist es in diesem Zusammenhang noch einmal wichtig zu erwähnen, dass nach dem Bau der Sperranlagen, die von „palästinensischer“ Seite gerne als „Mauer“ bezeichnet und für Deutsche einleuchtend, aber fälschlicherweise gerne mit der Berliner Mauer verglichen werden, die Zahl der Selbstmordattentate im israelischen Kernland auf fast Null gesenkt werden konnte. Sprengstoffattentate sind gar nicht mehr möglich, vereinzelt erfolgen Messerattacken, die aber in der Regel schnell gestoppt werden können. Auch dies zeigt, dass die einzige Chance für Juden in Frieden zu leben eine offensive Defensive ist. Allerdings sind Juden und Menschen, die sich für das jüdische Leben interessieren, auch in anderen Teilen der Welt gefährdet. Am 18. Juli 1994 starben nach einem Selbstmordattentat vor dem jüdischen Gemeindezentrum in Buenos Aires 87 Menschen. Der Attentäter hatte mehrere hundert Kilogramm Sprengstoff aus Ammoniumnitrat und Heizöl zur Explosion gebracht. Bereits am 17. März 1992 hatte eine Autobombe vor der israelischen Botschaft in Buenos Aires 29 Menschen getötet und 242 verletzt. Die Ermittlungen – vermutet wurden Aktivitäten der vom Iran finanzierten schiitischen Hisbollah – liefen ins Leere. Die Ermittlungen nach dem zweiten Attentat, bei dem ebenfalls islamistische Drahtzieher vermutet wurden, verliefen nur schleppend und wurden von höchster Seite behindert. Der ermittelnde zuständige Sonderstaatsanwalt Alberto Nisman wurde wenige Tage, nachdem er Anklage gegen die Präsidentin Christina Kirchner wegen Behinderung der Ermittlungen erhoben hatte, in seiner Wohnung erschossen. Der Mörder wurde nie gefunden.

Auch in Europa werden die Zeiten für Juden wieder gefährlicher. In vielen Fällen ist es nur dem Glück zu verdanken, dass es keine Toten gab. Das war aber nicht immer so. Das Attentat während der Olympischen Spiele in München 1972 auf israelische Sportler mit 17 Toten darf genauso wenig in Vergessenheit geraten wie das Attentat auf das jüdische Altersheim in München 1970, bei dem sieben Menschen starben sowie der Rohrbombenanschlag am 27. Juli 2000 in Düsseldorf auf zehn russische Migranten mit jüdischem Hintergrund. Eine Schwangere verlor dabei ihr Kind. Die Liste lässt sich endlos fortführen, und es ist immer wieder glücklichen Umständen zu verdanken, dass es keine Katastrophen gibt – so wie zuletzt in Halle, wo der Täter allerdings frustriert darüber, dass es ihm nicht gelungen war, die Synagoge zu stürmen, zwei zufällig im Weg befindliche Passanten erschoss.

Tod in Toulouse

Am 19. März 2012 fuhr ein Attentäter gegen acht Uhr vor dem jüdisch-orthodoxen College Ozar Hatorah vor und erschoss vier Menschen: den Rabbiner Yonatan Sandler und seine beiden Söhne Aryeh (3) und Gavriel (6) sowie die Tochter des Schulleiters Myriam Monsonego. Myriam Monsonego wurde acht Jahre alt. Mehrere Menschen wurden bei dem Anschlag verletzt. Bereits in den Tagen zuvor hatte es bei Anschlägen in Frankreich drei Tote gegeben, Fallschirmjäger nordafrikanischer Abstammung. Das Attentat löste eine Welle der Trauer und des Entsetzens aus – die Illustrationen zum Anschlag zeigen allerdings Mitglieder der orthodoxen jüdischen Gemeinschaft, es gibt ein Foto der Familie Sandler mit ihren Kindern. Myriam Monsonego bleibt als „die Tochter des Schulleiters“ nicht mehr als ein anonymes Opfer. In den deutschen Medien bleiben wieder alle Opfer namenlos. Im „Spiegel“ steht über den Mordanschlag: „Neben dem 30-jährigen französisch-israelischen Religionslehrer starben seine beiden kleinen Kinder sowie die zehnjährige Tochter des Schuldirektors, bevor der Täter auf seinem Motorroller davonfuhr. Ein 17-jähriger Schüler wurde schwerverletzt.“ Weiter heißt es in dem „Spiegel“-Artikel vom 19. März 2012: „Was die Franzosen schockiert, ist nicht nur der Tod unschuldiger Kinder und der schwerste Angriff auf eine jüdische Einrichtung seit 30 Jahren. Es ist auch die Tatsache, dass der Täter innerhalb der vergangenen acht Tage wahrscheinlich schon dreimal zuschlug – immer auf ähnliche Art. Eine Person fuhr demnach am helllichten Tag mit dem gleichen Motorroller vor und feuerte gezielt auf seine Opfer. In den ersten beiden Fällen schoss er auf Angehörige des französischen Militärs, von denen der Täter drei tötete und einen schwer verletzte“. Und auch die Politiker übten sich in den entsprechenden Phrasen. „Nichts ist unerträglicher als die Ermordung unschuldiger Kinder“, ließ der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso verlauten. Und der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle äußerte sich „tief bestürzt“. In Berlin ließ er mitteilen: „Antisemitismus und Gewalt gegen jüdische Einrichtungen oder Menschen jüdischen Glaubens haben in Europa keinen Platz und müssen konsequent geahndet werden“. Über die Toten als Menschen wird der Mantel des Schweigens gehüllt. Es blieb den jüdischen Medien und der jüdischen Gemeinde Toulouse überlassen, ihre Namen bekanntzumachen. Die Bilder, die wir mit dem Anschlag verbinden, zeigen orthodoxe Juden und Polizisten, die den Tatort sichern – das rückt das Geschehen, das sich mitten in Europa ereignete, in exotische Ferne.

24. Mai 2014. Ein weiterer Anschlag erschüttert Europa. Diesmal ist das jüdische Museum in Brüssel das Ziel. Vier Menschen sterben: Ein Ehepaar aus Tel Aviv, eine französische Praktikantin und eine belgisches Museumsangestellte. Die „Frankfurter Allgemeine“ schildert den Vorfall so: „Nach Schilderung des Museums wurden die beiden israelischen Touristen im Eingangsbereich getötet. Dann habe der Mann auf zwei weitere Personen geschossen, die für das Museum arbeiteten. Mehrere Quellen berichten von Schüssen ins Gesicht und in den Halsbereich. Schließlich flüchtete der Mann. Das Museum teilte mit, es habe weder Informationen noch Erklärungen für den Überfall.“ Der Attentäter wurde zu lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt, ein Komplize erhielt 15 Jahre Haft. Während die Namen der Attentäter problemlos im Internet aufzufinden sind, bleiben die Ermordeten anonym – daran ändert auch ein Artikel in Wikipedia nichts.

Immer wieder Frankreich

Am 9. Januar 2015 traf es erneut Juden in Frankreich. Die Täter drangen in Paris in einen koscheren Supermarkt ein und nahmen Geiseln. Der in Mali geborene muslimische Angestellte des Geschäfts, Lassana Bathily, brachte mehre Juden in Sicherheit und erhielt in Anerkennung für seine Verdienste eine Auszeichnung sowie die französische Staatsbürgerschaft. Der Überfall endete mit vier Toten – jüdische Franzosen, die bereits vor dem Eingreifen der Polizei erschossen worden waren: Yohan Cohen, 22, Angestellter des Supermarktes, Yoav Hattab, 21, Sohn eines tunesischen Rabbiners, der in Marseille studiert hatte und sich in der Synagoge des Pariser Vororts Sarcelles engagierte, Philippe Braham, 45, IT-Berater und Familienvater sowie François-Michel Saada, der ebenfalls aus Tunesien stammte und dessen Kinder in Israel leben. Alle vier wurden in Jerusalem beigesetzt. Über die Opfer berichteten die deutschen Medien nicht. Die Überschrift im „Spiegel“ lautete: „Sabbat der Ängste“. Und die Einführung in den Titel gibt die Richtung vor, in die die europäischen Juden nun zu gehen haben: „Nach dem Anschlag auf den koscheren Supermarkt in Paris wächst die Furcht vor einem mörderischen Antisemitismus: Manche französische Juden entscheiden sich für den Exodus – Richtung Israel.“

Paris blieb im Fokus des Hasses. Am 4. April 2017 wurde die jüdische Französin Sarah Halimi schwer misshandelt und anschließend aus dem Fenster gestoßen. Halimi war pensionierte Ärztin und Mutter dreier Kinder. Die „Jüdische Allgemeine“ berichtete unter dem Titel „Kennen Sie Sarah Halimi?“ und kritisierte, dass in Frankreich „ein antisemitisch motivierter Mord bloß als irgendeine Gewalttat dargestellt“ wurde. Mörder war ein junger muslimischer Nachbar. Am 23. März 2018 wurde die in Paris geborene Mireille Knoll in ihrer Wohnung mit elf Messerstichen getötet. Auch hier war ein muslimischer Einzeltäter der Mörder. Die „taz“ titelte am 20. März 2018 „Mord an Jüdin Mireille Knoll: Kein Einzelfall“.

In der Tat hatten sich die Schreckensmeldungen gehäuft. Nicht zuletzt deshalb hat die EU seit 2015 eine Antisemitismusbeauftragte, die die Bekämpfung von Antisemitismus in Europa koordiniert. Damit sind zwar nicht alle Probleme behoben, aber zumindest ist das Bewusstsein gewachsen und ein politisches Instrument geschaffen worden, das handlungsbefugt ist, Antisemitismus zu identifizieren und gegen ihn vorzugehen. Seit Ende 2019 ist die Beauftragte Katharina von Schnurbein mit einem neu eingesetzten Team direkt beim Vizepräsidenten der EU in Griechenland angesiedelt, in dessen Zuständigkeitsbereich auch Bildung und Migration fallen.

Auch die USA sind kein sicherer Ort mehr für Juden

Düsterer sieht die Lage derzeit in den Vereinigten Staaten von Amerika aus, einem Land, in dem Juden einst relativ unbehelligt leben konnten. Seit wenigen Jahren mehren sich auch hier die Vorfälle, bei denen es Tote und Verwundete gibt. Dabei kommen die Täter nicht nur aus der islamistischen Ecke – die BDS-Bewegung ist mit Unterstützung der aus den entsprechenden Regionen stammenden Studenten und Professoren in den Universitäten der USA besonders stark vertreten –, sondern gerade auch aus einem rechtsextremen Spektrum, das schon immer virulent in Amerika vertreten und mehr oder weniger aktiv war. So bleiben auch die USA in den letzten Jahren nicht von antisemitischen Morden verschont. Zunehmend wächst die Bereitschaft zur Gewalt – besonders im Zusammenhang mit jüdischen Feiertagen, so wie zuletzt ja auch in Deutschland an Jom Kippur.

Am 27. Oktober 2018 gegen 9:50 Uhr Ortszeit betrat ein bärtiger weißer Mann die Synagoge „Tree of Life“ – Baum des Lebens, in Pittsburgh und begann mit einer halbautomatischen Waffe um sich zu schießen. Als erstes ermordete er die Brüder Cecil und David Rosenthal, die sich in der Nähe des Haupteingangs aufhielten. Der nächste Tote war Melvin Wax, der sich zusammen mit drei anderen Betern in einem Schrank versteckt hatte. Der Mörder erschoss dann Richard Gottfried und Daniel Stein, die sich in der Küche befanden. Das nächste Opfer war der Arzt Jerry Rabinowitz, der nachsehen wollte, ob jemand verletzt worden war. Fünf weitere Beter wurden im Gebetsraum erschossen: Joyce Fienberg, Rose Mallinger, Bernice und Sylvan Simon sowie Irving Younger. Der 46-jährige Schütze, der noch weitere Personen, darunter drei Polizisten verletzte, wurde verhaftet. Während des Angriffs hatte der Mörder geschrien: „All Jews must die“ – alle Juden müssen sterben. Die Motivation des Täters war antisemitisch, inspiriert von rechten Kreisen und Neo-Nazis. Elf Juden starben innerhalb weniger Minuten – eine Tragödie, die schnell wieder in Vergessenheit geraten ist.

Am 27. April 2019 wurde bei einem Anschlag auf die Chabad-Synagoge in der kalifornischen Kleinstadt Poway Lori Gilbert-Kaye, eine 60-jährige Frau, die sich dem Attentäter in den Weg gestellt hatte, getötet. Der Attentäter, ein 19-jähriger aus San Diego, der zuvor polizeilich nicht auffällig geworden war, hatte die Synagoge, in der etwa hundert Personen den letzten Tag des Pessachfestes feierten, mit einem Sturmgewehr vom Typ AR-15 betreten und unmittelbar darauf angefangen zu schießen. Drei weitere Personen wurden verletzt, unter ihnen ein 8-järiges Mädchen und der Rabbiner der Gemeinde, Yirsroel Goldstein, der bei dem Anschlag zwei Finger verlor. Der Prozess in San Diego, bei dem dem Mörder die Todesstrafe droht, begann am 2. Juni 2020.

Im Dezember 2019 wurden in New York bei einer Anschlagserie mit mehr als einem Dutzend Vorfällen sieben Menschen getötet. Der folgenschwerste Vorfall ereignete sich am 10. Dezember in einem koscheren Supermarkt in New Jersey, bei dem sechs Menschen starben, darunter ein Polizist und die beiden Täter. Ermordet wurden ein Angestellter des Supermarkts, der 49-jährige Douglas Miguel Rodriguez aus Ecuador, Leah Mindel Ferencz, 33, die zusammen mit ihrem Mann das Geschäft geführt hatte und der Jeschiwa-Student Moshe Hirsch Deutsch, 24, aus Brooklyn. Die Täter, ein befreundetes Paar, hatten offenbar Verbindungen zu einer explizit antisemitischen Hassgruppe und sich entsprechend für ihrem Anschlag mit Waffen ausgerüstet. In dem von den Tätern gestohlenen Wagen wurde eine Rohrbombe gefunden.

Der zweite Vorfall bei dem ein Mensch getötet wurde ereignete sich bei Chanukkafeierlichkeiten im Haus des chassidischen Rabbiners Chaim Rottenberg in der Ortschaft Monsey, etwa 40 Kilometer nördlich von New York. Ein Mann brach am 28. Dezember abends in das Haus des Rabbiners ein und stach wahllos auf Gäste ein. Bei der Waffe des Täters handelte es sich um eine Art Machete mit einer über 40 Zentimeter langen Klinge. Auch bei dieser Tat handelte es sich offensichtlich um eine explizit antisemitische Hasskriminalität. Ermittler fanden auf dem Handy des Täters Links zu antisemitischen Webseiten und stellten fest, dass er potenzielle jüdische Ziele in Monsey ausgeforscht hatte. Der Anwalt des Täters erklärte, sein Mandant habe zum Tatzeitpunkt unter „Halluzinationen“ gelitten und sei unzurechnungsfähig gewesen. Der 72-jährige Rabbiner Josef Neumann, der bei diesem Messerangriff schwer verletzt worden war und monatelang im Koma gelegen hatte, starb am 29. März 2020 im Westchester Medical Center in Valhalla, wohin er nach dem Anschlag wegen der schweren Verletzungen gebracht worden war.

Mit dem Falschen angelegt – Journalisten müssen zahlen

Unberechtigte Rassismus-Vorwürfe seitens Amerikas Leitmedien gegen einen 17-jährigen Schüler mit „Make America Great Again"-Kappe führten zu einer landesweiten Hasskampagne. Doch diesmal wehrte sich das Opfer. Nick Sandmann ging erfolgreich gegen die Verleumdungen vor: Zwei Zeitungen mussten Schadenersatz zahlen (darunter die „Washington Post"), sechs Klagen laufen noch.

(**Tichys Einblick**) Zu seinem 18. Geburtstag bekam Nick Sandmann, wie sein Anwalt schrieb, ein ungewöhnliches Geschenk: Die „Washington Post", die der Schüler wegen Verleumdung auf 250 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt hatte, einigte sich mit Sandmanns Rechtsvertreter außergerichtlich auf die Zahlung einer Summe, über die beide Seiten Stillschweigen bewahren. Sie dürfte deutlich unter den eher symbolisch geforderten 250 Millionen liegen – der Betrag orientierte sich an dem Kaufpreis, den Jeff Bezos für die „Washington Post" gezahlt hatte. Aber der Betrag fällt vermutlich auch nicht klein aus. Damit ist die Auseinandersetzung Sandmanns mit den Medien noch nicht vorbei.

„I still have more to do", schrieb Sandmann am Freitag. Und: „Wir haben uns mit der ‚Washington Post' und CNN geeinigt. Der Kampf ist nicht vorbei. Zwei erledigt. Sechs stehen noch bevor." (2 down. 6 to go).

Die Entschädigung bekam – beziehungsweise verlangt – der Teenager dafür, dass ihn Medien landesweit zu einer Hassfigur stempelten, zu einem arroganten Rassisten – wegen eines zunächst nur zwei Minuten langen Videos, das ein Ereignis extrem verzerrt darstellte.

Ein trommelnder Indianer tritt vor Nicholas Sandmann (links) und seine Mitschüler. Für Amerikas Linke war ohne Wissen über die Hintergründe dieses Fotos sofort klar, wie hier der "Gute" und wer der "Böse" ist.

Was war passiert?

Am 18. Januar 2019 nahm eine Gruppe von Schülern der Covington Catholic High School an dem „March for Life" in Washington teil. Am Lincoln Memorial trafen die Jugendlichen auf Agitatoren der „Black Hebrew Israelites", einer extremistischen Sekte, die in den USA mittlerweile auch für Mordanschläge verantwortlich ist. Die Black-Hebrew-Aktivisten begannen, die katholischen Schüler als „rassistischen Müll" zu beschimpfen, die Jugendlichen reagierten, indem sie einen Schultanz aufführten.

In dieser Situation erschien Nathan Phillips auf der Szene, ein Mitglied des Stammes der Omaha, der an diesem Tag an dem „Indigenious Peoples March" teilnahm. Um die Situation zwischen den Schülern und der Black-Hebrew-Sekte zu entspannen, begann Phillips zu trommeln und stimmte ein traditionelles Lied seines Stammes an. Dabei stand er auch dicht vor Nick Sandmann, der lächelte, um, wie er später sagte, zu zeigen, dass er nichts gegen Phillips Gesang hatte. Zu einem Wortwechsel zwischen beiden kam es nicht.

Trotzdem berichteten US-Medien wie die „Washington Post", „New York Times" und CNN landesweit, Sandmann und seine Mitschüler hätten sich über Phillips lustig gemacht, ihn verspottet und nachgeäfft. Ein weißer katholischer Schüler aus Kentucky mit einer „Make America Great Again"-Kappe, der einem Indianer scheinbar arrogant ins Gesicht grinst – das hielten viele aktivistische Journalisten für das ideale Bild des rassistischen, überheblichen Trump-Anhängers.

Kurz darauf erschien ein etwa 30-minütiges Video, das die gesamte Szene zeigte und von den Beschuldigungen nichts übrig ließ. Aber zu diesem Zeitpunkt war Sandmann schon gebrandmarkt, Kommentatoren erregten sich über ihn, Politiker der Demokraten wie Elisabeth Warren arbeiteten sich an ihm ab, die Diözese, zu der seine Schule gehörte, verdammte das Verhalten der Jugendlichen als unentschuldbar. Hunderte Aktivisten beschimpften den Teenager auf Twitter und drohten ihm Gewalt an. Dass Sandmann kein Eingeständnis seiner Schuld lieferte, stachelte den Furor gegen ihn noch zusätzlich an.

„Medien beeilten sich, den jungen Mann zu verdammen, begruben ihn unter einer Lawine falscher Anschuldigungen, und Cyber-Mobbing bedroht seinen Ruf und seine körperliche Sicherheit", erklärte Sandmanns Anwalt.

Mit Hilfe seiner Eltern brachte der Schüler eine Serie von Verleumdungsklagen auf den Weg. Mittlerweile gilt die verzerrte Berichterstattung über den Vorfall am Lincoln Memorial als ein Fall des schweren Medienversagens in den Vereinigten Staaten.

In den USA sind weit höhere Entschädigungszahlungen möglich als in Deutschland – wo es ähnliche Fälle medialer Feldzüge aufgrund falscher Vorwürfe gegen einzelne Personen gab, etwa im Fall des angeblich rassistischen Kindermordes von Sebnitz, der in Wirklichkeit nie stattgefunden hatte.

Eine never ending story: Spionage und Attentate der Mullahs in Dänemark, Rumänien, USA und anderen Ländern

Während die europäischen Staatschefs ganz offensichtlich auch weiterhin eine Politik des Wohlwollens gegenüber den regierenden Mullahs des Iran verfolgen, wurde zum wiederholten Male ein iranischer Spion wegen Beihilfe zum Mordversuch an Oppositionellen zu einer Gefängnisstrafe verurteilt – diesmal in Dänemark.

Von Majid Rafizadeh (Audiatur)

Nach Angaben des Bezirksgerichts Roskilde in Dänemark hatte Loloei Informationen über einen Dissidenten gesammelt und an den iranischen Geheimdienst weitergegeben, der die Ermordung des Mannes plante. Die Informationen umfassten Fotos vom Haus, der Straße und der Umgebung der Zielperson. „Das Gericht stellte fest, dass die Informationen gesammelt und an eine Person weitergegeben wurden, die für einen iranischen Geheimdienst arbeitet, um sie für die Pläne des Geheimdienstes zur Tötung des Exilanten zu verwenden", hieß es in der Erklärung des Gerichts.

Der Staatsanwalt, Soeren Harbo, wies darauf hin, dass der iranische Spion ein dauerhaftes Einreiseverbot erhalten habe und nach Verbüßung seiner Strafe auch aus Dänemark ausgewiesen würde. Harbo fügte hinzu: „Es ist ein historischer Fall. Und es ist eine starke Botschaft an die (ausländischen) Geheimdienste: Sie müssen ihre Konflikte untereinander regeln und aufhören, uns hineinzuziehen".

Bemerkenswerterweise ist dieser Fall, in dem der Geheimdienst des iranischen Regimes Spionage betreibt und versucht, seine Gegner im Ausland zu ermorden, kein Einzelfall. Das iranische Regime war in über 40 Ländern in Ermordungen, Terrorkomplotte und Terroranschläge verwickelt.

Im November 2019, wurde ein weiterer Dissident, Massoud Molavi, der einen Social-Media-Kanal auf Telegram betrieb, in dem er das iranische Regime kritisierte und die Korruption im Korps der Islamischen Revolutionsgarden aufdeckte, bei einem Spaziergang durch die Straßen Istanbuls erschossen.

Nach der Ermordung Molavis sagte US-Außenminister Mike Pompeo:

„Das iranische Regime exportiert auch weiterhin Gräueltaten über die eigenen Grenzen hinaus. Letzte Woche wurde ein iranischer Dissident, Massoud Molavi, in Istanbul ermordet, nachdem er vom Iran in die Türkei übergelaufen war. Die Ermordung von Massoud Molavi ist ein weiteres tragisches Beispiel in einer langen Reihe von mutmaßlichen, vom Iran unterstützten Attentatsversuchen außerhalb des iranischen Hoheitsgebiets. Die Brutalität und Amoralität des Regimes kennen keine internationalen Grenzen".

2018 versuchte das iranische Regime in Dänemark einen weiteren Mordanschlag. Dänemarks ehemaliger Außenminister Anders Samuelsen betonte die Schwere des Attentats:

„Ein iranischer Geheimdienst hat ein Attentat auf dänischen Boden geplant. Dies ist völlig inakzeptabel. Tatsächlich ist der Ernst der Lage schwer zu beschreiben. Das wurde heute auch dem iranischen Botschafter in Kopenhagen deutlich gemacht".

Deutschland hat den iranischen Botschafter in Berlin einberufen, nachdem ein 31-jähriger pakistanischer Student im Jahr 2018 wegen Spionage für Teheran gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Freundschaftsgesellschaft, Reinhold Robbe, verurteilt worden war. Das American Jewish Committee in Berlin forderte das Auswärtige Amt auf, den iranischen Botschafter auszuweisen, doch die deutsche Regierung unternahm nichts in dieser Richtung.

Im Juni 2020 wurde ein flüchtiger iranischer Richter in Rumänien getötet und aus seinem Hotelzimmerfenster geworfen. Das rumänische Außenministerium lud auch den iranischen Botschafter zu einer Erklärung vor, weil die iranischen Behörden andere Behauptungen über den Tod des Richters aufgestellt hatten.

Es ist erwähnenswert, dass auch die USA nicht vor den Spionen und Terroranschlägen der Mullahs gefeit sind. Zwei Personen in Kalifornien, Ahmadreza Mohammadi Doostdar und Majid Ghorbani wurden am 15. Januar 2020 vom Bundesgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie dem iranischen Regime Informationen gegeben hatten, die amerikanischen Bürgern schaden könnten.

Der stellvertretende Generalstaatsanwalt für Nationale Sicherheit, John C. Demers, wies darauf hin:

„Dieser Fall veranschaulicht, dass der Iran Amerikaner in den USA ins Visier nimmt, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, die sich dem iranischen Regime widersetzen. Die Angeklagten, die für den Iran arbeiten, sammelten Informationen über Amerikaner, die dann vom iranischen Geheimdienst genutzt werden könnten, um sie oder ihre Familien einzuschüchtern oder ihnen zu schaden. Diese Anklagen sollten allen, die hier verdeckt für den Iran arbeiten, als Erinnerung daran dienen, dass die amerikanischen Strafverfolgungsbehörden Sie verfolgen werden, um dieses Land, seine Bürger und die Grundsätze des Ersten Verfassungszusatzes, auf denen es gegründet wurde, zu schützen".

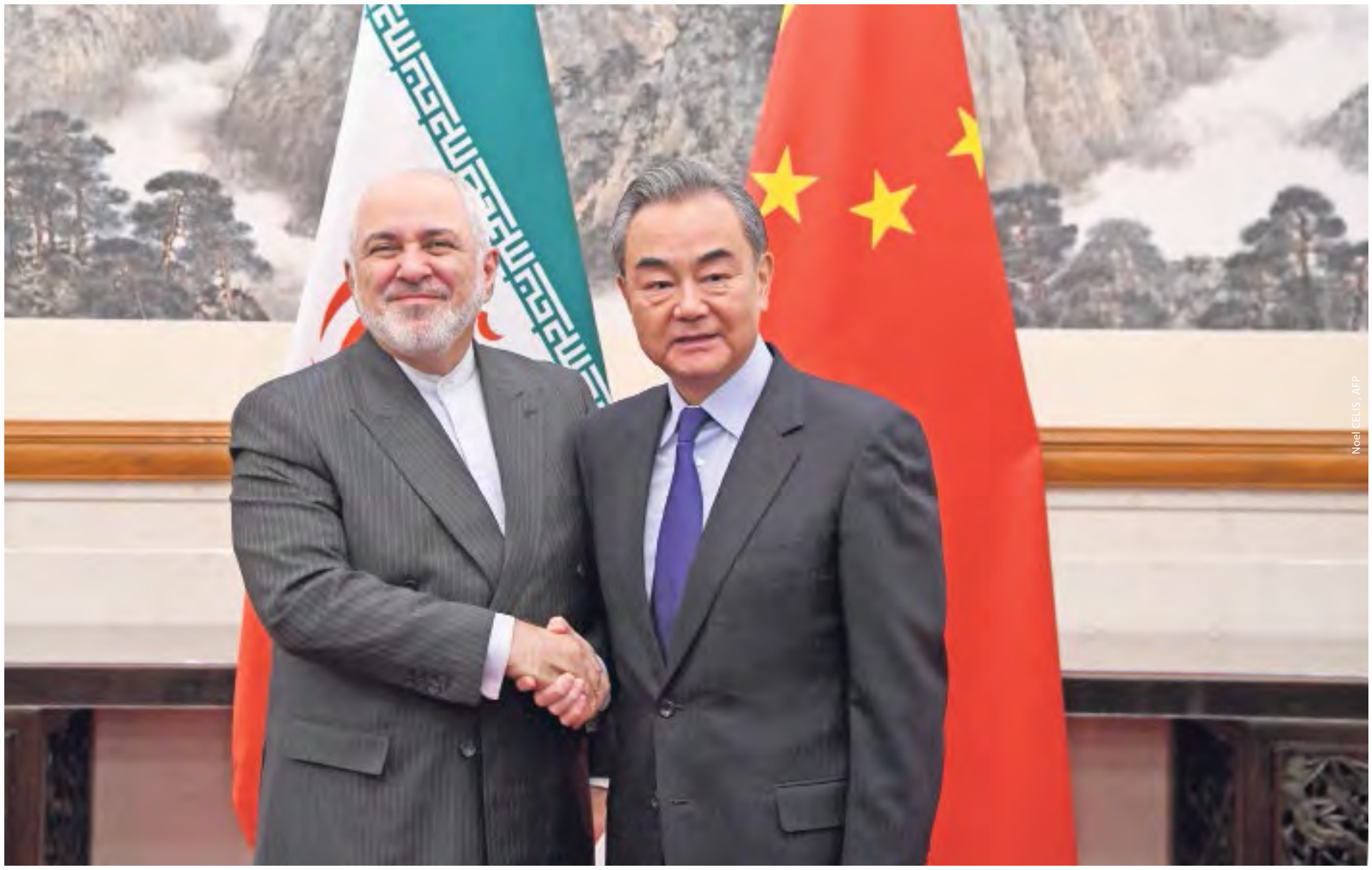
Der iranische Geheimdienstminister und Chefspion, Mahmoud Alavi, hat damit geprahlt, dass Teheran Agenten im ganzen Westen hat, auch in Washington DC. „Viele, die in Kanada, London oder den Vereinigten Staaten leben", fügte Alavi hinzu, „widmen sich der [islamischen] Revolution und dem obersten Führer … An diesen Orten nehmen einige an religiösen Zeremonien teil. [Diese Menschen] lieben die [islamische] Revolution."

Während das iranische Regime seine Attentate und terroristischen Komplotte im Westen fortsetzt, schweigen die EU und die UNO.

Dr. Majid Rafizadeh ist ein iranisch-amerikanischer Politikwissenschaftler, Harvardgelehrter und Vorsitzender des International American Council on the Middle East. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

Chinas kaum beachtete Einflussnahme im Nahostkonflikt

Ein projektiertes 25-jähriges Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen Chinas mit dem Iran über mehrere Milliarden Dollar führt in Israel zu Besorgnis. Bereits in der Vergangenheit übte das übermächtige China wirtschaftlichen Druck auf Israel aus.



Noel CELIS, AFP

Chinas Außenminister Wang Yi und sein iranischer Amtskollege Zarif.

Von Lahav Harkov (Jerusalem Post)

Das Abkommen, das der „New York Times" zugespielt wurde, würde zu einer engeren militärischen Beziehung zwischen Teheran und Peking führen und gemeinsame Militärübungen, Forschung und Waffenentwicklung sowie den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse enthalten. Darüber hinaus würde es die chinesischen Investitionen in das iranische Bankenwesen, die Telekommunikation und das Transportwesen, wie Flughäfen und Eisenbahnen, erhöhen. China würde Berichten zufolge im Gegenzug eine vergünstigte Versorgung mit iranischem Öl erhalten.

Das Dokument beschreibt die Länder als „zwei alte asiatische Länder … mit ähnlichen Perspektiven", die „sich gegenseitig als strategische Partner in Betracht ziehen werden". (…) Das Abkommen ist seit langem in Arbeit – der chinesische Führer Xi Jinping schlug es erstmals bei einem Besuch in Teheran im Jahr 2016 vor – und der Zeitpunkt für die jüngsten Fortschritte hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass der Iran aktuell wirtschaftlich besonders schwach ist.

Carice Witte, Geschäftsführerin von SIGNAL, einer Denkfabrik, die sich auf die Beziehungen zwischen China und Israel konzentriert, erklärt: „Dieses Vorhaben ist bezeichnend für den chinesischen Ansatz, der darin besteht zu erkennen, wo eine Schwachstelle besteht, und dann geduldig nach Möglichkeiten zu suchen, daraus Kapital zu schlagen." China hat – abgesehen von dem Preisnachlass für Gas, zu einem Zeitpunkt, an dem die Energiepreise ohnehin schon fallen – viel von dem Abkommen zu gewinnen. Es fügt sich in Chinas „Belt and Road"-Projekt ein, das darauf abzielt, in der ganzen Welt eine Infrastruktur aufzubauen, während es gleichzeitig den Iran in seine Einflusssphäre bringt. (…)

Für Israel ist das Schadenspotential eines solchen Abkommens klar, wie auch Witte erläutert: „Jeder Dollar, der in das iranische System fließt, ist ein Dollar, der wahrscheinlich gegen Israel ausgegeben werden kann." Dies ist besonders klar, wenn es um die Stärkung des iranischen Militärs durch die Zusammenarbeit mit China geht.

Alle neuen Ressourcen, die an die Armee der Islamischen Republik gehen, können potenziell – und werden wahrscheinlich – gegen Israel eingesetzt werden. Ein weiterer Teil des Abkommens könnte ein massiver Waffenverkauf an den Iran sein. In einem kürzlich erschienenen Bericht des Pentagon hieß es, China wolle dem Iran Angriffshubschrauber, Kampfjets, Panzer und mehr verkaufen, sobald das UN-Waffenembargo im Oktober ausläuft. (…)

Die US-Kampagne des „maximalen Drucks" hat eindeutig einen großen Einfluss auf den Iran gehabt, aber ein massiver Zustrom chinesischer Investitionen wird einen großen Beitrag dazu leisten, ihn rückgängig zu machen und den Druck nachhaltig zu verringern.

China hat gute Beziehungen zum Iran und zu Israel

Eine weitere Sorge betrifft die Beteiligung chinesischer Unternehmen an Infrastrukturprojekten in Israel und im Iran. Solche Doppelgleisigkeiten existieren bereits, aber das 25-Jahres-Abkommen würde die Beziehungen vertiefen. (…) Ein Bericht des Forschungsinstituts RAND warnte in diesem Jahr davor, dass die chinesische Regierung aufgrund der engen Beziehungen Chinas zum Iran Unternehmen veranlassen könnte, Erkenntnisse über Israel mit Teheran zu teilen, um Gunst und Einfluss zu gewinnen.

Darüber hinaus könnte China die in Israel und im Iran tätigen Unternehmen als politisches Druckmittel gegenüber Israel nutzen – wie z.B. 2013, als es einen Peking-Besuch von Premierminister Benjamin Netanjahu davon abhängig machte, dass er Verteidigungsbeamte daran hindert, in einer New Yorker Bundesklage gegen die Bank von China wegen der Wäsche iranischer Gelder für die Hamas und den „palästinensischen" „Islamischen Dschihad" auszusagen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Auch die belgischen Grünen verlangen Sanktionen gegen Israel

EU-typisch hat das belgische Parlament eine anti-israelische Resolution angenommen. Initiiert wurde diese von der linken Partei „Ecolo-Grün“, die Personal-Überschneidungen mit der antisemitischen BDS-Bewegung hat.

WIKIPEDIA

Zakia Khattabi und Patrick Dupriez sind die Vorsitzenden der belgischen Grünen.

Von Stefan Frank (Mena Watch)

Ohne Gegenstimmen – mit 101 Stimmen bei 39 Enthaltungen – hat das belgische Bundesparlament am 26. Juni 2020 eine Anti-Israel-Resolution angenommen. Darin wird die Regierung aufgefordert, eine Liste von „Gegenmaßnahmen“ für den Fall zu erstellen, dass Israel beginnt, in Teilen der 1967 von jordanischer Besatzung befreiten Gebiete israelisches Recht anzuwenden. Die belgische Regierung wird zudem gebeten, weitere EU-Länder für Sanktionen gegen Israel zu begeistern.

Der Text wurde von drei Abgeordneten der linksgerichteten Partei Ecolo-Grüne eingebracht, die als Israelhasser bekannt sind: Simon Moutquin, Wouter De Vriendt und Samuel Cogolati.

Simon Moutquin ist Mitglied der Belgisch-Palästinensischen Gesellschaft und Co-Vorsitzender der belgischen BDS-Kampagne. Die Partei Ecolo-Grüne setzte ihn bei den nationalen Parlamentswahlen im letzten Jahr auf einen der vorderen Plätze der Liste in Brabant, der seinen Einzug ins Parlament garantierte. Die Belgische Liga gegen Antisemitismus (LBCA) protestierte damals gegen die Nominierung Moutquins. Die grüne Partei stelle die Weichen dafür, dass „ein trojanisches Pferd des Antisemitismus einen Platz im Parlament erhält“, kommentierte der LBCA-Vorsitzende Joel Rubinfeld.

Wouter De Vriendt wiederum mag Israel nicht, hat aber ein Herz für das Ayatollah-Regime im Iran. In einem Beitrag schreibt er:

„Die Isolierung des Iran gehört der Politik der Vergangenheit an. Die Einbeziehung des Iran als vollwertiger regionaler Akteur ist die Politik der Zukunft. Das wird die Stabilität im Nahen Osten stärken.“

Der Dritte im Bunde ist Samuel Cogolati. Er nutzte sein Harvard-Studium für einen Forschungsaufenthalt an, ja, wirklich: der Al-Quds-Universität in Abu Dis. Was läge näher? Weil sie eine Hochburg der Hamas ist und viele ihrer Studenten Mordanschläge verüben, gilt die Al-Quds-Universität als „Terror-Akademie“. Terrorismus ist dort keine Privatsache; neue Studenten werden am Eingang mit einem Transparent begrüßt, auf dem neben Jassir Arafat und der Fatah auch die Hamas, der Islamische Dschihad, die PFLP und die Urheber des Massakers von München 1972 verherrlicht wurden.

Cogolati reflektierte 2014 über seinen Aufenthalt an der Terrorakademie – wo er mit Anti-Israel-Organisationen wie B’Tselem, Al-Haq und der UNRWA zusammenarbeitete –, dieser habe ihn „geprägt“ und ihm „die Augen geöffnet“.

Eigenwillige Auslegung internationalen Rechts

Die Autoren beginnen die Einleitung zum Resolutionsentwurf mit einer Lüge: „Der israelisch-palästinensische Konflikt ist einer der ältesten und komplexesten der Welt.“ In Wahrheit ist er jünger als der flämisch-wallonische Konflikt und wahrscheinlich sogar viel weniger „komplex“.

Die folgende Zusammenfassung des Oslo-Prozesses entspringt ebenfalls der bloßen Phantasie. Dieser habe „zu einer gegenseitigen Anerkennung des Rechts auf einen souveränen und sicheren Staat geführt“, behaupten die drei Antragssteller. In den Osloer Verträgen ist von einem „palästinensischen“ Staat indessen keine Rede, und die Fatah hat Israel nie anerkannt, wie ein Blick auf ihr Logo zeigt. Einen neuen Blick auf die Geschichte eröffnet auch der Satz im Resolutionsdokument, der sagt:

„Es ist auch vorgesehen, dass Jerusalem die Hauptstadt dieser beiden Staaten sein wird und dass eine Lösung für Flüchtlinge aus den Konflikten von 1948-49, 1967 und 1974 gefunden wird (möglicherweise in Form einer Entschädigung).“

Wer die Gottheit ist, die „vorgesehen“ hat, dass Jerusalem Hauptstadt zweier Staaten wird, erfährt man nicht. Und was war eigentlich der „Konflikt von 1974“, aus dem nun eine weitere Opfergruppe Ansprüche herleitet? Verwechseln die Autoren das womöglich mit dem Zypern-Konflikt? Über den Trump-Plan heißt es in dem Dokument:

„Dieser Plan ermächtigt Israel, einseitig israelische Kolonien sowie das Jordantal zu annektieren, und verleiht den Palästinensern nicht den vollen Status (Israel behält die Kontrolle über Grenzen, Luftraum, Sicherheit, Sicherheit, Außenpolitik usw.).

Darüber hinaus müssen die Palästinenser verschiedene Bedingungen erfüllen, z. B. die Entwaffnung der Hamas und des Islamischen Dschihad, die Anerkennung Israels als jüdischen Staat, keine internationalen rechtlichen Schritte gegen Israel usw.

Durch die Unterstützung dieses Plans ist die Regierung der Vereinigten Staaten von ihrem seit den 1990er Jahren eingeschlagenen Weg abgewichen, dem Weg zu einer Verhandlungslösung, die zu zwei vollständigen Staaten führen sollte.“

Bloß ein Platzhalter für ihre eigenen Wunschvorstellungen

Hier fällt auf, dass die Autoren eben nicht nur Annexionen ablehnen, wie es im Titel der Resolution heißt, sondern dass sie den „vollen Status“ für einen von ihnen avisierten „Palästinenser“-Staat verlangen und es für einen Affront zu halten scheinen, dass die Hamas und der Islamische Dschihad entwaffnet werden sollen.

Flexibel also handhaben sie das Völkerrecht: Die Osloer Verträge, in denen sich die „Palästinensische Autonomiebehörde“ zur Entwaffnung aller bewaffneten Gruppen verpflichtet hat, scheinen nun plötzlich nicht mehr zu gelten. Das „internationale Recht“, auf das sich die Autoren immer wieder berufen, scheint bloß ein Platzhalter für ihre eigenen Wunschvorstellungen zu sein: die Durchsetzung von Maximalforderungen gegen Israel.

Und man muss schon glauben, dass Terrorgruppen wie die Hamas und der „Islamische Dschihad“ die besten Freunde der „Palästinenser“ seien (und keine blutrünstigen Foltermeister und Mörder), um auf die Idee zu kommen, dass es für diese einen Verlust bedeuten würde, wenn es die Terrorgruppen nicht mehr gäbe.

Mal wieder die „Grenzen von 1967“

Im Teil „U“ des Dokuments heißt es, dass „keine Änderung des Grenzverlaufs von vor 1967, die nicht von den Parteien gebilligt ist“, von Belgien anerkannt werden könne. Das klingt erst einmal harmlos, führt aber die Rechtsposition ein, dass es vor 1967 eine „Grenze“ gegeben hätte, obwohl das eindeutig nicht der Fall ist: In den Waffenstillstandsabkommen von März 1949 waren sich Israel, Jordanien und Ägypten einig, dass die Waffenstillstandslinie keine Grenze ist und einen zukünftigen Grenzverlauf auch nicht vorwegnimmt.

Und obwohl es nie einen „palästinensischen“ Staat gab, sprechen die Autoren vom „besetzten palästinensischen Gebiet“, wenn sie den Teil des Territoriums des früheren Mandatsgebiets Palästina meinen, der 1948/49 von Jordanien militärisch erobert wurde. Sie machen klar, dass in ihren Augen Israel davon keinen Quadratzentimeter rechtmäßig besitzen könne, wenn die „Palästinenser“ dem nicht zustimmen. Aber warum sollten sie mit den Israelis teilen, wo doch eine so wichtige Institution wie das belgische Parlament ihnen sagt, dass ihnen alles gehört?

Machmud Abbas, der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, der sich im fünfzehnten Jahr seiner vierjährigen Amtszeit befindet, kann sich also auch weiterhin weigern, mit Israel überhaupt zu verhandeln, wie er das nun seit über zehn Jahren tut.

Ihm fällt ja, wenn es nach den belgischen Abgeordneten geht, alles in den Schoß: Er braucht keine Friedensverhandlungen zu simulieren, braucht sich nicht an die Osloer Verträge zu halten und kann diese sogar für „null und nichtig“ erklären – seinen „Staat Palästina“ wird er ohne irgendwelche Konzessionen oder Einschränkungen aus den Händen des belgischen Parlaments empfangen.

So nämlich stellen die Fraktionen im Brüsseler Parlament, die die Anti-Israel-Resolution verabschiedet haben, sich das vor: Noch am selben Tag wollten Grüne und Sozialisten auch den „Staat Palästina“ durch das Parlament anerkennen lassen – wiederum ein Verstoß gegen die Osloer Verträge. Die Abstimmung darüber wurde wegen einiger Eingaben in letzter Minute verschoben.

Bei der „Debatte“ sind sich alle einig

Wie die Abstimmung ausgehen wird, ist keine spannende Frage. In der „Debatte“ zeigten die Redner aller Parteien, dass sie sich einig sind. Es ging nur darum, wie man „Druck“ auf die israelische Regierung ausüben könne – nicht auf die „Palästinensische Autonomiebehörde“, die Hamas oder den Iran.

Peter De Roover von der „Neuen Flämischen Allianz“ (N-VA) erklärte für seine Fraktion, dass sie „absolut nicht“ gegen die Resolution stimmen werde; dass er und seine Kollegen nur deshalb nicht dafür stimmten, weil die Androhung der Sanktionen zu vage sei:

„Es ist ein Text, der in alle Richtungen verwendet werden kann. Wir wissen nicht einmal, welche Interpretation gegeben wird, wenn wir den Text genehmigen.“

Mehr Zeit seiner kurzen Rede verwandte De Roover aber darauf, sich von US-Präsident Donald Trump zu distanzieren – so, als würde das belgische Parlament über dessen Politik abstimmen. Der Antragsteller Simon Moutquin gab im Zuge seiner Rede eine weitere Probe seiner Interpretation des internationalen Rechts. Über den Trump-Plan sagte er:

„Dieser Plan besteht aus Erpressung, d.h. der Gewährung eines großen Geldbetrags im Austausch gegen Land – ein Viertel, das 10 Kilometer von Jerusalem entfernt liegt und als Hauptstadt der Palästinenser dienen könnte und daher sehr weit von dem entfernt ist, was internationales Recht vorsieht.“

„Seit Jahrzehnten in der Region bestehende Kolonialherrschaft“

Das internationale Recht haben wir uns als eine Art politisches GPS vorzustellen. Es weiß, wo „Palästinas“ Hauptstadt liegt. Wir sehen: Während es ein Angriff auf das internationale Recht ist, zu sagen: „Jerusalem ist die Hauptstadt Israels“, ist es in Einklang mit internationalem Recht, zu sagen: „Jerusalem ist die Hauptstadt Palästinas“. Die darf gemäß einem offenbar geheimen Zusatzprotokoll des internationalen Rechts gar nicht woanders liegen.

Wer das nicht versteht, hat wohl anders als Moutquins Kollege Cologati nicht Jura an der Al-Quds-Universität studiert. „Hier“, so Moutquin weiter,

„haben wir also die Bestätigung, dass Israel damit beschäftigt ist, ein echtes Apartheidregime aufzubauen, unter dem Palästinenser in arabische Bantustans verbannt werden. Dies bestätigt auch die seit Jahrzehnten in der Region bestehende Kolonialherrschaft.“

Für die stalinistische „Partei der Arbeit“ (PvdA) sprach der Abgeordnete Nabil Boukili über Ahmed Erekat, der einige Tage zuvor an einem Checkpoint in der Nähe von Abu Dis einen Terroranschlag mit seinem Auto verübt hatte, nachdem er zuvor offenbar bezichtigt worden war, für Israel spioniert zu haben (was der Familie Erekat – zu der auch Saeb Erekat, einer der Chefideologen der Fatah, gehört – laut der israelischen Website YNetNews „große Schande“ bereitet und Erkekat in „Depressionen“ gestürzt habe).

Auf einem Video der israelischen Armee ist deutlich zu sehen, wie Erekat sein Auto absichtlich gegen eine junge Frau lenkt (und dabei Gas gibt), die durch die Luft geschleudert wird und gegen einen stehenden Lieferwagen prallt. Sofort darauf reißt Erekat die Fahrertür auf und springt aus dem Wagen, wobei er von den Grenzpolizisten erschossen wird.

„Eines von vielen Beispielen für die Barbarei der israelischen Kolonialisierung“

Wenn ein Stalinist (oder sonst ein Abgeordneter) im belgischen Parlament darüber spricht, klingt das naturgemäß etwas anders:

„Am Dienstag wurde ein junger Mann, der seine Mutter und seine Schwester auf dem Weg zu ihrer Hochzeit begleitete, an einem Kontrollpunkt von der israelischen Armee erschossen. Dieser junge Mann wurde an einem Kontrollpunkt zwischen Bethlehem und Abu Dis erschossen.

Abu Dis ist die Stadt, die im berühmten Deal des Jahrhunderts von Trump und Netanyahu als Hauptstadt Palästinas bezeichnet wurde. Hier befindet sich der israelische Kontrollpunkt, und hier wurde dieser junge Mann unter dem Vorwand erschossen – natürlich lächerlich, weil es keine Beweise gab –, dass dieser junge Mann einen Angriff ausführen würde an diesem Kontrollpunkt.“

Dies, so Boukili, sei „eines von vielen Beispielen für die Barbarei der israelischen Kolonialisierung in Palästina“. Niemand widersprach.

Failed State Belgien

Belgien hat nicht nur ein lustiges Parlament, es hat auch einen einst von der UNESCO als Weltkulturerbe prämierten Karneval, wo Juden als Insekten dargestellt werden. Belgien finanziert Vorfeldorganisationen der Terrororganisation PFLP. Es hat einen öffentlichen Fernsehsender, der behauptet, Juden hätten 1948 „systematisch Palästinenser massakriert“.

Und es hat den berühmten Brüsseler Stadtteil Molenbeek, der als Europas „Terroristenfabrik“ gilt – an dieser Bezeichnung gab der frühere sozialistische Bürgermeister Philippe Moureaux einmal in einem Interview Israel die Schuld. Jenes Molenbeek, wo die Sozialistische Partei (PS) mit antisemitischen Karikaturen wie aus dem „Stürmer“ zu Veranstaltungen über Israel einlädt.

Apropo Karikaturen: Belgien ist die Heimat des mit über 150 Preisen geehrten Karikaturisten Luc Descheemaeker, der 2016 stolz vermelden konnte, für den von ihm eingereichten Beitrag den Sonderpreis beim zweiten internationalen Holocaustkarikaturenwettbewerb in Teheran gewonnen zu haben. Wer sonst kann das schon von sich sagen.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ✕ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Churchill pfui, Marx hui!

Dass die Denkmäler linker Rassisten wie die von Karl Marx nicht angetastet werden, belegt einmal mehr, dass die BLM-Bewegung und ihre Sympathisanten nicht – wie sie behaupten – in erster Linie den Rassismus gleich welcher Couleur angreifen, sondern das Rad der Geschichte in Richtung des weltweit zu Recht gescheiterten Kommunismus zurückdrehen wollen.

Von Roger Letsch

Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.
(Georg Santayana, spanischer Philosoph)

Fragen sie sich auch manchmal, warum so wenig Kunst aus vergangenen Zeiten auf die Nachwelt gekommen ist? Zerrt man diese nicht durch Zufall aus Jahrtausende alten und gut versteckten ägyptischen Gräbern wie Howard Carter, sind die Chancen gering, dass bedeutende Kunst und kaum weniger bedeutende Objekte des Alltags den Weg durch die Zeit unbeschadet bis zu uns überstehen. Geraubt, geplündert, eingeschmolzen, umgeformt. Verstreut, zerstört, verloren. Ganz zu schweigen von der Gewalt durch Kriege und religiöse Umwälzungen und der Ignoranz der Sieger in beiden Fällen. Die ägyptischen Pyramiden wurden ihres weißen Kalksteins entkleidet, um daraus Moscheen zu bauen. Die gebrannten Ziegel Babylons speichern heute die Wärme privater Kochstellen und das päpstliche Rom hatte keine Skrupel, den antiken Tempeln und Gebäuden Marmor und Bronze zu rauben, um damit Kirchen und Paläste auszustatten.

Es ist anzunehmen, dass der große Bernini, der Architekt des Petersplatzes, kein schlechtes Gewissen hatte, weil die Bronze für sein Baldachin-Ziborium im Petersdom aus der Decke der Vorhalle des Pantheons entnommen wurde. Warum ich ihnen das alles erzähle? Weil wir es im Westen zu einer Frage von Aufgeklärtheit, Bildung, Kultur, ja Zivilisation erklärt haben, die Zerstörung von Geschichte und deren Hinterlassenschaften für Barbarei und Frevel am Erbe der Menschheit zu betrachten und entsetzt aufschreien, wenn solches heute irgendwo auf der Welt geschieht. Dabei sind die Frevler, Zerstörer und Ignoranten mitten unter uns.

Die Archäologie als Wissenschaft und die Angewohnheit, Kunstgegenstände oder andere Objekte, die mit der Vergangenheit und deren Gestaltern in Berührung kamen oder in Beziehung stehen, in Museen zu zeigen oder auf Auktionen Höchstpreise dafür zu bieten, sind Erfindungen der Renaissance und der Aufklärung. Eine Ming-Vase, eine Gutenberg-Bibel oder ein Louis-seize-Sessel sind aus heutiger Sicht unpraktisch, ja nutzlos. Vielleicht, weil sie sich nicht per App steuern lassen. Doch ihr Wert bemisst sich ja nicht aus dem Porzellan, dem vergilbten Papier oder ein paar wurmstichigen Stücken Holz, sondern aus der Geschichte, die sie erzählen und der Unwahrscheinlichkeit, es durch die Zeiten bis zu ihren heutigen Besitzern und Bewunderern geschafft zu haben. Und doch sind wir immer noch und immer wieder in der Lage, Zeugnisse der Vergangenheit zu zerstören, wenn sie uns nichts mehr gelten oder wir glauben, uns von einer unliebsamen Vergangenheit zu befreien, indem wir deren Zeugnisse vernichten. Dieses „wir" ist natürlich die Menschheit als Ganzes. Doch jeder meiner Leser ist eingeladen, sich dieser destruktiven Gruppe in den beschriebenen Fällen nicht zugehörig zu fühlen.

Die Briten haben Churchill den Sieg über den Faschismus zu verdanken. Geschichtsunkundige Demonstranten wollen den früheren Premier nun auf Details seiner Biografie reduzieren.

Historisches und Aktuelles

2001 schoben sich die Taliban in Afghanistan durch eine Zerstörung jäh in die Aufmerksamkeit des Westens. Und zwar nicht erst im September, sondern schon im März, als sie die riesigen Buddha-Statuen von Bamiyan sprengten, die bereits im 6. Jahrhundert aus dem Felsen gehauen wurden und nun der islamistischen Doktrin vom Bilderverbot zum Opfer gefallen waren. Der Aufschrei im Westen war groß und einhellig. Kunstwerke zerstören, sowas geht gar nicht!

2015 sprengte die IS-Miliz im syrischen Palmyra die Ruinen des antiken Baal-Tempels in die Luft und versuchten genau wie die Taliban, Tabula rasa mit der „heidnischen" Vergangenheit zu machen. Das Internet machte es möglich, dass die Welt dabei zusehen musste, wie die selbsternannten Gotteskrieger die Zeugnisse Jahrtausende alter Menschheitsgeschichte auslöschten, auch indem sie etwa in den Museen Syriens und im Irak Reliefs und Plastiken zerschlugen.

Was man auf den ersten Blick erkennt, ist die ideologische Gemeinsamkeit dieser Ereignisse. In beiden Fällen glaubten die Abrissbevollmächtigen, rechtmäßig zu handeln. Doch wer hat sie bevollmächtigt? Das Zerstörte sei schließlich falsch, hetzerisch, unrein und das Böse selbst und wenn solche Hinterlassenschaften einer fernen, unverstanden Vergangenheit auf Menschen treffen, die sich im Besitz der Wahrheit befinden, geschieht zu allen Zeiten dasselbe. Ich gebe hier schon mal pauschal mangelhafter Bildung eine Mitschuld.

Im Juni 2020 kommt es in zahlreichen Städten in den Vereinigten Staaten zu extrem gewaltsamen Protesten in Folge des Todes von Georg Floyd. Aber auch in London, Brüssel und sogar im weit entfernten und auf Diversität, Toleranz und Selbstverleugnung gebürsteten Deutschland geht die Post ab. In London werden Statuen beschmiert und umgeworfen und die Liste der „rassistischen Ehrenmale", die gefälligst entfernt gehören, ist allein in Großbritannien 60 Einträge lang. Winston Churchill, Oliver Cromwell und König Charles II (ja, beide!), Christoph Columbus, Francis Drake und Horatio Nelson stehen auf der Liste, um nur einige Namen zu nennen, die auch in Deutschland allgemein bekannt sind.

In den USA fordert Nancy Pelosi, dass man aus dem Kongress die von diversen Bundesstaaten gestifteten Standbilder bekannter Konföderierter entferne, darunter übrigens pikanterweise das ihres demokratischen Parteigenossen Jefferson

Davis, dem einzigen und glücklosen Präsidenten der Konföderation, welche den Amerikanischen Bürgerkrieg 1861–1865 gegen die Union verlor. Motto: kommst du in der Gegenwart politisch nicht weiter, verleugne, verdamme und bekämpfe öffentlichkeitswirksam deine eigene Vergangenheit. Seine Feinde mit Respekt und Anstand zu behandeln, sobald sie besiegt sind, soviel Größe brachten die Politiker im Jahr 1865 noch auf, heutige schreien nach Rache.

Der Kopf des Südstaaten-Präsidenten verletzte einen Afroamerikaner schwer

In Portsmouth (Virginia) knöpften sich in der Nacht zum 11. Juni 2020 die Sklavenbefreier von heute das dortige Bürgerkriegsdenkmal vor. Die vier Statuen, darunter Robert E. Lee und Jefferson Davis, wurden erst enthauptet und dann umgestoßen. Die herabstürzende kopflose Statue von Davis traf einen der Protestler, einen Afroamerikaner, ausgerechnet am Kopf und verletzte ihn schwer. Der Zustand des Mannes ist wohl kritisch und man kann nur hoffen, dass er die Selbstermächtigung seiner gleichgesinnten Freunde überleben wird. Falls nicht wäre er nicht das erste „Kollateralopfer“ durch „friendly fire” der perversen Bestattungsfeierlichkeiten zu „Ehren“ von George Floyd.

Was genau unterscheidet eigentlich das Vorgehen der Taliban in Afghanistan oder des IS in Syrien von dem, was „Protestler“ in London oder Portsmouth machen? In allen Fällen werden historische Tatsachen und wehrlose Monumente im Namen einer ideologischen Selbstüberhöhung zerstört, ohne dass dadurch der Buddhismus vom historischen Afghanistan ferngehalten, das Römische Reich aus dem historischen Syrien vertrieben oder der amerikanische Bürgerkrieg nachträglich verhindert werden kann. Die religiöse Inbrunst, mit der die Zerstörer zu Werke gehen, hat also mindestens die Parallele der Sinnlosigkeit.

Wie gute Menschen entstehen

In Seattle war eine mehrere Blocks große „befreite Zone“ entstanden, in welcher Aktivisten und „freiwillig“ Schon-länger-da-wohnende ein sozialistisches Utopia ohne Polizei und ohne Gerichte verwirklichen wollen. Außer durch einen Twitter-Aufruf zu Lebensmittelspenden (nur vegan), weil die Obdachlosen den Sozialisten alle Lebensmittel weggefuttert hätten und einer Wikipedia-Seite hat diese Community allerdings noch nicht mehr geschafft als zu beweisen, dass die Abschaffung der Polizei keineswegs zu mehr Sicherheit führt. Wer hätte das gedacht.

Das erste, was der neue „Staat” namens CHAZ inmitten Seattles einführte, ist Grenzsicherung – man lässt nicht jeden rein und macht im Grunde dasselbe, was man dem Präsidenten an der Grenze zu Mexiko vorwirft. Dann stellt man eine eigene „Polizei” auf, die schwer bewaffnet die Ordnung aufrechterhält und der Pavian mit dem rötesten Arsch schwingt sich zum Anführer auf und hofft auf Expansion. Ein Hort der Feigheit, Geilheit und Liederlichkeit, wie ihn die Welt schon so oft gesehen hat.

Eine zentrale Forderung dieser „People’s Republic of Capitol Hill“ war übrigens „[to] drop charges against the protesters“. Übergehen wir hier mal die „Ungenauigkeit“, dass von Protestlern die Rede ist, obwohl sich die Ermittlungen mit Plünderungen und anderen unangenehmen „Begleiterscheinungen“ dieser Art von „Befreiung“ befassen. Denn hier sind wir beim Kern des Problems, welches sich aus der Selbstermächtigung dieser Aktivisten ergibt:

MARTAK / ICONEM / DGAM / AFP

Der "Islamische Staat" zerstörte ein Überbleibsel einer viel älteren Religion: Den Baals-Tempel im syrischen Palmyra.

Dieselben Aktivisten, die nun für Körperverletzung, Raub und Plünderungen Straffreiheit fordern, schwingen sich gleichzeitig zu Scharfrichtern der Geschichte auf. Man fordert also „Gerechtigkeit” von der Geschichte und entzieht sich dieser in der Gegenwart. Doch wer richtet die Scharfrichter? Diese laufen mit den Maßstäben ihrer schon aufgrund geringen Lebensalters beschränkten Weltsicht zurück durch die Zeit, um historische Ereignisse und die dort handelnden Personen nach ihren eigenen, nur bedingt auf die Vergangenheit anwendbaren Moralvorstellungen in „muss weg“ und „darf bleiben“ einzuteilen.

Marx & Engels bleiben unangetastet

In London heißt es nun: Churchill war ein Rassist und seine Statue soll entfernt werden. Die Denkmale von Marx und Engels aber bleiben unangetastet. Nun fordere ich nicht, Marx Standbild zu beschmieren, auch wenn seine Theorien sicher deutlich mehr Menschenleben gekostet haben, als alle imperialen Husarenstücke Churchills, von welchen er nicht ohne Selbstkritik freimütig in seinen Büchern und Presseberichten aus dem Sudan oder Südafrika berichtete. Es ist ja generell nicht so, dass die Bilderstürmer aus 2020 die ersten sind, die Rassismus im britischen Kolonialreich erkennen, die Darstellung der Sklaverei in „Vom Winde verweht” kritisch sehen oder das Vorgehen Kitcheners beim Mahdi-Aufstand als unverhältnismäßig grausam beurteilen. Das taten schon die Zeitgenossen und die kritischen Rezensionen reißen nicht ab. Jeder von einer Wikipedia-Seite abgeschriebene Schulaufsatz zu bekannten Personen der Geschichte enthält heute mehr reflektierte und fundierte Kritik als alle Protestschilder in den Straßen Londons oder Seattles zusammen.

Churchills Verdienste für das Überleben Großbritanniens liegen zudem überschwer in der Waagschale, als dass er sich eine Behandlung wie die durch seine ignoranten kulturrevolutionären Urenkel verdient hätte, die vergessen haben oder nie wussten, dass sie ihr vergleichsweise komfortables Leben nicht zuletzt diesem vor 55 Jahren gestorbenen Mann auf dem beschmierten Sockel verdanken.

Bürgerkrieg im LARP-Modus

Durch das Shenandoah-Valley in den Virginias zog 1864 auf einem Vergeltungszug Philip Sheridans Armee. Die Taktik der „verbrannten Erde“ wurde hier erstmals angewendet. Man wollte sicherstellen, dass die Konföderierten diese Gegend nie wieder nutzen können, um sich zu versorgen. Im darauffolgenden Jahr kapitulierte die Südstaatenarmee unter Robert E. Lee und die Nordstaaten hatten den Bürgerkrieg gewonnen. Die Sklaverei im Süden, ein Momentum, das im Verlauf des Krieges immer bestimmender wurde, war zwar abgeschafft, doch die Rassentrennung dauerte noch bis in die 1960er Jahre in unterschiedlichen Graden an.

Die demütigende Niederlage für den am Boden liegenden Süden wurde begleitet von annehmbaren Bedingungen, auch wenn es lange dauerte, bis das gegenseitige Vertrauen sich wieder besserte. Die Popularität gerade von Robert E. Lee beschränkt sich indes nicht auf den Süden. Der Pragmatismus, ihm zuzugestehen, der militärisch wohl fähigste Befehlshaber im Bürgerkrieg gewesen zu sein, der leider aus der Sicht des Siegers auf der falschen Seite stand, ist im US-Militär, wo man stets von fähigen Gegnern zu lernen bereit ist, bis heute lebendig.

Die Kids, die heute in einer Art „Live Action Role Play Modus“ Lees Statuen köpfen und sich dabei vielleicht wie Abolitionisten der gefahrvollen ersten Stunde fühlen, glauben sich moralisch dazu berechtigt. Doch es gibt gute Gründe, warum man (in Demokratien) Statuen zur Erinnerung an eine Person erst nach deren Tod aufzustellen pflegt: Alles liegt dann auf der Waage. Das Gute wie das Schlechte. Bei Lee neben seinen Verdiensten im Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846–1848) auch, dass er seine Offiziere davon abhielt, statt 1865 zu kapitulieren, in einem endlosen Guerilla-Krieg gegen die Union weiterzukämpfen.

Welchen weiteren Lebensweg diejenigen vor sich haben, die heute die Statuen von Columbus umwerfen, Robert E. Lee’s Standbild köpfen oder die Bronze des alten, gebeugten Winston Churchill beschmieren, ob in 50 Jahren also eine Straße oder ein blutiger Schul-Amoklauf mit 50 Todesopfern nach ihnen benannt sein wird, ist offen.

Also halte man sich mit Hammer, Farbe und Sichel besser fern von Denkmälern, von deren Bedeutung man lediglich mehr zu wissen glaubt als jene, die sie bauten und jene, die die Widersprüche der Darstellung sehr wohl kennen und sich in demokratischen Abstimmungen immer wieder fragen, ob und warum eine Statue stehen bleiben darf. Wer bist du, Floydianer, dass du glaubst, diese Entscheidungen ignorieren zu dürfen? Wer bist du, dass du dich für einen besseren Menschen, ja, für den ersten wirklich guten und gerechten Menschen der Geschichte hältst, der über den Wert von Symbolen urteilen darf, weil er frei von Sünde ist und „erkannt” hat, was richtig und was falsch ist in der Welt?

Kannst du eine Statue wiederaufrichten, wenn sich erweist, dass aus dir Bilderstürmer ein noch mieserer Charakter wurde als jener, den du noch posthum vernichten und auslöschen wolltest? Als Atheist komme ich meinen Lesern ja nur selten mit Bibelzitaten, aber hier passt mal eines. Nämlich Matthäus 7.2: „Denn mit welcherlei Gericht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden; und mit welcherlei Maß ihr messet, wird euch gemessen werden.“

Oder kürzer und weniger pathetisch: Urteile nicht leichtfertig über die Geschichte, wenn deine noch nicht geschrieben ist. Und lass die Finger von Dingen, die aus der Vergangenheit zur Gegenwart sprechen. Höre ihnen lieber zu.

Immer mehr Länder verbieten die Muslimbruderschaft

Trotz eines Machtzuwachses in mehreren Staaten nach den verfehlten Revolutionen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ nehmen immer mehr Länder auch im Mittleren Osten Anstoß an der Ideologie der gewaltbereiten islamistischen Vereinigung.

Von Hany Ghoraba

Der jordanische Kassationsgerichtshof fällte letzte Woche ein endgültiges Urteil und löste die lokale Sektion der Muslimbruderschaft auf und verbot deren Aktivitäten. Das Gericht löste die Gruppe auf, weil sie es versäumt hatte, sich an ein Gesetz aus dem Jahr 2014 anzupassen, das die politische Tätigkeit religiöser Gruppen einschränkt. „Wir beantragten eine Sonderstatusregelung für die Gruppe, die von der Regierung genehmigt werden sollte, aber die Entscheidungsträger lehnten den Antrag ab“, sagte der jordanische Sprecher des Muslimbruderschaft, Moaz al-Khalidi.

„Die Muslimbruderschaft ist ein Modell der Mäßigung und ein wichtiges Element zur Stärkung der nationalen Einheit. Ihre Auflösung liegt daher nicht im nationalen Interesse“, sagte Scheich Hamza Mansur, der den Führungsrat der jordanischen Muslimbruderschaft leitet.

Die Gerichtsentscheidung hat die Gruppe zwar nicht als terroristische Vereinigung eingestuft, aber sie könnte den Weg für eine solche Maßnahme in der Zukunft ebnen.

Die jordanische Muslimbruderschaft ist die älteste und populärste islamistische Gruppe des Landes. Sie wurde 1945 als Franchise für die Dachorganisation in Ägypten gegründet, wurde zur treibenden Kraft für die Islamisten im Land und stand hinter der Gründung der wichtigsten islamistischen Partei des Landes, der „Islamischen Aktionsfront“ (IAF). Trotz des Verbots Jordaniens gegenüber der „palästinensischen“ Terrorgruppe Hamas im Jahr 1999, unterhielt die „Islamische Aktionsfront“ über den jordanischen stellvertretenden Muslimbruderschaft-Führer Zaki Bani Arshid, enge Verbindungen zu der terroristischen „Palästinenser“-Gruppe. Arshid koordinierte die politischen Beziehungen mit der Hamas.

Ägypten bezeichnete seine Muslimbruderschaft nach einer Reihe von Terroranschlägen innerhalb des Landes als terroristische Vereinigung. Die Anschläge folgten auf die Revolution vom Juni 2013, die den islamistischen ägyptischen Präsidenten Mohamed Morsi an die Macht brachte.

KHALED DESOUKI, AFP

Ehemaliger Hauptsitz der Muslimbruderschaft in Ägypten

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien folgte ein paar Monate später mit einer eigenen Bestimmung. Saudi-Arabien hat mehrere Gründe – einschließlich der regionalen politischen Dynamik –, sich nach Jahren der Unterstützung gegen die Muslimbruderschaft zu stellen. „Wir haben uns geirrt, als wir die Türen unserer Schulen und Universitäten für Ausländer öffneten, die zuließen, dass solche Ideen unsere Jugend erreichen“, sagte Mohamed Zulfa, ein Mitglied des Saudi-Schura-Rates [beratende Versammlung]. „Leider haben wir das zu spät erkannt.“

Das saudische Verbot von 2014 schockierte die Mitglieder der Muslimbruderschaft in Ägypten, die sich seit den 1960er Jahren auf die Unterstützung des saudischen Königreichs verlassen hatten, um dem ägyptischen Verbot während der Herrschaft von Präsident Gamal Nasser zuvorzukommen. Als Reaktion darauf gingen die Medien der Muslimbruderschaft so weit, dass sie das königlich-saudische Haus Al Saud und insbesondere Kronprinz Mohamed Bin Salman als „Zionisten“ bezeichneten, weil nach Ansicht der Bruderschaft ein Widerstand gegen die Bruderschaft Israel Vorteile bringt. Auf das saudische Verbot folgte die Verhaftung und Inhaftierung einer Reihe von islamistischen Gelehrten, die als Unterstützer der Bruderschaft angesehen wurden. Darüber hinaus hat Saudi-Arabien nach dem Verbot eine Reihe von Reformen in Kraft gesetzt, gegen die sich die Muslimbruderschaft wehrt, darunter das Recht für Frauen, Auto zu fahren, ohne Hidschab in die Öffentlichkeit zu gehen, und Anfang des Jahres das Verbot der Auspeitschung als Mittel der gerichtlichen Bestrafung.

Vereinigte Arabische Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) erließen 2014 ein umfassendes Verbot der Muslimbruderschaft als Teil eines breiter angelegten Kampfes gegen Mitglieder, die angeblich einen Sturz der Regierung anstrebten. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) erließen 2014 ein umfassendes Verbot der Muslimbruderschaft als Teil eines breiter angelegten emiratischen Kampfes gegen Mitglieder der Muslimbruderschaft, die angeblich einen Sturz der Regierung anstrebten. Die emiratische Regierung bezeichnete auch Dutzende von Gruppierungen der Muslimbruderschaft mit Sitz im Westen, darunter der „Council on American-Islamic Relations“ (CAIR), die „Muslim American Society“, „Islamic Relief“, die „Muslim Association of Britain“ und die „Cordoba Foundation“ in Großbritannien, als terroristisch. Andere überwiegend muslimische Länder, die die Muslimbruderschaft als terroristisch einstuften, erstrecken sich von Bahrain, Syrien und dem libyschen Parlament in Tobruk bis nach Tadschikistan, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan.

Tunesien

Sogar in Tunesien, wo die der Muslimbruderschaft nahestehende Ennahda-Partei seit 2011 eine Kraft ist, mit der man rechnen muss, gibt es jetzt Bestrebungen, die Muslimbruderschaft auf die schwarze Liste zu setzen. Ein Antrag des ehemaligen tunesischen Präsidentschaftskandidaten Abir Moussi, die Gruppe der Muslimbruderschaft zu verbieten, wurde Anfang dieses Monats vom Parlamentsbüro abgelehnt.

Ironischerweise haben die USA, die im September 2001 den schrecklichsten Terroranschlag auf ihrem Boden erlitten haben, die Kerngruppe hinter der Ideologie der al-Qaida-Terroristen vom 11. September 2001 nicht verboten. Die Führer der al-Qaida wurden stark von der Ideologie des Gründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna, und des Chefideologen der Gruppe, Sayyid Qutb, beeinflusst. Der Prozess gegen die „Holy Land Foundation“ im Jahr 2008 legte die Vorgehensweise der Muslimbruderschaft auf amerikanischem Boden offen.

Die „Holy Land Foundation“ war die größte amerikanische muslimische Wohltätigkeitsorganisation. Während sie sich um Hilfe für Witwen, Waisen und andere bedürftige Menschen bemühte, bewiesen Staatsanwälte, dass sie eine verdeckte Tätigkeit ausübte: „Die Holy Land Foundation wurde der wichtigste Fundraising-Arm für das Palästina-Komitee in den USA, das von der Muslimbruderschaft gegründet wurde, um die Hamas zu unterstützen.“

Die Muslimbruderschaft schuf das Palästina-Komitee speziell zur politischen und finanziellen Unterstützung der Hamas. „Mit der Ausweitung der Intifada und dem Voranschreiten der islamischen Aktion innerhalb und außerhalb Palästinas“, so heißt es in einem internen Memo des Palästinakomitees, hat die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) durch ihre Aktivitäten im Widerstand gegen die zionistische Besatzung viele Opfer von Märtyrern, Gefangenen, Verwundeten, Verletzten, Flüchtlingen und Deportierten auf sich genommen und sie konnte beweisen, dass sie eine einzigartige und effektive Bewegung zur Führung des palästinensischen Volkes ist. Diese Bewegung – die im Schoss der Mutterbewegung ‚Muslimbruderschaft‘ entstanden ist – gab der muslimischen Nation Hoffnung und Leben zurück und stellte die Vorstellung wieder her, dass die Fackel des Dschihad nicht erloschen ist und dass das Banner des Islamischen Dschihad immer noch gehisst wird.

Die Holy Land Foundation und fünf ehemalige Funktionsträger wurden 2008 verurteilt, weil sie illegal mehr als 12 Millionen Dollar an die Hamas abgeführt hatten. Dennoch ist es den aufeinander folgenden US-Regierungen nicht gelungen, die Muslimbruderschaft zu verbieten, trotz ihrer Rolle bei der Lenkung der Unterstützung der Hamas durch das Palästinakomitee.

Jahrzehntelang sahen viele Machthaber in Ländern mit muslimischer Mehrheit die Muslimbruderschaft als eine Quelle politischer und religiöser Unterstützung an. Doch diese Unterstützung wurde manchmal zu einer Bedrohung, da die Gruppe die Bildungssysteme infiltrierte und andere Gefahren darstellte, wie die politischen Errungenschaften des Islamismus in Ländern wie Ägypten und Tunesien zeigen. Die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kosten für die Unterstützung der Muslimbruderschaft waren zu hoch, um sie zu tragen. Jordanien scheint das neueste Land zu sein, welches zu dieser Schlussfolgerung gelangt ist.

Hany Ghoraba ist ein ägyptischer Schriftsteller, Analyst für Politik und Terrorismusbekämpfung bei Al Ahram Weekly und ein regelmässiger Mitarbeiter der BBC. Auf Englisch zuerst erschienen bei The Investigative Project on Terrorism. Übersetzung Audiatur-Online.

Der Autokrat von Minsk bittet zur Wahl

Weitaus weniger Kritik aus Westeuropa als der demokratische Staat Israel muss die europäische Diktatur Weißrussland ertragen. Selbst der um Schelte am jüdischen Staat nie verlegene Bundespräsident Steinmeier fand bei seinem letzten Besuch keine Worte der Kritik an Lukaschenkos autoritärer Führung des osteuropäischen Staates.

Von Anastasia Iosseliani

Protest gegen Lukaschenko am 14. Juli 2020 in Minsk

Sergei GAPON / AFP

Geehrte Leser und Leserinnen!
Heute nehme ich Sie mit auf eine Reise in ein Land östlich des Flusses Bug, das nur eine Flugstunde entfernt von Berlin liegt, eingeklemmt zwischen Russland und Polen, und nur selten in den Medien ist. Dabei ist Weißrussland – das ist das Land, wohin uns die Reise führt – die letzte Diktatur Europas. Dessen «Kolchose-Diktator» Lukaschenko schämt sich nicht, als der letzte Despot Europas und Schosshund Putins zu gelten. Sein Staat ist auch der letzte in Europa, in dem noch immer die Todesstrafe vollstreckt wird.

Seit 1994, also seit über 25 Jahren, wird dieses Land von einem Mann regiert: Alexander Lukaschenko. Der Kolchose-Diktator macht keinen guten Job, und kann sich nur durch Unterdrückung an der Macht halten. Eine freie Presse gibt es nicht, oppositionelle Medien berichten aus dem polnischen oder ukrainischen Exil, seine bizarre Wirtschaftspolitik führt dazu, dass jährlich 10.000 Weißrussen nach Polen gehen, um sich dort als Gastarbeiter zu verdingen. Wobei die Bezeichnung «Gastarbeiter» irreführend ist, denn es handelt sich hierbei oft um junge, gut ausgebildete Menschen, die in der IT-Branche oder im Gesundheitswesen arbeiten.

Nur die Inkompetenz Lukaschenkos im Zuge der Covid-19-Pandemie, und dass der Kolchose-Diktator mal wieder zu einer Wahl aufruft, die weder frei noch fair ist, und bei der schon jetzt der Sieger feststeht, führen dazu, dass ausnahmsweise in den «westlichen Medien» über ihn berichtet wird: Kürzlich empfahl er den Konsum von Wodka und Knoblauch gegen das Covid-19-Virus.

Mich erinnern diese nutzlosen und gefährlichen Ratschläge an eine Grippeepidemie, die Minsk, die Hauptstadt von Weißrussland, vor einiger Zeit heimgesucht hat. Weil in der Diktatur Misswirtschaft herrscht, haben die Behörden in Minsk vor der Grippeepidemie weder genug Impfstoff noch andere Medikamente beschafft. In ihrer Verzweiflung, und um nicht noch inkompetenter auszusehen, beschlossen sie, ein Gesetz einzuführen, wonach alle Kindergarten-Kinder, Schüler, Studenten und städtische Angestellte mit einer Kette aus Knoblauch und Zwiebeln erscheinen müssten, weil im Volksglauben Knoblauch und Zwiebeln als Mittel gegen verschiedene Krankheiten und übernatürliche Phänomene verwendet werden. Deshalb wurden dann Menschen, die ohne diese bizarren Gemüse-Ketten in staatlichen Einrichtungen erschienen, wieder nach Hause geschickt.

Dies nahm die Nachrichtenseite «Charter 97» zum Anlass, in einem ihrer Artikel süffisant zu fragen, ob Minsk von einer Vampirplage heimgesucht worden sei. Denn natürlich helfen weder Knoblauch noch Zwiebeln um den Hals getragen gegen Viren und Bakterien.

Aber wie bei so vielen Dingen stank auch hier der Fisch vom Kopf her und wie die jetzige Pandemiebekämpfungsstrategie des Diktators zeigt, haben die Minsker Behörden damals nur Befehle ihres Herrschers umgesetzt. Lukaschenko versteht sich vor allem gut darauf, sich maximal Russland anzubiedern und dabei zu hoffen, dass Weißrussland unter seiner Herrschaft nicht von Russland einverleibt, er abgesetzt wird und wieder auf seiner Kolchose Traktor fahren muss.

Weißrussland hat er in das Klischee einer Diktatur im post-sowjetischen Raum verwandelt, inklusive KGB. Es ist die einzige souveräne Nation, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den KGB als Geheimdienst beibehalten hat. Die andere Entität, die das ebenfalls getan hat, ist der Kreml-Proxy «Süd-Ossetien», die russisch okkupierte Zchinvali-Region in Georgien.

Was die Wahl-Posse in Weißrussland angeht: Es sind dieser Tage schon über 250 Menschen im Lande verhaftet worden. Und was tut die freie Welt? Was machen zivilisierte Staaten? Gibt es Demonstrationen und Aufrufe zu Boykotten gegen die Herrschaft des Kolchose-Diktators und seines Reiches aus Birkensaft, Traktoren und Kartoffelstärke? Nichts da! Potentielle Sanktionen wurden zwar von Politikern wie Josep Borell ins Spiel gebracht, aber geschehen ist bisher nichts, und so kann sich Lukaschenko zurücklehnen und eine weitere Amtszeit genießen, in der er das Volk schikanieren und seiner Würde berauben kann. All das, während man in den westlichen Staaten die Augen verschließt und die Hände in den Schoß legt angesichts dessen, was in Weißrussland passiert.

Westeuropa interessiert sich nicht für Weißrussland

Die Gleichgültigkeit gegenüber dem, was östlich des Bugs passiert, sind nicht neu für mich und andere aus dieser Ecke. Wie ich schon in früheren Beiträgen erinnert habe, schrieb Noe Jordania, der erste demokratisch gewählte Premierminister Georgiens, einst über Europa:

«Die europäische Gesellschaft ist müde, sie fühlt nicht mit dem Schmerz der anderen, sie erkennt den Schmerz der anderen nicht mal, und sie kümmert sich nur um eine Sache: unter ihresgleichen zu sein, friedlich, ohne Sorgen.»

Die Schrecken durch die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts haben die Europäer offenbar nicht eines Besseren belehrt. Stattdessen kuscht man in Europa ohne Not vor Autokraten und despotischen Regimen wie dem Regime von Lukaschenko, den man eigentlich ohne große Anstrengungen oder Risiken sanktionieren könnte, so dass er am Ende das tun müsste, was Janukowitsch und Schewardnadse vor ihm getan haben. Somit verhindert man durch Gleichgültigkeit echten Fortschritt. Schlimmer noch: Überall dort, wo die Zivilisation zurückweicht, gedeiht Regression, und somit fördert man mit dieser Politik des Laissez-faire und Laissez-aller einen Abbau zivilisatorischer Errungenschaften wie Menschen- und Bürgerrechten.

Im Endeffekt profitiert nur eine Gruppe von diesem Desaster: Nämlich die der Despoten und Autokraten wie zum Beispiel Erdogan, der Teekessel-Diktator vom Bosporus, oder eben Lukaschenko, der Kolchose-Diktator, der im Gegensatz zu Erdogan nichts in der Hand hat, womit er die zivilisierte Welt erpressen könnte. Trotzdem kann er den starken Mann mimen und eine solche Posse veranstalten, die, wenn die ganze Situation nicht so tragisch wäre, zum Lachen wäre. Alles in allem gleicht die Politik der zivilisierten Welt gegenüber dem post-sowjetischen Raum deshalb einer Tragik-Komödie aus dem Jiddischen Theater aus der Zeit der letzten Jahrhundertwende.

Währenddessen kühlen vermeintliche Menschenrechtsaktivisten und andere ihr Mütchen am Juden unter den Staaten, Israel, und das Feuilleton scheut sich nicht, den demokratisch gewählten Premierminister Israels, Benjamin Netanjahu, mit antisemitischen Stereotypen wie «Der Ewige Bibi» zu betiteln. Gleichzeitig werden tatsächliche Autokraten und Despoten wie zum Beispiel Alexander Lukaschenko meistens in Ruhe gelassen. Das sieht man auch daran, wer von deutschen Offiziellen kritisiert wird und wer nicht. Man stelle sich nur vor, was passiert wäre, hätte Benjamin Netanjahu, oder der israelische Präsident Reuven Rivlin empfohlen, im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie Arak zu trinken. Oder man rufe sich Steinmeiers Besuch zur Einweihung des Mahnmals im ehemaligen KZ Maly Trostinez in Belarus in Erinnerung, bei dem er den Lukaschenko mit keinem Wort kritisierte, während deutsche Politiker bei Reisen nach Israel, selbst wenn ein Besuch in Yad Vashem auf dem Programm steht, sich nicht mit Kritik an Israel zurückhalten.

Aufgrund der Willfährigkeit gegenüber der letzten Diktatur Europas, und der selbstgerechten Haltung gegenüber dem Juden unter den Staaten, stärkt man Autokraten und Despoten auf der einen Seite, und fördert Antisemitismus, gehüllt in das selbstherrliche Gewand der «Israelkritik», auf der anderen Seite. Als ob die Welt noch mehr Elend in Form von rückständigen Ideologien wie Antisemitismus und wandelnden Klischees wie dem Kolchose-Diktator Lukaschenko brauchen würde. Es ist wirklich traurig, zu was antisemitische Vorurteile und Ignoranz in Bezug auf tatsächliche Menschenrechtsverletzungen führen.

Europa ist sich seiner einzigartigen Werte nicht mehr bewusst

Julien Freunds neu aufgelegter Essay „Europa im Niedergang?“ ist 40 Jahre alt und wirkt immer noch, als sei er heute geschrieben. Seine Kritik gilt der linksideologischen Verächtlichmachung der europäischen Kultur und ihrer Werte. Besonders beklagt er den schleichenden wohlfeilen Ausverkauf dessen, was Europa ausmacht.

Von Norman Gutschow (Tichys Einblick)

Erleben wir einen europäischen Niedergang? Zumindest verliert Europa an Gewicht gegenüber anderen Weltregionen. Die demographische Entwicklung des Kontinents ist rückläufig. Steigende Migration und erfolgte oder nicht erfolgte Integration sind Dauerthemen. Die wohlfahrtsstaatliche Umverteilung gerät finanziell an ihre Grenzen. Das europäische Verständnis von Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten wird relativiert. Bereits vor fast 40 Jahren sind diese Fragen in Julien Freunds „Europa im Niedergang?“ diskutiert worden. Die jetzt erstmalig auf Deutsch vorliegende Schrift wirkt aber, als sei sie erst dieser Tage verfasst worden.

Die Fragen des Niedergangs einer Kultur oder eines Staates müssen nicht unbedingt katastrophal enden, wie bei den Inkas oder den Azteken. Meist kann man wie beim Römischen Reich einen partiellen oder in den alten europäischen Monarchien einen fragmentarischen Niedergang beobachten, der zu einer neuen Kultur führt, die sich auf eine andere aufsetzt. Diesem Phänomen ist der französische Soziologe Julien Freund (1921-1993) in seinem 1984 erschienen Buch „La Décadence“ nachgegangen. Das daraus entnommene knapp 80 Seiten lange Kapitel „Europa im Niedergang?“ widmet sich dabei speziell der Zukunft Europas. Der Band ist in der Reihe „Essays zum neuen und alten Europa“ der Edition Europolis erschienen und umfasst die französische Version „L'Europe décadente?“ und erstmalig die deutsche Übersetzung.

Für Freund steht fest, dass sich das heutige Europa im Niedergang befindet und er stützt dies auf seine kritische Interpretation verschiedener historischer Fakten. Dabei verwendet er den Begriff des Niedergangs, um drei Phänomene zu bezeichnen. Das totale Verschwinden, den Zusammenbruch und den schleichenden Verlust von Merkmalen, die eine Kultur ausmachen. Dieser dritte Fall eines sogenannten fragmentarischen Niedergangs, wie ihn beispielsweise die monarchischen Regime in Europa erlebt haben, attestiert der Soziologe auch dem modernen Europa.

Verächtlichmachung der europäischen Tradition

Zwar stützt Freund seine Argumentation vielfach auf harte Fakten, so den Geburtenrückgang und eine Migration, die nicht mehr zu Assimilation in die europäische Kultur, sondern zu Parallelgesellschaften führt, doch sein Hauptaugenmerk und seine primäre Kritik gilt der Verächtlichmachung der europäischen Tradition, welche die Kultur und die europäischen Werte zerstöre. Für den Soziologen ist ausgemacht, dass verschiedene Zivilisationen nicht gleichwertig seien, da jede Zivilisation auf einer für sie spezifischen Wertehierarchie basiert. Diese Hierarchie bestimme die Originalität einer Zivilisation. Diejenigen Europäer, die sich weigern ihre Originalität anzuerkennen, halten sich nicht mehr an die Werte,

deren Träger sie sind, so dass sie die daraus resultierende Dynamik verlieren.

Die Traditionsverachtung der intellektuellen europäischen Eliten führe eben zu jener Relativierung der spezifisch europäischen Werte. Die europäische Zivilisation zeichne sich durch ihre innovativen wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Impulse aus, die es in keiner anderen Zivilisation gegeben habe. Die meisten außereuropäischen Völker hätten viele Merkmale der europäischen Zivilisation mehr oder weniger effektiv übernommen. So könne man sagen, dass der Großteil der Weltbevölkerung in „europäischen Zeiten“ lebe. Ein utopischer Perfektionismus etablierte ein Schuldbewusstsein, dessen Folge Traditionsverachtung ist. Damit wird die historische Basis der europäischen Werte von Rechtsstaat, Menschenrechten und Freiheit geleugnet. Diese seien relativ zu anderen Werten, die gleichwertig seien. Somit entzieht sich Europa das Fundament seiner Dynamik und steuert in den Niedergang. Eine Kultur ohne Tradition münde so in ihr Gegenteil, eine intellektualisierte Barbarei.

Extreme Logik der egalitären Einheitlichkeit

Ein weiteres Problem Europas sei die Übersteigerung der Sozialhilfe hin zum Wohlfahrtsstaat. Es gehe dabei nicht mehr um die Daseinsvorsorge für Menschen, die Hilfe bedürften. Vielmehr hätten sich die Bürger in ewige Bettler und Kläger verwandelt, die von der kollektiven Großzügigkeit nunmehr alles verlangten. Dies geriete zum Nachteil der Eigeninitiative und wohlüberlegten Individualvorsorge der Bürger. Das Perfide daran sei, so Julien Freund, dass edle Vorstellungen von Solidarität, Gegenseitigkeit und Großzügigkeit in Praktiken umgeleitet würden, die Verantwortung und Freiheit zerstörten. Die Verallgemeinerung der kollektiven Großzügigkeit berge die Gefahr, Individuen unter dem Vorwand zu versklaven, sie zu befreien. Wie bereits Tocqueville herausgearbeitet habe, führe Gleichheit, die unter die extreme Logik der egalitären Einheitlichkeit gebracht werde, zum Niedergang der Demokratie. Für eine Gesellschaft seien zwar egalitäre Beziehungen notwendig, aber ebenso hierarchische Beziehungen. Eine stabile Gesellschaftsordnung basiere auf der sinnvollen Verteilung dieser beiden Arten von Beziehungen. Die europäische Zivilisation sei eben nicht durch Gleichheit gekennzeichnet, so Freund. Was für sie einzigartig sei, was mit ihrem Gefühl der Freiheit übereinstimme, sei die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz.

Progressivismus und utopischer Perfektionismus

Diese einzigartige europäische Einstellung sei einem Niedergang unterworfen, der seine Ursache in einem falschen Verständnis von Niedergang und Fortschritt habe. Das eine sei nicht die Kompensation des anderen. Vielmehr könne ein falscher Progressismus den Niedergang einer Kultur beschleunigen. In der Moderne gebe es zwei Vorstellungen des Fortschritts. Zum einen die Vervollkommnung, die einer Ansammlung von materiellen und intellektuellen Verbesserungen entspreche. Zum Zweiten könne Fortschritt als Verbesserbarkeit verstanden werden, die sich an den Menschen an sich richte. Diese Idee der Veränderung der menschlichen Natur sei die Voraussetzung aller revolutionären Theorien („neuer Mensch“, „totaler Mensch“) und leider die derzeit vorherrschende Sicht. Denn diese Sicht auf den Menschen führe zu Utopismus, der sich zu utopischem Perfektionismus gesteigert habe. Eben jene gerade in Europas Eliten vorherrschende Idee eines perfekten Menschen, einer perfekten Gesellschaft, einer perfekten Welt. Das sei die Ursache für die Traditionsverachtung, den Egalitarismus und den Relativismus der europäischen Kultur. Dies äußere sich auch in einem falschen Pazifismus, der nur den Frieden um jeden Preis kenne. Diese utopische Weltsicht opfert aber die Überlebenschancen Europas und seiner Zivilisation, obwohl die Europäer sich lieber fragen sollten, wer die Feinde der europäischen Zivilisation und ihrer Werte seien, anstatt diese zu relativieren und kampflos aufzugeben.

Hoffnung im Niedergang

Julien Freund ist jedoch kein Prophet des Untergangs. Im Gegenteil beendet er seine Studie mit dem Unterkapitel „Hoffnung im Niedergang“. Da er Niedergang als ein Phänomen betrachtet, welches jederzeit auftreten könne, sofern eine Zivilisation ihre eigenen Werte verleugnet, kann dieser Prozess auch jederzeit aufgehalten werden. Dies erfordere die positive Rückbesinnung auf die eigene Geschichte und ihre Traditionen. Selbstbewusst und offensiv die eigene Zivilisation annehmen, verteidigen und deren Stärke nach außen tragen, so gewinne man ein Selbstbewusstsein und eine kulturelle Dynamik zurück, welche die europäische Zivilisation wieder erstarken lassen könne. Julien Freund fordert in seinem Buch kein Heldentum, sondern eine Ablehnung der gemeinen Banalität der Alltagspolitik. Eine offensive Haltung Europas, das seine aus Freiheit und Wahrheit bestehende Substanz wieder als Prinzipien seiner Politik verstehe (wie dies noch Churchill oder de Gaulle getan hätten), habe der Welt noch viel zu geben. Die Einzigartigkeit der europäischen Zivilisation dürfe nicht gegenüber anderen Ideen relativiert werden. Nur mit dieser Rückbesinnung auf seine universale Originalität könne Europa seinen Niedergang aufhalten.

Julien Freund: „Europa im Niedergang?“, Berlin 2020 Edition Europolis

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Bagatell-Delikt Judenmord – Das Urteil im SS-Prozess von Hamburg

Ganze zwei Jahre Jugendstrafe mit Bewährung gab es für Beihilfe zu 5.232 Morden im KZ Stutthof, zumeist an Juden.

Von Dr. Rafael Korenzecher

5.232 Menschen, jung und alt, zum ganz überwiegenden Teil jüdische Kinder, Frauen und Männer sind ohne jede Schuld, ohne jede Hoffnung und ohne jede Möglichkeit zu entkommen, unter aktiver Beihilfe des damals 17-jährigen SS-Mannes Bruno D. niederträchtig und bestialisch im Konzentrationslager Stutthof ermordet worden. Den Kindern wurde von den SS-Schergen, zu denen auch Bruno D. gehörte, das Leben geraubt, bevor es begann, und auch die älteren Opfer erhielten mit der Schuld von Bruno D. keine Chance sein hohes Alter von 93 Jahren zu erreichen.

„Ein kluges Urteil gegen Bruno D." titelt mit offensichtlichem Wohlgefallen die „Süddeutsche Zeitung", die, wie ihre gelegentlichen Judenkarikaturen im „Stürmer"-Stil belegen, immer wieder durch ihre besondere Zuneigung zu jüdischen Menschen auffällt. Aber zwei Jahre Freiheitsentzug für die Beihilfe zu 5.232 Morden bedeutet eine Haftstrafe für den Täter von ziemlich genau 3 Stunden und 20 Minuten pro Mordtat. Umgerechnet heißt das etwa einen Tag Haft für sieben begangene Mordbeihilfen. Dies dürfte selbst für Morde an Juden ein sehr großzügiger Mengenrabatt sein, den die Vorsitzende der Hamburger Strafkammer dem Täter da eingeräumt hat. Immerhin hatte der ja auch schon das unverdiente und seinen Opfern nicht vergönnte Privileg, diese um 75 Jahre frei von jedem falschen Verdacht, unbehelligt und in der Sicherheit unserer Republik zu überleben.

Die schwer verzeihliche Rufschädigung, die Deutschland durch den Holocaust hat erleiden müssen

Ein Tag Haft für sieben Mordtaten, das ist ein wirklich bemerkenswerter Rekord der Verachtung vor allem jüdischen Lebens, selbst im Land der Täter, die den jüdischen Opfern den ganzen Ärger und die Rufschädigung, die Deutschland durch den Holocaust hat erleiden müssen, bis heute nicht so richtig verzeihen können und sich wohl auch deshalb wieder gern mit neuimportierten Judenfeinden gemein machen.

Auch für die gesamte deutsche Justiz, die bei der Verfolgung von Nazistraftaten ohnehin schon immer sehr zurückhaltend war und beispielsweise den zweiten Lagerkommandanten von Stutthof – Mörder von etwa 50.000 zumeist jüdischen Opfer – nur etwa 3 Jahre in Haft gehalten hat, dürfte die kluge und so vorbildlich gerecht-angemessene Verurteilung des in die Jahre gekommenen SS-Mord-Gehilfen ein Grund zur beispielgebenden Anerkennung sein.

Immerhin hat die Richterin mit diesem Urteilsspruch dokumentiert, dass die Bestrafung von Straftaten gegen vorwiegend jüdisches Leben noch deutlich unter dem Strafmaß für Bagatellvergehen liegt, und weil dies nicht genug an Opferverhöhnung zu sein schien, das Ganze auch noch zur Bewährung ausgesetzt.

Natürlich hat das wie so oft auch etwas Gutes: Ein Bruch der Bewährung ist kaum zu befürchten. Es ist kaum anzunehmen, dass Bruno D. sich künftig noch einmal an der Ermordung einer nennenswerten Zahl von Juden helfend beteiligen wird. Ein wirklich erfolgsversprechender Fall von Resozialisierung.

Deutsch-iranische ARD-Islam-Apologetin Natalie Amiri unterwirft sich der Schleierpflicht der Mullahs

Die Iran-Korrespondentin der ARD empört sich über Opportunismus in Diktaturen – sieht allerdings kein Problem darin, sich den frauenfeindlichen Regeln des Teheraner Regimes zu unterwerfen.

Von Henryk M. Broder

Natalie Amiri moderierte den "Weltspiegel" und berichtete mit Kopftuch aus dem Iran für die ARD.

Ein inzwischen 93 Jahre alter ehemaliger SS-Wachmann im KZ Stutthof bei Danzig wurde wegen Beihilfe zum Mord in 5.232 Fällen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, weil er „in den Jahren 1944 und 1945 mehrere Monate als Jugendlicher zur Wachmannschaft des Konzentrationslagers Stutthof gehört hatte", so fasste die Tagesschau einen Prozess zusammen, der an Absurdität nicht zu überbieten war. Es ist absurd, einen 93-Jährigen wegen Verbrechen anzuklagen, die er vor 75 Jahren begangen hat. Noch absurder ist es, ihn wegen Beihilfe zum Mord in 5.232 Fällen zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren nach dem Jugendstrafrecht zu verurteilen, als ob man ihm drohen wollte: „Du, du, mach so was nie wieder, sonst gibt es wirklich was auf die Löffel."

Scheintote anzuklagen und zu verurteilen, soll darüber hinwegtäuschen, dass man die deutsche Justiz wie einen kranken Hund zur Jagd tragen musste, solange noch Täter lebten, die man hätte anklagen und verurteilen können, wenn man es nur gewollt hätte. Hat man aber nicht. Der Mord am Bullenhuser Damm ist nur eines von vielen Beispielen vorsätzlicher Strafvereitelung im Dienste kollegialer Nächstenliebe.

Und jetzt, nachdem Bruno D. von einer Jugendkammer des Hamburger Landgerichts zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wurde, kommt Natalie Amiri vom BR daher und wünscht sich was: „Ich möchte, dass alle, die am Holocaust beteiligt waren, verurteilt werden." Sie könne es sich zwar vorstellen, „dass es schwer ist, sich als 17-Jähriger der brutalen SS-Maschinerie zu widersetzen, wenn sich keiner widersetzt". Dennoch, „Bruno D. stand auf dem Wachturm und sah und hörte die Verbrechen" und unternahm nichts dagegen.

Heute hätten „wir Deutsche die Pflicht und die Verantwortung, dass so etwas nie wieder passieren darf", sagt Natalie Amiri, die nur dank der Gnade der späten Geburt um die Pflicht und die Verantwortung gekommen ist, der brutalen SS-Maschinerie in den Arm zu fallen. Da hat das Mädel mit dem Welpenblick eine historische Chance verpasst.

Inzwischen berichtet sie für die ARD aus Teheran und trägt dabei „mutig und couragiert", wie Frau Merkel sagen würde, ein Tuch auf und um den Kopf, ganz so wie es „das Gesetz" im Iran verlangt. Als „ARD-Korrespondentin" müsse sie sich „an diese Schleierpflicht" halten.

So ähnlich hat sich auch Bruno D. vor Gericht verteidigt. Die Gesetze seien damals halt so gewesen und er habe sich nur an die Gesetze gehalten. Erst im Prozess sei ihm klar geworden, dass es falsch war, sich so zu verhalten.

Jetzt komme ich mit einem Wunsch. Ich wünsche mir, Frau Amiri möge, wenn sie wieder aus Teheran berichtet, das Kopftuch ablegen und in die Kamera sagen: „Ich möchte, dass alle, die den nächsten Holocaust vorbereiten und sich eine Welt ohne Israel wünschen, angeklagt und verurteilt werden, bevor sie zur Tat schreiten."

Ich fürchte, wir werden auf diesen Satz sehr lange warten müssen. Derweil Frau Amiri eine ernste Warnung an die deutschen Mitläufer ausspricht. „Unsere Schuld am Holocaust wird nie verjährt sein, auch wenn die Täter wegsterben. Jeder Einzelne kann auch heute wieder Mitläufer werden, nur kann er dann nicht mehr sagen, er wusste von nichts. Nicht heute."

Oh Natalie, mir graut vor dir.

Zuerst erschienen bei der "Achse des Guten"

Stuttgart ist ein weiteres Ergebnis grünen Politikversagens

Die Grünen ernten mit dem Stuttgarter Gewaltchaos, was sie in Jahren einer verfehlten Bildungs-, Einwanderungs- und Integrationspolitik selbst verursacht haben.

Von Tomas Spahn (Tichys Einblick)

INA FASSBINDER, AFP

Der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, war früher Mitglied des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland", der mit Pol Pot sympathisierte.

Lange Zeit tobte bei den „Grünen" ein interner Krieg zwischen den sogenannten „Fundamentalisten" – kurz „Fundis" – und den „Realpolitikern" – kurz „Realos". Winfried Kretschmann, seit dem 12. Mai 2011 Ministerpräsident des „Ländles" Baden-Württemberg, gilt als Realo. Doch was bedeutet das?

Vom Maoisten Kretschmann …

Der 1948 in Spaichingen geborene Kretschmann entstammt einer katholisch-liberal geprägten Familie. Ein „Herz-Jesu-Marxist", wie entsprechende Persönlichkeiten aus dem christdemokratischen Umfeld spöttisch genannt wurden?

Kretschmann zumindest traf als bekennender Katholik schnell eine grundsätzliche, politische Entscheidung. Als Lehramtsstudent an der Universität Hohenheim schloss er sich 1973 dem „Kommunistischen Bund Westdeutschland" an, stellte für die linksextremistische Gruppierung den Vorsitzenden des Asta. Zwei Jahre später soll er sich von diesen Möchtegern-Revolutionären abgewandt haben, bezeichnet sein studentisches Engagement heute als Verirrung „in linksradikale Gruppen".

Ein Geläuterter? Nun – die Einordnung des KBW als radikal statt extremistisch spricht nicht dafür. Denn der KBW war durchaus militant. Zu seinem politischen Umfeld gehörte beispielsweise die „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe". Der KBW bekannte sich zur „Diktatur des Proletariats" – eine Ideologie, die auf die Ausgrenzung und Eliminierung von Mitbürgern als „Klassenfeinde" aufgrund sozialer Herkunft und Eigentumsverhältnissen setzt. Das ist extremistisch – nicht radikal.

Der KBW bekannte sich als „Neue Linke" zu Massenmördern wie Mao und Pol Pot. Der „Kulturrevolutionär" und der „Steinzeitkommunist" – nur „Radikale"? Sicherlich nicht. Wer sich zu solchen Personen bekannt hat, kann seine Abkehr nur glaubwürdig machen, wenn er sie als das benennt, was sie sind: terroristische Extremisten. Nicht radikale politische Denker.

… zum Ministerpräsidenten

Doch vielleicht hat Kretschmann tatsächlich etwas gelernt. Vielleicht hat er die Verirrung tatsächlich als solche erkannt. Vielleicht aber auch hat der Mann mit der Attitüde des freundlichen Großvaters nur etwas anderes gelernt. Das, was der linke Vordenker Rudi Dutschke der politischen Linken aufgab, als er zu seinem Bedauern feststellen musste, dass die Wirtschaftswundergesellschaft der Sechzigerjahre nicht bereit war, die von sozialistischen Studenten erhoffte Revolution gegen das „Fascho-System" der Bürgerrepublik mitzutragen. Die neue Formel lautete: Marsch durch die Institutionen! Das verhasste System der bürgerlichen Demokratie sollte nicht mehr per Gewaltakt gleichsam von außen übernommen werden – die Zeichen wurden auf Unterwanderung und Systemzersetzung von innen heraus gestellt. Da war Kretschmann überaus erfolgreich. Die Bürger im Südwesten kauften ihm seinen christlich gefärbten Ökosozialismus ab, wählten ihn 2016 ein weiteres Mal zum Ministerpräsidenten. Nun mit den Stimmen der sich selbst aufgebenden CDU statt mit denen der SPD, die sich längst auf den Weg in die Selbstzerstörung begeben hatte.

Der historische Kompromiss mit dem Kapital

Immerhin hatte Kretschmann begriffen, dass die von seinen früheren Weggefährten postulierte Überwindung des kapitalistischen Systems nicht funktionierte. Gerade in BW, wo mit Daimler und Porsche Herzstücke der die deutsche Wirtschaft tragenden Autoindustrie angesiedelt waren, hätten Massenarbeitslosigkeit und Steuerausfall einem Ministerpräsidenten, der dieses offen angestrebt hätte, schnell die Arbeitsgrundlage entzogen. Kretschmann arrangierte sich. Er schloss einen historischen Kompromiss mit dem Kapital: Grünes Bekenntnis gegen Existenzberechtigung. Und vielleicht hatte er tatsächlich etwas gelernt. So bekennt nun wiederum er selbst sich heute zum Pluralismus – eine bürgerliche Idee, die von Kommunisten nur dann mit Bauchschmerzen geduldet wird, wenn sie sich im Sinne der frühen Vordenkerin Rosa Luxemburg auf die überzeugten Mittäter der marxistisch-leninistisch-maoistischen Community bezieht.

> Die neue Formel lautete: Marsch durch die Institutionen! Das verhasste System der bürgerlichen Demokratie sollte nicht mehr per Gewaltakt gleichsam von außen übernommen werden – die Zeichen wurden auf Unterwanderung und Systemzersetzung von innen heraus gestellt.

Grenzenlose Liberalität?

„Deshalb gibt es so viele unterschiedliche Lebensmodelle und Bedürfnisse. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden und mitentscheiden. Ich möchte dafür sorgen, dass sie das können: mit einer Politik des Gehörtwerdens. Denn nicht dort, wo die Menschen sich einmischen, ist die Demokratie bedroht, sondern dort, wo sie sich abwenden von den öffentlichen Angelegenheiten. Daran glaube ich. Ohne jeglichen Zweifel."

Das schreibt Kretschmann heute auf seiner Website – ohne den sprachvernichtenden Genderstern oder das unaussprechliche Binnen-I, die seine Partei der Gesellschaft aufzwingen will. Nur mit der emanzipatorisch-feministisch korrekten Reihung in weibliche und männliche Bürger. Das klingt liberal, bürgerlich. Doch gilt dieses auch, wenn diese Bürger bei Wahlen regelmäßig zu mindestens 25 Prozent der Bevölkerung dem Abstimmungsprozess fernbleiben und damit ihre Abwendung dokumentieren? Gilt es, wenn weitere über zehn Prozent sich einer Partei zuwenden, deren Programm die „Abwendung von öffentlichen Angelegenheiten" dann vertritt, wenn diese als regierungsamtliche Politik verstanden werden? Deren Wähler für „die Grünen" der wahre Gottseibeiuns ist?

Die Antwort auf diese Frage bleibt Kretschmann nicht schuldig. Er wirft diesen Kräften, die sich einmischen in die Demokratie und die gehört werden wollen, die „Zersetzung der Demokratie" vor. Das hat durchaus das pharisäerhafte einer Kanzelpredigt.

„Die historische Wende"

Für Kretschmann sind seine Erfahrungen als Mitarbeiter des „grünen" Umweltministers Joschka Fischer in Hessen „prägend". Heute schreibt er:

„Die Kenntnisse, die ich damals erworben habe, nutzen mir bis heute. Am 27. März 2011 dann die historische Wende in unserem Land. Seither haben wir bewiesen, dass wir unser Land unter meiner

Führung verlässlich und erfolgreich regieren können. Baden-Württemberg ist in einer hervorragenden Verfassung – nie war es wirtschaftlich so stark, so modern, lebendig und innovativ wie heute. Daran möchte ich als Ministerpräsident die nächsten fünf Jahre weiterarbeiten – beharrlich, wertorientiert und pragmatisch."

Auch das klingt bürgerlich. Beharrlich, wertorientiert und pragmatisch – dass sind Begriffe, die Oskar Lafontaine in seiner Generalabrechnung mit Helmut Schmidt in die Rubrik „deutsche Tugenden" sortiert hätte. Kretschmann also ein grün angestrichener Alt-Unionist? Oder ein grüner Liberaler? Fraglich, denn wer von einer „historischen Wende" spricht, der meint damit die Überwindung des bestehenden Systems. So, wie einst Helmut Kohl den Weg in den sozialistischen Staatsbürokratismus durch eine „geistig-moralische Wende" abwenden wollte – und kläglich scheiterte. Bei Kretschmann klingt immer noch ein Rest jener Systemüberwindung durch, die er als Maoist des KBW zwingend anstreben musste.

Kretschmann und die deutsche Tradition

Tatsächlich allerdings täten wir ihm unrecht, ihn heute als Extremisten zu bezeichnen. Dem zu Studentenzeiten mitgedachten bewaffneten Kampf zur Überwindung des „Schweinesystems" hat er nachweislich abgeschworen. Das fällt leicht, wenn man die Macht auch ohne Gewaltanwendung an sich bringen konnte. Und wenn man auf dem Weg dorthin festgestellt hat, dass es dieses angeblich so faschistische System ist, das einen füttert und es einem ermöglicht hat, die „historische Wende" auch ohne Gewaltanwendung zu vollbringen.

Wenn wir genauer hinschauen, dann stellen wir fest: Kretschmann steht in einer sehr deutschen Tradition.

Wäre er hundertfünfzig Jahre früher auf die Welt gekommen, fänden wir ihn vermutlich bei den Romantikern. Jene Bewegung, die sich aus einem Bürgertum rekrutierte, das durch die industrielle Revolution zu Wohlstand gekommen war und dennoch mit der Moderne haderte, sich zurücksehnte in die gedachte Jungfräulichkeit eines naturverbundenen Lebens. Das von einer idealisierten Gesellschaft der universellen, natürlichen Glückseligkeit träumte.

Wäre Kretschmann um 1870 geboren, hätten wir ihn vermutlich eher bei der Wandervogel-Bewegung als bei den Sozialisten wiedergefunden. Wie die Romantiker suchten sie ihr Glück in einem von Städtern gezeichneten Traumbild der perfekten Natur und der perfekten Menschheit. Ein maßgebliches Traumbild dieser Bewegung war das vom „edlen Wilden" als die Verkörperung jenes von den Entwicklungen der Zivilisation mit ihren zwangsläufigen Schattenseiten unverdorbenen Naturmenschen, der aus göttlichem Willen „gut" ist, und der von der Zivilisation wider seine Natur aus dieser Natürlichkeit und der damit verbundenen Perfektion der Unschuld herausgerissen wurde.

Ein Traumbild, das heute wieder den öffentlichen Diskurs bestimmt, wenn BLM und Anti-Rassismus-Bildersturm alle Sünden dieser Welt ausschließlich den europäischen Protagonisten der industrialisierten Gegenwart aufbürden. Ein Traumbild, das sich seinen irrealen Weg in das gesagte Wort erzwingt, wenn Kretschmanns Parteifreundin Katrin Göring-Eckardt bei massenhaft durch die Tore Europas dringenden Einwanderern fantasiert, die „ein Geschenk" für Deutschland seien.

Stuttgart nach den Krawallen in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 2020

Traumbild trifft auf Wirklichkeit

In der Nacht auf den 21. Juni 2020 haben auch einige gezeigt, dass sie zwar wild, nicht aber edel sind. Dass dieses ausgerechnet in Stuttgart geschehen ist, in einer Stadt, die von einem „grünen" Oberbürgermeister regiert wird und in der Kretschmann seinen Regierungssitz hat, könnte man, wäre man metaphysisch veranlagt, als göttliche Fügung betrachten. Tatsächlich allerdings sind die Exzesse, in denen eine „Allahu akbar" grölende Menge plündernd durch die Straßen marodiert, das sehr konkrete Ergebnis einer „grün-sozialistischen" Politik des Laissez faire, die in der romantischen Verklärung vom edlen Wilden die Katharsis aus einer bösen, faschistischen in eine bessere Welt erhofft.

Eine Katharsis waren die Ereignisse von Stuttgart ohne jeden Zweifel. Eine Reinigung der deutschen Seele von den Träumen der globalen Brüderlichkeit, wenn 500 Marodierende ihre inneren Konflikte und verklemmt-verdrängten Emotionen ungehindert ausleben.

Wenn der Polizeipräsident der verheerten Stadt dennoch unterstreicht, dass „die Tatverdächtigen nicht eindeutig aus der Flüchtlingsszene" kämen, sondern es „ein bunter Mix um den Globus" gewesen sei, der sich aus einer „Party- und Eventszene" rekrutiert habe, dann hat das fast schon karikierenden Charakter. Nur eine Eventszene – vermutlich demnächst bei einer Konzert-Eventagentur unter Vertrag und auf großer Deutschlandtournee.

Nichts Politisches – nur eine Eventszene

Nein, sagt der Chef der Polizei, das war nichts Politisches. Nur ein wenig Krawall – und vor allem nicht „links", auch wenn ein Krimineller, der einem Polizisten mit voller Kraft und ausgestrecktem Bein in den Rücken springt, dabei eine schwarze Maske vor dem Gesicht trägt, die zur Standardausrüstung der linkssozialistischen Schlägertruppe der Antifa gehört? Nein, bestimmt nur ein Corona-Schutz der Party- und Eventszene, die bei Party grundsätzlich auf Corona pfeift und bei Event auch dann mit Gesichtsschutz auftritt, wenn Corona fern ist.

Die Schuld liegt bei den Opfern

Immer noch liegt die Schuld nicht bei jenen, die in der Erwartung auf ein Leben im Schlaraffenland in der deutschen Gesellschaft nur einen Selbstbedienungsladen erblicken. Die nicht, wie zahllose anständige Deutsche und Zuwanderer, ihren Beitrag zum Aufbau und zum Erhalt der deutschen Gesellschaft leisten. Die Marodeure von Stuttgart zeigen sich als kultur-inkompatible Kriminelle, die nicht in der Gesellschaft ankommen möchten. Gleich, ob sie als Deutsche geboren sind, als Zuwanderer einen deutschen Pass bekamen, als gehätschelte „Flüchtlinge" unkontrolliert ins Land gelassen wurden oder sich einfach nur illegal eingeschlichen haben.

Der „grüne" Politiker Cem Özdemir versucht eine Analyse – und scheitert einmal mehr an seinem Idealbild, wenn er Täter und Opfer vertauscht:

„Wir haben es insgesamt mit einer Verrohung zu tun, der Umgangsformen, der Gewalt, die angewendet wird. Das wird uns aus Schulen berichtet und aus Fußgängerzonen. Nicht nur wir hier in Stuttgart müssen uns damit beschäftigen, wie es passieren kann, dass Jugendliche, insbesondere auch mit Migrationshintergrund, zum Teil uns entgleiten. Den Glauben verlieren, dass man durch Fleiß, durch Arbeit, durch Schule, durch Ausbildung eine Perspektive in der Gesellschaft bekommt."

Woher möchte der Mann wissen, dass die Marodeure jemals einen solchen Glauben hatten? Woher möchte er wissen, dass nicht viele, vielleicht die meisten von jenen, die in der Polizei nur „Abfall" sehen, Polizisten entsprechend behandeln und die die Existenzen anständiger Bürger zerstören, jemals einen anderen „Glauben" gehabt haben als den, dass man sich in dieser multikulti-vernarrten Republik einfach alles von den Bäumen pflücken kann, was man sich für sein eigenes Wohlbefinden wünscht?

Stuttgart ist ein Ergebnis grüner Politik

Die Grünen ernten in Stuttgart das, was sie in Jahrzehnten einer verfehlten Bildungs-, Einwanderungs- und Integrationspolitik selbst verursacht haben. Indem sie die Werte dieser Gesellschaft immer und ständig zur Disposition stellen und sich in ihrer Wandervogel-Romantik eine neue Welt mit besseren Menschen erträumen, die sie aus fernen Ländern importieren wollen.

Die Tatsache, dass auch die Zuwanderer als Menschen keine besseren – deshalb aber auch nicht notwendig schlechtere Menschen sind, ist in das Vorstellungsvermögen der grünen K-Gruppen-Verehrer nicht hineinzubekommen. Bleibt nun dennoch die Hoffnung, dass der Herz-Jesu-Naturmensch Kretschmann sich zumindest das zu Herzen nimmt, was der örtliche Stadtdekan der Katholiken in seinem gerechten Zorn hat wissen lassen:

„Die Ausschreitungen eines hemmungslosen und hasserfüllten Mobs heute Nacht hier vor unserer Tür machen mich fassungslos. Die muskelbepackten Horden, die unsere Stadt zusammengehauen haben, können hoffentlich ermittelt und mit aller Härte bestraft werden."

Mob ist eben Mob. Gleich, ob er als Kind deutscher Eltern auf die Welt gekommen ist, gleich, ob er als Kind von Zuwanderern über einen deutschen Pass verfügt, gleich, ob er sich als angeblicher Flüchtling den Zugang zu unserem Land verschafft hat. Und gleich auch, ob er sich zu Kampftruppen wie der Antifa oder „Combat 18" bekennt.

Mob ist Mob. Und für Mob kann in einer demokratischen Gesellschaft freier Bürger kein Platz sein.

70 Jahre Zentralrat: Antisemitismus bekämpft man nicht durch Verschweigen der wahren Ursachen

Dem Autor wurden als Vertreter der Jewish Agency, der größten jüdischen Organisation der Welt, seitens des Zentralrats zahlreiche Steine in den Weg gelegt.

Von Yona Shay

In den letzten Monaten war das öffentliche Leben in Israel aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus fast vollständig zum Erliegen gekommen und so hatte ich Gelegenheit, meine Zeit als Gesandter der Jewish Agency for Israel in Süddeutschland Revue passieren zu lassen und die Geschehnisse zu reflektieren.

Mein Auftrag in Deutschland hat mich in vielerlei Hinsicht tief geprägt. Ich durfte diverse interessante Persönlichkeiten kennenlernen, wertvolle Freundschaften schließen, sowie unzählige spannende Erfahrungen machen.

Besonders hervorheben möchte ich hierbei die vielen jüdischen Jugendlichen, mit denen ich zusammenarbeitete, sowie die Aktivisten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG). Auch andere Menschen, Kollegen und Aktivisten, jüdischer wie nicht-jüdischer Herkunft, habe ich fest in mein Herz geschlossen.

Es gehört allerdings auch zur Wahrheit, dass diese Zeit auch gewisse Narben bei mir hinterlassen hat.

So empfand ich die interne Politik innerhalb des Zentralrats der Juden und die Begegnungen mit einigen jüdischen Funktionären sowohl auf persönlicher als auch auf inhaltlicher Ebene nur allzu oft als befremdlich und höchst fragwürdig.

Solche Erfahrungen hatte ich definitiv nicht erwartet, geschweige denn, dass ich auf sie in irgendeiner Weise vorbereitet gewesen bin.

Wer hätte vor dem Beginn meiner Tätigkeit in München gedacht, dass diejenigen Personen, die mich immer wieder angefeindet haben, keine Islamisten, BDS-Aktivisten oder Nazis sind, sondern ausgerechnet mächtige jüdische Funktionäre des Zentralrats der Juden.

Nachvollziehbarerweise hatte ich bei meinem Amtsantritt keine Freudensprünge des Zentralrates erwartet. Schließlich umfasste mein Auftrag unter anderem auch die Mission der Alija, sprich die Repatriierung der Juden durch die Rückkehr in ihr historisches Heimatland. Somit hätten Vertreter des Zentralrats in mir durchaus einen „Judendieb“ sehen können, der dafür sorgt, dass die ohnehin sinkenden Mitgliederzahlen in den jüdischen Gemeinden durch eine verstärkte Alija nach Israel noch schneller abnehmen.

Kalter Krieg

Doch leider hatte die Offensive des Zentralrats einen anderen Grund. Ende 2018 erklärte der Zentralrat der Juden in Deutschland einen „Kalten Krieg“ gegen Yonatan Shay. Nicht nur für mich war der Grund hierfür mehr als schleierhaft. Es stellte sich heraus, dass meine angeblich „enge Beziehung“ zu der Partei Alternative für Deutschland (AfD) der Grund dafür ist! Sie meinten: Shay muss weg!

Ratlos versuchte ich herauszufinden, was ich mit dieser umstrittenen Partei zu tun habe. Habe ich diese Partei je in irgendeiner Weise unterstützt? Auf keinen Fall!

Yona Shau

Dies wäre mir aufgrund meines Arbeitsvertrages auch gar nicht möglich gewesen. So ist ein parteipolitisches Engagement überhaupt – ganz gleich in welcher Partei – jedem Gesandten der Jewish Agency strikt untersagt.

Je länger ich über die haltlosen und böswilligen Anschuldigungen gegen meine Person nachdachte, desto mehr gelangte ich zu der Feststellung:

Gefährlich ist nicht Yonatan Shay, der stets bemüht ist, sich gegen Antisemitismus und Israelhass sowie für lebhaftes jüdisches Leben in Deutschland einzusetzen, sondern vielmehr die wilde und lebhafte Vorstellungskraft der Vertreter des Zentralrats.

Als Gesandter der Jewish Agency war ich nicht zuletzt für die zionistische Bildungsarbeit sowie die Vermittlung eines nicht auf Vorurteilen, sondern auf der Wahrheit basierendes Israelbild verantwortlich. Hierbei knüpfte ich im gesamten Bundesgebiet für die Jewish Agency wertvolle Kontakte. Dies blieb aufmerksamen Beobachtern auch nicht verborgen und so erhielt ich viel Lob für meine Leistungen.

Doch auch dies konnte nichts daran ändern, dass ich spätestens in meinem zweiten Amtsjahr für den Zentralrat der „Staatsfeind Nr. 1“ geworden bin. Dies gipfelte in der Forderung und dem Ruf nach meiner Entlassung.

> „Der Zentralrat konnte das Schrumpfen der Gemeinden seit den 00er Jahren nicht abwenden.“

Daraufhin haben mich meine Vorgesetzten in Jerusalem rund um die Uhr verteidigt und mir Rückendeckung gegeben. Denn für sie war es ebenfalls unverständlich, was da genau passiert war. So eine massive und raue Offensive von jüdischen Funktionären hatten auch sie nicht erwartet. Und so fragte ich mich worin die Forderung des Zentralrats begründet lag.

Ging es womöglich um meine außerdienstlichen, privaten Freundschaften zu rechten Figuren in Israel? Oder doch um die Tatsache, dass meine Stelle unter anderem auch einen Bezug zur Alija aufwies? In diesem Zusammenhang stellte ich mir auch die Frage, ob der Anstieg um 15 % derjenigen Juden, die aus Deutschland aus- und nach Israel einwanderten (2017-2018), eine Rolle gespielt haben könnte. Auf diese Fragen habe ich bis heute keine Antwort erhalten.

Kein Zweifel bestand hingegen am Starrsinn, der Unnachgiebigkeit und der fehlenden Einsicht des Zentralrats. Darauf, dass hierdurch ein Streit mit der größten jüdischen Organisation der Welt entstand, nahm der Zentralrat keine Rücksicht.

Bereits damals war ich der Ansicht, dass der Zentralrat diese Energie besser für die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus aufwenden sollte. Doch offenbar waren und sind solche Trivialitäten für den Zentralrat bestenfalls Kleinkram, für den zwischen unzähligen Sonntagsreden, teuren Empfängen von vermeintlichen und wirklichen Würdenträgern, und der Organisation eines Besuches von Stipendiaten des jüdischen Begabtenförderwerkes ELES bei der antisemitischen und homophoben „Palästinensischen Autonomiebehörde“ in Ramallah (!) schlichtweg keine Zeit bleibt.

Wie dem auch sei, der Zentralrat hat bis heute keinen einzigen Beweis für seine Anschuldigung, wonach ich mich in der AfD politisch engagiert hätte, vorlegen können. Dies hinderte ihn freilich nicht daran, mir trotzdem den Stempel eines „braunen Juden“ aufzudrücken. So sorgte der Zentralrat dafür, dass ich mehr oder weniger über Nacht zum Sündenbock geworden bin. Für ihn stellte ich nunmehr den Feind und nicht etwa einen Partner dar.

Ich möchte den Zentralrat fragen:

Bin ich ein Antizionist? Ein BDS-Aktivist? Habe ich mich während meiner Amtszeit jemals öffentlich gegen den Zentralrat gestellt, als sie ihre – in meinen Augen sehr fragwürdigen – Projekte auf die Beine gestellt haben, ohne einen für mich erkennbaren Beitrag zur Antisemitismusbekämpfung zu leisten? (Der Beitrag war übrigens wohl nicht nur aus meiner Sicht sehr überschaubar, schließlich steigt die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Deutschland fortwährend.) Dennoch habe ich trotz meiner abweichenden Sichtweise auf bestimmte Themen den Zentralrat nie-

mals öffentlich kritisiert oder mich gar in dessen Angelegenheiten eingemischt. Dessen ungeachtet schlug mir vonseiten des Zentralrats nichts als Verachtung entgegen.

Die „Anklage“ bricht in sich zusammen

Anfang 2019 schaltete sich die Führungsetage der Jewish Agency in diesen Konflikt ein. Sie verlangte entsprechende Beweise vom Zentralrat für dessen Anschuldigungen, die eine eindeutige Vertragsverletzung meinerseits belegen und mithin meine Entlassung zur Folge gehabt hätten.

Natürlich konnte der Zentralrat die geforderten Beweise nicht erbringen und äußerte sich nun in gewohnt inhaltsleerer Art und Weise dahingehend, dass ihm meine „Mentalität und Gesinnung als problematisch“ erschiene. Es ging also auf einmal nicht mehr um die AfD, sondern um meine „Mentalität und Gesinnung“ im Allgemeinen.

Im Ergebnis durfte ich meinen Auftrag in Deutschland fortsetzen. Nach den erlebten Torturen war diese Entscheidung das größte Glück für mich!

Und so ging ich meiner Mission weiterhin zielorientiert nach und tat alles in meiner Macht Stehende, um jedem Juden, ganz gleich, wo er sich befindet, die untrennbare Verbindung zu Israel und seinem eigenen, dem jüdischen Volk zu vermitteln. Ebenso verfolgte ich das Ziel, die Bindung und Kooperation zwischen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und lokalen zionistischen Kooperationspartnern zu verstärken.

Ich ging davon aus, dass der Zentralrat und ich zumindest in diesem Punkt auf derselben Wellenlänge waren. Doch leider irrte ich mich erneut. Jüdische Politik in Deutschland kann genauso erbarmungslos und unmoralisch sein wie in Israel.

So verweigerte der Zentralrat sogar bei der Realisierung dieses Zieles jegliche Zusammenarbeit mit mir.

Was für eine Enttäuschung! Offensichtlich stößt der Grundsatz aus der Thora: „Liebe deinen Nächsten!“ bei vielen Personen auf taube Ohren. Doch glücklicherweise gibt es auch viele positive Beispiele, die zeigen, wie dieser Grundsatz mit Leben gefüllt werden kann. So haben etwa die religiös-zionistisch geprägten Organisationen, beispielsweise Torah MiTzion, der „Bund traditioneller Juden in Deutschland“, Chabad Lubawitsch und Morasha, trotz des massiven Boykotts des Zentralrats niemals die Zusammenarbeit eingestellt. Diese Kooperationspartner haben bewiesen, dass der Grundsatz der Nächstenliebe zumindest in Teilen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland sehr wohl tief verinnerlicht wurde.

Der Boykott des Zentralrats war also nicht nur sinn-, sondern auch erfolglos.

Dies stärkte mich in meinem Glauben, dass die Lage in Deutschland nicht hoffnungslos ist!

Im zweiten Jahr meines Auftrags hatten Antisemitismusbekämpfung und -prävention durch Hasbara sowie weitere pädagogische Tätigkeiten zum Zionismus die höchste Priorität. Im offiziellen Einsatz besuchte ich im Jahr 2019 mehrere jüdische Gemeinden in ganz Deutschland sowie mehrere Schulen in München. Denn genau so bekämpft man Antisemitismus: Mit umfassendem „Tür-zu-Tür“-Unterricht, vielen Gesprächen und Diskussionen sowie vor allem mit großer Anstrengung und Herzblut. Im Gegensatz dazu bekämpft man Antisemitismus nicht im Anzug durch Paranoia und den Kampf gegen Geister bei gleichzeitigem Verschweigen der wahren Ursachen.

Die Jewish Agency war zufrieden

So unterstützte ich Aktivisten jüdischer und nicht-jüdischer israelsolidarischer Organisationen, etwa der Deutsch-Israelischen Gesellschaft oder jüdischer Studentenverbände, mit Rat und Tat, wenn sie in ihrer Umgebung mit antisemitischen Umtrieben konfrontiert wurden. Bei anderen jüdischen Funktionären, vor allem im Zentralrat, stießen sie hingegen nicht selten auf taube Ohren. Etwa mit Rolf Verleger, Andreas Zumach oder Kerem Schamberger, um hier nur einige Namen zu nennen, eilte mir mein Ruf als zionistischer Mentor und unermüdlicher Kämpfer gegen Antisemitismus voraus.

Nicht zuletzt wegen dieser Errungenschaften und meines großen persönlichen, und von Herzen kommenden Einsatzes scheiterte der Boykott des Zentralrates kläglich.

Meine Vorgesetzten waren mit mir und meiner Gesandtschaft auf jeden Fall sehr zufrieden.

Die letzten Monate meiner Mission im Sommer 2019 waren durch eine schreckliche Welle an antisemitischen Übergriffen im ganzen Bundesgebiet geprägt. Bundesweit sind Rabbiner, jüdische Studenten sowie israelische Touristen attackiert worden. Auch Freunde und Bekannte wurden angegriffen. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland sah sich einmal mehr mit schweren Zeiten konfrontiert.

> So habe ich mich während meines zweijährigen Aufenthalts in München als erkennbar orthodoxer Jude, der stets eine Kippa trug, niemals unsicher gefühlt.

Kann es denn normal sein, dass die Alija nach Israel die einzige Lösung für die Juden in Deutschland darstellt? Oder haben sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Deutschland vielleicht doch noch nicht aufgegeben?

Da mir meine jüdischen Freunde und Bekannte in Deutschland sehr am Herzen liegen, beschäftigten mich diese Fragen damals sehr und die schwierige Lage, in der sie sich befinden, bedrückt mich bis heute.

In dieser Zeit erhielt ich eine persönliche Einladung des bayerischen Antisemitismusbeauftragten Dr. Ludwig Spaenle zum Antisemitismusfachtag im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.

Herr Dr. Spaenle schätze ich nicht nur wegen seines sympathischen Charakters auf persönlicher Ebene, sondern auch für sein wirksames Engagement im Kampf gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben. Als Beispiel kann ich meine persönliche Erfahrung anführen. So habe ich mich während meines zweijährigen Aufenthalts in München als erkennbar orthodoxer Jude, der stets eine Kippa trug, niemals unsicher gefühlt.

So sah ich dem Fachtag mit Freude und Spannung entgegen. Am meisten interessierte mich jedoch die geplante Rede des Zentralrats-Präsidenten.

Ich war sehr gespannt zu erfahren, was der Zentralrat zur gewaltigen Antisemitismuswelle in Deutschland zu sagen hatte.

Die ewige Leier aus Behördenanbiederung, AfD als „Hauptproblem“ und „jüdisch-muslimischem Dialog“

Meine – vielleicht naive – Erwartung war, dass dem Publikum ein durchsetzungsfähiger Maßnahmenplan zur Bekämpfung aktueller antisemitischer Ereignisse vorgestellt wird. Stattdessen folgten zu meiner großen Enttäuschung die „typischen“ Themen, die mit den jüngsten Geschehnissen nichts zu tun hatten. Es wurde sich bei den Behörden angebiedert, Projekte zum Thema „jüdisch-muslimischer Dialog“ vorgestellt sowie die Wichtigkeit der Erinnerungskultur in Deutschland betont, welche von der AfD gefährdet sei.

Aber was war mit den Übergriffen und Attacken? Ein unbeteiligter Zuschauer hätte den Eindruck gewinnen können, dass trotz der Vielzahl an antisemitischen Vorfällen für Juden in Deutschland eitel Sonnenschein herrschen würde. Die antisemitischen Attacken sprechen jedoch eine Sprache. Um hier nur einige Beispiele zu nennen: Rabbiner Barkan in Düsseldorf, Rabbiner Bestritzky in Hamburg, Student Eli Maetzker in Berlin – sie alle wurden nur wenige Tage vor dem Antisemitismusfachtag brutal attackiert.

Wo also blieb der dringend benötigte und vor allem an den aktuellen Geschehnissen ausgerichtete Maßnahmenplan zur Antisemitismusbekämpfung? Wann und in welcher Weise wurde auf die schrecklichen Vorfälle überhaupt Bezug genommen? Weswegen wurde der Begriff „muslimischer Antisemitismus“ mit keinem Wort erwähnt, obwohl die meisten Betroffenen von Arabisch sprechenden Menschen attackiert worden sind?

Diese ignorante Haltung des Zentralrats warf in meinem Kopf viele unangenehme Fragen auf. Die Gleichgültigkeit und Apathie gegenüber seinen jüdischen Mitmenschen waren für mich nicht zu ertragen.

Wohin soll solch eine, in meinen Augen völlig verfehlte und die Realität leugnende, Vorgehensweise des Zentralrats in Zukunft noch führen? Besonders bezüglich der Sicherheit der in Deutschland lebenden Juden mache ich mir bis heute große Sorgen. Ich kann nicht leugnen, dass ich die Tagung sehr besorgt und voller Pessimismus verließ.

Klüngel und alternde Gemeinden

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland steht vor sehr vielen Herausforderungen: schwindende und betagte jüdische Gemeinden, steigender Antisemitismus, Assimilation, Nepotismus in den führenden Organisationen, ein Mangel an Transparenz und ein demokratisches Defizit stellen nur einige Probleme dar, mit denen die Juden in Deutschland zu kämpfen haben.

Der Zentralrat sollte sich mithin darauf konzentrieren, diese Probleme und Herausforderungen ehrlich und schonungslos anzupacken, anstatt sich mit imaginären Feinden zu beschäftigen.

Wie der oben beschriebene Vorfall im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales zeigt, scheint es um die Zukunft der Juden in Deutschland nicht gerade rosig bestellt zu sein. Währenddessen machen die offiziellen Vertreter der Juden in Deutschland den Eindruck, ahnungslos darüber zu sein, welche Personen in den vergangenen Tagen Opfer antisemitischer Attacken wurden und vor allem, wer die Täter und von welcher Natur diese Übergriffe waren. Wo bleibt die essenzielle Moral des Judentums, der „Arvut Hadadit“, also der gegenseitigen Verantwortung füreinander? Wie ist es möglich, den Antisemitismus zu bekämpfen, wenn weder die Namen der Betroffenen benannt werden, noch der Hintergrund der Täter thematisiert wird?

Dickes Fell dank Wehrdienst in Israel

Je länger ich darüber nachdenke, desto mehr komme ich zu dem Schluss, während der Machtspiele jüdischer Politiker in Deutschland die Rolle eines Opfers übernommen zu haben. Ich fühle mich hierbei manchmal an die Handlung der Serie „Game of Thrones“ erinnert.

Zum Glück ist meine Persönlichkeit angesichts des dreijährigen Wehrdienstes in Israel stark und belastbar genug, um dem willkürlichen Hass anderer Juden gewachsen zu sein.

So hatte der zugegebenermaßen sehr beunruhigende Boykott des Zentralrats weder auf mich noch auf meine alltägliche Arbeit und Mission in Deutschland negative Auswirkungen.

Nach meiner Amtszeit in Deutschland sehe ich definitiv Hoffnung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland, allerdings nicht unter der aktuellen Führung, die mehrfach ihre Unfähigkeit bewiesen hat, jüdisches Leben in Deutschland zu fördern oder wenigstens zu schützen und zu bewahren.

Die Beziehungspflege mit israelischen Gesandten und Vertretern sollte eine der Kernaufgaben von jüdischen Organisationen in Deutschland sein, insbesondere des Zentralrats als größter Dachorganisation im Bundesgebiet. Und weswegen? Weil die Sicherheitslage für die Juden in Deutschland eines Tages zu eskalieren droht, und Israel für sie eine „Lebensversicherung“ darstellt. Schlicht und einfach deswegen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Black Lives Matter: Solidarität mit Juden unerwünscht

Ein kritischer Besuch bei den BLM- Demos auf dem Berliner Alexanderplatz: Starke Präsenz „palästinensischer“ Gruppen, Israel-Fahnen nicht geduldet.

Von Daniel Mann

„Palästina”-Flagge bei der BLM-Demo am Berliner Alexanderplatz

Die Demonstrationen gegen Rassismus der vergangenen Wochen zeigen eines deutlich: Die Allianz, die schwarze Bürgerrechtler schon in den 60er und 70er Jahren mit marxistischen Bewegungen und Vertretern des „palästinensischen“ Terrorismus eingingen, lebt bis heute fort.

Deutlich wurde dies abermals bei der von Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppierungen, aber auch der SPD getragenen Organisation „#unteilbar“. „#unteilbar“ fiel schon seit ihrer Gründung auf mit der Einbindung von Akteuren des politischen Islams wie Aiman Mazyek, der Einfluss der beteiligten „neuen deutschen organisationen“ unter Ferda Ataman ist deutlich abzulesen. Zur Teilnahme aufgerufen wurde sogar intern im Auswärtigen Amt, was kaum verwundert angesichts der Politik des Hauses unter Steinmeier und Maas. So mobilisierte denn auch Chebli, eine gute Freundin Atamans und protegiert von Steinmeier, auch zur Teilnahme – „mobilisieren“, wie man nun auch in nicht offen linken Kreisen sagt.

Muslimbruderschaft

Dieses Jahr hatte es eine weitere Akteurin des politischen Islams offiziell auf die Erstunterzeichnerliste geschafft: Iman Andrea Reimann, die mit ihrem Verein „Deutsches Muslimisches Zentrum“ Spenden sammelt für „Islamic Relief“, der laut Bundesregierung mit der Muslimbruderschaft verbundenen Wohltätigkeitsorganisation, und die auch mit Ferid Heider kooperiert, dem Prediger, der auch im Teiba-Kulturzentrum auftritt und eine Ausbildung am „Europäischen Institut für Humanwissenschaften“ in Frankfurt erhielt, das laut Verfassungsschutz Teil des Netzwerkes des europäischen Zweigs der Muslimbruderschaft ist.

Landeszentrale für politische Bildung

Alles übrigens kein Hinderungsgrund für die notorische Berliner Landeszentrale für politische Bildung, Iman Andrea Reimann zu ihrer Kooperationspartnerin zu machen und in deren Räumen auch Broschüren ausliegen, in denen Reimann, Ferid Heider oder auch der Imam Taha Sabri als Vorbilder in Sachen Integration gelobt werden.

Auf der Liste der „Unterzeichnenden“ unter dem Online-Aufruf von #unteilbar finden sich auch die BDS-nahe Organisation „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost”, Fereshta Ludin, eine Aktivistin gegen das staatliche Neutralitätsgebot, die SCHURA Hamburg, der auch dem Regime in Teheran nahestehende Vereine angehören, sowie Attia Rajab vom „Palästinakomitee Stuttgart“.

So war es auch nicht verwunderlich, auf der #unteilbar-Demo auf dem Alexanderplatz am 14. Juni 2020 unter dem Motto „Band der Solidarität“ auf „palästinensische“ Gruppen unter den Demonstranten zu treffen, die ihre „palästinensischen“ Flaggen wehen ließen.

Israelfahne muss weg

Auf Nachfrage bei den wenige Meter weiter abgestellten Polizisten, ob Flaggen denn nun erlaubt seien bei #unteilbar – denn es sei doch in der Vergangenheit vermittelt von den Anmeldern worden, dass Flaggen unerwünscht seien – antworteten die Polizisten: „Das wissen wir nicht. Aber vorhin haben wir einen weggeschickt, der sich mit Israel-Fahne in die Demo einreihen wollte. Die Demonstranten wollten ihn aber nicht dabeihaben und da er dann nicht gehen wollte, mussten wir ihn hinausgeleiten.“

Auf die Frage der Augenzeugin, ob sie denn, falls sie nun selbst eine Israel-Fahne auspacken würde, auch gehen müsse und die „Palästinenser“ bleiben dürften, erwiderte eine Kollegin des ersten Polizisten: „Naja, Sie können ja bei einer anderen Demo für Ihre Sache demonstrieren.“

„Ihre Sache?“ Das war verwunderlich, denn ausgerechnet Ferda Ataman, eine der Initiatorinnen von #unteilbar hatte getwittert:

„Es ist ein großartiges Gefühl, wenn Zusammenhalt und Solidarität gelebt wird innerhalb und zwischen Gruppen, die von Sexismus, Klassismus, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, Homophobie, Transfeindlichkeit usw. betroffen sind. “

Auch die Nachfragen bei den umstehenden Demonstranten nach Herkunft und Zielen der „Palästinenser“-Gruppen verliefen ähnlich ernüchternd:

„Wer die sind? Keine Ahnung. Hier darf jeder mitdemonstrieren.“

„Ach, es geht doch um die Sache.“ oder gleich ganz solidarisch: „Palästinenser dürfen hier auch für ihre Rechte kämpfen!“

Von Aktivisten des politischen Islams bei #unteilbar wie der Erstunterzeichnerin Iman Andrea Reimann, die immerhin ausweislich der Vereinsseite Geld für „Islamic Relief“ sammelt, Geld, das so über die Muslimbruderschaft auch u.a. „palästinensischen“ Terroristen zukommt, will keiner der befragten Demonstranten gehört haben. Die verschiedentlich befragten Polizisten waren da informierter, sie würden aber weiterhin auf eine gute Arbeit des Verfassungsschutzes vertrauen.

Grüner Benedikt Lux

Überrascht zeigte sich jedoch Benedikt Lux, grünes Mitglied des Abgeordnetenhauses, der 100 Meter weiter das Band der Solidarität hochhielt, im „grünen Block“, wo sich die mobilisierten Parteimitglieder eingefunden hatten. Er schaue es sich mal an, versicherte er, denn, „Hm, ja, OK“ sei das vielleicht wirklich nicht. Nun muss man wissen, dass der Jurist Lux, ehemaliger Leiter des Verfassungsschutz-Ausschusses, der, wie auf seiner Webseite nachzulesen ist, „junge Polizist*innen unterrichtet“, schon öfter Einladungen diverser Vereine mit Bezug zum politischen Islam gefolgt ist, im Namen von Antidiskriminierung und gegen „antimuslimischem Rassismus“, und nach den intensiven Diskussionen über die Beobachtung einiger Berliner Vereine, die der Muslimbruderschaft nahestehen, doch sensibilisiert und wohl auch informiert sein müsste.

Denn es handelte sich wohl bei der „palästinensischen“ Gruppe um eine schon bekannte: Die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ postete diese Bilder von der #unteilbar-Demo auf ihrer Facebook-Seite, die Gemeinschaft steht laut Verfassungsschutz in Verbindung zur PFLP.

Rote Hilfe

Das ist besonders bemerkenswert, da die „Palästina“-Flaggen auch schon bei vergangenen #unteilbar-Demos und eigenen Werbevideos zu sehen waren, und der Anmelder der Demonstration, Lukas Theune, selber Anwalt ist und in den linken Anwaltsvereinen „Republikanischer Anwaltsverein“ (RAV) und „Rote Hilfe“ organisiert ist.

Ein ähnliches Bild zeigte sich bei der „Silent Demo“ am Alexanderplatz am 6. Juni 2020.: Auch dort war die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland“ in der für „Black Lives Matter“ demonstrierenden Menschenmenge zugegen. Unabhängig von ihnen schwenkten Jugendliche und auch ein lesbisches Paar die „palästinensische“ Flagge. Wieder war die Reaktion der befragten Demonstranten ernüchternd: „Nein, das wissen wir nicht, das interessiert uns auch nicht, es geht ja um die Sache“.

Selbst an dem mit „Palästinenser“-Tuch verhüllten radikalen Aktivisten Kofi Shakur nahm man keinen Anstoß. Er ist laut der Seite „Friedensdemo Watch“ bereits bekannt als Verteidiger von Anschlägen gegen Israelis und schreibt Beiträge für „Klasse gegen Klasse“, die auch schon gegen ein

Auftrittsverbot von Rasmea Odeh, einer verurteilten „palästinensischen“ Terroristin, aufriefen. Beteiligt an der Unterstützung von Odeh waren auch „Samidoun“, eine „palästinensische“ Gefangenenorganisation, die auch bei der ersten #unteilbar-Demo 2018 angeblich ohne Wissen der Veranstalter eine Bühne bekamen.

An der „Silent Demo“ beteiligt war übrigens auch Tahir Della, auf dessen Demos es ebenfalls oft in „Palästinenser“- und Kopftuch gehüllte Aktivisten zu sehen gibt. Er tritt auch auf mit dem Neuköllner Ferat Kocak von der LINKEN und „Migrantifa Berlin“ – die auch am 3. Juli 2020 über Twitter zu einer Solidaritätskundgebung mit Samidoun aufriefen. Della, der neben der „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“ auch zu den „neuen deutschen organisationen“ gehört, organisierte gemeinsam mit „Migrantifa Berlin“ am 18. Juli 2020 an der Berliner Siegessäule eine Demo gegen Rassismus und das „rassistische“ Polizeisystem.

Der pro-„palästinensische“ Aktivist Kofi Shakur

Steuergeld für „Decolonize Berlin“

Das ist besonders bemerkenswert, da mit Tahir Della gerade ein Aktivist mit Fördergeldern von Bund und Land in Höhe von drei Millionen Euro bedacht wurde: Sein Bündnis „Decolonize Berlin“ wird die Stadt „dekolonisieren“, d.h. es werden „zivilgesellschaftliche Organisationen“ daran beteiligt sein, die Geschichte der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika aufzuarbeiten – erster Etappensieg war die Petition für die Umbenennung der angeblich aus rassistischen Motiven so benannten Mohrenstraße, die bis heute eine Traumatisierung für Schwarze Deutsche bedeute („Schwarze“ mit großem Anfangsbuchstaben ist eine Eigenbezeichnung für Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind – weiße Menschen können das nach dieser Definition grundsätzlich nicht sein). Die Einbindung bestimmter Gruppen auch aus dem Bereich politischer Islam/Anti-Israel-Aktivismus steht dabei zu befürchten, immerhin wurde ein Projekt eines der beteiligten Vereine wohl schon programmatisch „Breaking the Silence“ benannt.

Interessant sind auch zwei weitere Verbindungen von Tahir Della: Eine Nähe zur antisemitischen „Nation of Islam“ streitet er ab, die Organisation einer entsprechenden Veranstaltung 2004 hält er nicht mehr für nötig zu kommentieren. Dennoch folgte er im September 2019 einer Einladung der „Muslimischen Kulturtage“. Die Moderation der Eröffnungsveranstaltung hatte Zuher Jazmati inne, ebenfalls ein Unterstützer von #unteilbar, der bekannt wurde als vermeintlicher Graswurzelaktivist und „Shitstorm“-Initiator gegen eine Konferenz zum Thema Kopftuch von Prof. Susanne Schröter. Ebenfalls eingeladen war Yasemin Shooman, ehemals Leiterin des Bildungsprogramms im Jüdischen Museum. An den „Kulturtagen“ beteiligt waren „Islamic Relief Deutschland“, die wie oben erwähnt, eine Nähe zur Muslimbruderschaft haben, außerdem die Völkermord-Relativiererin Pinar Cetin, ehemals für Ditib tätig, heute Leiterin der „Deutschen Islam-Akademie“ und der Mitgründer der Akademie, Ertan Öztürk, der auf Facebook den Rabia-Gruß, das Erkennungszeichen der Muslimbrüder, sowie türkische Anti-Israel-Propaganda postet.

Shooman sprach nun bei dieser Gelegenheit anspielungsreich darüber, dass Juden, wenn sie Diskriminierung beklagten, traditionell immer Gehör finden würden, andere Gruppen jedoch leider nicht. Dafür gab es Applaus im mehrheitlich muslimischen Publikum.

Shooman erzählte weiter, sie habe sich zu einer Kooperation mit Tahir Della inspirieren lassen durch den Newsletter von CAIR, diese würden so vorbildlich „intersektional“ arbeiten – und da Della mit seiner „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e.V.“ ja ebenfalls Erfahrung mit „Racial profiling“ habe, könnten die Muslime etwas lernen.

CAIR, das ist die Vereinigung der amerikanischen Muslime in den USA, vergleichbar mit dem hiesigen ZMD, beide Verbände sollen Kontakte zur Muslimbruderschaft unterhalten.

Diese neue Offenheit Shoomans erklärt sich vielleicht mit ihrem Wechsel zu Naika Foroutans öffentlich gefördertem „DeZIM“. Dort ist nun seit Juli auch der „Israelkritiker“ Daniel Bax beschäftigt. Das DeZIM hat soeben eine Zusage über eine Förderung von insgesamt neun Millionen Euro erhalten, zur „Stärkung der Rassismusforschung“.

Man wird sicher zukünftig noch einiges hören von der Allianz der neuaufgelegten „Black Power“-Bewegung mit dem politischen Islam.

Malu Dreyers untauglicher Plan gegen Gewalttäter: „Deeskalation“ und offene Kneipen

Die rheinland-pfälzische SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer hängt bei den vorwiegend islamischen Gewaltexzessen weiterhin dem nachweislich falschen Narrativ von der Party- und Eventszene an, die mangels Feiermöglichkeiten frustriert sei. So viel Nachsicht haben ihre Polizeibeamten nicht zu erwarten, wenn es um Vorwürfe vermeintlichen Rassismus in ihren Reihen geht.

(Tichys Einblick) Die „Party- und Eventszenen“ in Mainz, Ludwigshafen und anderen Städten von Rheinland-Pfalz können beruhigt sein. Ihre Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat jetzt im Interview mit der Funke Mediengruppe ihren Polizeibeamten klar gemacht, was sie von ihnen erwartet – und was nicht. Mit Blick auf die Gewaltnächte von Stuttgart und Frankfurt sagte sie: „Es ist wichtig, dass die Polizei in solchen Fällen präsent ist, und sie sollte den Weg der Deeskalation gehen.“

Eine Polizei, die härter durchgreift, wie es etwa der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer gleichzeitig angekündigt hat, haben potentielle Randalierer in Rheinland-Pfalz also wohl kaum zu befürchten.

Es gehe schließlich, dozierte die Landesmutter, „vor allem um eine Gruppe von Menschen, die unzufrieden sind, weil sie wegen Corona nicht feiern können. Da hat sich Frust angestaut und auch Hass auf Behörden und die sogenannte Obrigkeit.“ Dass nach neuen Erkenntnissen die überwiegende Mehrheit der Gewalttäter einen Migrationshintergrund hat, spielt für Dreyer offenbar keine Rolle.

Sie lobt sich stattdessen dafür, dass man in Rheinland-Pfalz die Sperrstunden von Kneipen aufgehoben hat. „Bei uns hat das die Lage beruhigt und zeigt deeskalierende Wirkung.“

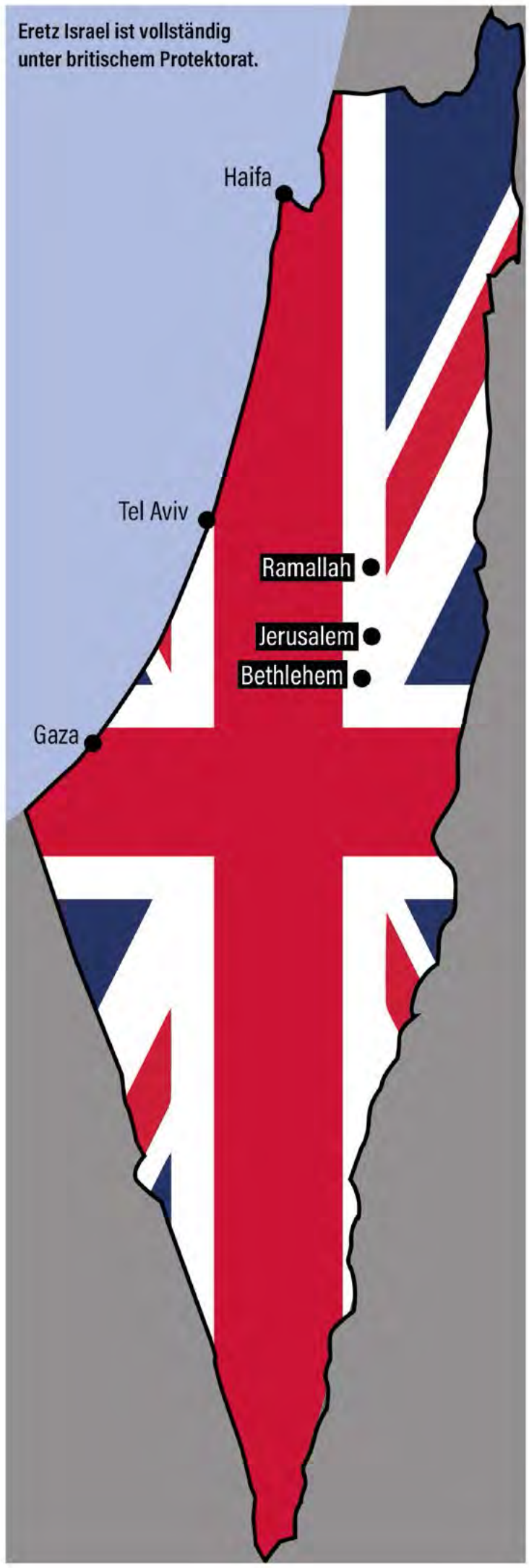
Der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Mainzer Landtag, Dirk Herber, forderte die Ministerpräsidentin auf, sich bedingungslos zur Polizei zu bekennen: „Es kann nicht sein, dass durch Politiker der Eindruck erweckt wird, man müsse den Bürger vor der Polizei schützen. Die Polizei braucht den Rückhalt ihres Dienstherren.“ Und: „In Fällen, in denen Deeskalation nicht mehr angezeigt ist, muss der Staat auch Recht konsequent durchsetzen. Wir können keine rechtsfreien Räume dulden“, sagte er.

Wenn es übrigens um die Landespolizei von Rheinland-Pfalz selbst geht, die wie alle Polizeien derzeit mit pauschalen Rassismus-Vorwürfen drangsaliert werden, setzt Dreyer nicht auf Deeskalation: „Ich kann für die rheinland-pfälzische Polizei sagen, dass wir kein Problem mit Rechtsextremismus und Rassismus haben. Wir fahren aber auch seit Jahren eine sehr klare Strategie aus Repression, Prävention und der Förderung von Zivilcourage.“

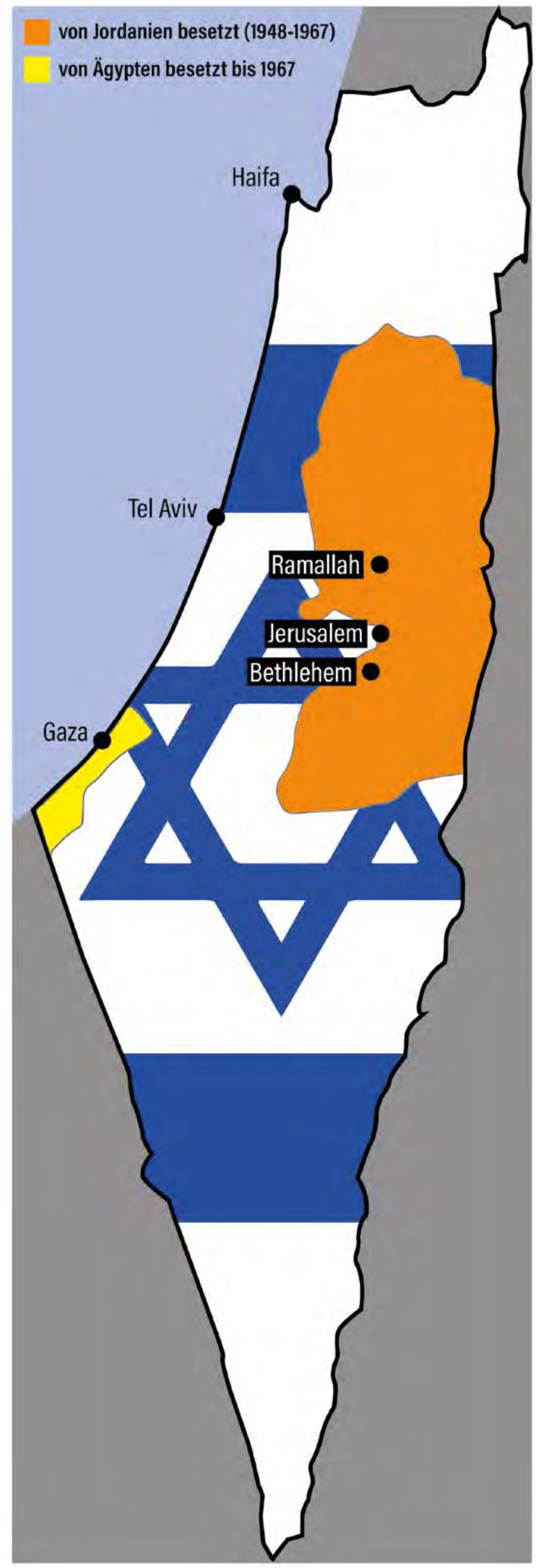
Malu Dreyer (SPD), Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz

Weltweit benutzen Antiisrael-Aktivisten gefälschte Landkarten, um Israels angeblichen Raub „palästinensischer Gebiete“ zu belegen. Diese falschen Karten, die kaum hinterfragt an Universitäten, in Privatwohnungen und im Internet kursieren, waren für unsere Redaktion Anlass, auf Fakten basierende richtige Landkarten zu erstellen und Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, hier in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU zu präsentieren.

ERETZ ISRAEL VON 1947

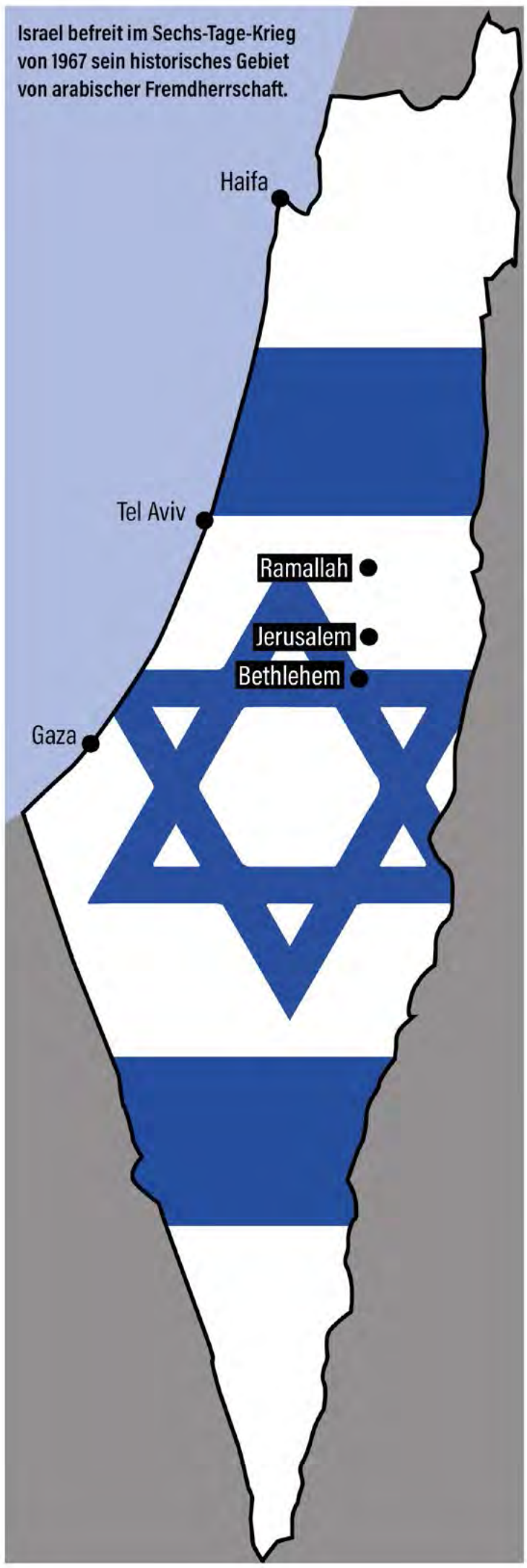


1947



1948

BIS HEUTE



1967

2005 BIS HEUTE

Düsseldorfer SPD-Bürgermeister Thomas Geisel hofiert Antisemiten

Geisel hält trotz massiver Kritik an einem mit dem umstrittenen Rapper Farid Bang produzierten Video fest. Der Rapper, der antisemitische und frauenfeindliche Texte veröffentlicht, wirbt bis heute ungehindert auch für den vom Verfassungsschutz der Salafisten-Szene zugerechneten Verein „Ansaar“.

Von Sigrid Herrmann-Marschall

Seit kurzem ist der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) wegen eines Videos der Stadt mit Farid Bang massiver Kritik ausgesetzt. In dem 42 Sekunden langen Filmchen fordert der umstrittene Rapper die „Partyszene“ auf, sich an die Regeln zu halten. „Benimmt euch. Hört auf, hier Unfug zu machen, sonst ziehe ich euch die Ohren lang“, sagt der 34-Jährige darin. In der Düsseldorfer Altstadt kam es an den letzten Wochenenden immer wieder zu Auseinandersetzungen wegen Missachtungen der Corona-Abstandsregeln. Dabei kam es auch zu Angriffen auf Polizisten.

Farid Bangs von ungewöhnlich vulgärer Wortwahl durchzogene Texte werden seit Jahren als gewaltverherrlichend, frauenverachtend und antisemitisch kritisiert. 2018 sorgte der gemeinsam mit dem Rapper Kollegah aufgenommenen Song „0815″ für einen Skandal. Darin heißt es: „Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen“ und „Mache wieder mal ’nen Holocaust, komm an mit dem Molotow“.

Auf den Vorwurf der Frauenfeindlichkeit entgegnete er 2017 laut der Bild-Zeitung: „Prinzipiell bin ich nicht gegen Frauen, denn Frauen sind auch Lebewesen, Frauen sind auch Menschen, und sie essen und trinken auch, genau. Frauen sind auch auf der Welt und wir müssen sie dulden.“ Und: „Man sollte Frauen nur dann schlagen, wenn sie einen dazu auffordern.“ Vor diesem Hintergrund war es keine Überraschung, dass faktisch alle anderen namhaften Politiker der Stadt mit Entsetzen und Empörung auf das von Thomas Geisel initiierte Video reagierten.

Farid Bang und SPD-Bürgermeister Thomas Geisel (kleines Bild)

„Sie beschädigen das Ansehen unserer Stadt“

Die FDP-Oberbürgermeisterkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann sprach von „Farid-Gate“ und warf Amtsinhaber Geisel vor: „Sie beschädigen das Ansehen unserer Stadt über Deutschlands Grenzen hinaus.“ Die CDU forderte am Mittwoch eine Sondersitzung des Stadtrates, nahm das jedoch am Tag darauf wieder zurück, blieb aber bei ihrer Forderung, der Oberbürgermeister müsse das Video wieder von den Social-Media-Kanälen der Stadt löschen lassen. Aber auch Grünen-Politiker und selbst SPD-Parteifreunde kritisierten Geisels Farid-Bang-Video.

Thomas Geisel aber blieb stur und hielt an dem Video fest. Bei der Vorstellung des Filmchens sagte er: „Ich bin froh, dass sich ein bekannter Musiker wie Farid Bang für diese Aufklärungskampagne der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Verfügung stellt. Er hilft uns dabei, genau die Zielgruppe zu erreichen, denen die Einhaltung der Corona-Regeln in den letzten Wochen ganz offenbar nicht mehr so wichtig war.“

„Gangsta-Rapper wirbt für Salafisten-Freunde“

Dass der marokkanischstämmige Farid Bang, der mit bürgerlichem Namen Farid Hamed El-Abdellaoui heißt und in Düsseldorf-Oberbilk aufgewachsen ist, auch außerhalb der Stadtgrenzen fragwürdige Bekanntheit genießt, hat jedoch nicht nur mit seinen frauenverachtenden Texten zu tun. Bereits 2014 berichteten Medien unter Überschriften wie „Gangsta-Rapper wirbt für Salafisten-Freunde“, Farid Bang habe für „Ansaar International“ Werbung gemacht.

Faktisch macht Farid Bang aber bis heute für „Ansaar“ Werbung, denn das entsprechende Video war am Freitagmorgen, den 24. Juli 2020 immer noch auf dem YouTube-Kanal von „Ansaar International“ zu finden. In dem Video sind Farid Bang und Ansaar-Chef Joel Kayser zu sehen. Bang schildert, dass er Kayser schon seit zehn Jahren kenne. Hätte er sich zwischenzeitlich reuig von „Ansaar“ abgewendet, wäre es bei einem so engen persönlichen Verhältnis doch wohl kein Problem gewesen, den Ansaar-Chef davon zu überzeugen, dieses Video wieder von dem eigenen YouTube-Kanal herunterzunehmen. Aber offenbar sieht Farid Bang bis heute kein Problem darin, mit diesem Verein in Verbindung gebracht zu werden.

Der ebenfalls in Düsseldorfer beheimatete Verein „Ansaar International“ wird vom Verfassungsschutz der Salafisten-Szene zugerechnet. Als es im April 2019 bei „Ansaar“ zu Durchsuchungen kam, wurden diese vom Bundesinnenministerium auch dem Verdacht begründet, der Verein unterstütze die Terror-Organisation Hamas.

„Missverständnis“ über Gespräch mit der jüdischen Gemeinde?

Zu den schrillen Missklängen in der Auseinandersetzung um das Farid-Bang-Video gehörte auch, dass die Stadt den Vorgang noch am Dienstag so darstellte, als sei das Video mit der jüdischen Gemeinde abgestimmt gewesen. Michael Rubinstein, der neue Gemeindedirektor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, widersprach dem aber prompt: „Ich kann bestätigen, dass weder eine schriftliche noch eine mündliche Anfrage der Stadt Düsseldorf über ein Video der Stadt mit dem Rapper Farid Bang bei uns eingegangen ist. Dies gilt für die sich im Urlaub befindenden Vorstandsmitglieder ebenso wie für unsere Presseabteilung und mich in meiner Eigenschaft als Gemeindedirektor.“ Daraufhin korrigierte sich Stadtsprecher Marc Herriger und sprach von einem „Missverständnis“, das daraus resultierte, dass Oberbürgermeister Geisel mit Wilfried Johnen vorab über das Video gesprochen habe.

Wilfried Johnen war langjähriger Geschäftsführer des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein. Später gehörte er zu den Initiatoren des Düsseldorfer Vereins „Lobby für Demokratie“. Vorsitzender des von Thomas Geisel unterstützten Vereins ist Dirk Sauerborn. Der Kontaktbeamte der Düsseldorfer Polizei für muslimische Gemeinden ist gleichzeitig auch Vorsitzender des vom Landesinnenministeriums geförderten Salafisten-Präventionsverein „Düsseldorfer Wegweiser“. Obwohl sich Johnen und Sauerborn nach eigenen Angaben gegen Extremismus engagieren, zeigten sie sich im Mai 2019 beim KDDM-Cup der Presse demonstrativ mit dem umstrittenen „Kita-Imam“ Asmer Ujkanovic. Kurz zuvor hatte die Autorin antiisraelische Hass-Karikaturen sowie solche mit klarem Islamisten-Bezug auf der Facebook-Seite von Asmer Ujkanovic gefunden, gesichert und veröffentlicht.

Warnungen schon früher in den Wind geschlagen

Nur ein Jahr zuvor war es beim KDDM-Cup zum Eklat gekommen, weil der dem Verfassungsschutz bestens bekannte Salafisten-Prediger „Abu Jibril“ alias Mohamed G. beim Spiel der Pfarrer gegen die Imame im Team der Imame mitgespielt hatte. Anschließend ließ er sich mit Oberbürgermeister Geisel fotografieren, der bei dem prestigeträchtigen Spiel als Schiedsrichter fungierte. „Abu Jibril“, dem die deutsche Staatsangehörigkeit wegen seiner Zugehörigkeit zur Salafisten-Szene verweigert wurde, war Jahre zuvor in Düsseldorf mit Gastauftritten in der Omar-Moschee, in die auch Farid Bang zu familiären Anlässen lädt, auffällig geworden.

Nachdem Mohamed G. auch noch unerkannt in einer Therapieeinrichtung in Düsseldorf-Wersten, die auch von der Stadt Aufträge bekommen hat, tätig sein konnte, informierte die Autorin die Stadt Düsseldorf über dessen Aktivitäten. Eine Antwort von der Stadt bekam sie jedoch nie. Nachdem sie Geisels Foto mit „Abu Jibril“ beim KDDM-Cup kritisierte, distanzierte sich der KDDM von dem Salafisten-Prediger. Das Rathaus aber reagierte erneut mit Schweigen.

Es sind schon merkwürdige Verbindungen, mit denen man in Düsseldorf immer wieder konfrontiert wird. Nur bleibt immer wieder dasselbe beunruhigende Gefühl zurück: Beim Rechtsextremismus ist die Stadtspitze hellwach und engagiert, was so ja auch richtig und wichtig ist. Islamistische Akteure aber haben in Düsseldorf freien Auslauf, da hört man von der Stadtspitze keine Kritik, keine Distanzierung, einfach gar nichts.

Sigrid Herrmann-Marschall ist Islamismus-Expertin. Auf Deutsch zuerst erschienen bei VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN.

Die „fabelhaft filigrane linksintellektuelle“ Israelkritik

Die ach so bedauernswerte, wohlhabende „Palästinenser“-Familie und die der gegenwärtigen deutschen Medien-Diktion entsprechende Kommentierung der israelfeindlichen Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann

Von Leo Sucharewicz

Aleida Assmann, linksintellektuelle Kulturwissenschaftlerin, verkündet in der FAZ vom 8. Juli 2020 eine „Hiobsbotschaft.“ Nicht weil sie will, sondern weil sie „muss.“ Eine Hiobsbotschaft ist niederschmetternd, apokalyptisch und dazu geeignet, den Empfänger emotional zu zerstören. Die Schlagzeile ihres Artikels lässt einen Meteoriten veritablen Umfangs vermuten, Putins bevorstehenden Überfall auf Mallorca oder Gregor Gysis Kanzler-Kandidatur.

Nichts davon ist nahe, aber die Story hinter Aleida Assmanns FAZ-Story ist immerhin von monströser Groteske: Eine „palästinensische“ Familie in Jerusalem versucht mit einer gefälschten Urkunde ein leeres Haus in ihren Besitz zu bringen. Der Plot scheitert: Ein Daumenabdruck als angebliche Signatur des verstorbenen Besitzers erweist sich als Abdruck von irgendetwas, aber nicht von einem menschlichen Daumen. Dem forensischen Ergebnis folgt ein jahrelanger Rechtsstreit, dann ein Räumungsbefehl und schließlich die Räumung.

Assmanns Artikel beginnt mit dem larmoyanten Appell, beim „Elend der Welt“ nicht wegzusehen, „das wir ohnmächtig an uns vorbeiziehen lassen.“ Dann verzweifelt sie. Weil „es noch nicht einmal Hoffnung gibt, dass das Weitererzählen dieser Geschichte irgendeine Wirkung haben wird.“ Bevor sie zur Ursache Ihrer Seelenpein kommt, stimmt sie die Leser auf finalen Trübsinn ein: „Hier ist nichts und niemand mehr zu retten.“

Und dann beginnt Ihre linksintellektuelle, filigrane Flunkerei mit wohlgesetztem Wording. Sie spricht von „Ausweisung“ (!) der Familie, was nicht der Fall ist, „Entzug des Wohnrechts,“ das sie nicht hatten. In einer Zwischenüberschrift formuliert sie „Bösartiger Akt“ und erweckt den Eindruck, dass drei Generationen einer „palästinensischen“ Familie auf der Straße sitzen. Das tun sie aber mitnichten.

Bösartig ist lediglich Aleida Assmann selber, denn sie verschweigt, dass die Familie ausgesprochen wohlhabend ist, mehrere Apartmenthäuser in Jerusalem besitzt, dazu Villen in der Umgebung und nicht daran denkt, unter einer Brücke zu nächtigen.

Aleida Assmann nutzt ihr Repertoire feiner Giftpfeile: Die zuständige israelische Behörde nennt sie „Wächter,“ die Rechtslage „notorisches Gesetz …zur Enteignung palästinensischen Grundbesitzes…“ Auch vulgäre PR-Begriffe schießt sie ab: „schreiend Grausames,“ oder, gesteigert „Unmenschliches.“

Welche Grausamkeiten Aleida Assmann ignoriert

Man fragt sich unwillkürlich, welche Begriffe Aleida Assmann bleiben, wenn sie vergewaltigte und ermordete Jesiden-Mädchen beschreiben würde. Tut die „Kulturwissenschaftlerin“ aber nicht. Sie ist mit Wichtigerem beschäftigt.

Die Dame verblödet sich in ihrer Heuchelei bis hin zu einem „Aufschrei gegen die Ohnmacht des Schweigens,“ zu dem sie sich genötigt fühlt – bei hunderten Google-Einträgen zu israelischen und europäischen Berichten über diesen Rechtsstreit.

Aleida Assmann ist das Gesicht eines wahrnehmungspsychologischen Phänomens linker Intellektueller. Im Zeitraum des Rechtsstreits schwieg sie zur andauernden Besetzung Nordzyperns durch die Türkei und die Bombardierung kurdischer Dörfer, zu den Massakern der Dschandschawid im Südsudan, zur Ermordung tausender Oppositioneller im Iran, zur Enteignung zehntausender Familien beim Drei-Schluchten-Damm in China, zum Massenmord in Ruanda, zu tausenden Kindern, die von iranischen Militärs auf Minenfelder geschickt wurden. In der Tat, es gibt Elend in der Welt. Bis hin zu den Fassbomben, die der syrische Machthaber Assad auf Zivilisten werfen ließ. Elend besteht auch in der Terrorattacke von Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Aleida Assmann hat nichts davon wahrgenommen. In ihrem spezifisch-selektivem Weltelend kommt auch nicht das Baby der israelischen Familie Fogel vor, dem ein „palästinensischer“ Terrorist die Kehle durchschnitt.

Israels Gerichte und Behörden brauchten 30 Jahre für ein endgültiges Urteil in einem Immobilienstreit, in dessen Zentrum eine Urkundenfälschung stand. Ein suboptimales Tempo, um sich systematisch „palästinensische“ Grundstücke anzueignen. Da war die Hamas fixer bei ihrer gewaltsamen Machtübernahme in Gaza. Sie stürzten Fatah-Anhänger von den Dächern ihrer Häuser, langwierige Enteignungsverfahren erübrigten sich. Auch diese verstümmelten Körper begründen für Aleida Assmann kein substanzielles Weltelend, dass eine öffentliche Anklage verlangen würde.

Die anti-israelische Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann

Sie ist – wie andere Linksintellektuelle auch – besessen vom Fokus auf Israel und genießt die psychologisch-historische Entschuldung, die damit verbunden ist. Nicht weil sie muss, sondern weil sie will. Aleida Assmann ist Teil des linksintellektuellen Elends dieser Welt.

Der Autor ist Politologe und leitet beim DEIN e.V. die Abteilung Strategie und Kommunikation.

Happy Birthday, lieber Zentralrat!

Die Bundesregierung finanziert neben allen anderen etablierten Religionsvertretungen auch das höchste jüdische Gremium Deutschlands. Die Zuwendungen des Staates honoriert der Zentralrat durch politisches Wohlverhalten und bewusstes Weglassen berechtigter Kritik an den von der herrschenden Politik verursachten Gründen für die zunehmende Verunmöglichung jüdischen Lebens in Deutschland.

Von Henryk M. Broder

Zum 70. Jahrestag der Gründung des Zentralrates der Juden in Deutschland, der Dachorganisation von über 100 jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik, gab der Vorsitzende des Zentralrates, Josef Schuster, dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, „Vorwärts“, ein längeres Interview über jüdisches Leben in Deutschland im Allgemeinen und die Rolle des Zentralrates im Besonderen.

Schuster erinnerte daran, was die primäre Aufgabe des Zentralrates im Jahre 1950 war, nämlich: „Den nach der Befreiung aus den Konzentrationslagern in Deutschland gestrandeten Jüdinnen und Juden zu helfen und sie auf die Ausreise nach Israel oder nach Übersee vorzubereiten.“ Noch in den 1970er Jahren wurde man „als in Deutschland lebender Jude“ im Ausland „kritisch beäugt“ und gefragt, „wie man im Land der Täter leben könnte“.

Inzwischen sei die Situation „eine vollkommen andere“, „auch in internationalen jüdischen Gremien wird jüdisches Leben in Deutschland als absolut selbstverständlich angesehen, kritische Anmerkungen gibt es heute nicht mehr“. Zwar gebe es immer noch Antisemitismus in Deutschland, allerdings sei das „keine ganz neue Erscheinung“, neu sei nur, „dass sich immer mehr Menschen trauen, die Dinge auszusprechen, die sie bisher nur gedacht haben“. Andererseits wurden „die Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen fast überall in Deutschland deutlich verbessert“, was „ein neues Gefühl der Sicherheit geschaffen“ habe. Deswegen sei „Auswanderung nicht wirklich ein Thema“.

Man muss das Interview mit dem Präsidenten des Zentralrates der Juden gelesen haben, um zu begreifen, wie tief der Abgrund an Selbstverleugnung ist, in dem der Zentralrat zuhause ist. Schuster spricht nur über „rechten“ Antisemitismus, über AfD-Funktionäre, deren Aussagen „wie ein Katalysator für den Antisemitismus“ wirken, und wie aus „Worten letztlich Taten werden“. Den linken Antisemitismus, der sich als Antizionismus und „Israelkritik“ verkleidet, erwähnt er mit keinem Wort, auch der islamische Judenhass bereitet ihm kein Unbehagen.

Das ist keine Frage der selektiven Wahrnehmung. Es ist das, was die Bundesregierung vom Zentralrat erwartet, dessen Arbeit sie mit 13 Millionen Euro jährlich finanziert. So kann man auch „stranden“ und sich dabei gut fühlen.

Zuerst erschienen in der „Weltwoche“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Zentralratspräsident Josef Schuster

Verfassungsschutzbericht Deutschland: Muslimbrüder bleiben im Dunkeln

Bei den in Deutschland aktiven Muslimbruder-Netzwerken lässt der Verfassungsschutzbericht des Bundes trotz gestiegener Anhängerzahlen die meisten Aktivitäten im Dunkeln. Auch die Zahl der IS-Rückkehrer ist offenbar höher als bislang kommuniziert, ohne dass dies ein besonderes Medienecho gefunden hätte.

Von Sigrid Herrmann-Marschall

Anhänger der Muslimbruderschaft in Ägypten.

Mit mehrwöchiger Verspätung stellten Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am Donnerstag den Bericht des Bundesverfassungsschutzes für das Jahr 2019 vor. Darin werden Islamismus und islamistischer Terrorismus erst nach dem Rechtsextremismus, sogenannten Reichsbürgern und Selbstverwaltern sowie dem Linksextremismus aufgeführt.

Im Bereich des Islamismus galt auch in diesem Jahr das Hauptaugenmerk dem gewaltbereiten Dschihadismus und insbesondere den IS-Rückkehrern. So haben Ende 2019 Erkenntnisse „im unteren dreistelligen Bereich“ zu aus Deutschland in die ehemals von der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ (IS) beherrschten Gebiete ausgereisten und nunmehr in Syrien oder im Irak befindlichen Personen vorgelegen. „Die Mehrheit dieser Personen dürfte eine Rückkehr nach Deutschland beabsichtigen“, lautet die Einschätzung des Verfassungsschutzes dazu. Dies würde bedeuten, dass die Anzahl der noch zu erwartenden IS-Rückkehrer deutlich höher ist als bislang kommuniziert.

„Eine besondere Herausforderung stellt der Umgang mit den zurückkehrenden Frauen dar, denen – ohne Beteiligung an Kampfhandlungen – strafbare Handlungen oft nur schwer nachzuweisen sind. Dennoch sind viele von ihnen klar dschihadistisch motiviert und haben den IS logistisch und propagandistisch unterstützt. Im Laufe des Jahres 2019 kam es zu ersten Gerichtsurteilen gegen Rückkehrerinnen, die diesem Dilemma Rechnung trugen“, heißt es zu den IS-Rückkehrerinnen.

Wieder mehr Salafisten und andere Islamisten

Insgesamt stieg das Personenpotential beim Islamismus von 26.560 im Vorjahr um 5,5 Prozent auf 28.020 im Jahr 2019. Die größte Einzelsteigerung findet sich in der beigefügten Statistik beim Komplex „Muslimbruderschaft/Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG)“: Hier stieg das Personenpotential von 1.040 auf 1.350 Personen. Das entspricht einem Anstieg von fast 30 Prozent.

Offenbar bleibt Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Muslimbruderschaft ein Sonderfall, denn während der Bund am Donnerstag von rund 310 neuen Anhängern dieser extremistischen Ausrichtung berichtete, hatte der Verfassungsschutz-Bericht des Landes NRW vor einigen Wochen von rund 185 neuen Anhängern der Muslimbruderschaft berichtet. Berücksichtigt man beide Zahlenwerke, führt das zu der Schlussfolgerung, dass die Zahl der Anhänger der Muslimbruderschaft in Nordrhein-Westfalen schneller wächst als in allen anderen 15 Bundesländern zusammen.

„Unübersehbare personelle Verflechtungen“ zur Muslimbruderschaft

Dennoch bleibt auffällig, wie stiefmütterlich die Muslimbruderschaft auch in diesem Verfassungsschutz-Bericht abgehandelt wird. So ist zwar die Rede davon, dass die Muslimbruderschaft und die ihr zuzurechnende DMG auf eine „langfristige Änderung der Gesellschaft“ und „eine Durchdringung der Gesellschaft mit dem Ziel einer perspektivischen Errichtung eines auf der Scharia basierenden gesellschaftlichen und politischen Systems“ abzielen. In diesem Zusammenhang wird auch von „unübersehbaren personellen Verflechtungen“ sowie von „engen strukturellen und ideologischen Verbindungen“ der DMG zur Muslimbruderschaft gesprochen.

> Eine besondere Herausforderung stellt der Umgang mit den zurückkehrenden Frauen des „Islamischen Staates“ dar, denen – ohne Beteiligung an Kampfhandlungen – strafbare Handlungen oft nur schwer nachzuweisen sind.

„Dass die DMG wiederholt in der Öffentlichkeit jegliche Verbindung zur Muslimbruderschaft bestritten hat und sich stattdessen immer wieder zum Grundgesetz und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, gehört zu ihrem konspirativen Vorgehen und verdeutlicht die Janusköpfigkeit der Organisation“, heißt es dazu weiter. An anderer Stelle ist die Rede davon, dass „zahlreiche Verbindungen zwischen hochrangigen DMG-Funktionären und namhaften ausländischen Muslimbrüdern“ die Zugehörigkeit der DMG „zum weltweiten Muslimbruderschaft-Netzwerk“ verdeutlichen.

950 Anhänger der Muslimbruderschaft bleiben im Dunkeln

Gleichzeitig lässt das Bundesamt für Verfassungsschutz aber auch weiterhin im Dunkeln, wo sich die inzwischen 1.350 Anhänger der Muslimbruderschaft in Deutschland organisieren. Während bei Rechts- und Linksextremisten präzise aufgelistet wird, in welchen Vereinigungen sich diese organisieren, wird bei den Anhängern der Muslimbruderschaft lediglich im Kleingedruckten angemerkt, dass es sich um 400 davon um die Mitglieder der DMG handelt – womit gleichzeitig rund 950 Anhänger der Muslimbruderschaft, also die Mehrheit, unerkannt im Dunkeln bleiben. Damit bleibt auch hier der Widerspruch bestehen, dass die Verfassungsschutz-Behörden bei der Muslimbruderschaft einerseits zurecht ein konspiratives Vorgehen feststellen – diesem aber gleichzeitig dadurch, dass sie die Mehrheit der Muslimbrüder-Vereine sowie die ihr zuzurechnenden Moschee-Gemeinden nicht namentlich benennen, Tür und Tor öffnen.

Wie in jedem Jahr, werden die meisten in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen abseits von Muslimbruderschaft und Salafisten benannt, aber eher kurz abgehandelt. Bei der 2003 verbotenen Hizb ut-Tahrir wird erneut darauf verwiesen, dass die Gruppierungen „Realität Islam“ und „Generation Islam“ eine „ideologische Nähe“ zu ihr aufweisen. Ein deutliches Wachstum von 350 auf 430 Anhänger der Hizb ut-Tahrir verzeichnet der Verfassungsschutz dennoch. Ebenso bei der Türkei-stämmigen Furkan-Gemeinschaft, deren Potential von 290 auf 350 Personen angewachsen ist. Die rund 100 Anhänger der radikalen afghanischen „Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ werden laut des Berichts überwiegend bei Moschee-Gemeinden in Frankfurt am Main und Hamburg verortet.

Erweiterte Ausführungen zur Hisbollah, die zu den Durchsuchungsmaßnahmen im April 2020 nach dem Verbot geführt hatten, sind dem Bericht nicht zu entnehmen. Hinsichtlich der Spionagetätigkeit ist die Anklage gegen einen Deutsch-Afghanen und seine Ehefrau aus Rheinland-Pfalz bemerkenswert, die Geheimnisse an den Iran übermittelt haben sollen. Anfang 2019 wurde eine weitere Person in Hessen verdächtigt, dem Iran zugearbeitet zu haben.

„Antisemitismus ideologische Klammer aller Islamisten“

Überraschend deutlich wird der Verfassungsschutzbericht jedoch beim islamistischen Judenhass. Während Horst Seehofer den Antisemitismus noch im Vorwort des Berichts zusammen mit Fremden- sowie Islamfeindlichkeit als Schwerpunkt rechtsextremistischer Agitation bezeichnet und dabei in keinerlei Zusammenhang mit Islamismus bringt, heißt es 171 Seiten weiter wörtlich: „Auch im Jahr 2019 kam es zu einer Vielzahl islamistisch motivierter antisemitischer Vorfälle. Antisemitismus stellt eine ideologische Klammer aller islamistischen Strömungen dar. Die überwiegende Mehrheit der in Deutschland aktiven islamistischen Organisationen hegt antisemitisches Gedankengut und verbreitet es auf unterschiedlichsten Wegen.“ An anderer Stelle heißt es zum islamistischen Antisemitismus: „Dieses Gedankengut stellt eine erhebliche Herausforderung für das friedliche und tolerante Zusammenleben in Deutschland dar.“

Sigrid Herrmann-Marschall ist Islamismus-Expertin. Auf Deutsch zuerst erschienen bei VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN.

Jordantal: Wiedervereinigung Israels mit Judäa und Samaria jetzt umsetzen!

Dass die Eingliederung des Jordantals bereits eine Idee des Sozialdemokraten Jitzhak Rabin war, bleibt heute weitgehend unbeachtet.

Von Efraim Inbar (Audiatur)

Der ehemalige Soldat und spätere Politiker Jitzak Rabin wusste um die Wichtigkeit des Jordantals für die israelische Sicherheit.

Das Jordantal ist für Israel von großem sicherheitspolitischen Interesse. Die meisten Militärexperten sind sich einig, dass es die einzige Verteidigungsposition an der Ostgrenze Israels darstellt. Das Jordantal ist auch deshalb die wichtigste Grenze Israels, weil es in der Nähe des israelischen Kernlandes, des Dreiecks Jerusalem-Haifa-Ashdod liegt, in dem 70 Prozent der israelischen Bevölkerung leben und in dem 80 Prozent der wirtschaftlichen Infrastruktur Israels zu finden sind. Es ist daher keine Überraschung, dass viele Israelis die Ausdehnung des israelischen Rechts auf das Jordantal unterstützen.

Der US-Friedensplan vom Januar 2020 (den Präsident Trump umgangssprachlich „Der Deal des Jahrhunderts" nannte) erlaubt es Israel, das Jordantal in sein souveränes Territorium einzubeziehen. Die US-Regierung erwartete, dass Israel den Friedensplan nach der Vereidigung der neuen Einheitsregierung akzeptiert und mit dessen Umsetzung beginnt.

Es ist völlig unvorstellbar, dass Israel „Nein, danke" zu einem amerikanischen Friedensplan sagt, insbesondere zu dem aus israelischer Sicht besten Plan, der je von Washington vorgelegt wurde. Es ist einfach unklug, Nein zu einem narzisstischen Präsidenten zu sagen, der möglicherweise im November wiedergewählt wird. Es wäre töricht, die amerikanische Unterstützung für die Stärkung der nationalen Sicherheit Israels abzulehnen.

Kein rechtsextremes Hirngespinst

Es sei darauf hingewiesen, dass die Eingliederung des Jordantals in israelisches Staatsgebiet kein rechtsextremes Hirngespinst ist, sondern die Umsetzung der von Premierminister Jitzhak Rabin bevorzugten verteidigungsfähigen Grenzen, wie er sie in seiner letzten Rede vor der Knesset 1995 umrissen hatte. Sein strategischer Entwurf für die israelische Souveränität umfasste auch Gebiete um ein vereintes Jerusalem, das der Dreh- und Angelpunkt für die Sicherung der Hauptstraße zum Jordantal ist.

Der amerikanische Friedensplan bietet auch eine historische Chance, das vorherrschende, abgestandene Paradigma für die Herbeiführung von Frieden zwischen Israelis und „Palästinensern" zu durchbrechen. Leider hat das 30 Jahre alte Paradigma, das den israelischen Rückzug auf die Grenzen vor 1967 (mit geringfügigen Änderungen) diktiert, keine positiven Ergebnisse hervorgebracht. Dieses Paradigma hat unrealistische „palästinensische" Bestrebungen genährt und unnachgiebige Positionen gefördert. Das Festhalten an diesem alten und ineffektiven Ansatz hat den Protagonisten nur noch mehr Schmerz bereitet. Der neue amerikanische Plan hingegen berücksichtigt die Sicherheitsbedürfnisse Israels und beschreibt einen realistischeren Ansatz zur Schaffung von Frieden.

Ägypten hat ganz andere Probleme

Die derzeitige geopolitische Konstellation ermöglicht auch eine Öffnung für die Anwendung der israelischen Souveränität auf das Jordantal. Die „Palästinenser" interessieren sich kaum für gemäßigte arabische Staaten. Ägypten ist mit ernsthafteren strategischen Herausforderungen beschäftigt, wie etwa dem Staudamm, den Äthiopien am Nil baut, und der Intervention der Türkei im libyschen Bürgerkrieg. (Die Türkei versucht, Libyen zu einem Stützpunkt für seine Marine zu machen, um Macht über das Mittelmeer zu erlangen, und zu einem Stützpunkt für islamistische Aktivitäten in der Region auszubauen – was wiederum Ägypten destabilisieren könnte).

> „Die Eingliederung des Jordantals in israelisches Staatsgebiet ist kein rechtsextremes Hirngespinst, sondern die Umsetzung der von Premierminister Jitzhak Rabin bevorzugten verteidigungsfähigen Grenzen, wie er sie in seiner letzten Rede vor der Knesset 1995 umrissen hatte."

Darüber hinaus ist Ägypten mit einem islamistischen Aufstand auf dem Sinai beschäftigt. (Israelische Hilfe ist für den Sinai und die Bekämpfung der regionalen Ambitionen der Türkei erforderlich).

In ähnlicher Weise brauchen die arabischen Staaten Israel, um die iranische Expansion im Nahen Osten zu parieren, insbesondere in einer Zeit, in der sich die USA aus der Region zurückzuziehen scheinen. Vor allem die Golfstaaten sind sich der Vorteile guter Beziehungen zu Israel bewusst. Die derzeit günstigen geopolitischen Umstände könnten jedoch nachlassen, wenn die Hegemonialpläne des Iran voranschreiten und arabische Staaten sich für einen Schulterschluss mit Teheran entscheiden. Was Israel jetzt mit amerikanischer Unterstützung durchsetzen kann, darf nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Behauptung, die tatsächliche Kontrolle Israels über das Jordantal würde die Notwendigkeit der Souveränität zunichtemachen, ist offensichtlich falsch. Unilaterale „palästinensische" Aktionen zum Bau von Straßen und Siedlungen im „Gebiet C" seit dem Oslo-II-Abkommen von 1995 haben die israelische Kontrolle ausgehöhlt, auch im Jordantal. Die israelische Souveränität sollte einem solchen „palästinensischen" Übergriff Einhalt gebieten. Sie wird auch einige der fehlgeleiteten, sogar gefährlichen Vorschläge für „alternative Sicherheitsvorkehrungen" im Jordantal zunichtemachen, die in der Vergangenheit von amerikanischen Unterhändlern vorgeschlagen wurden.

Ausländische Streitkräfte haben sich als ineffektiv und unzuverlässig erwiesen

Die Stationierung ausländischer Truppen im Tal oder der Rückgriff auf Frühwarnstationen und nur eine begrenzte „israelische Militärpräsenz" waren und bleiben schlechte Ideen. Ausländische Streitkräfte haben sich als ineffektiv und unzuverlässig erwiesen. In den letzten Jahren ist es der UNIFIL nicht gelungen, auch nur eine Hisbollah-Rakete im Südlibanon zu orten, während die UNDOF-Truppen auf den Golanhöhen zu Beginn des Bürgerkrieges in Syrien unter dem Druck des Dschihad untergegangen sind. Die USA wollen sogar ihre Militärbeobachter im Sinai abziehen, deren Aufgabe es ist, die Entmilitarisierungsklauseln im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag zu überwachen.

Die Beibehaltung nur einer begrenzten israelischen Militärpräsenz im Jordantal unter „palästinensischer" Souveränität würde eine ebenso nachteilige Situation schaffen. Die israelischen Streitkräfte wären Schikanen und terroristischen Angriffen durch feindliche Elemente ausgesetzt. Dies wird schließlich zu seiner Beseitigung führen, wie historische Präzedenzfälle aus anderen Ländern zeigen. Daher wird nur ein ständiger IDF-Einsatz auf israelischem Hoheitsgebiet im Jordantal die Sicherheit der Ostgrenze Israels garantieren.

Ein dauerhafter IDF-Einsatz auf israelischem Hoheitsgebiet im Jordantal wird auch die im amerikanischen Friedensplan vorgesehene wirksame Entmilitarisierung eines „palästinensischen" Staates gewährleisten. Mit der Annahme des amerikanischen Friedensplans verpflichtet sich Israel in der Tat, über die Umrisse eines solchen Staates zu verhandeln. Aber auch hier ist die Souveränität Israels im Jordantal ein entscheidender Faktor für die Gewährleistung der „palästinensischen" Entmilitarisierung – nur so kann Israel die Entstehung eines „palästinensischen" Staates ins Auge fassen.

Israel sollte diesen Moment nutzen, um sein Recht (Souveränität) auf das Jordantal und die Umgebung von Jerusalem anzuwenden – so kann die israelische Sicherheit für Generationen gewährleistet werden.

Professor Efraim Inbar ist Vorsitzender des Jerusalem Institute for Strategic Studies (JISS). Übersetzung Audiatur-Online.

Das Pazifismus-Paradoxon: Warum ausgerechnet Pazifismus nicht selten zum Krieg führt

Zum 90. Geburtstag des israelischen Nobelpreisträgers Robert Aumann, einem Berater der Regierung seines Landes und Vertreter einer stets verteidigungsbereiten Politik.

Von Jurij Pereversev

Robert Aumann 2005 bei der Verleihung des Wirtschafts-Nobelpreises durch den schwedischen König Carl XVI. Gustaf.

Israel Robert John Aumann, Mathematiker, Preisträger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften 2005, ehemaliger Präsident der israelischen mathematischen Union, Preisträger des Israel-Preises, ist in Frankfurt am Main in eine jüdisch-orthodoxen Familie hineingeboren, die zwei Wochen vor der Reichspogromnacht 1938 vor dem Naziregime in die USA geflohen ist.

Er studiert und promoviert am Massachusetts Institute of Technology (MIT). 1956 siedelt Aumann, inzwischen eine anerkannte Größe in seinem Fach, nach Israel über. Er zieht nach Jerusalem und übernimmt eine Professur an der Hebräischen Universität.

Als religiöser Zionist schreibt er eine Reihe von halachischen Kommentaren zu wirtschaftlichen und juristischen Aspekten des Talmuds. Ausgehend von diesen Nachforschungen nutzt Professor Aumann die Methoden seines Faches und kommt zu dem Schluss, dass Konflikte verschiedenster Art bestimmten mathematischen Modellen folgen, deren Vernachlässigung unausweichlich zum Fiasko führt. Er ist davon überzeugt, dass „die Ergebnisse verschiedenster Wettbewerbe und Streitigkeiten zwischen Völkern und Ländern einer mathematischen Analyse unterworfen werden können.“ Und seine Methode der mathematischen Analyse hat sich bestens in der großen Politik bewährt. Nicht umsonst wurde Aumann in der Zeit des Kalten Krieges von den USA als Berater des Rüstungskontrolldienstes eingeladen. Und nicht umsonst warnt Aumann die Teilnehmer der renommierten internationalen Herzliya-Konferenz – internationale Politiker, Diplomaten und Generäle:

„Wir haben zwei tödliche Bedrohungen für Israel erwähnt, die mit Atomwaffen zu tun haben: die direkte und die indirekte. Aber es gibt noch eine dritte Bedrohung, die wesentlich gefährlicher ist. Sie geht weder von Iran, noch von irgendwelchen Terrorgruppen aus, nicht einmal von außen. Ihr Ursprung sind wir selbst. Das Paradoxon ist, dass die Politik von Hamas völlig rational ist. Währenddessen ist die Politik von Israel absolut irrational. Wir haben die Orientierung verloren und befinden uns im Bann von Illusionen“.

Damals hat Professor Aumann auch zum ersten Mal ein ausführliches öffentliches Interview darüber gegeben, wie die Spieltheorie für die Analyse von politischen Entscheidungen angewendet werden kann. Nachfolgend die gekürzte Fassung der Rede des Professors:

„Die Spieltheorie ist die Analyse der Strategie der Beziehung von zwei miteinander interagierenden Seiten. Diese Beziehung kann sich auf verschiedenste Art und Weise äußern – von Kooperation bis zum Konflikt, und in verschiedensten Bereichen bestehen – von Schach bis zur Geschäftsbeziehung oder bis hin zum Krieg zwischen Staaten. Nichtsdestotrotz bleibt das Modell immer dasselbe. Es gibt einen Satz von Regeln, die die Entwicklung von Konflikten beim Zusammenstoß von zwei Systemen bestimmen. Es gibt weiterhin einen Satz von bestimmten Handgriffen, die dazu notwendig sind, den Gegner, Feind, Konkurrenten dazu zu bringen, die eigene Position anzunehmen. Nehmen Sie diverse Konflikte von lokalen bis hin zu globalen, und Sie werden feststellen, dass die Modelle, die die Grundlage für den Widerstand bilden, immer wieder dieselben sind. Religion, Ideologie, nationaler Charakter usw. haben lediglich eine sekundäre Bedeutung.

… Wenn ich vom rationalen Charakter eines jeglichen Konflikts spreche, meine ich nicht die Beweggründe, sondern die Methoden für das Erreichen des Ziels. Das Ziel selbst kann absolut irrational oder harmlos, oder absolut ungeheuerlich sein. Jemand will Tag und Nacht tanzen, und ein anderer kann davon träumen alle Juden ins Meer zu werfen. Aber beide werden unausweichlich von dem Partner, Konkurrenten oder dem Feind abhängig sein und werden sich durchaus rational verhalten. So, dass ein Maximum erreicht werden kann, und man sich selbst dabei dem geringstmöglichen Risiko aussetzt.

In der Situation, bei der die Selbstmordattentäter die Juden zerstören wollen, hängt alles davon ab, inwiefern die Juden mit ihrem Wunsch einverstanden sind. Von der Reaktion der Juden und ihren Widerstandsmethoden wird das Verhalten der Selbstmordattentäter abhängen. Wenn man sich also von Emotionen, Ideologie und Politik abstrahiert, dann ist es ein Spiel. Und ein Spiel hat seine Regeln.

Erreichen sie (die Selbstmordattentäter) ihr Ziel? Zweifelsohne! Die Evakuierung der Siedlungen aus Gaza war die direkte Folge von furchtbaren Terroranschlägen durch die Selbstmordattentäter. Indem wir den Rückzug angetreten sind, haben wir gezeigt, dass die von ihnen benutzten Methoden effektiv sind. Wenn wir tausende von Terroristen gegen die Überreste von zwei Soldaten befreien, stimulieren wir neue Entführungen.

…Sie zwingen uns ihre Spielregeln auf, wir nehmen sie an. Aber man muss deutlich die Ziele des Gegners verstehen. Wenn sein Ziel die Konfliktlösung ist, dann ist Friedensstiftung sinnvoll und nützlich. Wenn aber das Ziel des Gegners Aggression und Annexion ist, dann wird die Friedensstiftung gefährlich und schädlich. Weder Napoleon, noch Hitler waren an Frieden mit ihren Nachbarn interessiert. Deswegen haben die Versuche sie zu besänftigen zum gegenteiligen Ergebnis geführt. Hitler ist nicht mehr am Zweiten Weltkrieg schuld als Chamberlain, der seinen Mitbürgern nach München verkündete, er habe Frieden mitgebracht und auch fest daran glaubte. Das erweckte bei Hitler den Eindruck, dass England sich weigert Krieg zu führen. Paradox ist, dass er ursprünglich Angst vor einer direkten Konfrontation mit England und Frankreich hatte, und er daher erst Polen überfiel, nachdem er sich überzeugt hatte, dass er auf keinen Widerstand treffen wird. Wenn ein Aggressor sieht, dass seine Methoden wirken, dann folgt er ihnen weiter und kommt mit immer wieder neuen Forderungen. Wenn ein Aggressor auf ernsthaften Widerstand trifft, dann überdenkt er seinen Zugang. Pazifismus führt zu Krieg, da das Land, wo er zur Ideologie wird, anfängt nach den Spielregeln des Aggressors zu spielen. Das passiert auch mit Israel.

…Die internationale Staatengemeinschaft ist der dritte Spieler. Der dritte Spieler ist in der Regel daran interessiert die Aggression von sich zu weisen und sie in für ihn bequeme Richtung abzulenken. Da die Araber die Rolle der angreifenden Seite annehmen, ist die restliche Welt damit zufrieden, dass es ein ständiges Objekt gibt, was zum Opfer ihrer Aggression wird. Deswegen ist es sinnlos auf Verständnis und Mitleid zu hoffen. Die Welt hat schon vergessen, dass wir aus Gaza rausgegangen sind. Die Welt will die Raketenbeschüsse nicht wahrnehmen. Die Welt sieht nur das, was sie sehen möchte.

…Mit den Arabern kann man nur dann co-existieren, wenn ihnen bewusst wird, dass Krieg, Terror und Gewalt für sie schwerere Folgen als für uns haben werden. Sagen wir mal so, wenn sie davon träumen uns zu zerstören, müssen sie wissen, dass es tragische Folgen für sie haben wird. Nach dem Prinzip von sich wiederholenden Spielen, erzeugt eine langfristige Interaktion sogar in einem Konflikt eine Kräftebalance, die Möglichkeiten der Kooperation eröffnet.

Wenn eine Seite die Gefahr von Strafe für den einen oder anderen extremen Schritt spürt, dann wird sie auf diese Schritte verzichten und den Status quo vorziehen. Und genau das kann den Frieden möglich machen.

Dabei geht es nicht nur um den aktuellen Konflikt. Wir haben uns damit abgefunden, dass die ‚Palästinenser' per Definition Araber sind. In Wirklichkeit sind die wahren Palästinenser die Juden. 1912 bildeten die Juden zwei Drittel der Bevölkerung von Jerusalem (64 %). Die meisten anderen Einwohner waren Christen. Palästina war nie arabisch. Am Ende des 17 Jahrhunderts lebten in Gaza ca. 500 Menschen, die Hälfte davon jüdisch, der Rest Christen.

Die Juden wurden aus Hebron und aus vielen anderen Orten durch Pogrome in den 1920er Jahren vertrieben. Und dann nochmal 1948 bis 1967. Aber das bedeutet nicht, dass wir dort nicht gewesen sind. Und dass wir dieses grundsätzliche Moment vergessen haben ist ein furchtbarer Fehler! Wir untergraben unser Recht auf diesen Boden!

... Das ist ein wirklich irrationales Verhalten. Ich denke, dass die Ursache dafür im Fehlen der Motivation ist. Die Menschen verstehen nicht, wozu sie hier sind, was sind ihre höheren Ziele, Ideale. Der jüdische Staat ist ein leerer Schall für sie. Wozu braucht man dann die Opfer? Für das Erreichen des Friedens braucht man viel Geduld. Wir haben keine Geduld – die Araber haben sie.

Auch wenn es erstaunlich scheint, haben die „russischen" Israelis ein Gefühl für die Realität, das den Einheimischen fehlt. Die eigene bittere Erfahrung und die Bildung sagen ihnen, dass ein Wunsch allein nicht ausreichend ist, damit der Traum zur Realität wird. Sie kennen den römischen Spruch: ‚Möchtest du Frieden, bereite dich auf den Krieg vor'. Ich kann mich erinnern, wie die Medien Avigdor Lieberman angegriffen haben, als er gesagt hat, dass wenn das bisherige Schema von Nachgeben und Schritten des guten Willens nicht funktioniert, dann muss das System geändert werden. Aber das ist der Moment der Wahrheit!"

Das ist der Vorschlag von Professor Aumann bezüglich der Anwendung der Spieltheorie auf die Politik Israels. Aber sind die israelischen Politiker bereit dieses Instrument zu nutzen? Und lehrt die Vergangenheit die politische Elite von Israel? Diesbezüglich gehen die Meinungen auseinander...

Schimon Peres, ein Veteran der israelischen Politik, Präsident des Staates Israel und Friedensnobelpreisträger, behauptete, dass die Vergangenheit uns nichts lehren kann, da die Realitäten der Vergangenheit nicht mehr aktuell für die Gegenwart sind. Im Gegensatz dazu steht die Aussage des Philosophen George Santayana „Wer sich nicht an seine Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, diese zu wiederholen." Wer hat nun recht?

Denn man kann nicht ausschließen, dass der arabisch-israelische Konflikt sich nach einem für Israel katastrophalen Szenarium entwickelt. Hat denn die israelische Führung ein strategisches Konzept zur Lösung dieses Konflikts? Und ist seine Handlungsstrategie immer fehlerfrei?

Fragen über Fragen.... Oft bleiben sie ohne Antwort. Aber man kann in der Geschichte herumstöbern, da sich ähnliche Konflikte auch in der Vergangenheit zugetragen haben. Die Geschichte bestätigt die Schlussfolgerungen von Professor Aumann: es ist nicht zulässig dem Aggressor gegenüber Schwäche zu zeigen, nicht zulässig Politik zur Besänftigung des Aggressors zu führen, und nachzugeben um einen Kompromiss zu erreichen. Die Demokratie ruht auf dem Fundament des Kompromisses, aber für einen totalitären Aggressor ist jeder Kompromissversuch ein Zeichen der Schwäche, das seine Aggression nur verstärkt. Der totalitäre Aggressor versteht nur die Sprache der Stärke, deswegen sollte er mit Ausnahme der Ruhephasen ständig daran erinnert werden, dass er eine riesigen, für ihn nicht akzeptablen Preis für seine Aggression bezahlen wird. Das heißt, dass man dem Prinzip der unausweichlichen Bestrafung folgen sollte, welches im Übrigen eine der Grundlagen des Rechts in jedem Staat bildet. Verhandlungen sollte man jedoch nur mit einem geschlagenen Aggressor führen.

Hisbollah wurde stark durch Israels Schwäche

Zeichen von Schwäche und Unsicherheit haben Israel immer viel gekostet. Der einseitige Rückzug aus Libanon im Jahr 2000 führte dazu, dass die Hisbollah, die bis dahin eine marginale schiitische Gruppe gewesen ist, den Ruf eines Siegers erhalten hat und zur größten schiitischen Organisation geworden ist, die Libanon kontrolliert, wo sie de facto ein Staat im Staat geschaffen hat. Ihre Aggressivität und Gefahr für Israel sind ums Vielfache gewachsen, was sie im Sommer 2006 bewiesen hat, indem sie ein Drittel von Israel unter Beschuss hielt. Der Rückzug aus dem Gazastreifen, der von seiner Bevölkerung als Bestätigung der These „der Terror wirkt" interpretiert wurde, führte zunächst zum Sieg der Hamas bei „demokratischen Wahlen" und dann zu ihrer vollen Kontrolle über die Region.

Israel hat nicht einmal 1 % der Fläche der Araber

Die Araber benennen eine Menge von „unerträglichen Kränkungen", die ihnen angeblich von Israel zugefügt worden seien. Die drei wichtigsten davon – die „besetzten" Gebiete von 1967, die arabischen Flüchtlinge und der Status von Jerusalem. Und Israel rechtfertigt sich ständig, obwohl diese Ansprüche keiner Kritik standhalten können. Bis 1967 gehörten sowohl diese Gebiete als auch Jerusalem den Arabern, aber der Konflikt bestand und seine Stärke war nicht weniger gering. Das ganze Gebiet von Israel ist nur 0,2 % von den addierten Gebieten der arabischen Staaten, die „besetzten" Gebiete sind noch mickriger. Daher ist die Behauptung, dass diese absolut lebensnotwendig für Araber sind, einfach lächerlich.

Land für Friede ist wie Liebe für Geld

Die Forderung von einigen israelischen Politikern, die von den Arabern unterstützt wird, „Frieden im Tausch für Gebiete" klingt genauso unziemlich wie „Liebe für Geld". Mit der Forderung des Rückzuges von Israel zu den „Grenzen von 1967" im Gegenzug für Frieden zeigen die Araber, dass sie keinen Frieden, sondern die maximale Schwächung von Israel vor der entscheidenden Schlacht wollen, da die Grenzen von 1967 sehr schwer zu verteidigen sind. Sollte Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen, wird zweifelsohne sofort die Forderung kommen, sich auf die Grenzen von 1947 zurückzuziehen, die damals durch die UNO festgelegt worden sind. Und das wird die grundsätzliche Existenz des Staates Israel gefährden.

Im Besitz von riesigen nichtbesiedelten Gebieten hätten die Araber, sofern der Wunsch bestehen würde, sehr einfach alle Flüchtlinge unterbringen können. Dabei hätten die Mittel, die in den Krieg gegen Israel fließen, dazu ausgereicht, jeden einzelnen von ihnen zu einer wohlhabenden Person zu machen. Israel ist es gelungen hunderttausende von Flüchtlingen aus den arabischen Ländern zu integrieren (und das zusätzlich zu hunderttausenden von Flüchtlingen aus den europäischen Ländern). Dabei kommt keiner auf die Idee ihre Rückkehr oder Kostenerstattung zu fordern. Aber statt der Integration von Flüchtlingen in den eigenen Staaten haben die Araber sie in Lagern-Gettos untergebracht, wo sie auf Kosten der UNO leben. Die Araber machen alles, damit sie nicht in die Staaten integriert werden, wo sie leben. Und das wird nur dafür gemacht, damit dieses Problem als Druckmittel gegen Israel bestehen bleibt.

Jerusalem hat für den Islam marginale Bedeutung

Auch das Problem von Jerusalem ist ein ausgedachtes. Die Behauptung, dass Jerusalem für sie die drittwichtigste Stadt nach Mekka und Medina ist, ist eine Lüge, die gleichzeitig mit dem arabisch-israelischen Konflikt vor einigen Jahrzehnten entstanden ist. Jerusalem ist kein einziges Mal im Koran erwähnt. Zudem ist die staatliche Zugehörigkeit dieser Stadt sekundär, da keiner die heiligen muslimischen Stätten beansprucht und keiner die Muslime daran hindert, ihre G´ttesdienste zu verrichten. Die Araber verlangen nach Jerusalem nur, weil sie wissen, wie wichtig Jerusalem für die Juden ist. Sie wollen das Herz des jüdischen Staates herausreißen und seinen Willen brechen.

Hiermit ist es offensichtlich, dass die drei Hauptgründe für den Konflikt, die von den Arabern aufgeführt werden, unter die Bezeichnung „Vorwand" fallen. Der wahre Grund dessen, weshalb der jüdische Staat von den Arabern abgelehnt wird, ist, dass er sie in fast allen Bereichen überholt und dadurch Neid, Angst und Durst nach Rache auslöst.

Die Geschichte bezeugt, dass der Grund für den Beginn eines Krieges das Fehlen eines Hemmungsfaktors ist. Ein Aggressor wird nie einen Krieg ohne Hoffnung auf Sieg anfangen, wenn er weiß, dass er einen sofortigen und verheerenden Widerstand erfahren wird. Nicht die Friedensverhandlungen und Abkommen sichern den Frieden, sondern das Wissen des Aggressors, dass die Vergeltung unausweichlich ist.

Israel, allein gegen seine Feinde, ist ständig dazu gezwungen um seine Existenz zu kämpfen. Das passiert, weil es Israel kein einziges Mal durch die „Weltöffentlichkeit" vergönnt war, den Krieg mit einer entscheidenden Zerschlagung des Gegners zu beenden, wo dessen Wille genommen wird und er gezwungen ist den Gedanken an die Zerstörung Israels aufzugeben.

Es wird kein Frieden mit den Arabern in absehbarer Zeit möglich sein. Auch wenn irgendwelche neue Abkommen unterschrieben werden, wird das nichts ändern. Israel muss dazu bereit sein, dass der Konflikt noch Jahrzehnte andauern wird. Deswegen soll es aufhören sich zurückzuziehen und dabei die strategischen Vorteile zu verlieren, und eine feste unbeugsame Position einnehmen und sich Tag für Tag, Jahr für Jahr im wirtschaftlichen, militärischen und politischen Bereich stärken. Nur so wird der Tag kommen, an dem die Araber verstehen werden, dass sie Israel nichts anhaben können und die Hoffnung aufgeben es zu zerstören. Das wird der Tag sein, an dem Frieden herrschen wird. Solche ernsthaften „Spiele" untersucht Professor Aumann, der die Tage sein Jubiläum feiert.

Übersetzung aus dem Russischen von Rebbetzin Katia Novominski.

Die „alten weißen Männer" waren die Ersten, die die jahrtausendealte, weltweit und kulturübergreifend verbreitete Institution der Sklaverei abgeschafft haben. In islamischen Ländern hingegen wurde sie nur auf westlichen Druck und teilweise auch nur unvollständig abgeschafft.

„Ich bin kein Jude mit zitternden Knien“

Dieses Zitat ist die vielleicht beste Antwort, die der israelische Premierminister Menachem Begin 1982 auf die düsteren Drohungen und Erpressungsversuche des gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten der Democrats, Joe Biden, geben konnte im Hinblick auf die beabsichtigte Wiedervereinigung von Teilen Judäas und Samarias mit dem israelischen Kernland.

Von Steve Frank (JNS)

Der heutige Bewerber um das US-Präsidentenamt, Joe Biden, versuchte wiederholt andere Länder zu erpressen. Doch Menachem Begin (links) ließ sich nicht unter Druck setzen.

Am 1. Juli 2020 verkündete Israels Premierminister Benjamin Netanjahu die Pläne seiner Regierung, Israels Souveränität auf diejenigen Teile des Westjordanlandes (Judäa und Samaria) auszudehnen, in denen die große Mehrzahl der israelischen Siedlungen liegt. Das Gebiet umfasst 30 Prozent des Westjordanlandes. Das verbleibende Gebiet, indem die meisten der „Palästinenser“ leben, ist für einen unabhängigen „Palästinenser“-Staat auf Grundlage des Trump-Friedensplanes vorgesehen, sollten sich das „palästinensische“ Volk und seine Führung dazu entscheiden, friedlich an der Seite des jüdischen Staates zu leben.

Israels erwarteter Schritt steht im Einklang mit der jüngsten Friedensinitiative der amerikanischen Regierung und hat dort bereits grünes Licht erhalten. Andernorts stieß er auf Kritik, die von Empörung bis hin zu unverblümten Drohungen reicht. Daniel Pipes, der Präsident des „Middle East Forum“ (Nahostforum), warnte unheilverheißend in der „New York Times“ eine sogenannte Annexion „beschädigt Israels Beziehungen mit der Trump-Regierung ebenso wie mit den Demokraten, den Europäern und arabischen Staatschefs, destabilisiert die Region, radikalisiert die israelische Linke und gefährdet das zionistische Streben nach einem jüdischen Staat.“

Während der jüngsten Präsidentschaftsvorwahlen der Demokratischen Partei drohten mehrere Kandidaten damit, die amerikanische Hilfe an Jerusalem als „Hebel“ zu benutzen, um einen solchen Schritt abzuwehren. Der designierte Kandidat und frühere Vizepräsident Joe Biden sagte, Israel werde wahrscheinlich die ohnehin nicht mehr bestehende Zwei-Staaten-Lösung untergraben.

Angst unter Diaspora-Juden

Israels angekündigter Schritt im Westjordanland ist rechtmäßig, pragmatisch und zielt darauf ab, den Friedensprozess aus der Sackgasse zu führen. Pipes hysterische und spekulative Ängste, die von der „New York Times“ aufgegriffen wurden, konnten schnell entkräftet werden. Seine Ansichten rühren von der tief verwurzelten, aber fehlgeleiteten Mentalität der Galut (jüdische Diaspora) her, dass ein Jude, solange er die Goyim (Nichtjuden) nicht verärgert, in Frieden gelassen werde. Dieser wahnhafte Glaube hätte mit dem Holocaust begraben werden müssen. Es ist verstörend zu sehen, dass er von einem angesehenen jüdischen Kommentator zu neuem Leben erweckt wird.

Der jüdische Anspruch auf Judäa und Samaria reicht mindestens 3.000 Jahre zurück und wird durch schriftliche, historische und archäologische Beweise gestützt. 1967 annektierte Israel legal Territorium in Judäa und Samaria, nachdem es von Jordanien angegriffen wurde, welches den Landstrich zuvor selbst 20 Jahre lang illegal besetzt hielt. Jüdische Siedlungen in Judäa und Samaria sind legal und stehen im Einklang mit dem internationalen Recht, wie die amerikanische Regierung unlängst betonte.

Der gegenwärtige Plan Israels weitet die Souveränität nur auf die bereits bestehenden jüdischen Siedlungen aus und wird sich in keiner Weise auf arabische Städte oder die große Mehrheit der arabischen Bewohner auswirken, die weiterhin in Übereinstimmung mit der Oslo-Vereinbarung von 1995 von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ regiert werden. Der Plan verweigert der begrenzten Zahl von Arabern, die unter israelische Souveränität fallen, ebenso wenig das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft.

Für die „Palästinenser“ ändert sich wenig

Der Plan schließt auch nicht die Möglichkeit eines unabhängigen „palästinensischen“ Staates in den verbleibenden 70 Prozent des Westjordanlandes aus, in der die überwältigende Mehrheit der „Palästinenser“ lebt, sollten diese sich für den Frieden mit Israel entscheiden. Da die „Palästinenser“ im vergangenen Jahrhundert mindestens sechs Angebote zur Gründung eines eigenen Staates zurückgewiesen haben, hält der Plan die starke Botschaft an die „Palästinenser“ bereit, dass die ständige Ablehnung aller Friedensangebote Konsequenzen hat.

Es besteht kein Anlass für eine umfassende Verteidigung des israelischen Plans. Man kann den Israelis vertrauen, dass sie in ihrem besten nationalen Interesse handeln, genau wie es die Bürger eines jeden anderen Landes auch tun würden. Die beste Antwort auf all die Kolumnisten, Leitartikler, NGOs, Präsidentschaftsanwärter und andere, die mit ihren düsteren Warnungen und Drohungen jede Handlung des Staates Israel verunglimpfen, ist die, die der frühere Premierminister Menachem Begin im Jahre 1982 Joseph Biden gab.

Damals schulmeisterte Biden seinen israelischen Gast Begin während einer Senatsanhörung zu Israels Siedlungspolitik im Westjordanland und drohte unverblümt mit dem Stopp aller wirtschaftlichen Hilfszahlungen, sollte Israel seine Siedlungsaktivitäten nicht unverzüglich einstellen. Begin antwortete energisch mit Worten, die auch heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben:

„Drohen Sie nicht damit, uns ihre Hilfe abzuschneiden. Es wird nicht funktionieren. Ich bin kein Jude mit zitternden Knien. Ich bin ein stolzer Jude mit 3.700 Jahren Zivilisationsgeschichte. Niemand kam uns zur Hilfe, als wir in den Gaskammern und Öfen verbrannten. Niemand kam uns zur Hilfe, als wir danach strebten, unseren Staat zu erschaffen. Wir bezahlten dafür. Wir kämpften dafür. Wir starben dafür. Wir werden zu unseren Prinzipien stehen. Wir werden sie verteidigen. Und, falls notwendig, werden wir erneut für sie sterben, mit oder ohne Ihre Hilfe.“

Oder, um es in noch deutlichere Worte zu fassen, wie Israels erster Premierminister David Ben-Gurion einst scherzte: „Was die Goyim sagen, zählt nicht, es zählt nur, was die Juden tun.“

Steve Frank ist Rechtsanwalt, der nach einer 30-jährigen Karriere als Berufungsanwalt beim amerikanischen Justizministerium in Washington in den Ruhestand getreten ist. Seine Beiträge zu Israel, Recht und Architektur wurden in Publikationen wie der „Washington Post“, dem „Chicago Tribune“, der „Jerusalem Post“, der „Times of Israel“ und dem Magazin „Moment“ veröffentlicht.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Israel Defence Forces (IDF) nehmen in diesem Sommer eine wichtige und groß angelegte Armee-Reform in Angriff

Die Zahal modernisiert sich technisch und organisatorisch, um noch besser für die Risiken und Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.

Von David Scharp

Der damalige israelische Verteidigungsminister Naftali Bennett genehmigte den Fünfjahresplan für die Entwicklung der IDF namens „Tnufa“ („der Schwung“), vorgelegt vom Generalstabschef, Generalleutnant Aviv Kohavi; einen Plan, der das Erscheinungsbild der israelischen Armee für die kommenden Jahre bestimmen sollte. Sollte, denn jedes Programm kann im realen Leben umgeschrieben werden, besonders bei einem Wechsel in der politischen Führung. Allein den Block „Kachol Lavan“ (Leitung: Benny Gantz, der neue Verteidigungsminister), der für sich die Hauptrolle in einer zukünftigen Regierung beansprucht, repräsentieren drei ehemalige Generalstabschefs, die, sollten sie das Amt des Ministerpräsidenten oder des Verteidigungsministers bekleiden – was im Fall Benny Gantz‘ inzwischen bereits geschah –, es sich nicht nehmen lassen werden, sich in die Pläne bezüglich der Zukunft des Militärs einzumischen.

0Außerdem endet die Amtszeit von Aviv Kohavi, der bereits ein Jahr lang den Generalstab leitet, noch bevor die Realisierung des Planes „Tnufa“ abgeschlossen sein wird. Den vorherigen Plan „Gideon“ von Gabi Eisenkot korrigierte Kohavi erheblich: Als erstes führte er eine Neuverteilung der Mittel für die Vorbereitung einer breit angelegten Militäroperation in Gaza durch. Man muss allerdings hinzufügen, dass der Großteil des Militärbudgets entsprechenden Bereichen zugeordnet ist. Ebenfalls kann selbst der Generalstabschef keine abgeschlossenen Verträge ändern.

Das Wahldebakel hat die Armee nicht beeinträchtigt

Die politische Krise in Israel dauerte an, dieser Umstand behinderte die Umsetzung des Plans „Tnufa“. Er existierte bisher nur auf dem Papier, und das neue Militärbudget ist immer noch nicht verabschiedet. Es ist demnach durchaus positiv einzuschätzen, dass der Staatshaushalt 2019 gleich für zwei Jahre geplant war: So bekam die israelische Armee eine gewisse finanzielle Stabilität – trotz der Wahlkampagnen des Jahres 2019, der Eskalationen und einer Kette sogenannter „Kampfoperationen zwischen den Kriegen“ (Bezeichnung meist geheimer Operationen, gerichtet gegen den Iran und seine Verbündeten). Dennoch war der Bedarf an zusätzlichen Geldern aufgrund der bestehenden Drohungen allein von der iranischen Seite aus bereits 2019 sehr groß.

Im Oktober 2019 wurde seitens der Führung des Verteidigungsministeriums ein Betrag in Höhe von vier Milliarden Schekel für 2020 genannt – eine enorme Summe, die dennoch den Eindruck erweckte, dass der damalige Regierungschef und Verteidigungsminister Netanjahu solch überzogene Forderungen billigend in Kauf nimmt. Es werden Maximalforderungen gestellt, um die notwendige Summe zu erhalten.

Da der Haushaltsplan 2020 noch nicht verabschiedet wurde, werden die Ausgaben automatisch vom Geld für 2019 bezahlt.

Eine Woche vor der Genehmigung des Plans „Tnufa“ durch Bennett fand eine Sitzung statt, deren Ziel es war, die Finanzierungsquellen für die Reformen ausfindig zu machen. An der Beratung nahmen der Regierungschef, der Finanz- sowie der Verteidigungsminister und der Generalstabschef teil. Unter Berücksichtigung des Haushaltsdefizits und der politischen Hindernisse waren die Forderungen des Militärs durchaus realistisch: Laut unterschiedlicher Quellen bat Kohavi für 2020-2021 um 800 Millionen bis zu einer Milliarde Schekel zusätzlich. Daraufhin wurde eine wichtige Entscheidung getroffen: Die Zuweisung der Mittel für zwei Jahre in Höhe von bis zu zwei Milliarden Schekel, wobei über die zweite Milliarde – für 2021 – die neue, kommende, Regierung zu befinden hätte. Die Quelle dieser Zusatzmittel wurde bis dato nicht erläutert. Man darf davon ausgehen, dass die nötigen Mittel gefunden werden. In den kommenden Monaten erwarten uns einige bedeutsamen Ereignisse, die künftige Ausrichtung, darunter auch die finanzielle, beeinflussen können.

Aviv Kohavi präsentiert den Plan „Tnufa“.

Enorme Kosten für Abwehrraketen

Der Plan „Tnufa“ ist zwar genehmigt und bereits in Arbeit, die Publikationen und inhaltliche Erläuterungen unterliegen dennoch einem Verbot. Einige Informationen stehen mittlerweile jedoch zur Verfügung, so soll der Großteil der Zusatzmittel für den Ausbau der Luft- und Raketenabwehr verwendet werden. Die Kosten einer Tamir-Rakete für die „Eiserne Kuppel“ belaufen sich auf 50.000 Dollar. Das bedeutet, dass man allein für die Anschaffung von etwa 2.000 Raketen, was relativ wenig ist, ca. 350 Millionen Schekel zahlen würde. Dabei sind die Kosten für die Munition der Raketenabwehrsysteme Chez-3 („Pfeil-3“) sowie David Sling („Davids Schleuder“) unvergleichlich höher.

Laut der Zeitung „Israel haJom“ plant Aviv Kohavi die Verantwortungsgebiete des Operativstabs zu ändern und die Planungsabteilung umzustrukturieren, die dann den Namen „Abteilung für den Aufbau des militärischen Potentials“ tragen und sich mit der Gründung einer Gruppe, die Vertreter verschiedener Militäreinheiten vereint, beschäftigen wird. Ein solches Schema entspricht mehr den komplizierten modernen Herausforderungen, die einer vielschichtigen Antwort bedürfen.

Extra-Abteilung für den Iran

Darüber hinaus wurde bereits eine Abteilung „Die Strategie und der Iran“ gebildet, die den Generälen Tal Kalman und Tomer Bar unterliegt. In der ersten Phase wird diese Abteilung aus Einheiten für strategische Planung und Beziehungen nach Außen bestehen. Insgesamt wird der Schwerpunkt bei der Koordinierung aller Maßnahmen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Auseinandersetzung mit dem Iran liegen, dessen Bedrohung Schätzungen zufolge noch einige Jahre bestehen wird. Des Weiteren wurde die Gründung einer Abteilung für Qualitätskontrolle und Betriebsschutz bei der IDF bekanntgegeben.

Trotz diverser Finanzeinschränkungen bekam der Generalstabschef weitgehend die Möglichkeit, seine langfristigen Pläne der Entwicklung und Reformen bei der IDF zu verwirklichen. Es wäre wünschenswert, dass die besondere Aufmerksamkeit der erhöhten Kampffähigkeit der Bodentruppen gewidmet wäre, sowohl bei den regulären Einheiten, als auch bei den First-Line-Reservisten. Denn sie sind es, die an diversen Bodenoperationen teilnehmen werden, sei es in Gaza, im Norden des Landes oder in Judäa und Samaria. Derzeit lässt deren Ausrüstung zu wünschen übrig.

Bedenken des Wehrbeauftragten

In diesem Kontext ist es angebracht, sich an die Worte des ehemaligen Ombudsmannes, zuständig für die Beschwerden der Militärangehörigen, des Reservegenerals Yizhak Brick, zu erinnern. Die israelische Finanzzeitung „Globes“ veröffentlichte vor Kurzem seinen Text, worin er unter anderem beklagte, dass im Rahmen des Plans „Gideon“ unter Gadi Eisenkot (Generalstabschef vom Februar 2015 bis Januar 2019, - Anm. d. Übers.) die Kampffähigkeit der Bodentruppen stark zurückgegangen sei und sich auf einem inakzeptablen Niveau befinde. Möglicherweise übertreibt Brick etwas; allerdings, um seine Thesen richtig einschätzen zu können, bedürfte es einer zusätzlichen Information. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der Reservegeneral in vielen Punkten recht hat. Es stellt sich lediglich die Frage, warum Brick während der Dienstzeit von Aschkenasi (Generalstabschef 2007-2011) und Gantz (Generalstabschef 2011-2015, zur Zeit Verteidigungsminister, - Anm. d. Übers.), als Einiges sich ebenfalls nicht einwandfrei entwickelte, seine Zweifel und Kritik nicht geäußert hatte. Wichtig ist dabei: In seiner Beschreibung von Problemen und Systemfehlern liegt Brick richtig. Das bedeutet, es ist vonnöten, die aktuelle Situation umgehend zu verbessern.

Dieser Verbesserung soll das neue Programm dienen, wo die Prioritäten bei der Einführung der fortschrittlichsten technologischen Entwicklungen, der Reduzierung von Panzertruppen, den neuen Luftwaffen-Kampfgeschwadern und der Bildung eines separaten „iranischen Militärbereichs“ liegen. Zu den im Dokument aufgeführten Hauptaufgaben gehören: Stärkung der militärischen Strukturen der israelischen Armee, Erweiterung der Fähigkeiten von Kampfflugzeugen und umfassende Umstellung der Streitkräfte auf neue Technologien. Gemäß dem „Tnufa“-Plan muss die IDF ihre Vorteile in den Angriffshandlungen auf dem Land, in der Luft und auf dem Meer durch die Verstärkung der Feuerkraft und der Genauigkeit von erzielten Treffern sowie qualitative Vorteile in der Cyberkriegsführung dank neuester Technologien beibehalten und ausbauen. Die qualitative Verbesserung der Kampfmöglichkeiten der IDF wird demnach die Dauer der zukünftigen militärischen Operationen, an denen Israel teilnehmen wird, verkürzen.

Zweifrontenkrieg mit Hamas und Hisbollah

Der „Tnufa“-Plan der strategischen Entwicklung ist mit der Berücksichtigung der größten Bedrohungen, denen die IDF in der letzten Zeit standhalten muss, ausgearbeitet. Im Fokus steht das Szenario eines möglichen Krieges mit zwei Fronten, wobei eine der Fronten besonders aufmerksam betrachtet wird. Die Feinde sind Hisbollah im Norden und die Hamas im Süden. Kohavi hob ein Aufgabengebiet besonders hervor: Die Ausarbeitung einer Liste der wichtigsten strategischen Objekte der Hamas wie auch der Hisbollah, die im Falle eines Konflikts als erste – im Laufe der ersten 24 Stunden – und in immer kürzeren Intervallen hätten zerstört werden müssen.

Darüber hinaus ist die Umstellung des Luft- und Raketenabwehrsystems „Eiserne Kuppel“ auf stationäre Positionen vorgesehen, so dass die Abfangbatterien nicht mehr disloziert werden müssen. Bereits 2020 werden verbesserte Module zum Abfangen von Mörsergranaten und Raketen vom Typ Grad, zusätzliche Komplexe der „David Sling“-Gruppe sowie weitere technische Innovationen zur Bekämpfung von Drohnen und Lenkflugkörpern in Betrieb genommen. Panzerreservebataillone, die mit veralteten Merkava-2-Fahrzeugen ausgerüstet sind, werden ebenfalls reduziert. Es ist geplant, das Geschwader der Kampfflugzeuge, die seit mehreren Jahrzehnten im Einsatz sind, zu liquidieren. Stattdessen werden neben zwei Einheiten von F-35-Jägern zwei neue gebildet. Die Luftwaffe der IDF erhält neue Transporthubschrauber und Vorräte an neuester Ausrüstung und Munition – doppelt so viel wie das derzeitige Volumen.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Korotkina

Flucht eines Hamas-Kommandeurs nach Israel

Wegen abnehmendem Rückhalt unter den eigenen Anhängern hat die Hamas eine Aktion gegen vermeintliche „Israel-Kollaborateure" gestartet. Israels Auslandsgeheimdienst Mossad verhilft im Gegenzug dieser Aktion einem beschuldigten Hamas-Kommandeur zur Flucht.

(Israelnetz) Der Vizechef der Terror-Organisation Hamas, Mussa Abu Marsuk, hat am Donnerstag bestätigt, dass eines ihrer Mitglieder nach Israel geflohen ist. Gegenüber dem libanesischen Sender „Al-Majadin" erklärte er weiter, dass die Hamas weitere Mitglieder wegen „Israel-Kollaboration" festgenommen habe. Entsprechende Berichte waren Mitte Juli unter anderen beim emiratisch-saudischen Sender „Al-Arabija" zu sehen.

Den Beiträgen zufolge handelt es sich bei dem Geflohenen um Mohammed Abu Ajwa, der die Hamas-Waffenboote befehligte. Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad organisierte demnach die dreitägige Flucht. Sie war offenbar nötig geworden, weil Verdächtigungen gegen den Kommandeur aufgekommen waren. Abu Ajwa soll Israel seit dem Jahr 2009 Auskunft gegeben haben über Waffenlager und Wohnsitze von Hamas-Funktionären. Bei der Flucht über den Seeweg habe er Geheimdokumente mitgenommen.

Ermittlungen aufgenommen

Infolge der Aktion sei bei der Hamas „Hysterie" ausgebrochen. Funktionäre hätten ihren Wohnsitz gewechselt. Hamas-Chef Ismael Hanije, der in Katar wohnt, habe angeordnet, bei den „Ermittlungen" auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Den Medienberichten zufolge gehören die meisten der 16 Festgenommenen dem militärischen Flügel der Hamas, den Isadin-al-Qassam-Brigaden an. Hamas-Sprecher Abu Marsuk betonte jedoch, es handele sich nicht um hochrangige Mitglieder. Zudem hätten sie nicht zusammengearbeitet.

Ursprünglich hatte die Terrorgruppe die Medienberichte vollständig zurückgewiesen und als Versuch Israels eingestuft, die „Heimatfront" zu destabilisieren. Israel bestätigte die Medienberichte bislang nicht.

MAHMUD HAMS, AFP

Hamas-Chef Sinwar (Mitte) mit der Führungsebene der Terrorgruppierung.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,
Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Pavel Feinsteins „Krokodilopolis“

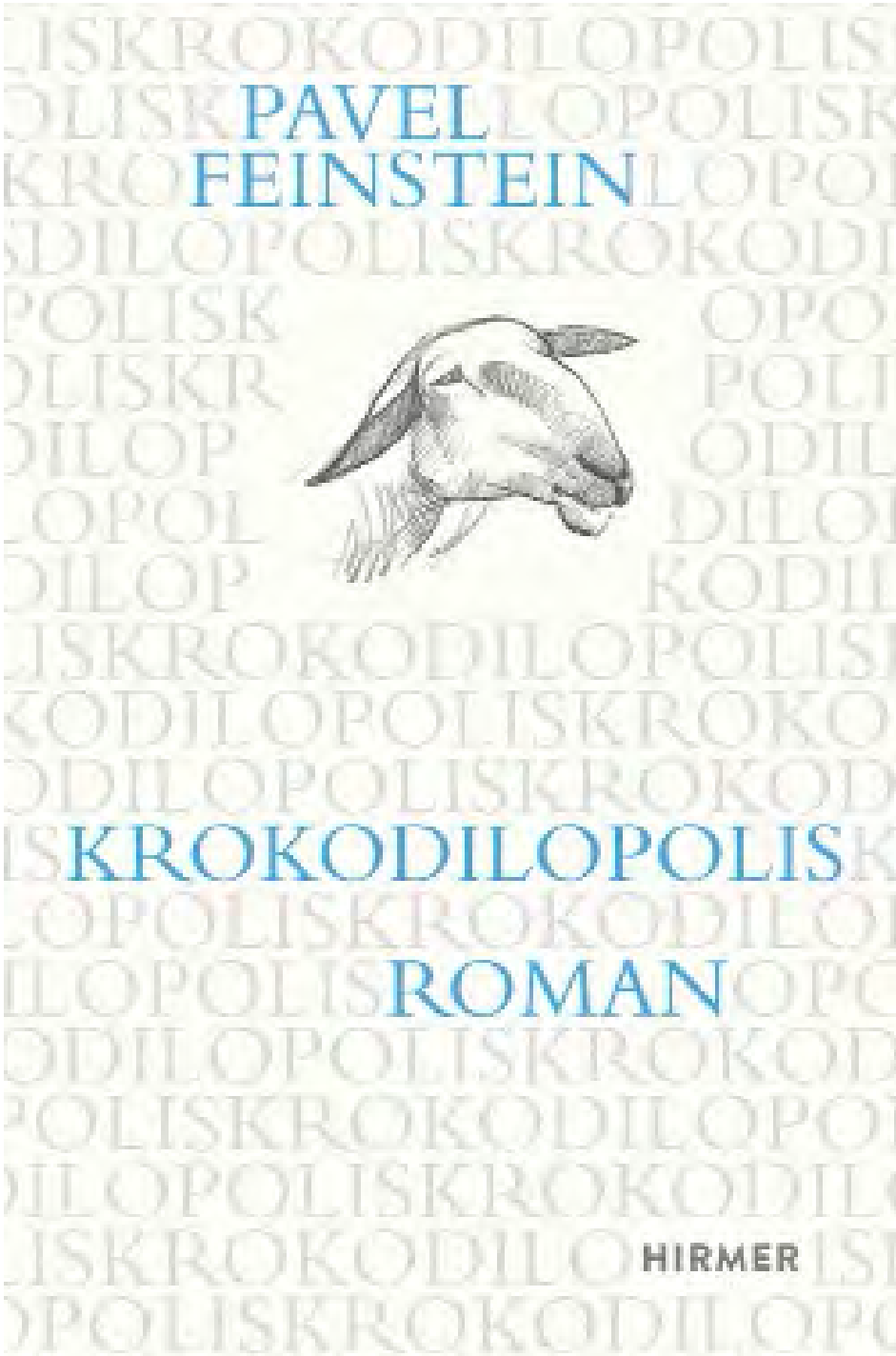
Der jüdische Bildhauer und Maler gibt sein literarisches Debüt mit einem Roman über einen Israeliten im Alten Ägypten.

Von Filip Gaspar

Pavel Feinstein wurde 1960 in Moskau in eine assimilierte jüdische Familie geboren. Der Vater nahm eine Professur für Architektur in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe an, was dazu führte, dass Feinstein seine Jugendjahre dort verbrachte. Als er 20 Jahre alt war, reiste die Familie über Wien nach West-Berlin aus, wo er an der Universität der Künste (UdK) Berlin Malerei studierte und auch heute weiterhin als freischaffender Künstler lebt. Seine Werke wurden bereits in zahlreichen Ausstellungen auf der ganzen Welt bewundert. Dass Feinstein nicht nur in der Malerei bewandert ist, bewies er kürzlich, als er für das Berliner Justizministerium eine bronzene Fritz-Bauer-Büste anfertigte. Doch das ist noch nicht alles: 40 Jahre nach dem Exodus aus der Sowjetunion gibt er sein literarisches Debüt, das es in sich hat. Natürlich ließ er sich nicht nehmen, sein Buch mit eigenen Tierzeichnungen zu versehen, darunter Löwen, Skorpione, Kamele, Ziegen, Frösche, Schafe, und selbstverständlich auch Krokodile.

Doch worum geht es in „Krokodilopolis“? Die Handlung spielt im 2. Jahrhundert und bringt den Leser von Galiläa nach Ägypten und vielleicht auch wieder zurück. Die namensgebende Stadt befindet sich im Nil-Delta und gilt als Ort der heiligen Krokodile und ist nur einer von vielen Schauplätze, die Feinstein seine Hauptfigur Shimon ben S. bereisen lässt.

Die Handlung wurde zwar ins 2. Jahrhundert verlegt, trotzdem findet man viele der aktuellen und teilweise absurden gesellschaftlichen Themen der heutigen Zeit vor. Von den üblichen Verdächtigen wie Steuerhinterziehung, Bürokratie und leider auch Korruption schaffen es auch das Gender und das Umweltthema in die Erzählung. So begegnet man einer Prozession, die vorwiegend aus jungen Leuten besteht und von einer Gruppe älterer Priester angeführt wird. Diese skandiert lauthals, man solle in den Tempeln als Brennmaterial statt Holz lieber Dünger verwenden, denn beim Verbrennen von Holz würden giftige Stoffe freigesetzt, die die heiligen Krokodile töten würden. Ein Schelm wer da an Fridays for Future denkt.



Einbalsamiertes Krokodil

Ganz in postmoderner Manier beginnt das Buch im Jahr 1936 und berichtet, wie bei Ausgrabungen eine Grabkammer mit dem Skelett eines Menschen und eines Krokodils entdeckt wurde. Daneben als Grabbeilage ein Tonkrug mit der Aufschrift „Shimon ben S.“ und Papyrusrollen mit Zeichnungen und Niederschriften. Diese können erst Jahrzehnte später im Labor des Israel-Museum entziffert werden, und fördern die Aufzeichnungen eines Shimons ans Licht. Bei diesem Shimon muss es sich um „einen hemmungslosen und selbstgefälligen Fantasten“ gehandelt haben, der behauptet Bekanntschaften mit berühmten Autoren der Antike gemacht zu haben, wie Lukian und Apuleius. Bereits der Prolog lässt uns wissen, dass wir es mit einem Schelmenroman zu tun haben.

Dieser Shimon möchte seinem jüdischen Heimatdorf, dem Arsch der Welt („Anus mundi“) – so haben es die Römer nämlich benannt – und einer bevorstehenden Hochzeit und den damit einhergehenden Ehepflichten entkommen, und lieber seiner Liebe zur Malerei nachgehen. Die Begegnung mit dem durchreisenden Händler Joseph aus Alexandria, der ihm eintrichtert, sein Leben und Talent nicht wegzuwerfen, sind der endgültige Startschuss, um sich mit seiner treuen Eselin Deborah auf den Weg zu machen und sein Glück zu suchen. Um dieses zu finden, schließt er sich mit seinem Weggefährten und Bildhauer Shlomo zusammen.

Die menschenfressenden Echsen spielen eine wichtige Rolle in Feinsteins neuem Roman.

Mit Geschichts-Kenntnissen hat man mehr davon

Der Ich-Erzähler nimmt sich selbst und die Welt um sich herum nicht ernst, was der ca. 200 Seiten langen Geschichte allerdings nur zugute kommt. Mag das Erzählte beim Lesen manchmal oberflächlich und banal erscheinen, so ist das Buch durchzogen mit Anspielungen auf historische Begebenheiten und Persönlichkeiten. Kenntnisse der römischen, aber vor allem der griechischen Geschichte sind nicht unbedingt nötig, schaden aber nicht und werden viele Leser sicherlich dazu verleiten, so einige der im Buch erwähnten Namen nachzuschlagen.

Für die jüdischen Begriffe und Monatsangaben findet sich im Anhang „Shimons jüdische Sprachbox“, die gerne auch um lateinische und griechische Begriffe hätte erweitert werden können. Denn wer weiß schon, was Shimon und Shlomo blüht, als die beiden zu einem Bacchanal kommen, wie die Jungfrau zum Kinde sozusagen. Dank ihrer dörflichen Kleidung werden sie fälschlicherweise für Satyrn gehalten und müssen den vollkommen ausgelaugten Tempeldienern zur Seite springen, um den berauschten Mänaden zu dienen. Bloß weil es die Tempelbehörde nicht rechtzeitig geschafft hat sechs Satyrn zur Orgie zu schicken. Dies ist nur eine der zahlreichen frivolen und lustigen Episoden. Auf der weiteren Reise gesellt sich noch die Domina Phryne hinzu, die mit römischen Legionären umzugehen weiß und eine Vorliebe für ältere Männer hat, und ein jüdischer Schafhirte, der zum Piraten umgesattelt hat, und nichts in der weiten Welt fürchtet. Außer vielleicht von seiner schwarzen Gattin und seinen Kindern aufgespürt zu werden, und das Leben eines Familienvaters führen zu müssen.

Die lange Reise führt schließlich in den genannten Krokodilstempelort. Krokodile gelten als heilig und zahm – zumindest diejenigen, die nicht zuschnappen. Von diesen heiligen Krokodilen Totenporträts anzufertigen erweist sich als Goldgrube. Gemeinsam mit Ipsitilla, der Witwe eines Töpfers und ihrem Sklaven, der ein Gespür fürs Geschäftemachen hat, eröffnen sie eine bald prosperierende Künstlerwerkstatt. Die Nachfrage bestimmt das Angebot und so spezialisiert man sich auf Votivgaben für die römischen Tempel, Totenporträts und auf die ein oder andere verruchte Darstellung erotischer Praktiken. Gepaart mit einer schlitzohrigen und unkonventionellen Geschäftspraktik laufen die Geschäfte bald sehr gut. Tatsächlich so gut, dass eine eigene Firma mit dem Namen „Apollos Träne“ gegründet wird, die sogar noch expandiert. Doch die Vergangenheit und sein geliebtes Anus Mundi holen Shimon wieder ein.

Wer wissen will, ob und wie Shlomo schließlich sein Glück findet, der sollte hier zugreifen. Der Roman bietet ein großes Lesevergnügen und man kann nur hoffen, dass Pavel Feinstein seine Leserschaft mit einer Fortsetzung beglücken wird.

Pavel Feinstein: „Krokodilopolis“. Hirmer, München 2020, 224 S., 19,90 €

Das „Antisemitismus-Problem“ der Linkspartei-Studenten

Der Hass linker Studenten auf Israel ist kein neues Phänomen – eine Zeitreise in die späten 1960er Jahre zum SDS

Von Dr. Marcus Ermler

Der Antisemitismus linker Studentenverbände hat historische Ausmaße. So entglitt der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (1946-1970), kurz SDS, im letzten Jahrzehnt seiner Existenz in der Folge der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre immer mehr in den radikalen Judenhass. Erinnert sei an seine Störaktion gegen den israelischen Botschafter im Jahr 1969, die Werner Bergmann in seinem Buch „Antisemitismus in öffentlichen Konflikten“ beschreibt.

Seinerzeit wollte Israels Botschafter Ben Natan auf Einladung des Bundesverbandes jüdischer Studenten in der Universität Frankfurt sprechen, wurde dabei jedoch von einer Gruppe rund um den SDS mit Zwischenrufen wie „Nazi-Kiesinger und Ben Natan eine Clique mit [Mosche] Dajan“ (Mosche Dajan war ein israelischer General sowie Verteidigungsminister im Sechstagekrieg von 1967), „Ha, Ha, Ha, – El Fatah ist da“, „Zionisten raus aus Palästina“ sowie „Faschisten raus“ fortwährend unterbrochen und letztlich so zum Schweigen gebracht. Ben Natan rief schließlich mit einem Megaphon in die Menge:

„Es würde ein geschichtliches Ereignis sein, wenn Sie diese Diskussion heute Abend unmöglich machen würden. Dies ist in Deutschland das letzte Mal vor 34 Jahren geschehen.“

Weiter kommentierte Natan diese Geschehnisse im Anschluss als „verkappten Antisemitismus“ des SDS und reihte diesen sowohl in das kommunistische als auch das neonazistische Lager ein, indem er festhielt, dass „die SED der DDR, der SDS und die ‚Deutsche National-Zeitung‘ […] die gleiche Sprache [sprächen]“. Die National-Zeitung war eine rechtsextreme und antisemitische Wochenzeitung vom späteren DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey.

„Nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen“

Der Studentenverband „Die Linke. SDS“ der Linkspartei, der nach seiner Satzung überdies „eine Arbeitsgemeinschaft mit Sonderstatus der Linksjugend [‘solid]“ ist, sieht sich selbst in der Tradition des historischen „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ und fordert in seiner Präambel eine „grundlegende Veränderung der Gesellschaft“ durch eine „Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ hin zu einer „sozialistischen Gesellschaft“.

Weg von den „Interessen des Kapitals“, das heißt dem „marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft“ sowie dem „traditionellen bürgerlichen Bildungsideal“. Oder kurzgefasst:

„Als Hochschulverband streiten wir für Sozialismus, d.h.: soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden, ökologische Nachhaltigkeit, für Emanzipation und die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft und Religion.“

Doch nicht nur hierfür wird im neuzeitlichen SDS gestritten, ebenso sieht man sich offenkundig dem Antisemitismus des historischen SDS verpflichtet und legt dabei die Interpretation des SDS-Radikalen Rudi Dutschke zu Grunde: „Man kann nicht gleichzeitig den Judenmord aufarbeiten und die Revolution machen. Wir müssen erst einmal was Positives gegen diese Vergangenheit setzen“. Und dieses „Positive“ kann sich damals wie heute eben auch gegen Israel selbst richten.

„Boykottaufrufe gegen Israel sind in erster Linie eine strategische Frage“

So beschloss nämlich der Studentenverband der Linkspartei auf seinem 26. Bundeskongress, der vom 20. bis 21. Juni 2020 tagte, eine Stellungnahme „Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“. Hierin mahnt der SDS an, dass es einen „zunehmende[n] Missbrauch des Antisemitismus-Begriffs [gäbe], um pro-palästinensische Stimmen zu kriminalisieren und Kritik an Israels völkerrechtswidriger Besatzungs- und Siedlungspolitik mundtot zu machen“.

Weiter kritisierte der SDS sowohl die Entscheidung der Hochschulrektorenkonferenz, die Antisemitismusdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance“ zu übernehmen und die Israel-Boykottkampagne BDS („Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“) als antisemitisch einzustufen, als auch die Entscheidung des Bundestags, „die BDS- Kampagne als antisemitisch [zu] brandmark[en]“. Der SDS verurteilt daher die „zunehmende Kriminalisierung und Diskreditierung von pro-palästinensischen Gruppen und Bewegungen wie BDS“. Und hält selbst „Boykottaufrufe gegen Israel“ dabei „in erster Linie [für] eine strategische Frage“.

Weiter fordert der SDS ein „vollständige[...][s] Rückkehrrecht von palästinensischen Geflüchteten nach Israel“, wehrt sich gegen „Hetzkampagnen“ aus dem „antideutschen Spektrum“ gegen den „Historiker Achille Mbembe“ und wirft der „rechten Netanjahu/Gantz-Regierung“ nunmehr „Annexionspläne“ vor. Abschließend unterstellt er dem „antideutschen Spektrum“ auch, sich „zum Handlanger einer rechten israelischen Regierung [zu] machen“ sowie vom „wirklich wichtigen Kampf gegen echten Antisemitismus“ abzulenken. Was „echter Antisemitismus“ sein soll und was hingegen „nicht echten“ Judenhass auszeichnet, wird dabei jedoch weder erklärt noch definiert.

„Weitere Schande in der langen Liste der antisemitischen Irrfahrten des SDS“

Bereits im Sommer 2019 lehnte der SDS nach Bericht der „Welt“ ab, ein „breites Studentenbündnis gegen [die] antisemitische BDS-Kampagne“ zu unterstützen, welches die Bundesverbände des „Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS), der Juso-Hochschulgruppen, der Liberalen Hochschulgruppen, der Grünen Hochschulgruppen sowie des „freie[n] zusammenschluss[es] von student*innenschaften“ (fzs), das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und die Jüdische Studierendenunion Deutschland einschloss.

Ebenfalls im Sommer 2019 veranstaltete der Marburger SDS eine Veranstaltung, die ein breites Bündnis gegen Antisemitismus – unter Anderem getragen von den Jungen Foren der Deutsch-Israelischen Gesellschaft aus Mittelhessen beziehungsweise Kassel sowie diversen linken Gruppierungen – als „eine weitere Schande in der langen Liste der antisemitischen Irrfahrten des SDS“ und „kaum verborgene Solidaritätserklärung mit der antisemitischen BDS-Kampagne“ bezeichnete.

Schon der israelische Botschafter Asher Ben-Natan hatte Ende der 1960er Jahre unter den Attacken des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" zu leiden, der ihm de facto Redeverbot an der Universität Frankfurt erteilte.

Und erst im April 2020 referierte ein Mitglied des SDS Siegen bei einer Veranstaltung der „BDS Initiative Oldenburg“ zur sogenannten „Israeli Apartheid Week 2020“ über „anti-palästinensischem Rassismus in Deutschland“. So gäbe es „in Deutschland grassierenden Rassismus gegen Menschen palästinensischer Herkunft“.

„Die Linke.SDS: ‚Wir sind keine Antisemiten, aber…‘“

Der Oldenburger Ableger des SDS, der sich bereits im Juni 2018 in einer Erklärung „Gegen jeden Antisemitismus: BDS boykottieren“ gegen die BDS-Kampagne positionierte, kritisierte diese Stellungnahme des Bundes-SDS im Anschluss scharf und distanzierte sich davon in einer eigenen Erklärung „Die Linke.SDS: ‚Wir sind keine Antisemiten, aber…‘“ vom 28. Juni 2020.

So „reproduziere“ der Bundesverband in seiner Stellungnahme selbst Antisemitismus, womit diese „beweisen, dass sie keinen Begriff von Antisemitismus haben, der diese pathologische Weltanschauung adäquat erfasst“. Dem Bundesverband ginge es vielmehr um die „einseitige Unterstützung eines imaginierten palästinensischen Kollektivs, im Besonderen der BDS-Kampagne“, die jedoch „antisemitisch“ sei.

Bundesverband und BDS-Kampagne teilten mehr noch ein Weltbild, bei dem „‚die Palästinenser_innen‘ als das unterdrückte, für Menschenrechte kämpfende und darum zu unterstützende Kollektiv dargestellt [werden], während Israel als das absolut Böse dämonisiert wird“. So attestiert der Oldenburger SDS dem Bundesverband abschließend einen „antisemitischen Wahn“ und „Vernichtungsantisemitismus“:

„Das Konstrukt der ‚guten Palästinenser_innen‘ und der uneingeschränkte Einsatz für diese, ist bloß ein Mittel, um den eigenen antisemitischen Wahn zu ummanteln. Das Ziel ist vernichtungsantisemitischer Natur: das Auslöschen jüdischen Lebens im Nahen Osten.“

Die „Linke Liste - SDS & Unabhängige Saar“, ein Zusammenschluss des saarländischen SDS mit anderen „linkspolitisch engagierten Studierenden“, distanzierte sich am 27. Juni 2020 gleichsam in einer eigenen Erklärung vom Bundesverband und forderte hierin, „Antisemitismus und Antizionismus konsequent [zu] bekämpfen anstatt ihn zu verharmlosen!“. Der Bundesverband würde indes mit einem „verfälschten bis kontrafaktischem Bild von der Situation im Nahostkonflikt“ arbeiten und dabei die BDS-Kampagne, „welche eindeutig als antisemitisch einzustufen ist“, verteidigen.

„Können wir bitte mal den SDS aus dem Jugendverband rauswerfen?“

Auch in der Linksjugend, die sich bereits im Jahr 2015 auf ihrem Bundeskongress in einem Beschluss „gegen jeden Antisemitismus“ und gegen die „Israel-Boykottbewegungen“ stellte, gärt es in Bezug auf die eigene Arbeitsgemeinschaft SDS. So wirft die Linksjugend Leipzig dem Bundes-SDS in einer Stellungnahme vom 26. Juni 2020 vor, dass dieser „ein Antisemitismus-Problem“ habe und mit seinem Text einen Schulterschluss mit „durchgeknallten Nationalisten“ und „Islamo-Faschisten“ übe.

Weiterhin hinterfragt die Leipziger Linksjugend die Aussage des Bundesverbandes des SDS, in dem vom „Kampf gegen echten Antisemitismus“ die Rede ist:

„Es bleibt aber offen, was denn dieser echte Antisemitismus ist. Tausenden Raketen von der Hamas, die jährlich auf Israel niedergehen oder das Mullah-Regime im Iran, das alles daran setzt, Israel zu zerstören scheinen damit jedenfalls nicht gemeint zu sein.“

Nach mannigfaltiger Kritik an ihrer Stellungnahme antwortete der Bundesverband, dass „die Kommentare […] zu großen Teilen rassistisch“ seien. Nachzulesen im Kommentarbereich des Facebook-Posts der Stellungnahme „Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!“. Michael Neuhaus, der Bundessprecher der Linksjugend, stellte so fest, dass „scheinbar fast jede Kritik am Antisemitismus des SDS Rassismus“ sei. Dies würde zeigen, dass der Bundes-SDS „nicht nur keine Antisemitismusdefinition hat, sondern auch keine Rassismusdefinition“. Ein Mitglied der Thüringer Linksjugend forderte so von seinem eigenen Jugendverband, der Linksjugend [‚solid]:

„Können wir bitte mal den SDS aus dem Jugendverband rauswerfen oder auflösen?“

Achtundsechziger und Dreiunddreißiger

Die offensichtliche Israel- und Judenfeindlichkeit der 68er-Bewegung findet nicht selten eine Erklärung darin, dass nicht wenige der fanatischsten Linken dieser Zeit selbst aus tiefbraunen Nazi-Familien stammen – hier drei exemplarische Kurz-Biografien.

Von Dr. Stefan Winckler

Wenn es ein verbindendes Element der „68er"-Bewegung gibt, so ist es die entschiedene Ablehnung des Nationalsozialismus und der politischen Rechten. Dies wird verdeutlicht in dem Slogan „Muff von tausend Jahren", den es unter den Professorentalaren zu „entlarven" gälte.

Tragen manche ehemalige „neue Linke" nicht selbst die dicksten Larven? Sie kritisierten die Vätergeneration oft pauschal, aber nicht wenige von ihnen verehrten Mao, Lenin und Ho Chi Minh – allesamt totalitäre Herrscher an der Spitze von Unrechtsstaaten, die nicht zimperlich in der Anwendung militärischer Gewalt waren. Linksradikale ließen sich ohne Zwang von Potentaten, die ihnen als weltliche Messiasfiguren erschienen, faszinieren. Hier sind diejenigen, die inflationär den Begriff „kritisch" im Sinne von „gesellschaftskritisch" missbrauchten, nach der kritischen Distanz zu fragen. Vielen dürfte das Elend dort egal gewesen sein. Als nach 1975 die Boatpeople aus dem nunmehr roten Vietnam flohen, waren es bürgerliche Politiker wie Ernst Albrecht (CDU), und nicht die 68er, die Zehntausende nach Deutschland holten. Offenbar hatten die zahlreichen APO-Demonstrationen, oft im Laufschritt („Ho Ho Ho… !"), neben den Beinen auch die Gehirne ermüdet.

Hannes Heer, der „Rudi Dutschke von Bonn", Jahrgang 1941: Auch sein Vater war NSDAP-Mitglied.

Aus der NS-Vergangenheit der Väter gelernt? Drei Kurzbiografien

Nicht wenige Protagonisten stammten aus Elternhäusern, die Mitläufer, wenn nicht gar überzeugte Anhänger des Hitler-Regimes waren. Die oft mangelnde Auseinandersetzung der Väter- (und Mütter-) Generation mit den einstigen Einstellungen sowie die ungenügende Kommunikation zwischen der älteren und der jüngeren Generation mögen die Protestbewegung angeschoben haben.

Hannes Heer, der „Rudi Dutschke von Bonn" (General-Anzeiger), wurde 1941 geboren. Sein Vater, einst NSDAP-Mitglied ohne bekannte Funktionen, brach den Kontakt ab, als sich Hannes Heer führend im SDS Bonn an „unserer kleinen deutschen Kulturrevolution" (Gerd Koenen) beteiligte. Heer, später Organisator der „Wehrmachtsausstellung", sieht sich heute als „radikaler Demokrat". Vater und Sohn versöhnten sich, Heer senior starb in den Armen des Juniors, der wohl nicht politische, aber charakterliche Gemeinsamkeiten mit ihm erkennt – und bekennt.

Horst Mahler, Jg. 1936, entstammte einem entschieden nationalsozialistischen Elternhaus. Nach einem kurzen Zwischenspiel als bürgerlicher Anwalt setzte er sich zunächst im Rahmen seines Berufs, dann auch mit illegalen, ja kriminellen Mitteln für linksextremistische Ziele ein. Dazu kam eine Waffenausbildung in einem PLO-Lager auf jordanischem Boden. Jahre nach der Haftentlassung und Wiederzulassung als Anwalt kehrte er zum Extremismus zurück – aber dieser war nicht links und internationalistisch wie zuvor. Stattdessen bekannte er sich zu Nationalsozialismus und Antisemitismus, womit er ungeachtet der verschiedenen Epochen und Systeme in der Gedankenwelt seines Vaters gelandet war. Diese Schussfahrt in die politische Perversion äußerte sich u.a. in Holocaustleugnung und Hitlergruß anlässlich eines Interviewtermins mit Michel Friedman.

Bernward Vesper (1938-1971) war der Sohn des völkisch-protestantischen, antisemitischen und NS-fixierten Dichters Will Vesper (1882-1962). In seinem autobiografischen Roman „Die Reise" (posthum 1977) beschreibt er das Verhältnis zum Vater und seinen eigenen APO-Anschluss – und schuf damit das „literarische Ereignis des Jahres" (Martin Zeyn, Bayerischer Rundfunk). 1962 war demnach von einem Bruch zwischen den Generationen im Hause Vesper noch nichts nach draußen gedrungen: B. Vesper editierte zusammen mit seiner späteren Verlobten Gudrun Ensslin den Gedichtband „Letzte Ernte" aus dem väterlichen Nachlass (kaum erfolgreich). Anfangs stimmten beide politisch zumindest teilweise überein, der Sohn unterstützte sogar eine rechtsradikale Partei als Plakatkleber. Ob dies aus Überzeugung geschah oder in der Absicht, dem Vater zu gefallen, wissen wir nicht. In „Die Reise" schildert der jüngere Vesper ein schmerzliches Streitgespräch, in dem der ältere Vesper den Holocaust heftig leugnete und dadurch den Sohn verstörte. Die strenge Erziehung, sein Kampf um Selbsterhaltung, die fehlende Liebe und Anerkennung führten allmählich einen Bruch herbei (wie es etliche in seiner Generation erlebten), begleitet von Kontakten mit Gleichaltrigen auf Auslandsreisen und der Lektüre von Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus". Drogen wirken schließlich wie ein „Gegengift zu den väterlichen Einflüsterungen" (Zeyn). Es war ein Abstieg in die Selbstzerstörung: Psychiatrieaufenthalt, dort Suizid 1971. Vielleicht als Ersatzhandlung für einen Vatermord?

„Die neue Straßenverkehrsordnung" von Horst Mahler

Braune Bewegung, rote Bewegung

Natürlich kann der linksradikale Teil der akademischen Jugend von 1967ff. nicht mit dem NS-Studentenbund gleichgesetzt werden. Historische Vorgänge wiederholen sich nicht im Verhältnis eins zu eins. Deutsch-jüdische Wissenschaftler wie v.a. Ernst Fraenkel (FU Berlin) bemerkten jedoch Ende der 1960er Jahre Parallelen zwischen beiden Phänomenen und erwogen eine erneute Emigration.

Der Historiker Götz Aly beschreibt in der Monografie „Unser Kampf 1968" (Frankfurt 2008) Ähnlichkeiten: den Kampf gegen die Etablierten und Reaktionäre, sowie das Niederschreien missliebiger Dozenten. Revolutionsbesoffenheit da wie dort. Schon 1965 reagierte Joachim Fest auf eine Redesalve Ulrike Meinhofs, so viel „energische Selbstgewissheit über den Lauf und die Bestimmung der Welt" habe er zuletzt 1944 von seinem NS-Führungsoffizier hören müssen.

Hass auf Israel

Es waren keine Neomarxisten, sondern deren Feindbilder Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, die Israel unterstützten. Im Gegenteil, nach dem Sechstagekrieg sympathisierten manche Linksradikale (Mahler!) aus antiimperialistischen Motiven mit der PLO und schmähten Israel als „faschistisch". Ein Vortrag des israelischen Botschafters Asher Ben-Nathan in einer der „Hauptstädte der Bewegung", Frankfurt, wurde massiv gestört. Eine antiisraelische Resolution des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" datiert vom September 1967. Joschka Fischer nahm 1969 an einem Solidaritätskongress mit der PLO in Algier teil, und Dieter Kunzelmann schrieb in seinem „Brief aus Amman" vom November 1969: „(...) Palestina (sic!) ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. ‚Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft, ist heute für Israel'. Das stimmt hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus' zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat (…)".

Laut Verleger Lothar Menne soll Kunzelmann schon in den frühen 1960ern ein Antisemit gewesen sein, ungeachtet des liberalen Vaters Otto K.

Post-68er „Muff"

Seit dem Aufbegehren eines Teils der Studentengeneration sind über 50 Jahre vergangen. Wie offen, wie ehrlich sind Akteure von damals, wenn es um „wunde Punkte" wie Extremismus, Antizionismus/Antisemitismus, Gewalt (meist, aber nicht nur gegen Sachen) und Einschüchterung von Dozenten geht? Aly sieht mehr als nur Selbstgefälligkeit. Er schreibt vom „Schweigekodex", wenn es um unrühmliche Taten geht.

Kein Zweifel, auch an jener Gruppe haftet eine Menge Muff.

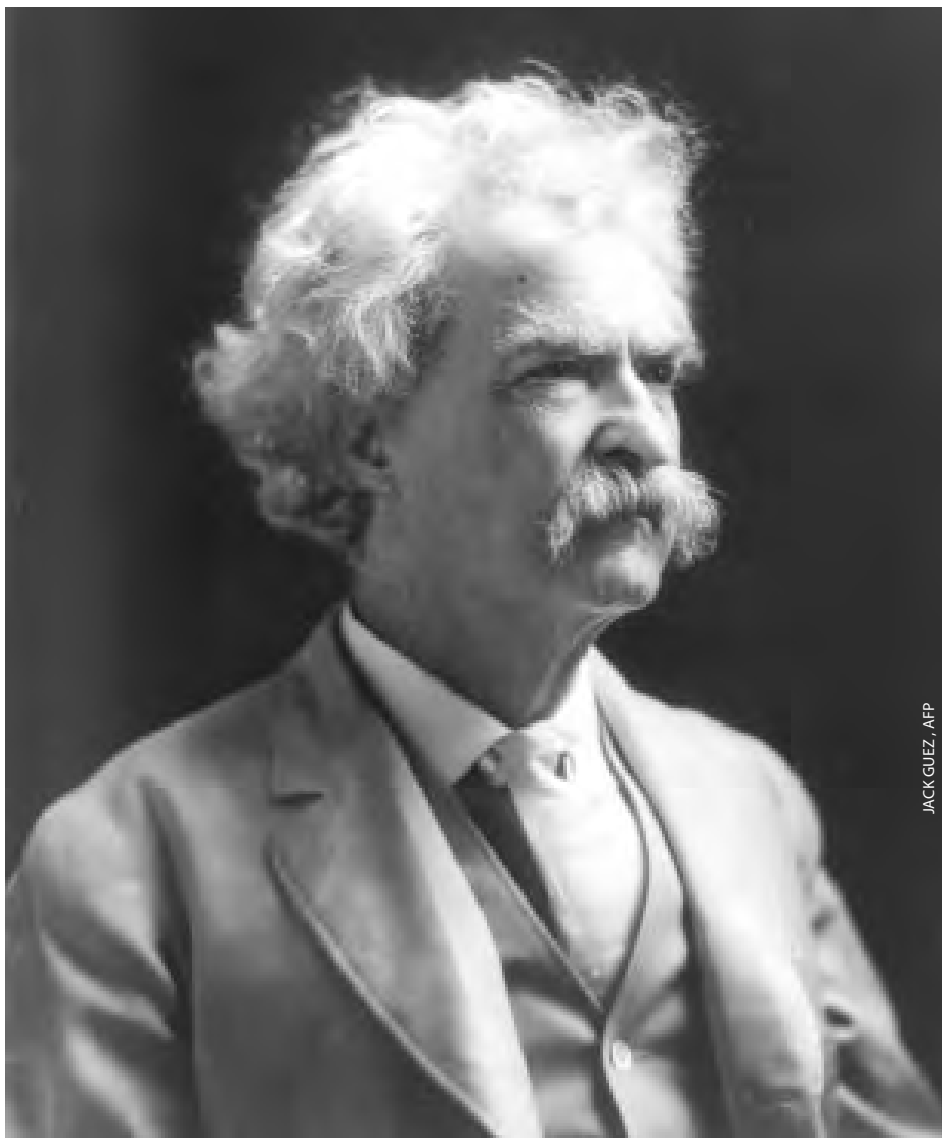
Für das Osmanische Reich war das karge Wüstengebiet des heute blühenden Israel ein Verbannungsort für Straftäter

Die wenig bekannte Geschichte von Erez Israel im 19. Jahrhundert

Von Karl Pfeifer

Im Gelobten Land Erez Israel flossen im 19. Jahrhundert weder Milch noch Honig. Schriftsteller und Besucher schilderten es als eine dünnbesiedelte, vernachlässigte Provinz des Osmanischen Reichs. Die Herrscher nutzten es als Verbannungsort. So wurde 1868 der persische Gründer der Bahai-Religion Mirza Husain-Ali Nuri (1817 – 1892) nach Akko verbannt, wo er auch verstorben ist.

Jerusalem war eine kleine verwahrloste Stadt, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lediglich innerhalb der Mauern, die Sultan Suleiman „der Prächtige" im 16. Jahrhundert auf den Resten der älteren errichtet hatte, befand. Noch während der 1860er Jahren gab es in der Altstadt unbebautes Land, das als Gemüsegarten diente. Man schätzt, dass damals 9.000 Menschen in der Stadt lebten, davon 4.000 Muslime, 3.000 Christen und 2.000 Juden, fast alle Sephardim. Die Christen der verschiedenen Richtungen wohnten rund um die Grabeskirche, während die Muslime in der Nähe des Tempelberges blieben. Die Juden konzentrierten sich rund um die Hurvat- und die sephardische Synagoge. Die sephardischen Juden gelangten erst nach dem Alhambra-Edikt 1492, mit dem die Juden aus Spanien vertrieben wurden, in die Gebiete des Osmanischen Reiches. Allerdings gab es immer Juden in Erez Israel, auch bevor die Sephardim kamen.



Mark Twain nach seinem Besuch im damals osmanisch beherrschten Palästina (1868): „Diese unterbevölkerten Wüsten ... Jericho liegt heute als zerfallene Ruine da… Das berühmte Jerusalem ist ein Bettlerdorf geworden. Palästina ist verlassen und hässlich."

Ägypter brachten den Juden etwas mehr Freiheit

Im Laufe des 19. Jahrhunderts änderte sich die Situation. Während der 1830er Jahre, als die Ägypter das Land eroberten und es zehn Jahre lang beherrschten, wurden die Lebensbedingungen der Juden verbessert. Sie erhielten 1834 die Erlaubnis die sephardische Synagoge zu renovieren und 1837 die erste aschkenasische Synagoge „Menachem Zion" zu bauen, was die Osmanen vorher nicht erlaubt hatten.

Die Wiedereroberung von Erez Israel (E.I.) durch die Osmanen wurde zu einem großen Teil durch die Hilfe europäischer Mächte ermöglicht, in erster Linie Großbritanniens. Dafür verpflichteten sich die Osmanen zu den liberalen Tanzimat-Reformen und erleichterten das Leben der Christen und Juden. Der Zuwachs des alten Jischuv zwischen 1840 und 1880 war beträchtlich, 1840: ca. 5000; 1880: 17.000. Der Begriff „alter Jischuv" hat nur eine Bedeutung, wenn wir ihm den neuen zionistischen Jischuv entgegensetzen. Der Unterschied zwischen den beiden ist mehr soziologisch als historisch.

Der alte Jischuv, Juden, die Tora studierten und beteten, wurde von den Chalukkastiftungen – Geld, das in der Diaspora gesammelt wurde – unterstützt. Die Unterstützung wurde durch die Kollels verteilt.

Der neue Jischuv hingegen wollte eine auf moderne ökonomische und nationale Prinzipien gegründete Gesellschaft. Sephardim und Aschkenasim waren politisch und rechtlich unter dem osmanischen Gesetz dem Istanbuler sephardischen Hacham Bashi (Oberrabbiner) unterstellt, doch es gab, auch wegen der Hilfsgelder einen Interessenskonflikt zwischen den beiden Gemeinden, was dazu führte, dass die Aschkenasim eine Autonomie anstrebten, die sie später auch erhielten.

Reiche Juden unterstützen den Aufbau des jüdischen Gemeinwesens in Erez Israel

Der Entwicklung Jerusalems wurde auch von der Hohen Pforte (wie die osmanische Zentralverwaltung in Istanbul genannt wurde) Rechnung getragen. Der Sandschak von Jerusalem wurde während der 1870er Jahre mit dem von Gaza vereinigt und unter die direkte Aufsicht der Hohen Pforte gestellt.

Eine bedeutende Rolle bei der Schaffung einer modernen jüdischen Gemeinschaft in E.I. spielten eine Reihe von sehr reichen Juden, wie die geadelte Familie Rothschild und Sir Moses Montefiore. Bereits 1842 wurde das von Montefiore finanzierte Spital in der Altstadt eröffnet, es folgte 1854 das „Rothschild Spital" und 1857 „Bikur Cholim".

Mit der Unterstützung der Familie Rothschild und von Moses Montefiore wurden Wohlfahrt-Institutionen in der Altstadt geschaffen, so eine Pfandleihanstalt, Brotverteilung für die Armen, eine Stiftung für arme Mütter und einige andere. Außerdem etablierten die verschiedenen jüdischen Gemeinden und Kollels ebensolche Institutionen, die aschkenasische Chevra Kadischa 1855, Ausspeisungen für ältere Menschen ohne Verwandte, es wurde ein Waisenhaus gegründet und ein Heim für ältere Menschen.

> Herzl: „In Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es Jeder einsehen."

Bis zum Beginn der 1850er Jahre gab es keine modernen Schulen in Jerusalem. Es gab, wie in der Diaspora, Chadarim und Jeschiwot, in denen nur Religion gelehrt wurde. Beginnend mit den 1860er Jahren wurden Schulen und Berufsschulen gegründet, wegen denen es auch Streit gab, weil sich die Ultrareligiösen gegen die weltlichen Fächer stellten. Da Mädchen nicht in den religiösen Schulen unterrichtet wurden, konnten sie in Berufsschulen Handarbeit, Nähen und Stricken erlernen. Die Rothschild-Schule war die erste, die 1864 außerhalb der Mauern eröffnet wurde.

Österreichische Schirmherrschaft

Obwohl sich die Ultrareligiösen dagegen aussprachen – weil sie auch säkulare Gegenstände lehrte – wurde 1856 die streng orthodoxe Lämelschule in der Altstadt unter österreichischer Schirmherrschaft und sephardischer Direktion eröffnet. Die Schule wurde nach Simon Edler von Lämel benannt, einem jüdischen Bankier und Unternehmer. 1888 ist diese Schule umgezogen in die Neustadt und wurde mit einem aschkenasischem Waisenheim vereint.

Es gab bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich in Großbritannien Christen, die glaubten, ihr Messias könne erst wiederkehren, wenn Juden wieder in das Land ihrer Vorväter zurückkehren und die diese Idee mit einer Missionierung von Juden verbanden.

Die Idee der Rückkehr der Juden ins Gelobte Land – ohne messianische Vorstellungen – wurde auch von jüdischen Persönlichkeiten vertreten, von Rabbi Zvi Hirsch Kalischer (1795 – 1874), der sich schon 1836 an Amschel Mayer Rothschild wandte mit der Bitte das ganze Land oder wenigstens Jerusalem zu kaufen. Ein anderer Befürworter des Landerwerbes war Rabbi Judah ben Solomon Hai Alkalai (1798 – 1878). Die beiden werden als Vorboten des modernen Zionismus gesehen.

Der ehemalige Gouverneur von Südaustralien, Oberstleutnant George Gawler, publizierte 1845 ein Buch mit einem detaillierten Plan für eine jüdische landwirtschaftliche Besiedlung und dem Vorschlag sich an den Sultan zu wenden, damit er Land für die jüdischen Siedlungen bereitstellt. Montefiore begeisterte sich dafür und bat Gawler ihn bei seiner dritten Reise nach E.I. zu begleiten. Während der gleichen Zeit hat auch Charles Henry Churchill diese Idee propagiert.

Nach dem Krimkrieg (1853-1856) und weiteren liberalen osmanischen Reformen wurde die Idee der Ansiedlung von Juden in Erez Israel wieder aktuell. Montefiore besuchte das Gelobte Land siebenmal. Seine erste Reise 1827 nach seiner Hochzeit war die damals übliche unter wohlhabenden und privilegierten Europäern. Während seiner zweiten Reise 1837 erlebte er in Zfat (Safed) die Schwierigkeiten der Bevölkerung nach einem Erdbeben. Während seines vierten Besuches gründete er eine Mädchenschule in der Altstadt und erwarb Land. Zwei Jahre später, nach dem Ende des Krimkrieges (1857), auf seinem Weg zum fünften Besuch von E.I., erhielt er von der Hohen Pforte die Erlaubnis, auf dem erworbenen Land das Viertel Mischkenot Schaananim zu errichten. Mit dem Bau einer Windmühle und anderer Gebäude wurde im gleichen Jahr begonnen. Montefiore besuchte Jerusalem noch zweimal (1866 und 1875). Zu dieser Zeit gab es bereits mehrere jüdische Viertel außerhalb der Mauern der Altstadt.

Juden sollen die Wüste urbar machen

In der Zeit zwischen 1846 und 1863 spielte auch der britische Konsul James Finn eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Jerusalem. Er sandte 1857 ein Memo an den Außenminister und schlug vor Juden im Land anzusiedeln, um die Wüste urbar zu machen.

Die Franzosen traten gegenüber der Hohen Pforte als Verteidiger der katholischen Kirche auf, Russland als Protektor der vielen griechisch-orthodoxen Araber. Nur wenige Protestanten lebten im Land, deswegen gab Außenminister Lord Palmerston Konsul Finn in Jerusalem die Anweisung, „den Juden allgemein Schutz zu gewähren." Gleichzeitig wies er den Botschafter an der Hohen Pforte an, er solle dem Sultan nachdrücklich nahelegen, „die Juden zu ermuntern, nach Palästina zurückzukehren und sich dort anzusiedeln."

Die 1860 in Paris gegründete „Alliance Israélite Universelle" (AIU) wurde 1867 vom jüdischen Dragoman (Reiseführer) Joseph Krieger gebeten eine Schule in Jerusalem zu bauen. Die Schule wurde 1868 eröffnet, aber bereits 1870 musste sie wegen finanzieller Schwierigkeiten und dem Widerstand der Ultrareligiösen schließen. 1882 wurde die erste Berufsschule der AIU außerhalb der Altstadt gegründet.

Außerhalb der Mauern entstand während der 1860er Jahre das christliche Schneller-Waisenhaus, benannt nach dem Gründer, einem deutschen Lehrer und Missionar. Auch das große russische Zentrum entstand damals.

Verkleidet als Araberin

1860 kauften zwei Jerusalemer Juden westlich der Stadt Grundstücke, um die landwirtschaftliche Siedlung Moza zu gründen. Doch nach dem Bau der Straße Jaffa-Jerusalem, wurde dort nur eine Herberge und eine Gaststätte eröffnet. Das dritte jüdische Viertel außerhalb der Mauern war Machane Israel, gebaut vom Rabbiner der marokkanischen Gemeinschaft in der Altstadt, David Ben Schimon. Er wollte den Armen seiner Gemeinde, die die hohen Mieten nicht mehr bezahlen konnten, helfen. Das vierte Viertel außerhalb der Mauern war Nachlat Shiva, gegründet von „aufgeklärten" Familien in der Altstadt, die eine Kooperative gründeten. Als die Häuser 1869 fertiggestellt wurden, hatten die Käufer, die keine osmanischen Staatsbürger waren, Angst und baten die Ehefrau eines der Mitglieder die Häuser auf den Namen der Gesellschaft zu registrieren. Sie verkleidete sich als Araberin, um das zu tun. Nachlat Schiva wurde eines der beispielhaften Viertel, auch weil es eine Kooperative war.

Der Wohltäter David Reiss Janover finanzierte ab 1872 den Bau des fünften jüdischen Viertels außerhalb der Mauern, Beth David, das für arme religiöse Juden der aschkenasischen Gemeinde gedacht war.

Mea Schearim

Für 140 arme Familien, die von der Chalukka lebten, wurde 1874 mit dem Bau von Mea Schearim begonnen. Die Gründer legten fest, dass diese Häuser weder an Nichtjuden noch an „jemand, der von den Worten der gesegneten Rabbiner abweicht" vermietet oder verkauft werden durfte. Damit waren die Ideen der Haskala, der jüdischen Aufklärung gemeint. Dieses Viertel war nicht nur „eine heilige Gemeinschaft", sondern funktionierte auch wie ein Ghetto in der Diaspora. Die noch heute dort lebenden Charedim (Ultrareligiöse) sprechen in der Regel Jiddisch und unter ihnen gibt es auch Gruppen, die den Zionismus und den Staat Israel, dessen Wohltaten sie genießen, ablehnen.

Die 1870er Jahre waren wichtig für die Entwicklung Jerusalems. Der Suez-Kanal wurde 1869 eröffnet, was zur Verbreitung des maritimen Transportes und zu mehr Jerusalem-Besuchern führte. Der österreichische Kaiser Franz Joseph besuchte Jerusalem auf seinem Weg zur Eröffnung des Suez-Kanals. Ihm zu Ehren wurde die erste gepflasterte Straße zwischen Jaffa und Jerusalem gebaut.

1869 kam der junge Wissenschaftler Abraham Moses Luncz aus Russland nach Jerusalem und erkundete ganz Erez Israel. Seine Bücher „Netivot Zion we-Yerushalayim" (Topographie von Jerusalem und Umgebung), „Jerusalem, Jahrbuch zur Beförderung einer wissenschaftlich genauen Kenntnis des jetzigen und des alten Palästina" (Hebräisch und Deutsch, sechs Bände 1881-1903) sowie seine Jahrbücher über Jerusalem sind wichtige Quellen der Geschichte. In seinem Bericht über das jüdische Jahr 1881/82 schrieb Luncz: „Dieses Jahr war voll der erhabenen Ideen und wertvollen Resultate für die Heilige Stadt Jerusalem und das ganze Land, und damit beginnt eine neue Periode der Geschichte des Landes unserer Vorfahren, die Periode des neuen Jischuv."

Die tonangebenden arabischen Familien

1887 wurde die Stadt zum ersten Mal, seit sie vor mehr als 300 Jahren unter osmanische Herrschaft geriet, zu einer separaten Stadtgemeinde gemacht. Das bedeutet, dass die Beamten der Stadtverwaltung von nun an direkt dem Sultan in Istanbul unterstellt waren. Die Osmanen waren in diesen Jahren besorgt um den von ihnen beherrschten Balkan, wo nationalistische Unabhängigkeitsbewegungen immer stärker wurden. Prominente arabische Familien nutzten das aus, so die Husseinis und Khalidis, die als Nachkommen von Mohammed oder anderen Personen in dessen Nähe viel Prestige besaßen. Sie waren Vermittler zwischen der Bevölkerung und der zentralen Regierung und erhielten lukrative Stellen in den Büros der Religionsgemeinschaft, die ihnen das Recht gaben, die Ländereien der Moscheen zu verwalten. Als Protektoren der armen Bauern nutzten sie ihre Position, um großen Landbesitz unter ihren Namen registrieren zu lassen, was ihre Machtbasis noch erweiterte. Sie sandten ihre Söhne in die besten Schulen des Reiches, um Fremdsprachen und diplomatische Fähigkeiten zu erlernen. Sie knüpften Beziehungen, um Plätze in der Bürokratie zu erhalten. Das wichtigste aber war, dass die führenden arabischen Familien als religiöse Führer in den Moscheen dienten, als die Beschützer des al-haram al-scharif, des „heiligen Bezirks" auf dem Jerusalemer Tempelberg mit dem Felsendom und der Aqsa-Moschee. Sie waren auch Steuereintreiber – eine der Schlüsselstellungen in Jerusalem. Es gab ebenso eine Reihe vermögender Banken und Handelshäuser aus Syrien und Libanon, die in die palästinensische Landwirtschaft investierten. Zum Beispiel besaß der Beiruter Unternehmer Alfred Sursuq große Ländereien in E.I., von denen er einen Teil an Juden verkaufte.

Die lokalen vornehmen arabischen Familien dagegen baten den Sultan, die Einwanderung von Juden nach E.I. einzuschränken. 1891 haben 500 Vertreter dieser Familien eine Petition unterzeichnet, die den Sultan ersucht hat, den Juden Landerwerb zu verbieten. Tatsächlich wurden 1882 und 1891 Gesetze beschlossen, die den Landerwerb für Ausländer unmöglich machen sollten. Diese wurden jedoch niemals richtig durchgesetzt, gaben aber den Beamten die Möglichkeit für unbegrenzte Bestechungsforderungen.

> Herzl war damals 38 Jahre alt, unglücklich verheiratet und der Vater von drei Kindern, zwei Mädchen und ein Bub. Seine Frau Julia, deren Mitgift ihm erlaubte seine politischen Aktivitäten zu finanzieren, war nicht interessiert an der zionistischen Bewegung.

Jerusalem 1896: 28.110 Juden, 8.750 Christen und 8.560 Muslime

1896 lebten 28.110 Juden, 8.750 Christen und 8.560 Muslime in der Stadt. Die Muslime dominierten in der Politik, denn sie waren osmanische Bürger, was ihnen das Recht gab zu wählen. Die meisten Juden und Christen bevorzugten es, ihre Pässe zu behalten und nicht Staatsbürger des Osmanischen Reiches zu werden. Laut Vorschrift hatten fremde Staatsbürger bei Ankunft ihre Pässe den Behörden abzugeben. Doch konnte man die Beamten bestechen.

Um die Kontrolle der Grabeskirche gab es schon damals Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften. Dieser Streit setzt sich bis heute fort, immer wieder kommt es zu verbalen und manchmal auch zu körperlichen Auseinandersetzungen wegen den für Christen heiligen Orten und Gebäuden.

Theodor Herzl (1860 – 1904) publizierte 1897 „Der Judenstaat", in dem er noch nicht Erez Israel als den Ort dieses Staates bestimmte. Doch bald darauf wurde der erste Zionistenkongress in Basel abgehalten, und die Delegierten bestanden auf dem Gelobten Land. Herzl war davon so beeindruckt, dass er vor Abschluss des Kongresses aufstand, seine rechte Hand zum biblischen Schwur erhob: „Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren." In seinem Tagebuch schrieb er, „in Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es Jeder einsehen."

Die Vorgesetzten Herzls, der als Journalist bei der „Neuen Freien Presse" in Wien angestellt war, sahen sein neues Engagement nicht gerne. Sie bestanden darauf, dass er seine Abwesenheiten verkürzt. Herzl hatte das Jahr zuvor mit Reisen verbracht.

Israel als deutsches Protektorat?

Seit Monaten versuchte Herzl eine Audienz bei Kaiser Wilhelm II. zu erreichen, weil er hoffte, so den Widerstand des Sultans gegen einen jüdischen Staat zu überwinden. Tatsächlich glaubte Herzl, es wäre möglich, dass das Deutsche Reich ein Protektorat für die Juden etabliert. Seine Aussprache mit dem Kaiser in Jerusalem endete jedoch erfolglos. Herzl war damals 38 Jahre alt, unglücklich verheiratet und der Vater von drei Kindern, zwei Mädchen und ein Bub. Seien Frau Julia, deren Mitgift ihm erlaubte seine politischen Aktivitäten zu finanzieren, war nicht interessiert an der zionistischen Bewegung, an der Gründung eines jüdischen Staates oder gar an einem Besuch von E.I.

Herzls kam mit der Eisenbahn nach Konstantinopel (Istanbul), von wo er ein Schiff nach Alexandria nahm. Von dort ging es weiter mit einem kleinen russischen Schiff nach Jaffa.

Ende Oktober 1898 beschrieb Herzl den Morgen der Landung seines Schiffes in Jaffa in seinem Tagebuch: „Als es hell wurde, begannen wir nach der jüdischen Küste auszuspähen… Mit gemischten Gefühlen näherten wir uns dem Lande unserer Väter. Sonderbar, welche Gefühle dieses öde Land in den meisten Menschen aufrührt…".

Seine erste Station war Rischon LeZion, ein Ort, der 1882 von Mitgliedern der protozionistischen Choveve-Zion-Bewegung junger Juden aus Russland gegründet wurde. Hier wurde Herzl von 600 Juden als Held empfangen. Herzl, der kein Hebräisch sprach, hielt seine erste Rede auf Deutsch und die wurde von einem der Einwohner übersetzt.

Überall, wo er durchfuhr, wurde er mit Begeisterung empfangen. „Eine Kavalkade stürmte uns vor der Kolonie Rechovot entgegen, etwa zwanzig junge Burschen, die eine Art Phantasia aufführten, hebräische Lieder jauchzten und unseren Wagen umschwärmten…. Hedad! schrien sie und stürmten auf ihren arabischen Pferdchen querfeldein."

Am 31. Oktober notierte er: „Wenn ich künftig deiner gedenke, Jerusalem, wird es nicht mit Vergnügen sein… Bekommen wir jemals Jerusalem, und kann ich zu der Zeit noch etwas bewirken, so würde ich es zunächst reinigen. Alles, was nicht Heiligtum ist, ließe ich räumen, würde Arbeiterwohnungen außerhalb der Stadt errichten, die Schmutznester leeren, niederreißen, die nicht-heiligen Trümmer verbrennen und die Bazare anderswohin verlegen. Dann unter möglichster Beibehaltung des alten Baustils eine komfortable, ventilierte, kanalisierte neue Stadt um die Heiligtümer herum errichten."

Herzls Besuch von Jerusalem im Jahr 1898 war ein Wendepunkt. Der wachsende Nationalismus unter Juden und Arabern sollte zu Spannungen führen, die es früher nicht gab.

Herzl glaubte, nur wenn eine Großmacht die jüdische Existenz politisch garantiert, könnte sich die jüdische Gemeinschaft in Erez Israel entwickeln. Dieser politische Zionismus geriet nach Herzls Tod 1904 in den Hintergrund. Die praktischen Zionisten setzten das Aufbauwerk, das 1882 mit dem Aufbau von Rischon le Zion begann, bis zum Ersten Weltkrieg auch ohne Protektion einer Großmacht fort.

Westdeutsche Politiker, ihre Image-Angst und der Holocaust

Zahlreich westdeutsche Politgrößen, die zum Teil selbst Nationalsozialisten gewesen waren, empfanden sich weniger als Schuldige, sondern vielmehr als „Opfer" der Holocaust-Aufarbeitung und des Holocaust-Gedenkens in Nachkriegsdeutschland und den USA. Jacob Eder hat ein neues Buch zur Erinnerungskultur an den Judenmord seit den 70er Jahren veröffentlicht.

Von Dr. Joseph Heid

Der Holocaust bildet seit Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes dieses Großverbrechens durch den NS-Staat einen zentralen Referenzpunkt US-amerikanischer Politik und Kultur. Ab Ende der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich das Holocaust-Gedenken in den Vereinigten Staaten zu einem festen Bestandteil des „American life". Der amerikanische Historiker Jacob S. Eder fragt danach, wie Deutsche das öffentliche Gedenken und die Erinnerung der Amerikaner an den Judenmord wahrgenommen haben und wie sie wechselseitig darauf reagierten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg legten die Amerikaner Wert darauf zu wissen, wie die Deutschen es mit ihrer Vergangenheit hielten. Adenauers zögerliche Haltung in dieser Frage, wirft aber vor allem ein ernüchterndes Bild auf die Haltung des deutschen Volkes insgesamt, dass mit den eigenen Verbrechen nichts zu tun haben und an die Vergangenheit nicht mehr erinnert werden wollte. Das gewichtige Wort des amerikanischen Hochkommissars John McCloy, die Welt werde die Veränderungen in Deutschland am künftigen Umgang der Deutschen mit den Juden messen und die „Judenfrage" sei für die Deutschen der „Prüfstein der Demokratie", war mit Adenauers erster Regierungserklärung bereits in den Wind geschrieben.

Helmut Kohl wollte die Anerkennung der Amerikaner

Helmut Kohl, der bei seinem Amtsantritt als Bundeskanzler 1982 eine neue Leitkultur und eine geistig-moralische Wende einleiten wollte, drängte in einem Brief an Rabbi Marvin Hier, den Vorsitzenden und Gründer des Simon Wiesenthal Centers in Los Angeles im Februar 1990 darauf, dass in den USA endlich intensiver darüber gesprochen werden sollte, was nach 1945 in Deutschland an Positivem geschehen sei und beklagte die „Informationsdefizite" seitens der Amerikaner hinsichtlich der Errungenschaften westdeutscher Demokratiebemühungen, die er „einfach erschreckend" fände.

Kohl plädierte hinsichtlich der Vergangenheitspolitik nachdrücklich für eine Art „Geschichtsbalance", wobei die öffentliche Beschäftigung mit den deutschen Verbrechen der NS-Zeit nicht alles überschatten sollte. Das Narrativ sollte lauten, die Westdeutschen hätten aus der Geschichte gelernt und sich nach 1949 gleichsam rehabilitiert. Kurz: Die Bundesregierung war bemüht, dauerhaft für ein positives Deutschlandbild in den USA zu sorgen.

Eder vertritt die These, dass sich eine Reihe von vornehmlich westdeutschen Akteuren – die zum Teil selbst Nationalsozialisten gewesen waren – als „Opfer" des Holocaust-Gedenkens in den USA empfanden. Er verortet Kanzler Kohl im Zentrum dieses Kreises aus Politik, Diplomatie und dem entsprechenden Umfeld in privaten Organisationen und Stiftungen. Eder schreibt der deutschen Geschichtspolitik revisionistische Tendenzen zu mit dem Wunsch, dass die Bundesrepublik endlich aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten und die Fixierung auf den Holocaust hinter sich lassen müsse.

Während Kanzler Helmut Schmidt zu der Einschätzung kam, dass das amerikanische Holocaust-Gedenken keine bedeutenden Gegenmaßnahmen von deutscher Seite erfordere, pochte Kohl, die Präsenz des Holocaust-Themas in den USA fürchtend, darauf, dass die Bundesrepublik von den westlichen Verbündeten als ebenbürtige, „normale" Nation und gleichwertiger Partner anerkannt werde. Kurz: Kohl bewerte das wachsende Interesse der Amerikaner an den NS-Verbrechen als Bedrohung für das Ansehen der Bundesrepublik und als ein Hindernis für die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Die Angst, im Ausland könne sich das Bild des „hässlichen Deutschen" verstetigen, begann sich im politischen Deutschland festzusetzen. Das führt Eder dazu, den Begriff „Holocaust-Angst", dessen Ursprünge in den späten 1970er Jahren – und tief eingebettet in die spezifische Dynamik des Kalten Krieges – liegen, einzuführen.

Welche Rolle spielte der Kalte Krieg?

Seit den späten 70er Jahren überlagerten sich drei Entwicklungen, die die Westdeutschen dazu zwangen, sich dem erhöhten internationalen Interesse an den deutschen Verbrechen der NS-Zeit zu stellen, und die dazu führten, dass konkrete politische Maßnahmen ergriffen wurden: erstens der konservative Diskurs über die bundesdeutsche Identität und die Suche nach einer „usable past" vor dem Hintergrund des Holocaust; zweitens neue Dynamiken der deutsch-amerikanischen Beziehungen im Kontext des Kalten Krieges und drittens der Wandel in der amerikanischen Holocaust-Erinnerungskultur. Aus dieser Perspektive sollten die Jahre zwischen 1933 und 1945 und der darin eingebundene Judenmord als „bloße Fehltritte" in einer ansonsten „gesunden Vergangenheit" erscheinen.

Die Holocaust-Angst, gewissermaßen Teil der Alltagsroutine deutscher Diplomaten, erreichte mit der Wahl Kohls zum Bundeskanzler Ende 1982 ein neues Niveau. Kohl und seine engsten Berater nahmen sich persönlich dieses Themas an und betrachteten die Beziehungen zu jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten in diesem Kontext als besondere Herausforderung. Eder wirft einen fokussierten Blick auf die Debatten in Westdeutschland, sowie auf die Repräsentanten der BRD in den USA bezüglich der Frage, wie man glaubte, im Ausland gesehen zu werden – und wie man dort gesehen werden wollte.

Indem die bisherige deutsche Forschungsliteratur ihr Augenmerk darauf richtete, wie deutsche Entscheidungsträger sich bemühten, historische Narrative aus politischen Motiven zu kontrollieren, zu formen und neu zu schaffen, versteht sich Eders Studie als umfassende Erörterung einer übernationalen Geschichtspolitik und als etwas, was er „transnationales Memory-Management" nennt. Er zeigt damit, wie politische Eliten institutionelle, finanzielle und intellektuelle Ressourcen einsetzen, um Geschichte zu deuten – oder umzudeuten. Anders als die herkömmliche Politik- oder Diplomatie-Geschichte betrachtet Eder nicht allein die staatliche Ebene, sondern berücksichtigt auch Wissenschaftler, Intellektuelle, Lobbyisten, Geschäftsleute, Privatpersonen sowie die öffentliche Meinung, etwa die Medien, die ebenfalls zur Ausformung der deutschen Politik beitrugen.

Wenngleich deutsche Akteure bemüht waren, öffentlich rassistische oder gar antisemitische Äußerungen zu vermeiden, kamen doch immer wieder einschlägige Stereotypen zum Vorschein, sobald keine jüdischen Gesprächspartner zugegen waren. So war es üblich, in der internen Kommunikation den Einfluss einer „jüdischen Lobby" oder vom „jüdischen Geld" in den USA zu kritisieren, man mutmaßte über kollektive Charakterzüge von Juden (sie seien besonders „emotional"), oder man verwendete abfällige Formulierungen (sprach von „Holocaust-Eiferer") und benutzte Codewörter, wenn es um Juden ging und sprach von der „Ostküste". Demgegenüber standen Bekundungen zu Bedauern und Scham, wurde einer Versöhnung mit den NS-Opfern das Wort geredet. Ganz offenbar, schreibt Eder, schlossen sich ernsthafte Anstrengungen zur Aussöhnung mit jüdischen Opfern und das Fortbestehen antisemitischer Stereotype nicht gegenseitig aus.

Das Stereotyp vom Glauben an einen überproportional großen Einfluss „jüdischer Macht" in den USA als zentraler Punkt der Holocaust-Angst war auch bei Kanzler Kohl ausgeprägt. Und damit stand er in der Tradition seines Amtsvorgängers Konrad Adenauer, der den amerikanischen Juden ebenfalls einen überdimensionalen Einfluss zugeschrieben hatte. Umgekehrt machten viele Holocaust-Überlebende in den USA kein Hehl aus ihrer skeptischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik und deren Vergangenheit.

Eder zeichnet ein positives Fazit vom Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit: Die Post-Holocaust-Generation habe cum grano salis lernen müssen, auf nationaler, aber insbesondere auch auf internationaler Ebene mit den Folgen und Nachwirkungen des Judenmords umzugehen – ein Prozess, der in der Bundesrepublik Deutschland alles in allem zu einer Anerkennung der historischen Verantwortung für den Holocaust geführt hat, die zu einem Bestandteil nationalen Selbstverständnisses wurde.

Jacob S. Eder: Holocaust-Angst. Die Bundesrepublik, die USA und die Erinnerung an den Judenmord seit den siebziger Jahren, Wallstein Verlag, Göttingen 2019, 432 S., 42 Euro.

Wie der Islam das Gebiet des fruchtbaren Halbmonds unfruchtbar machte

Die arabischen Eroberer haben große Teile der einst grünen Region des Mittleren Ostens wieder zu Wüste veröden lassen.

Israel war und ist äußerst erfolgreich dabei sein Gebiet wieder ergrünen zu lassen.

Von Avshalom Kapach (Israel Heute)

Das Ende der Antike wird angesetzt in die Zeit des Beginns der islamischen Expansion. Um 630 begann der Angriff der Araber auf das Oströmische (Byzantinische) Reich und das neupersische Sassanidenreich. Zu dieser Zeit waren beide spätantiken Großmächte bereits von einem langjährigen Krieg gegeneinander geschwächt. Die Oströmer verloren 636 das Land Israel (Palästina) und Syrien, sechs Jahre später Ägypten und bis 698 ganz Nordafrika an die Araber.

Mehr als 2000 Jahre lang war der Fruchtbare Halbmond im Nahen Osten ein kulturelles Weltzentrum gewesen. Nationale Institutionen und Königreiche waren auf diesem Boden entstanden. Prozesse und neue Ideen wurden in dieser Gegend ins Leben gerufen, wie Religionen, Schriften und Architektur. Halbmondförmig erstreckt sich das Gebiet von Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien im Westen über den Südrand der Türkei im Norden, den Nordosten Iraks bis in den Südwesten Irans im Osten und umschließt die Halbwüsten und Wüsten der arabischen Halbinsel im Süden. Der Fruchtbare Halbmond gilt als Ursprungsland von Ackerbau und Viehzucht.

Innovationszentrum Nahost – lang ist's her.

Zwei mächtige Leuchttürme wie Mesopotamien (Irak) im Norden und Ägypten im Süden, haben für die Menschheit in kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen einen unschätzbaren Beitrag geleistet. Im zweiten Jahrtausend v. Chr. wirkten in Mesopotamien und in Ägypten weltberühmte Zentren, in denen Meilensteine in Wissenschaft, Technologie und Literatur gelegt wurden. Im achten Jahrhundert v.Chr. regierte das Assyrische Reich in der Region, das mit zahlreichen Ländern handelte und somit die gesamte Umgebung in eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht verwandelte. Mächte sind erstanden, und Mächte sind im Fruchtbaren Halbmond gefallen. Herrscher wurden abgesetzt und Völker aus ihren Ländern verbannt. Aber dennoch war der Nahe Osten immer noch ein wichtiges Weltzentrum, in dem Handel und Wirtschaft florierten. Auch die Terrassenlandwirtschaft und neue Bewässerungstechniken der Felder wurde im Nahen Osten entwickelt. Die Macht der Kultur hat Wüstengebiete lebendig gemacht. Wüstenvölker siedelten deswegen in Städte um, zunächst als Karawanen-Begleiter und Kämpfer am Wüstenrand. Doch schließlich änderten ganze Wüstenstämme ihren Lebensstil und wurden zu Händlern, wie die Nabatäer (Parfüm-Route), die schließlich selber Städte in der Wüste errichteten.

Dramatischer Bevölkerungsrückgang in Eretz Israel

Im siebten Jahrhundert, als der Islam erstand und die neuen Moslems von der saudischen Halbinsel aus die Länder in der Umgebung eroberten, ging der Fruchtbare Halbmond unter. Städte, fruchtbare Landwirtschaftsgebiete und alle Viehzucht wurden vernichtet. Kulturen und Bevölkerungen wurden dem Untergang geweiht. Der fruchtbare Nahe Osten, der einmal ein Vorbild für die Menschheit war, vertrocknete. Städte, Stämme und Völker verließen die Region. Damit verschwanden auch die Nabatäerstädte und die Handelsrouten in der Wüste. Während der byzantinischen Zeit im vierten bis sechsten Jahrhundert lebten in Eretz Israel zwischen drei und vier Millionen Menschen. Das war eine Blütezeit. Dann, ab der arabischen Eroberung des Nahen Osten bis zum zehnten Jahrhundert wurden zu verschieden Zeiten nur noch zwischen Zehntausende bis Hundertausende Menschen im Land gezählt.

Ägypten verfiel

Ägypten war einst die Getreidekammer der Antike, ein wichtiges Kulturzentrum, in dessen Zentrum die weltberühmte Stadt Alexandria mit dem Leuchtturm von Pharos stand, eines der sieben Weltwunder. Auch wenn Ägypten weiterhin als wichtiges wirtschaftliches Verwaltungszentrum diente, wurde das Licht des Leuchtturms doch langsam immer kleiner, bis es verschwand. Ägypten hatte seinen Platz und seine globale Bedeutung verloren.

Mesopotamien, Anker und Kulturzentrum der Welt, wo sich die Hängenden Gärten der Semiramis befanden, galt ebenso als eines der Weltwunder. Dann wurde es in der islamischen Zeit zum neuen Zentrum des Reiches. Die von den Arabern gegründete Stadt Bagdad wurde zu einem Weltkulturzentrum, in dem sich Poesie, Philosophie, Geografie, Medizin und Wissenschaften entwickelten und die Weltkultur zwischen dem neunten und zehnten Jahrhundert aufblühte. Aber als Zentrum hatte Bagdad im Gegensatz zu früher keine Auswirkungen auf die Umwelt im Nahen Osten, es brachte keinen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wohlstand mit sich, sondern verstärkte die soziale Polarisierung auf Invasionen von Stämmen, was zur Vernichtung gesellschaftlicher Ordnungen führte.

Mittelmeer: Von der Brücke zur Grenze

Die Mittelmeerküste, die für ihre Hafen wie Zur, Sidon, Gaza, Aschkelon und Alexandria weltberühmt waren, haben mit der Zeit ihren wirtschaftlichen Handelswert verloren. Das Mittelmeer, das wie eine Brücke zwischen Menschen und Kulturen war, entwickelte sich mit der Zeit zu einer Grenze zwischen zwei Welten und Feinden. Islam im Osten und Christentum im Westen.

Unter islamischer Herrschaft im Nahen Osten ist die Region in den letzten tausend Jahren immer mehr in den Abgrund gestürzt. Mit der Wiedergeburt des Staates Israel in seiner Heimat im letzten Jahrhundert existiert nun seit 72 Jahren wieder ein fruchtbares Land im Gebiet des Fruchtbaren Halbmondes, das die blühende Vergangenheit der Antike vor der islamischen Invasion symbolisiert. Mit der Rückkehr der Juden haben Moslems 1.300 Jahre nach der arabischen Eroberung erstmals Land an Juden verloren. Das kann der Islam nicht dulden, denn was einmal islamischer Boden war, muss gemäß Koran wieder zurückerobert werden.

Nahezu keine wissenschaftlichen Beiträge durch Araber

Auch wenn die arabischen Länder zum Teil nur aufgrund der Ölvorkommen reich geworden sind, tragen sie doch bezüglich der weltlichen Wissenschaft und Kultur keinerlei Beitrag bei. Der Islam hat den fruchtbaren Halbmond im Nahen Osten unfruchtbar gemacht. Diese Tatsache bereitet den Menschen im Land seit jeher Angst. Wer sich einmal vorstellen möchte, wie eine islamische Invasion im Nahen Osten im 7. Jahrhundert ausgesehen hat, braucht nur auf Youtube nach entsprechenden Videos zu suchen. Es gibt genügend Bildmaterial davon, wie eine islamische Eroberung aussieht. IS-Dschihadisten haben erst vor wenigen Jahren große Gebiete im Irak und in Syrien erobert, um ein neues Kalifat zu gründen. Alle, die ihnen im Weg standen, wurden erbarmungslos umgebracht oder mussten den fanatischen Glaubensweg annehmen.

Judenfeindschaft gehört als geschichtliche Belastung zum negativen Weltkulturerbe

Zum neuen Buch von Werner Bergmann über die kollektive Gewalt gegen Juden im Europa des 19. Jahrhunderts

Von Dr. Joseph Heid

Gewalt gegen Juden kulminiert in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit – wie in der Wissenschaft – in der Gegenwart mit dem Holocaust und ist unlösbar verbunden mit dem großen Judenmord in Europa, von den Nazis euphemistisch als „Endlösung“ bezeichnet. Doch die Gewalt gegen Juden ist uralt. Antisemitismus ist eine jahrhundertealte historische Grundkonstante, vielleicht die gesellschaftliche Klammer im europäischen Bewusstsein, ein Phänomen, das sich von Generation zu Generation tradiert. Die kulturelle Denk- und Gefühlskategorie von Juden als die „Feinde der Menschheit“ hält sich von Paulus zu Luther über Hitler bis heute, und zeigt sich im Internet als Verschwörungsfantasie und globaler Vernichtungswille.

Zugespitzt formuliert lässt sich sagen, dass der Antisemitismus eine anthropologische Konstante der abendländischen Kultur und Zivilisation ist, ein integraler Teil der historischen Erbmasse. Antisemitismus ist Teil und Erbe der christlichen Tradition, die weder mit ein paar einsichtigen Worten aus dem Vatikan noch mit einem Bekenntnis zu den Werten der Aufklärung oder den Zielen des Sozialismus aus dem kollektiven Bewusstsein getilgt werden konnte. Judenfeindschaft gehört sozusagen zum negativen Weltkulturerbe mit seinem Epizentrum in Europa! Davon handelt Werner Bergmanns eindrucksvolle Studie über die kollektive Gewalt gegen Juden in Europa, die er im zeitlichen Rahmen von der Französischen Revolution bis zur vorletzten Jahrhundertwende untersucht. Die europäische Gesellschaft vor allem ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war imprägniert von dem, was man später den „antisemitischen Code“ genannt hat und dies machte die Juden zu „paradigmatischen Gewaltopfern“.

Kaum Übergriffe zu Beginn des 18. Jahrhunderts

Während es im Laufe des 18. Jahrhunderts europaweit kaum kollektive Übergriffe gegen Juden gegeben hatte, flammten antijüdische Ausschreitungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts wieder auf. Grund dafür war, dass sich im Zuge des Naturrechts- und säkularisierten Staatsdenkens der Aufklärung sowie des Übergangs zu einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft das Verhältnis von Staat und Untertan/Staatsbürger auch die Rechtsordnung und die Ausübung des Gewaltmonopols des Staates insgesamt veränderten. Dies betraf in besonderem Maße die Juden, deren Position sich im emanzipatorischen Denken der Zeit grundlegend zu verändern begann: Die rechtliche wie soziale Außenseiterposition der Juden am Rande der Ständegesellschaft verlor ihre Legitimation. Was bis dahin ihre Stellung hinsichtlich von Berufsstruktur, Sprache, Kleidung und religiösen Gebräuchen in Europa bestimmte, wurde nach und nach neubestimmt.

Für Juden fielen bis dahin geltende Einschränkungen fort und sie wurden zu politischen und wirtschaftlichen Mitspielern in einer Gesellschaft, in der die soziale Position zunehmend nicht mehr ererbt, sondern über persönliche Verdienste definiert wurde. Juden konnten nunmehr sozial aufsteigen, was von ihren nichtjüdischen Mitbewerbern als Konkurrenzdruck erlebt wurde und zu sozialen Spannungen führte. Bei traditionell privilegierten Gruppen evozierte der Erfolg von Juden auf dem Feld von Wirtschaft und Kultur Widerstand gegen die „Modernisierung“ und damit auch gegen die Judenemanzipation, was sich nunmehr vermehrt in der Form kollektiver Gewalt äußerte. Emanzipationsgegner verstanden gewalttätigen Widerstand gegen eine als illegitim empfundene Entwicklung als legitimes Mittel und der Staat war in der nachrevolutionären Zeit mangels ausreichender Ordnungskräfte nicht immer in der Lage, Recht und Gerechtigkeit hinreichend zu gewährleisten, wobei es ihm mitunter auch am Schutzwillen für die bedrohte jüdische Minderheit fehlte.

Starker Assimilationswunsch

In der Epoche der Emanzipation trat für die Juden an die Stelle eines verbreiteten Taufwunsches ein striktes Assimilationsbegehren, in dem Bestreben, vorbehaltlos in die jeweilige Nation aufzugehen. Diese neue Verortung beschreibt Bergmann als „kulturelle Einwanderung“. Den Juden war durch die sukzessiv gewährte rechtliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung ein neuer sozialer Ort zugewiesen, der nicht von allen gutgeheißen wurde. Eine christliche Mehrheit lief Sturm gegen jedwede Form von Judenemanzipation, eine Gegnerschaft, die sich vom traditionellen Antijudaismus dadurch unterschied, dass sie neben den weiterhin dominierenden religiösen und ökonomischen Vorbehalten kulturelle, nationalistische und protorassistische Motive benutzte. Dieser neue Judenhass, so Bergmann, war ein modernes Phänomen, insofern er sich gegen die Modernisierung von Staat, Recht und Gesellschaft (freie Wirtschaft, Religionsfreiheit, Rechtsgleichheit) wandte. Diese antiemanzipatorische Judenfeindschaft bildete im Unterschied zum späteren „modernen“ Antisemitismus noch keine soziale und politische Bewegung und hatte noch nicht die Form einer geschlossenen Ideologie, welche die Modernisierung der Gesellschaft grundsätzlich als Resultat der vielzitierten „Judenherrschaft“ ablehnte.

Doch einige Protagonisten standen bereit, deren Vernichtungsfantasien so radikal waren, dass sie 120 Jahre später sogar von den Nazis skeptisch betrachtet wurden, wie Jakob Friedrich Fries und Hartwig von Hundt Radowsky. Letzterer geriet 1813 in das Umfeld der sogenannten „Germanomanen“ um Johann Gottlieb Fichte, Ernst Moritz Arndt und des „Turnvaters“ Friedrich Ludwig Jahn, die allesamt als Heroen deutschen Geschichte gelten. Deren Ideologie war gekennzeichnet von dem Glauben an die Überlegenheit der imaginären „ursprünglichen“ Deutschen mit ihrer Rasse-Reinheit.

Die Aktionsformen und Motive für den Ausbruch von antijüdischen Ausschreitungen bis hin zu Mord waren in den beschriebenen Dekaden höchst unterschiedlich. Anlass konnten mittelalterlich anmutende Ritualmordbehauptungen oder andere religiöse Gründe, Abwehr der Judenemanzipation, Nationalitätskonflikte und soziale Krisensituationen, wirtschaftliche Konflikte zwischen Christen und Juden sein sowie

berufliche Konkurrenz eine Rolle spielen. Gleichwohl waren es nicht zuletzt ökonomische Aspekte, aufgelaufene Schulden, die durch Vernichtung der Schuldscheine durch einen Pogrom getilgt wurden.

Obwohl die Vertreter des modernen Antisemitismus ihn als säkulare Bewegung verstanden, die von altem Religionshass abgekoppelt sein sollte, blieben religiös fundierte Vorstellungen wie Ritualmordlegenden weiterhin wirkmächtig, so im niederrheinischen Xanten und im Kreis Grevenbroich.

In Osteuropa mehr Gewalt als in Westeuropa

In den osteuropäischen Gebieten (Odessa, Rumänien, Bulgarien) lag das Gewaltniveau, das vom Verhalten der Ordnungsmacht abhing, deutlich höher als in Mittel- und Westeuropa. In Odessa (1859; 1871), wo die Pogrome einige Tage andauerten, war es dem langen Zögern beim Einsatz der Ordnungskräfte geschuldet, dass bis zu 10 Tote und 60 verletzte jüdische Opfer zu beklagen waren. Verglichen mit den Pogromen im Zarenreich, die zahlreiche jüdische Todesopfer und Verletzte forderten und häufig auch mit umfangreichen Zerstörungen jüdischen Besitzes verbunden waren, war das Gewaltpotenzial im Zusammenhang mit Ritualmordvorwürfen geringer.

Von einer Pogromwelle in Europa kann man seit den Jahren 1881/82 sprechen, die vom Zarenreich ausging. Auslöser der antijüdischen Gewalt war die Ermordung des Zaren Alexander II. von Russland im März 1881. Die Ermordung des Zaren durch die Untergrundorganisation „Narodnaja Wolja“ im März 1881 wurde den Juden angelastet. Es war dies zugleich eine Reaktion auf Statusverbesserungen der Juden. Nicht zufällig fand das russische Wort „Pogrom“ seit Ende des 19. Jahrhunderts Eingang in viele andere Sprachen, wobei seitdem Ausschreitungen gegen Juden mit dem Begriff „Pogrom“ bezeichnet werden. Seit den 1880er Jahren gewann der Antisemitismus als Bewegung in vielen europäischen Ländern an Bedeutung, erzeugte eine antijüdische Gesellschaftsstimmung und brach sich immer wieder in Gewalttätigkeiten Bahn.

Bemerkenswert ist, dass antisemitische Organisationen seit dem Aufkommen des modernen Antisemitismus nur in wenigen Fällen beim Ausbruch antijüdischer Ausschreitungen die zentrale Rolle spielten. Häufig waren antisemitische Agitatoren lediglich Trittbrettfahrer, die sich nach Beginn von Unruhen tatkräftig einschalteten und diese befeuerten.

Aus Sicht der Pogromisten, die zumeist zur unteren Gesellschaftsschicht gehörten, handelte es sich bei ihren Aktionen um Akte kollektiver Bestrafung für ein scheinbar erlittenes Unrecht, das durch die Zerstörung von Eigentum, Plünderung oder das Abpressen von Geld oder Schmuck befriedigt werden sollte. Über

die Folgen der Gewalt, etwa Verarmung sowie die staatlichen und juristischen Reaktionen (Bestrafung der Täter, Gesetzesänderungen und Entschädigungszahlungen) lassen sich selten präzise Angaben finden. Jüdischerseits setzte zumeist ein Abwanderungsprozess aus den betroffenen Pogromgebieten in ruhigere Provinzen ein.

Mob-Teilnehmer kamen oft ungestraft davon

Die Täterzahl konnte in die Tausende gehen, die sich vorwiegend aus Jugendlichen zusammensetzten, die in kolportierten Berichten pauschal als „Mob", „Pöbel", auch als „ein Troß der niedersten Volkshefe" bezeichnet werden, und nicht selten von Hintermännern und Agitatoren angetrieben wurden. Oft reisten die Pogromisten von andernorts an, doch waren die Täter zumeist nicht ortsfremd. Es gab geringfüge Krawalle in kleinen Orten, an denen sich ein paar Dutzend Personen beteiligten, überliefert sind auch Fälle in größeren Städten wie Kiew oder Marseille, in denen von einer Menge von dreitausend bis fünftausend Teilnehmern, ja bisweilen sogar von achttausend gesprochen wird. Zu einer sehr hohen Teilnehmerzahl konnte es auch dann kommen, wenn sich ein Pogrom aus einer Zusammenkunft einer großen Menschenmenge heraus entwickelte, wie etwa im Fall der Karfreitagsprozession auf der griechischen Insel Zakyntos im Jahre 1892, an der siebentausend Personen teilgenommen haben sollen. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass niemals die gesamte versammelte Menschenmenge sich aktiv am Gewaltgeschehen beteiligte, sondern dass viele gaffend und zustimmend zusahen.

Es kam während Ausschreitungen zur Verhaftung von Tätern. Die Festnahme von zahlenmäßig überlegenen Tumultuanten aus einer Gewaltsituation heraus stellte die oft nur schwach besetzten Ordnungskräfte vor besondere Herausforderungen und barg für sie ein großes Risiko, da in Fällen von Gegenangriffen tunlichst auf Festnahmen verzichtet wurde. Die Chance der Rädelsführer oder Mittäter, nicht verhaftet zu werden, war entsprechend groß. Gefangenbefreiungen seitens der randalierenden Menge waren nicht selten. Und betroffene Juden vermieden es in Furcht vor einer späteren Rache häufig, ihnen bekannte Täter anzuzeigen. Gerade in kleinen Orten erachteten sie die Fortsetzung nachbarschaftlicher Beziehungen wichtiger als die Bestrafung der Täter.

Unterschicht

Von 363 Verhafteten des Pogroms in Elisavetgrad 1881 sind die Berufe bekannt: 102 waren ungelernte Arbeiter, 87 Tagelöhner und 33 Domestiken, 6 Prostituierte und 13 Arbeitslose, dazu 75 Bauern. Es gab aber auch Fälle, in denen sich ein sozialer Querschnitt der männlichen oder sogar der Gesamtbevölkerung an Pogromen beteiligte, also auch ältere, gutsituierte verheiratete Männer sowie Frauen und Kinder. Vor Gericht gestellt wurden mittlere Beamte, Adlige, Gutsbesitzer, Lehrer und sogar Priester sowie politische Funktionsträger. Es kam auch vor, dass Angehörige der Bürgerwehr und des Militärs, die zur Eindämmung der Gewalttätigkeiten beordert waren, die Seiten wechselten.

Da es im Vorfeld häufig Anzeichen für drohende Pogrome gab, suchten Juden manchmal um Schutz bei örtlichen Behörden nach oder ergriffen temporäre Flucht. Und nach dem Pogrom? Es erwies sich für die angegriffenen Juden zumeist als schwierig, eine angemessene Entschädigung geraubten Eigentums zu erlangen. Es gab Versuche, sich entweder mit „Lösegeldzahlungen" vor Angriffen auf den eigenen Besitz zu schützen oder sich zu wehren. An einigen Orten gab es regelrechte Kämpfe zwischen jüdischen und christlichen Einwohnern.

Seltene Bestrafungen

Gerichtsurteile über Tumultuanten fielen unterschiedlich streng aus, wenn auch die Tendenz zu eher milden Strafen ging. Geschworenengerichte sprachen die Angeklagten fast durchweg frei. Doch war dies keineswegs durchgängig der Fall. Es gab Urteile von 20 bis 25 Jahre Galeerendienst im Jahre 1791, neun Mal Zuchthausstrafen im Jahre 1843 von zwei bis vier Jahren in Störmede und Geseke und nach schweren Unruhen auf Korfu und Zakyntos wurden 1892 sogar fünf bis zwölf Jahre Haft verhängt. Immer dann, wenn die Übergriffe auch als Angriff gegen die Staatsmacht ausgelegt wurden bzw. wenn es eine größere Anzahl von Todesopfern gegeben hatte, waren langjährige Haftstrafen nicht selten. Es gab auch die Form der Verbannung oder Ausweisung, sogar öffentliche Auspeitschungen.

Nur Holland, Norwegen und Finnland kannten keine Pogrome

Das gesamte Ausmaß an pogromistischer Gewalt vollzog sich weitgestreut in Europa – von Odessa im Osten über Stockholm, die Hep-Hep-Unruhen im Deutschen Bund bis zum Westherzogtum Toskana – kaum ein europäisches Land blieb von antijüdischen Unruhen unberührt. Ausnahmen bildeten u.a. die Niederlande, Norwegen und Finnland. All diese antijüdischen Unruhen fanden selten landesweit, sondern jeweils nur in bestimmten Orten und Regionen statt, von wo aus sie sich wellenförmig entlang bestimmter Verkehrswege ausbreiteten.

Über einen Zeitraum von 126 Jahren wird in einer Pogromübersicht das gesamte Ausmaß antijüdischer Übergriffe deutlich, die Bergmann im Anhang anfügt: Beginnend im Jahre 1778 in Durmenach, Hagenau und Than im Elsass (ohne Tote und Verletzte) beschließt er seine Tabelle mit zwei Pogromen in den bulgarischen Städten Lom und Vidin am 20./21. März und im April 1904 mit einigen Verletzten. Es ist dies eine Liste des Terrors mit mehr als 1.000 antijüdischen Gewaltausschreitungen und mehr als 200 jüdischen Pogromopfern und unzähligen Verletzten, die zahlreichen Opfer unter den Tumultuanten und der Polizei/Militär nicht einmal mitgerechnet.

Bergmann setzt als zeitlichen Abschluss für seine Analyse der kollektiven antijüdischen Gewalt das Ende des 19. Jahrhunderts und begründet dies mit dem Hinweis, dass mit dem Pogrom in Kischinew im Jahre 1903, das allein 49 jüdische Todesopfer beklagte, und insbesondere mit der Pogromwelle der Jahre 1905-1906 im russischen Zarenreich die Gewalt gegen Juden ein überdimensionales Maß überschritt. Folgten die Ausschreitungen bis zum Judenpogrom im westpreußischen Konitz und Umgebung im April-Juni 1900 infolge von Ritualmordgerüchten noch gewissen rituellen Begrenzungen und richteten sich primär „nur" gegen Häuser und Läden, so stieg von nun an das Gewaltniveau signifikant an. Gewalt gegen Juden bekam vor allem in Russland einen systemischen Charakter, in dem sich Züge von ethnischen Säuberungen ganzer Regionen zeigten.

„Nationale Unzuverlässigkeit" der Juden

Die Pogrome des 20. Jahrhunderts in seiner enthemmten Gewalt und industriellen Ausprägung mit Millionen Opfern waren ein neuer Typ antijüdischer Ausschreitungen, eingebettet in die komplexen Vorgänge der russisch-bolschewistischen Revolution und im Holocaust, und sind von der Gewaltforschung vielfältig untersucht. Hauptursache für Pogrome seit dem frühen 20. Jahrhundert waren Vorwürfe gegen Juden wegen angeblicher nationaler Unzuverlässigkeit – Juden wurden als innerer Feind wahrgenommen. Dieser Formenwandel bewirkte, dass der Staat seinerseits Akteur im Geschehen wurde und Juden seinen Schutz versagte. Dies zeitigten eine verstärkte Ideologisierung und Politisierung der Judenfeindschaft und eine Ausweitung auf die nationale Ebene. Zusammenfassend lässt sich nach der Lektüre der Bergmannschen Studie feststellen, dass Judenpogrome typisch waren für die Jahre von der Französischen Revolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Nur dann, wenn der Staat sein Gewaltmonopol durchsetzte und selbst die geltende moralische Ordnung gewährleistete, gab es keine Barrikadenkämpfe.

Einige der größten Aufklärer und Sozialisten waren Antisemiten

Es wird gerne übersehen, dass einige der größten Aufklärer und Sozialisten Antisemiten waren: Voltaire, Fichte und Marx, Kant und Wilhelm Raabe, Fontane zum Beispiel. Hätten die Aufklärer des 18. Jahrhunderts ihre antijüdischen Vorurteile – Relikte kirchlicher Indoktrination – abgelegt, das fortschrittliche Potenzial im Judentum erkannt und es zum Bündnispartner gemacht, dann wäre ein späterer Rückfall in ein atavistisches Mittelalter weniger wahrscheinlich gewesen.

Es besteht bislang eine historiografische Lücke von Forschungsliteratur, die sich der detaillierten Untersuchung antisemitischer Unruhen in einem Land über einen längeren historischen Zeitraum widmet, international vergleichende Studien dieser Art fehlen bisher ganz. Auch fehlen übergreifende Studien zu den materiellen Verlusten und emotionalen Folgen, die Juden als Pogromopfer erlitten haben. Bergmann bündelt in seiner quellenreichen komparatistischen Untersuchung (allein die angegebene Forschungsliteratur umfasst 34 Seiten!) die in zahlreichen Fallstudien zu antijüdischen Ausschreitungen in den europäischen Ländern erarbeiteten Ergebnisse in einer Gesamtdarstellung, in der er das gesamte Ausmaß, die geografische Verteilung sowie die Wandlungsprozesse und typischen Verlaufsformen dieser kollektiven Gewalt sichtbar macht. Das Ergebnis ist eine großartige wissenschaftliche Leistung, für die er sich alles in allem über dreißig Jahre Zeit genommen hat, eine Leistung, die sich sehen lassen kann und die sich gelohnt hat.

Bergmann, Werner: Tumulte – Excesse – Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789-1900, 845 S., Wallstein-Verlag, Göttingen 2020, 46 Euro

Der „Frevler“, der sich als Gerechter entpuppte

Zum 55. Todestag des deutsch-jüdischen Zinnbarons Moritz Hochschild, der zu Lebzeiten als ausbeuterischer Kapitalist galt. Erst später wurde publik, dass der Unternehmer, der in Bolivien reich wurde, selbstlos zahlreiche, vor allem jüdische Leben gerettet hat.

Von Petr Ljukimson

In der zweiten Märzhälfte 2017 erschienen Zeitungsartikel in Dutzenden israelischen und weltweiten Medien, deren Autoren sich nicht gerade um eine originelle Überschrift bemüht hatten. Sie alle waren mit dem Namen „Schindler aus Bolivien“ betitelt – so nannte Edgar Ramírez, Archiv-Direktor der bolivianischen Minengesellschaft COMIBOL, Moritz (Mauricio) Hochschild.

Man muss anmerken, dass man auch früher schon von der Tätigkeit Hochschilds zur Rettung der Juden in den Jahren vor der Schoah wusste. Aber ihre wahren Ausmaße sind erst vor einigen Jahren bekannt geworden. Dank Hochschild konnten sich je nach Zählung zwischen 9.000 und 15.000 Juden vor dem sicheren Tod im Holocaust retten, obwohl früher die Zahl von „nur“ 3.000-3.500 kursierte. Da Hochschild die Judenrettung mit den Bedürfnissen der lokalen Industrie begründete, ist bei Edgar Ramírez die Assoziation mit Oskar Schindler entstanden. Der Vergleich hinkt allein deswegen, weil der „Knackpunkt“ bei der Schindler-Geschichte ist, dass Schindler ein Deutscher war. Moritz Hochschild aber war ein Jude.

Die „verborgenen Gerechten“, auf deren Schultern die Welt ruht

Wenn wir schon von Assoziationen sprechen, dann bietet sich hier eher an, Moritz Hochschild mit den sogenannten „verborgenen Gerechten“ zu vergleichen, auf deren Schultern die Welt ruht. Jüdische Folklore beinhaltet nicht wenige Geschichten über die „Nistarim“ – Juden, die das ganze Dorf für einen Narr, Geizhals oder sogar Frevler hält. Erst nach deren Ableben, und das auch nicht sofort, erfährt man dann, dass von ihren Almosen die ganzen Armen des Ortes lebten, dass sie große Thoragelehrte waren, die ihre Eigenschaften nicht nur nicht öffentlich machten, sondern noch zusätzlich bemüht waren, diese vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Mauricio Hochschild, einer der drei „Zinnbarone“ Boliviens, wird in fast allen südamerikanischen Geschichtslehrbüchern als ein Beispiel des „schweinischen Kapitalismus“, als Verkörperung eines Ausbeuters dargestellt. Aber nun werden die Historiker wohl gezwungen sein, dieses Bild etwas zu korrigieren und nebenbei auch einige Kapitel der Geschichte Boliviens, wenn nicht gar von ganz Südamerika, neu zu schreiben. Die Lebensgeschichte von Hochschild verdient zweifelsohne ein eigenes Buch.

Studium im sächsischen Freiberg und Dienst in der kaiserlichen Armee

Hochschild ist am 17. Februar 1881 in der kleinen deutschen Stadt Biblis, in eine jüdische Familie geboren, die seit Generationen Metallhandel betrieb. Familieninteresse bestimmte seinen Studienort – die Freiberger Bergakademie. Nach dem Studium fängt Moritz an in der Firma seines Vaters zu arbeiten, 1907 wird er zu ihrem Vertreter in Australien, arbeitet anschließend in Spanien, in Chile. In den Jahren des Ersten Weltkrieges dient er in der deutschen Armee und zieht 1919 zusammen mit seiner jungen Frau Käthe

Moritz Hochschild

Rosenbaum wieder nach Südamerika. 1920 wird sein erster Sohn geboren und vier Jahre später stirbt Käthe bei einer Entbindung und er verwitwet jung.

Alles Weitere kann man nur verstehen, wenn man die Tatsache bedenkt, dass unser Held ein herausragender Geologe und genialer Betriebsorganisator war.

Als Moritz zusammen mit Käthe 1923 nach Bolivien zog, leben in diesem Land nur 25-30 jüdische Familien. Hochschild begann mit Zinnerz-Einkäufen, nach dem die Nachfrage damals gerade rapide anstieg. Dann wandte er sich den Zinnminen zu, die man für unwirtschaftlich hielt, weil der Zinngehalt zu niedrig schien. Seinen Wunsch diese Bergwerke – auch nur für einen Spottpreis – zu kaufen, hielten viele für wirtschaftlichen Selbstmord. Aber Moritz Hochschild wandte die für die damalige Zeit modernsten Erzanreicherungs-Methoden an, organisierte den Betrieb äußerst straff, und ein Jahr später warfen diese bereits Gewinne ab.

Einige Zeit später zog die ganze große Familie Hochschild nach Bolivien, um in der Firma von Moritz zu arbeiten. Mit diesem Umzug hängt ein Familiendrama zusammen: Moritz beginnt eine leidenschaftliche Affäre mit Germaine, der Ehefrau seines Cousins Philipp. Später lässt sie sich von ihrem Ehemann scheiden und heiratet Moritz, den man in ganz Lateinamerika nur Don Mauricio nennt. Seine Zinnförderfirma war damals eine der größten im Lande, bis zu 30 % des gesamten geförderten Zinns stammte von ihr. Sein Bergbauimperium zog sich bis nach Peru und Chile, die Zeitungen nannten ihn „Zinnbaron“, „gnadenlosen Ausbeuter“ und „Blutsauger“.

German Busch – ein Präsident als heimlicher Freund

Als Germán Busch Becerra 1937 das Präsidentenamt von Bolivien übernahm, entschied er sich diese Stimmungen auszunutzen. „Ich habe den Posten des Präsidenten nicht dafür übernommen, um Kapitalisten zu dienen! Sie sind diejenigen, die dem Land dienen müssen. Wenn sie es nicht freiwillig tun, dann werden sie mit Gewalt dazu gezwungen. Ich schwöre euch, Genossen, dass ich, Germán Busch, diesen Patiños, Aramayos, Hochschilds und allen Bolivien-Ausbeutern beweisen werde, dass es einen Präsidenten gibt, der sie dazu zwingen wird ihr Land zu respektieren!“, verkündete er in seiner Antrittsrede.

In Wirklichkeit waren Don Mauricio und Germán Busch schon seit langem durch eine persönliche Freundschaft verbunden. Und bei seiner Politik des „sozialistischen Militarismus“ beriet sich der 33-jährige Präsident bei vielen Fragen mit seinem kapitalistischen Freund.

Auf einmal wird der Gleichgültige zum Helden

Inzwischen rollte die Welt unausweichlich auf den Zweiten Weltkrieg zu. Hitler verbarg kaum noch seine Pläne zur „Endlösung der Judenfrage“, und die meisten Länder verschlossen ihre Grenzen für Juden. In dieser Situation zeigte sich Moritz Hochschild von einer unerwarteten Seite. Er hatte nie irgendwelche Sentiments mit seinem eigenen Judentum. Ganz im Gegenteil: Er war ein typischer assimilierter Jude, der sich vor der deutschen Kultur verneigte und sich als Agnostiker betrachtete. Als aber über sein Volk die Todesgefahr hereinbrach, schritt Hochschild zur Tat. 1938 überzeugte er den Präsidenten Germán Busch, die jüdische Immigration ins Land zu erlauben, indem er ihm versprach, dass die Juden die Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie fördern werden. Mehr noch, er verkündete, dass er selbst die Fahrtkosten der Immigranten aus Europa nach Bolivien und alle Ausgaben für die notwendige Ersteinrichtung übernehmen wird.

Nach der Erlaubnis des Präsidenten baut Hochschild für die Neuankömmlinge nicht nur Häuser, sondern auch Kindergärten und Schulen, sorgt für deren kostenfreie medizinische Versorgung und gründet eine Gesellschaft zum Schutz von jüdischen Immigranten. Als ihn ein Brief aus Frankreich erreicht, ob er bereit wäre, tausend jüdische Waisenkinder aufzunehmen und auszustatten, gibt Hochschild sofort eine positive Antwort.

Jüdische „Masseneinwanderung“

Lange Zeit hat man angenommen, dass 1938 dank Hochschilds Einsatz ca. 3.000 Juden nach Bolivien gekommen sind. Die meisten waren 25-30 Jahre alt, aber durch den Zugang zu den erst vor kurzem bekannt gewordenen Unterlagen, weiß man, dass es Menschen aus verschiedenen Altersgruppen waren, darunter bekannte Schriftsteller, Maler und Wissenschaftler. In Wirklichkeit nahm Bolivien 1938-1939 insgesamt zwischen 9.000 und 15.000 Juden auf, und das obwohl die lokale jüdische Gemeinde bis dahin lediglich einige hundert Mitglieder zählte. Nun war Bolivien für viele nur ein Sprungbrett für die nachfolgende Ausreise in die USA und so reduzierte sich nach dem Kriegsende die Anzahl der Juden in Bolivien wieder auf 2.000 Personen.

„Die Tatsache, dass der Präsident Germán Busch die jüdische Immigration ins Land aktiv unterstützte, verändert vollkommen unser Bild von ihm. Wenn die Historiker ihm früher Sympathien für Faschismus unterstellten, so können wir heute eindeutig behaupten, dass er sich eher an die Anti-Hitler-, antifaschistische Position hielt“, findet Edgar Ramírez.

Im April 1939, inspiriert durch die Tätigkeit seines Freundes, verkündet Germán Busch, dass Bolivien bereit ist 20.000 Juden aufzunehmen. Jedoch bittet Moritz Hochschild im Mai die „semitische Immigration“ kurz zu unterbrechen, damit er günstige Bedingungen für die weitere Aufnahme seiner Mitmenschen schaffen kann. Das war ein entscheidender Fehler, da Hochschild im Juni unerwartet verhaftet, angeklagt und zum Tode verurteilt wird. So konnte er sich nicht mehr mit der Einreise von weiteren Juden beschäftigen. Präsident Busch gelingt es seinen Freund aus dem Gefängnis zu retten, jedoch wird er selbst im August 1939 tot in seinem Palast aufgefunden. Offiziell heißt es, dass er Selbstmord begangen habe, aber es gibt natürlich außerdem verschiedene inoffizielle Vermutungen.

Der Tod von Busch bedeutete das Ende des Einflusses von Hochschild in den politischen Kreisen des Landes. Nichtsdestotrotz versuchte er weiterhin tätig zu sein und anscheinend ist es ihm tatsächlich gelungen, die Einreiseerlaubnis für weitere jüdische Immigranten zu erwirken. 1940-1945 unternimmt er den Versuch jüdische landwirtschaftliche Kolonien zu erschaffen. Leider ist ihm dieses Unternehmen nicht gelungen. Er investierte ungefähr eine Million Dollar – eine astronomische Summe für die damalige Zeit, aber die Juden wollten nicht wirklich den Boden bestellen und Viehzucht betreiben. Zumindest nicht in Bolivien.

Zweites Todesurteil und Entführung

1944 wird Moritz Hochschild wieder verhaftet, wieder zum Tode verurteilt, wieder befreit und dann entführt. Er bleibt zwei Wochen lang als Geisel gefangen, und als er endlich freigekauft wird, verlässt er Bolivien und kehrt nie wieder zurück.

1952 beschuldigte ihn die bolivianische Regierung des Raubes an der Nation, verstaatlichte seine Firma, aber – um Sanktionen zu vermeiden – zeigte sie sich einverstanden 30 % seiner Aktiva auszuzahlen. Das erlaubte dem nun ehemaligen „Zinnbaron“ weiterhin sorgenfrei zu leben und sowohl seine Geschäfte, als auch Wohltätigkeit zu betreiben. 1947 stiftete er ein Stipendium für lateinamerikanische Studenten in den USA. 1951 spendete er einen erheblichen Teil seines Eigentums in einen Wohltätigkeitsfonds. Gleichzeitig setzte Hochschild seine Suche nach Bodenschätzen fort und eröffnete neue Bergwerke nicht nur in Lateinamerika, sondern auf der ganzen Welt. 1961 wurde dank seiner unglaublichen Intuition ein Kupferbergwerk in der Nähe der chilenischen Stadt Antofagasta eröffnet. Erlösbringend wurde die Lagerstätte aber erst nach seinem Tod in Paris am 12. Juni 1965.

Wenn man heute zurückblickt, dann versteht man, dass der Name Moritz Hochschild deswegen nicht in der Reihe der großen jüdischen Philanthropen zu finden ist, weil er es zunächst vorzog abertausenden von Juden persönlich, und nicht über irgendwelche Organisationen zu helfen. Zum anderen hat er nie versucht diese Seite seines Lebens öffentlich zu machen.

Übersetzung aus dem Russischen von Rebbetzin Katia Novominski

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis (Zusendung inbegriffen) vierteljährlich: 1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark. 2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Organ der Zionistischen Vereinigung für Deutschland

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststr. 42a. Geschäftsstunden der Expedition: täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 Uhr.

Adresse der Redaktion: Berlin N W. 52, Melanchthonstrasse 4.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 34 Berlin, 24. Ab 5665 — 25. August 1905 X. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Aufruf!
Von David Wolffsohn
An unsere Leser
Nach dem VII. Kongress
Von Dr. Elias Auerbach
Danksagung
Von David Wolffsohn
Der VII. Kongress
Eine Erwiderung von Dr. Jeremias
Brief aus Rumänien
The Jewish Colonial Trust
In eigener Sache
Gregor Gapon über die Juden
Zur russischen Judenfrage
Niedriger hängen!
Aus der Bewegung
Berlin — Berlin — Berlin — Posen
Schönlanke — Duisburg
Rundschau
Aus Russland
Friedenskonferenz und Judenfrage
Zionistische Palästinakurse
Streik im Cheder
Lolo als Erzieher
Bundisten und Zionisten
Jüdischer Antisemitismus
Antisemitisches Bubenstück I
Antisemitisches Bubenstück II
Kleine Mitteilungen
Lustige Ecke
Nationalfond

Gedenket des Herzlwaldes!

Shareklub-Zentrale für Deutschland
Dr. Theodor Zlocisti,
Berlin N. 37, Metzer-Strasse 34

Nationalfond-Zentrale f. Deutschland
Max Wollsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

Der größte Trost

Die Stärke eines Tzaddiks, Geld von G'tt und der ewige Bund in der Übersicht der Haftarot, die zu den jeweiligen Wochenabschnitten im August gelesen werden

Von Rabbiner Elischa Portnoy

MENAHEM KAHANA, AFP

Nachdem im Juli zu den drei letzten Schabbosim drei „Haftarot der Anklage" gelesen wurden, werden nach dem großen Fastentag Tischa beAw sieben Wochen lang (bis Rosch Haschana) spezielle „Haftarot des Trostes" gelesen. Die ersten fünf davon werden wir an fünf Schabbosim im Monat August in den Synagogen hören, wenn sich die Situation mit der Corona-Pandemie nicht verschlechtert.

Normalerweise haben wir in jedem Monat einen guten Mix aus verschiedenen Propheten oder spannende Geschichten aus den Büchern „Richter" oder „Könige". In diesem Monat werden wir uns ausnahmsweise mit den Prophetien nur eines einzigen Propheten auseinandersetzen, und zwar denen vom Prophet Jesaia.

Jedoch wird uns mit diesen Haftarot keineswegs langweilig: es gibt sowohl gute Verheißungen für das jüdische Volk, als auch interessante Hintergründe und spannende Zusammenhänge. Und wie immer, werden wir viel für unser tagtägliches Leben daraus lernen können.

Heilige Wirkung

Als erste „Trost-Haftara" werden die ersten 26 Verse des 40. Kapitels aus Jesaia vorgelesen. Gleich im ersten Satz wird dieses Thema angesprochen: „Tröstet, o tröstet mein Volk, spricht euer Gott". Wir haben schon mehrmals gesehen, dass die Propheten ihre Worte sogfältig gewählt haben, und jedes einzelne dieser Worte kann auf etwas Spezielles hinweisen. Deshalb weisen unsere Weisen auf die doppelte Verwendung des Wortes „Nachamu" (Tröste) am Anfang des Verses hin und erklären die Dopplung folgendermaßen: das erste „Tröste" steht für den ersten, von den Persern zerstörten, Tempel, das zweite „Tröste" für den zweiten, von den antiken Römern zerstörten Tempel.

Da es sich bei „tröstenden Prophetien" um „besondere Haftarot" handelt, muss es eigentlich keine Verbindung zu dem entsprechenden Wochenabschnitt geben. Jedoch gibt es hier eine interessante Verbindung von den zwei „Nachamu" im ersten Vers der Haftara zum Wochenabschnitt „Woetchanan", der zu diesem Schabbat vorgelesen wird. Zu Beginn von „Woetchanan" erzählt Mosche, dass er mehrmals G'tt gebeten hat, Seine Verfügung aufzuheben und ihn doch ins Land Israel hineinzulassen. Das Wort „Woetchanan" steht für wiederholtes und intensives Gebet.

Normalerweise hat G'tt die Gebete von Mosche stehts angenommen. So wurden zum Beispiel Juden nach der Sünde des Goldenen Kalbes vor der Vernichtung gerettet. In unserem Fall hielt G'tt Sein Wort und „lehnte" die beharrlichen Gebete von Mosche ab. Unsere Weisen erklären im Midrasch den Grund dafür. G'tt wusste, dass sich die Juden, wenn sie nach Israel kommen, mit der Zeit von G'tt abwenden werden und alle möglichen Verbote der Thora übertreten werden. Das wird die Zerstörung des Tempels und das Exil zur Folge haben. Dabei wäre die Zerstörung des Tempels die Rettung des jüdischen Volkes selbst: „G'tt ließ seinen flammenden Zorn auf die Steine und Holz nieder, statt die Juden komplett zu vernichten".

Wäre aber Mosche ins Land Israel gekommen und hätte den Tempel gebaut, so wäre dieser ewig und nicht mehr zerstörbar. Und das könnte katastrophale Folgen für Juden haben.

Stellt sich die Frage, wie man diesen Midrasch verstehen soll: Wäre Mosche ein so genialer Baumeister, dass seine Werke unzerstörbar wären? Natürlich nicht. Aber die Heiligkeit von Mosche wäre so groß, dass auch sein Tempel ebendiese Heiligkeit bekommen hätte, so dass er nicht mehr von menschlicher Hand ruiniert werden könnte.

Daraus ziehen unsere Weisen eine wichtige Lehre. Viele glauben, dass derjenige ein heiliger Mensch ist, der sich zurückzieht und den ganzen Tag alleine die Schriften lernt und betet, und so keine Verbindung zur Welt hat. Das aber ist nicht richtig. Ein heiliger Mensch ist derjenige, der seine materielle Seite seiner Spiritualität untergeordnet hat. Und je stärker seine Spiritualität ist, desto größer ist sein Einfluss auf diese Welt. Nicht umsonst gehen viele Menschen zu Tzaddikim und Rebben, um den Segen für das Materielle wie Einkommen, Kinder und Gesundheit zu bekommen. Die Heiligkeit von Mosche war so groß und seine Wirkung auf diese Welt war so stark, dass sein eventuell gebauter Tempel nie hätte zerstört werden können. Und dass G'tt Mosche nicht ins Land hineingelassen hat, wurde in Zukunft zur Rettung für das jüdische Volk.

> „Ein heiliger Mensch ist derjenige, der seine materielle Seite seiner Spiritualität untergeordnet hat."

Die Hasser aus unserer Mitte

In der zweiten „tröstenden" Haftara, die am Schabbat „Ekew" gelesen wird, werden Teile aus gleich drei Kapiteln vorgelesen: 49(14-28), 50(1-11) und 51(1-3).

Auch wenn es das Hauptziel dieser Prophetenabschnitte ist uns Trost zu spenden, macht der Prophet ab und zu sehr lehrreiche Andeutungen in seinen Visionen. So lesen wir im Vers 49:17 den scheinbar logischen und verständlichen Satz: „Deine Kinder eilen herbei, aber deine Zerstörer und Verwüster ziehen fort von dir". Doch wenn man darüber genauer nachdenkt, beginnt der Zusammenhang diese Aussage ein wenig unverständlich erscheinen zu lassen. Umso mehr, weil Jesaia davor über die Treue G'ttes zu den Juden spricht, und es nicht ganz klar ist, um welche Kinder und um welche Zerstörer es sich handelt, und was das eine mit dem anderem zu tun hat.

Deshalb sind wir auch hier auf die Kommentare unsere Weisen angewiesen. Mit der Überlieferung erscheint dieser Vers in einem ganz anderen Licht. Hier, sagen unsere Weisen, wird das Volk als Ganzes angesprochen. „Deine Kinder eilen herbei" – das sind die Juden, die T'schuwa machen, zu G'tt zurückkehren.

Viel interessanter ist jedoch der Teilsatz über die „Zerstörer und Verwüster". Unsere Weisen bemerken, dass die Wörter „ziehen von dir fort" (auf Hebräisch „mimech jetzeu") auch als „aus dir stammen" gelesen werden. Damit weisen die Rabbonim auf eines der größten Probleme des jüdischen Volkes hin: Mit den „Zerstörern und Verwüstern" im Vers sind die Juden gemeint, die gegen ihr eigenes Volk gekämpft und viel Leid über andere jüdische Menschen gebracht haben. Dafür gibt es leider viele Beispiele in unserer leidvollen Geschichte. So gab es in der Zeit der römischen Besatzung eine radikale Gruppe von Juden, die Zeloten (Eiferer) genannt wurden. Diese Menschen haben gegen die römischen Besatzer gekämpft, haben aber auch den einfachen Juden viel Leid zugefügt. So haben die Zeloten, um den Aufstand alternativlos zu machen, die ganzen Essenvorräte im belagerten Jerusalem verbrannt. Mit diesen Vorräten hätten die Bewohner mehrere Jahre die Belagerung aushalten können, so aber mussten sie furchtbaren Hunger erleben. Die Menschen mussten Weizenkörner aus dem Kot des Viehs herausziehen, um etwas zu essen haben. Im Mittelalter gab es viele Fälle, in denen Juden, die zum Christentum konvertierten, zu den größten Verfolgern der Thora-treuen Juden wurden, Talmud-Verbrennungen und Dispute initiierten. Auch in unserer Zeit finden wir unter Israelhassern und BDS-Unterstützern viele jüdische Gesichter.

Wasser für alle

Am dritten Schabbat des Monats, an dem der Wochenabschnitt „Re'e" gelesen wird, wird auch die dritte, relativ kleine, „tröstende" Haftara gelesen. Sie wurde aus sieben Versen (11-17) des 54. Kapitels und den ersten fünf Versen des 55. Kapitels zusammengesetzt. Auch hier finden wir scheinbar einfache Verse, die eine viel tiefere Bedeutung haben.

So benennt Jesaia am Anfang des 55. Kapitels folgende Botschaft von G'tt: „O ihr Durstigen alle, gehet nach Wasser, auch wer kein Geld hat; gehet, schaffet Vorrat und esset, gehet, schaffet Vorrat ohne Geld, ohne Kaufpreis Wein und Milch". Unsere Weisen erklären, dass hier der Prophet nicht die Armen und

Obdachlosen meint. Mit „Wasser“ meint G’tt hier Seine Thora. Jedoch stellt sich hier die Frage, warum G’tt nicht direkt sagt, dass die Thora gemeint ist, sondern stattdessen nur eine Andeutung macht. Im Talmud (Traktat Taanit 7a) diskutieren Rabbonim, warum G’tt die Thora ausgerechnet mit Wasser vergleicht, und geben viele Antworten darauf.

So beginnt Regen zum Beispiel mit einigen Tropfen, bis er schließlich zu einem starken Schauer wird. So ist auch das Thora-Lernen: man beginnt mit einigen Versen, mit einigen Gesetzen, mit einigen Grundgedanken, und kommt so zu den immer komplizierteren Sachen, bis man mit der Zeit ein großer Gelehrter wird. Eine weitere Eigenschaft des Wassers ist, dass es von oben nach unten fließt. Um also ein Glas mit Wasser zu füllen, sollte das Glas unter der Wasserquelle sein. So ist es auch beim Thora-Lernen: derjenige, der etwas erlernen möchte, sollte verstehen, dass sein Lehrer mehr als er weiß. Das bedeutet gleich zwei Sachen: erstens, man muss dem Lehrer vertrauen und gut zuhören, und sich nicht auf die eigenen Vorstellungen verlassen. Zweitens muss man bescheiden bleiben und erwarten, dass man von jedem, auch einem unbedeutenden Menschen, etwas Neues lernen kann. Wenn aber der Mensch denkt, dass man schon selbst sehr weit ist und nur wenige ihm noch etwas Neues beibringen können, dann verpasst man viel wertvolles Wissen.

Der nächste Vers in diesem Kapitel warnt zugleich davor, die Zeit nicht für das Falsche zu vergeuden: „Warum wäget ihr Geld her, ohne Brot zu erhalten, und warum gebet ihr euren Erwerb, ohne euch dafür zu sättigen?...“. Es wäre schade, wenn der Mensch die weinigen Jahre, die er in seinem Leben hat, mit dem Lernen von fremden und unnützen Philosophien und Theorien verbringt, die keinen Einfluss auf sein Leben und auf seine Seele haben.

Auch Geld kommt von G‘tt

Auch die vierte „tröstende“ Haftara, die mit dem Wochenabschnitt „Schoftim“ gelesen wird, besteht aus zwei Teilen: das sind die letzten zwölf Verse (12-23) des 51. Kapitels und die ersten 12 Verse vom Kapitel 52.

Hier sehen unsere Weisen einen wichtigen Zusammenhang aus zwei benachbarten Versen:

„Der Niedergeworfene wird eilends [von seiner Fessel] gelöst, er soll nicht sterben im Kerker und nicht entbehren des Brotes. Denn ich bin der Herr, dein G‘tt, der aufgeregt das Meer, dass seine Wellen tobten. Herr Zebaot ist sein Name“. Da die Wörter „…nicht entbehren des Brotes“ neben den Wörtern „…der aufgeregt das Meer…“ stehen, merken unsere Weisen im Traktat „Psachim“ des babylonischen Talmuds an, dass es für G’tt das Ernähren eines Menschen genauso schwer ist, wie das Spalten des Meeres (beim Auszug aus Ägypten).

Die Aussage unserer Weisen ist sehr verwunderlich! Gibt es wirklich etwas, das für G’tt schwer ist? Und was bedeutet dieser Vergleich? Die Erklärung dieser Aussage ist sehr interessant und beweist einmal mehr, dass man ohne Kommentare auch den Talmud nicht lernen kann.

Das Spalten des Schilfmeeres war ein großer Wunder. Jedoch macht G’tt auch große Wunder nicht umsonst, man muss sie sich verdienen. So sollten vor der Spaltung des Meeres auch die Juden zeigen, dass sie G’tt absolut vertrauen und diese Spaltung verdient haben. Nachschon ben Aminodaw, der Fürst des Stammes Jehuda, hat das, laut der Überlieferung, verstanden und ist als Erster ins Wasser gesprungen. G’tt sah es und dass Meer wurde gespalten.

Das Gleiche gilt für Parnassa (Erwerb). Manche Geschäftsleute arbeiten viel, haben viele Geschäfte, machen Investitionen, verdienen jedoch wenig. Manche aber investieren nicht viel, bekommen jedoch große Gewinne. Das ist das Komplizierte an Parnassa: Ein jeder soll verstehen, dass Parnassa von G’tt kommt. Deshalb soll er G’ttes Gesetze befolgen und sich komplett auf G’ttes Barmherzlichkeit verlassen.

Ein Bekannter war einmal in Israel mit dem Taxi unterwegs. Sein säkularer Fahrer sagte plötzlich zu ihm, dass auch er (der Fahrer) Schabbat hält. Auf Nachfrage erzählte der Fahrer gerne die Geschichte, wie es dazu kam. Einmal wurde er zum Kfar Chabad gerufen. Als er einen Rav von dort abholte und zum Flughafen brachte, fiel dem Rav ein, dass er seine Brieftasche vergessen hatte. Er bat den Fahrer nächste Woche nochmal nach Kfar Chabad zu fahren: dort bekommt er sein Geld für diese Taxifahrt, und zusätzliches Geld für die Fahrt zur Abholung des Geldes. Der Fahrer hat sich darauf verlassen, dass die Chabadniks ehrliche Menschen sind, nahm die Telefonnummer des Fahrgastes mit und ließ den Rav zum Flugzeug eilen. In einer Woche kam der Fahrer zum Kfar Chabad, fand den Rav und bekam sofort das versprochene Geld für beide Fahrten. Als er gehen wollte, fragte ihn der Rav, ob er Schabbat hält. Der Fahrer entgegnete, dass er eine große Familie hat und es sich nicht leisten kann, auch nur einen Tag auszulassen. Der Rav schlug ein Deal vor: er habe G’tt sei Dank Geld, und wenn der Fahrer den Schabbat halten wird und zu Hause bleibt, wird der Rav ihm die fehlende Summe auszahlen. Der Fahrer war froh, einen freien Tag geschenkt zu bekommen und willigte ein. So ist er den ganzen Monat lang an den Schabbosim mit seiner Familie zu Hause geblieben und genoss den Schabbat. Als er am Ende des Monats sein Einkommen abgerechnet hatte, stellte sich heraus, dass er das Gleiche verdient hat wie im letzten Monat, als er noch am Schabbat arbeitete. Es gab keinen Verdienstausfall! So ein Zufall, dachte der Taxi-Fahrer und entschied, dass es keinen Grund gibt, zum Rav zu fahren, es gibt ja diesmal nichts auszugleichen. Das wiederholte sich jedoch auch in den nächsten Monaten. „Weiß du, sagte der Fahrer dem jetzigen Fahrgast, ich halte schon zwölf Jahre Schabbat, und ich war noch kein einziges Mal beim Rav, um den Verlust auszugleichen!“

Der Bund, der nicht aufgelöst werden kann

Am letzten Schabbat dieses Monats (Wochenabschnitt „Ki Tetze“) wird die fünfte „tröstende“ Haftara gelesen. Das ist die kürzeste Haftara des Monats, die nur aus den zehn ersten Versen des 54. Kapitels besteht. Trotz der Kürze werden in diesen wenigen Versen mehrere wichtige Themen angesprochen.

Zuerst verspricht G’tt, dass die Juden nach dem Exil ihr Land zurückbekommen und es zum Leben erwecken werden. Das können wir heute mit eigenen Augen beobachten, dass die Rückkehrer das Land Israel durch viele Wunder wiederbekommen haben, es verteidigen, neue Städte bauten und jetzt sogar die Wüste Negev bevölkern.

Ein weiteres wichtiges Thema wird im letzten Vers deutlich: „Die Berge mögen weichen und die Hügel wanken, aber meine Huld wird von dir niemals weichen und mein Friedensbund nicht wanken, spricht der Herr, der sich dein erbarmt“.

Hier ist die Rede davon, dass G’tt seinen Bund mit den Juden niemals auflöst. Egal wie sich das jüdische Volk benimmt, egal wie sehr es sündigt, Juden können dafür hart bestraft werden (was wir in unserer Geschichte schon mehrmals erlebt haben), jedoch wird es immer das Volk G’ttes bleiben. Das ist eine klare Ansage an manche Theologien, die behaupten, dass Juden durch ihre Sünden von G’tt verworfen wurden und andere Völker bzw. andere Glaubensgemeinschaften jetzt G’ttes Volk seien. Doch der Prophet sagt es ganz klar: es kann alles Mögliche passieren, diese Welt kann sich ändern, aber der Bund G’ttes ist ewig. Und das ist wohl der beste Trost für uns in diese schwierigen Zeiten.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Das Land von Milch, Honig und Cannabis

In seinem Umgang mit Cannabis gilt Israel als liberal, und in der Forschung des medizinischen Cannabis ist das kleine Land führend. Die Regierung möchte die Grundlagen dafür legen, dass Cannabis-Medikamente künftig so normal sind wie Kopfschmerztabletten.

Tamir Gedo, Chef von BOL (Breath Of Life) Pharma, in einem Gewächshaus der zweitgrößten medizinischen Cannabisplantage Israels in der Nähe von Kfar Pines.

(Israelnetz) Telegrass – so lautet der Name eines Online-Drogennetzwerkes, das die strengen Privatsphäre-Regeln der Sofortnachrichten-App Telegram dazu nutzt, um leichte Drogen und Cannabis zu verkaufen. Im März 2019 wurden 42 Teilnehmer des Netzes in Israel, den USA, der Ukraine und Deutschland festgenommen. Unter ihnen war auch dessen Gründer, Amos Silver, der sich zu dem Zeitpunkt in der Ukraine aufhielt und fünf Monate später an Israel ausgeliefert wurde. Obwohl die israelische Polizei damals das Ende des Online-Netzwerkes verkündet hatte, ist es mit 200.000 Mitgliedern immer noch eines der größten Drogennetzwerke in Israel – Silver und seine Kollegen sind längst wieder auf freiem Fuß.

Kriminelle Machenschaften, Drogenmilieu, von der Polizei gejagte Dealer – das sind Assoziationen, die viele Bürger haben, wenn von Cannabis und Hanf die Rede ist. Dafür, dass das anders wird, setzt sich ausgerechnet die israelische Regierung ein. Denn sie ist überzeugt, dass in der grünen Pflanze Heilstoffe stecken, die das Potenzial haben, das Leben von Millionen kranken Menschen angenehmer zu gestalten. „Israel ist das Land von Milch, Honig und Cannabis" – so werben sowohl Silver als auch Befürworter des medizinischen Cannabis für ihren Stoff.

Einer von ihnen ist Juval Landschaft, Direktor der Abteilung für Medizinisches Cannabis im israelischen Gesundheitsministerium. „Schon die alten Ägypter vor 5.000 Jahren wussten um die Bedeutung von Cannabis", erklärt Landschaft. „In ihren Gräbern haben wir die Pflanze gefunden." Landschaft leitet das Regierungsreferat für den Umgang mit Cannabis: Bereits 1992 wurde die Pflanze vom Gesundheitsministerium für medizinische Zwecke zugelassen. 2007 wurde ein nationales medizinisches CannabisProgramm aufgelegt. 2011 hieß es in der Regierungsresolution 3609 zum Thema: „Wir verstehen, dass wir etwas tun müssen, auch wenn wir nicht wissen, was wir tun sollen."

Immer mehr Cannabis-Patienten

2016 gab die Regierung ein Regelwerk heraus, das die Verfügbarkeit von medizinischem Cannabis erklärt und eine größere Standardisierung ermöglichte. In der Resolution 1587 war das erklärte Ziel, „den Gebrauch von medizinischem Cannabis zu unterstützen, um gleichzeitig den Missbrauch zu verhindern und die öffentliche Sicherheit zu gewähren".

Bisher existiert „das grüne Buch" nur in Hebräisch und wurde im Sommer 2019 neu aufgelegt. Im Januar 2019 beschloss die Regierung, dass die Medizinprodukte künftig auch exportiert werden dürften. Seit dem Frühjahr 2019 gibt es innerhalb Israels keine Begrenzung mehr für die Zahl der Patienten, die mit Cannabis behandelt werden dürfen. Apotheken können ein Zertifikat erwerben, das sie zum Verkauf von medizinischem Cannabis berechtigt. Seit Mitte Juni können israelische Firmen ihre Produkte für den Export durch das Gesundheitsministerium lizensieren lassen.

Tamir Gedo leitet die größte Firma in diesem Bereich, „Breath of Life" (BOL Pharma). Der Geschäftsführer berichtet: „2013 gab es in Israel 12.500 Cannabispatienten, 2018 waren es 30.000. Heute sind es 65.000." Gedo ist überzeugt, dass die Zahl in den nächsten zwei Jahren auf 120.000 steigen wird. Die Cannabispflanze ist sehr sensibel, weiß der Direktor: „Nach der Ernte werden die Pflanzen auf 12 Meter hohen Regalen bei hoher Temperatur getrocknet, nach 16 Tagen verlieren sie ihre Giftstoffe. Dann kommen sie in einen Reinigungsraum und werden weiterverarbeitet. Jeder einzelne Bestandteil der Pflanze, sogenannte Cannabinoide, müssen katalogisiert werden, und auch nach der Weiterverarbeitung lässt sich erkennen, woher die Pflanze stammt." Cannabisbasierte Medikamente würden künftig 20 Prozent des Pharmamarktes ausmachen. Zu den Patienten gehörten Autisten, Diabetiker und Krebsleidende, es werde aber auch bei Traumata oder neurologischen Erkrankungen wie Epilepsie oder Multiple Sklerose eingesetzt.

Ein Medikament, das sich rauchen lässt

Von der sagenumwobenen Pflanze spricht Gedo sehr unaufgeregt: „Es gibt nur eine Pflanze Cannabis. Wir betrachten sie als Basis für Medizin. Zufällig lassen sich aber Teile von ihr auch als Droge benutzen. Natürlich wird es immer illegalen Anbau geben. Doch das hat nichts mit dem zu tun, was wir hier entwickeln." Gedo weiß, dass das Thema emotional aufgeladen ist: „Als ich vor einigen Jahren eingeladen wurde, an der Privathochschule IDC in Herzlia zu sprechen, betrat ich den Raum und wurde von 170 Studenten beklatscht. Wenn es in der Knesset um Gesetzesänderungen zum Thema Cannabis geht, ist der Saal immer voll." Einen anderen Grund, warum das Thema so emotional ist, sieht Gedo darin, dass es das einzige Medikament ist, das sich auch rauchen lässt. Viele Patienten nutzen in Israel aber auch Kapseln, Nasensprays, Salben, Zäpfchen oder Tabletten.

Gedo hält Israel für den idealen Ort, um cannabisbasierte Medikamente zu entwickeln. „Wir haben hier alle Möglichkeiten, uns auszuprobieren und die besten Voraussetzungen, um Marktführer in diesem Bereich zu werden. Die Regierung unterstützt uns, das ist ein großer Vorteil. Das Klima trägt optimal zum Wachstum der Pflanzen bei, die Wege zu Forschern und Verbrauchern sind kurz, die Leute kreativ, wir haben keine Angst, eine nicht geglückte Studie noch einmal auszuführen." Auf 3,5 Hektar baue die Firma in ihren Gewächshäusern Cannabis an.

Als Negativbeispiel führt Gedo die Universität von Mississippi an: „Die dürfen in einem Jahr 650 Kilogramm zur Forschung verwenden. Das produzieren wir an einem Tag. Derzeit ist Kanada unser größter Konkurrent. Doch die betreiben kaum Forschung. In Afrika haben sie gute klimatische Bedingungen, aber nicht genug Labore und Krankenhäuser. Unser Vorteil ist, dass hier Pharmazeuten, Labore, Forscher, Produktionsstätten, Ärzte und Patienten auf kleinem Raum zusammenarbeiten. Weil wir diese Infrastruktur nutzen, haben wir große Chancen, Marktführer zu werden."

Keine allgemeine Legalisierung geplant

Nutzer der medizinischen Produkte beschweren sich seit vergangenem Sommer darüber, dass es nicht mehr genug Medikamente für sie gäbe. „Wir sind eine Regierungsbehörde und deshalb brauchen manche Dinge natürlich länger", erklärt Landschaft den Umgang mit dem neuen Medikament. „Wir sind dazu da, um zu regulieren, doch unser eigentliches Ziel ist, Hilfe für Bedürftige zu ermöglichen." Der Direktor betont: „Wir planen keine allgemeine Legalisierung der Pflanze. Uns geht es lediglich darum, das Cannabis für medizinische Zwecke zu verwenden. Und das braucht Zeit."

Über die Herausforderungen ist sich Landschaft bewusst: „Wir wissen um mindestens 130 Komponenten in der Hanfpflanze, die unter der israelischen Sonne reifen. Die meisten Medikamente enthalten nur einen Wirkstoff. Jedes Cannabinoid hat hingegen spezifische Eigenschaften und die große Herausforderung besteht darin, die relevanten Komponenten für die Medikamente so abzusondern, dass sie standardisiert werden können und es möglichst wenig Nebenwirkungen gibt." Als empirisch nachgewiesen gilt eine Wirksamkeit der Therapie chronischer neuropathischer Schmerzen. Trotz vorhandener Berichte von Betroffenen gibt es noch keine ernstzunehmenden Studien über die Wirkung von Cannabis gegen Übelkeit und Erbrechen.

In Anspielung auf die deutsche Herkunft seiner Vorfahren sagt Landschaft: „Deutsche sagen: Ordnung muss sein. Und so versuchen wir als Regierung, der Bevölkerung für den Umgang mit Cannabis eine Ordnung zu geben. Missbrauch zu ahnden, ist Aufgabe der Polizei. Doch auch die ist daran interessiert, dass das Regierungsziel, die Cannabis-Forschung voranzubringen, erfüllt wird." Deshalb sind neben Rechtsberatern, Agrarwissenschaftlern und Biochemikern auch Polizisten Teil des Israelischen Ausschusses für Medizinisches Cannabis.

Die Hanfpflanze

Von jeher wird die Hanfpflanze einerseits als Heil- und Ölpflanze verwendet, andererseits ist sie Grundlage verschiedener Rauschmittel. Haschisch ist eine andere Bezeichnung – das Wort ist arabisch und heißt eigentlich einfach nur „Gras". Wer jedoch im Deutschen von Haschisch spricht, meint das extrahierte Harz der weiblichen Cannabisblüten, das in der Regel in einer Pfeife oder, vermischt mit Tabak, ähnlich einer Zigarette als Joint geraucht wird. Alternativ wird es auch als Teil von Keksen konsumiert. Der Besitz von Cannabis ist in Israel verboten, auch wenn nach einem 2018 verabschiedeten Gesetz für persönlichen Konsum keine Gefängnisstrafen mehr drohen. Der Besitz von 15 Gramm oder weniger wird mit Bußgeldern geahndet.